



## Protokoll

der 9. Sitzung, Amtsjahr 2025 / 2026

Mittwoch, den 9. April 2025, um 9:00 Uhr

<b>Vorsitz:</b>	<i>Balz Herter, Grossratspräsident</i>
<b>Protokoll:</b>	<i>Beat Flury, I. Ratssekretär Sabine Canton, II. Ratssekretärin Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung</i>
<b>Abwesende:</b>	<i>Tobias Christ (GLP), Beda Baumgartner (SP), Nicola Goepfert (BastA), Remo Gallacchi (Mitte/EVP).</i>

### Verhandlungsgegenstände:

1.	Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung .....	3
2.	Entgegennahme der neuen Geschäfte.....	4
3.	Wahl eines Mitglieds der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission (Nachfolge Adrian Iselin, LDP) .....	4
4.	Übernahme Wildt'sches Haus am Petersplatz 13 in das Eigentum des Kantons Basel-Stadt unter Weiterführung des Stiftungszwecks, Ratschlag des RR .....	5
6.	Antrag Tobias Christ und Konsorten auf Einreichung einer Standesinitiative betreffend effiziente Gesundheitsversorgung durch überregionale Planungsregionen .....	8
7.	Motion 1 Michela Seggiani und Konsorten betreffend Gestaltung von nachhaltig erfolgreichen Matching - Prozessen zwischen Jugendlichen und Lehrbetrieben in der Berufslehre.....	13
8.	Motion 2 Melanie Eberhard und Konsorten betreffend Ausbau der Sportflächen für den Breitenfussball..	14
9.	Motion 3 Ivo Balmer und Konsorten betreffend Rahmenausgabebewilligung für den aktiven Landerwerb	14
10.	Motion 4 Johannes Sieber und Konsorten betreffend Ergänzung des Kulturfördergesetzes zwecks Förderung des Kulturjournalismus.....	21
11.	Motion 5 Salome Bessenich und Konsorten betreffend Open-Source für Basel-Stadt analog Art. 9 EMBAG .....	27
12.	Anzug 1 Raphael Fuhrer und Konsorten betreffend zukunftsfähige Mobilitätslösungen bei Unternehmen, Veranstaltungen und Institutionen .....	27
13.	Anzug 2 Raphael Fuhrer und Konsorten betreffend Optimierung des Tramverkehrs durch die Innenstadt	27
14.	Anzug 3 Lukas Bollack und Konsorten betreffend bessere Anbindung des südöstlichen Bruderholzquartiers mit dem Velo .....	29
15.	Anzug 4 Amina Trevisan und Konsorten betreffend Massnahmen zur Sicherung der Unterrichtsqualität und Unterstützung von Lehrpersonen ohne abgeschlossene Ausbildung an unseren Schulen.....	31
16.	Anzug 5 Brigitta Gerber und Konsorten betreffend Soziale Sicherheit für Frauen durch verbesserte Information & Planung - das «cash or crash»-Tool.....	31
17.	Anzug 6 Jérôme Thiriet und Konsorten betreffend Toilettensituation im Landschaftspark Wiese .....	33
18.	Anzug 7 Stefan Suter und Konsorten betreffend Postzustellung A-Post + .....	34
19.	Anzug 8 Salome Bessenich und Konsorten betreffend Dranbleiben an den Planungen für zusätzliche Grün- und Freiräume im unteren Kleinbasel .....	34
20.	Anzug 9 Brigitta Gerber und Konsorten betreffend Einführung Edubs-Book und dessen praktische Handhabung (Tastaturkenntnisse, Ergonomie).....	34
21.	Anzug 10 Eric Weber betreffend Steuern senken .....	34
22.	Anzug 11 Eric Weber betreffend FC Basel soll die Polizei Einsätze selbst bezahlen .....	35
23.	Anzug 12 Eric Weber betreffend Schutz dem Basler Wald - das grüne Herz unseres Kantons.....	37
24.	Anzug 13 Eric Weber betreffend Behörden sollen Nationalität von Tätern nennen.....	38



- 25. Anzug Thomas Müry betreffend thermographische Aufnahmen zur Feststellung von Energieverlusten im Gebäudebereich, Schreiben des RR ..... 39
- 26. Anzug Katja Christ und Konsorten betreffend smarte Stadtbeleuchtung, Schreiben des RR ..... 39



## Beginn der 9. Sitzung

Mittwoch, 9. April 2025, 09:00 Uhr

## 1. Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung

[09.04.25 09:00:21]

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich begrüsse Sie herzlich zur heutigen Sitzung und habe Ihnen vorerst folgende Mitteilungen zu machen:

Als erstes möchte ich Sie nochmals dazu aufrufen, hier im Saale etwas ruhiger zu sein. Es ist uns allen aufgefallen, dass es sehr laut ist seit der neuen Legislatur und Gespräche hier drin überall stattfinden. Führen Sie diese bitte draussen, das wäre sehr freundlich von Ihnen.

### Neue Interpellationen

Es sind 16 neue Interpellationen eingegangen. Die Interpellationen Nummer 30 bis 33, 36, 37, 39 und 43 werden mündlich beantwortet.

### Kaffeespende

Silvia Schweizer und Patrick Fischer feiern heute Geburtstag. Sie spendieren uns deshalb heute Morgen den Kaffee. Ich gratuliere herzlich und bedanke mich ebenfalls.

Das waren meine Mitteilungen. Wir kommen somit zur

### Tagesordnung

Es wurde der Antrag zur Traktandierung einer dringlichen Interpellation von Anina Ineichen eingereicht. Diese wurde Ihnen verteilt. Die Interpellantin möchte begründen.

*Anina Ineichen (GRÜNE/jgb):* Der Entscheid gestern der Regierung hat weitreichende Konsequenzen auf unsere Daten und die Daten aller unserer Einwohnerinnen und Einwohner. Er hat Konsequenzen für weitere Organisationen wie die Gerichte und die Parlamentsdienste, die nicht direkt dem Regierungsrat unterstellt sind. Der Entscheid wurde gegen die Empfehlung der Datenschützerin ausgesprochen. Die Datenschützerin hat eine sehr gute Mitteilung verteilt mit einem imposanten Anhang an Dokumenten, unter anderem einer spannenden Wegleitung der Kanzlei Vischer, die vieles aufzeigt, was gefährlich ist bei einer M365-Nutzung, weil diese Daten nicht sicher sind, auch wenn sie verschlüsselt sind. Solange wir ein Produkt nutzen von Microsoft, sind die Daten nicht sicher, weil die Regierung in den USA grundsätzlich zugreifen kann mit dem Cloud App. Expert\*innen überall in Europa warnen vor der Nutzung. Viele Länder überlegen sich, jetzt umzusteigen. Schleswig-Holstein zum Beispiel ist schon umgestiegen, auch der Bund hat ein Projekt gestartet, um die Exitstrategie zu bedenken und neue Lösungen zu finden.

Nun braucht meines Erachtens der Grosse Rat dringend Antworten aus dieser Interpellation, um zu beurteilen, wie wir weiter vorgehen wollen. Es geht nicht an, dass ein so weitreichender Entscheid ohne Einbezug des Grossen Rats gefällt wird meines Erachtens. Ich bitte Sie darum, diese Interpellation zu überweisen.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Bei einer Traktandierung muss der Regierungsrat diese in der laufenden Session beantworten. Dies bedeutet heute oder morgen.

Wir stimmen darüber ab. Es ist ein Zweidrittelmehr für die Traktandierung der Interpellation notwendig.

### 2/3-Abstimmung

JA heisst Traktandierung der dringlichen Interpellation, NEIN heisst keine Traktandierung.



### **Ergebnis der Abstimmung**

**57 Ja, 30 Nein, 1 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0006298, 09.04.25 09:04:25]

### **Der Grosse Rat beschliesst**

Die Abstimmung wird wiederholt.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Wir starten die Abstimmung erneut.

### **2/3-Abstimmung**

JA heisst Traktandierung der dringlichen Interpellation, NEIN heisst keine Traktandierung.

### **Ergebnis der Abstimmung**

**59 Ja, 32 Nein, 1 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0006300, 09.04.25 09:06:32]

### **Der Grosse Rat beschliesst**

keine dringliche Traktandierung.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Das Zweidrittelmehr wurde nicht erreicht. Somit ist das Geschäft erledigt.

### **Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, die Tagesordnung zu genehmigen.

## **2. Entgegennahme der neuen Geschäfte**

[09.04.25 09:06:50]

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Es liegen keine Wortmeldungen zur Entgegennahme der neuen Geschäfte und zu den Zuweisungen an die Kommissionen vor.

### **Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, die Zuweisungen gemäss Verzeichnis der neuen Geschäfte zu genehmigen.

## **3. Wahl eines Mitglieds der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission (Nachfolge Adrian Iselin, LDP)**

[09.04.25 09:07:16]

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Ich beantrage Ihnen, die Wahl offen durchzuführen, soweit die gesetzlichen Voraussetzungen dazu gegeben sind, also nicht mehr Kandidaturen vorliegen, als Sitze zu vergeben sind. Für offene Wahlen braucht es eine Zustimmung mit einem Zweidrittelmehr, also doppelt so viele Ja-Stimmen wie Nein-Stimmen.



Wir stimmen über die offene Wahl ab.

### **2/3-Abstimmung**

JA heisst offene Wahlen, NEIN heisst geheime Wahlen

### **Ergebnis der Abstimmung**

**91 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0006303, 09.04.25 09:08:15]

### **Der Grosse Rat beschliesst**

offene Wahl.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Sie haben sich für offene Wahlen entschieden.

Gemäss § 14 Abs.1 der Geschäftsordnung bleibt die Fraktionszusammensetzung der Kommissionen während der gesamten Amtsperiode unverändert. Es sind deshalb nur Wahlvorschläge zuständig, welche auf Mitglieder der Fraktion LDP lauten.

Für die Wahl als Mitglied der JSSK von der Fraktion LDP vorgeschlagen wurde Gabriel Nigon.

Es sind keine weiteren schriftlichen Vorschläge eingegangen. Wir schreiten damit zur offenen Wahl.

### **Abstimmung**

Wer Gabriel Nigon wählen will, stimmt JA. Wer ihn nicht wählen will, stimmt NEIN.

### **Ergebnis der Abstimmung**

**91 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0006305, 09.04.25 09:09:15]

### **Der Grosse Rat wählt**

Als Mitglied der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission (Nachfolge Adrian Iselin, LDP) **Gabriel Nigon**, LDP

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Gabriel Nigon wurde mit 91 Ja-Stimmen gegen eine Nein-Stimme bei einer Enthaltung gewählt.

Ich gratuliere Ihnen zur Wahl und wünsche Ihnen im Amt viel Freude.

## **4. Übernahme Wildt'sches Haus am Petersplatz 13 in das Eigentum des Kantons Basel-Stadt unter Weiterführung des Stiftungszwecks, Ratschlag des RR**

[09.04.25 09:09:29, 25.0160.01]

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Die Finanzkommission beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen.

Das Wort hat deren Präsident Joël Thüring.



*Joël Thüring (SVP):* Mit diesem Ratschlag beantragt Ihnen der Regierungsrat, die Übernahme der Liegenschaft Wildt'sches Haus in das Eigentum des Kantons Basel-Stadt unter Weiterführung des Stiftungszwecks zu bewilligen. Für die Bewirtschaftung werden wiederkehrend Personalmittel in der Höhe von 120'000 Franken pro Jahr zu Lasten der Erfolgsrechnung beantragt.

Das Geschäft wurde der Finanzkommission überwiesen. Sie hat sich entsprechend in der Folge an einem Hearing über das Geschäft informieren lassen. Anwesend waren die Staatsschreiberin sowie Vertreterinnen und Vertreter von Immobilien Basel-Stadt.

Das Wildt'sche Haus wurde 1762 bis 1764 vom Architekten Johann Jacob Fechter für den Seidenbandfabrikanten Jeremias Wildt-Socin erbaut. Es war für dessen Tochter und ihren Mann bestimmt, die es dann auch bezogen haben. Eigentümerin ist die Stiftung Wildt'sches Haus, Stiftungszweck ist der Erhalt des Gebäudes und seine Nutzung für Repräsentationszwecke der Universität Basel und des Regierungsrats. Auch eine Vermietung an Dritte ist möglich.

Seit 1957 ist dieses Haus einer staatlichen Liegenschaft gleichgestellt. Der Kanton Basel-Stadt trägt den Unterhalt und gewährt eine Defizitgarantie. Für 2021 bis 2024 wurden hierfür 480'000 Franken bewilligt. Wegen unzureichender Einnahmen aus Vermietungen und eingeschränkter Nutzungsmöglichkeiten ist die finanzielle Lage der Stiftung angespannt. Deshalb hat der Stiftungsrat beschlossen, die Stiftung Wildt'sches Haus aufzulösen und die Liegenschaft dem Kanton zu einem symbolischen Betrag zu übertragen. Die BVG- und Stiftungsaufsicht beider Basel hat die Übertragung des Wildt'sches Hauses am Petersplatz an den Kanton im Rahmen der Liquidation der Stiftung unter Einhaltung bestimmter Bedingungen im Grundsatz zugestimmt. Bedingungen wie die grundbuchliche Sicherung des Stiftungszwecks, die Übernahme ins Verwaltungsvermögen und der Erarbeitung eines Betriebs- und Nutzungskonzepts. Diese Punkte werden im Vermögensübertragungsvertrag festgehalten.

Vor diesem Hintergrund beantragt der Regierungsrat nun die Übernahme der Liegenschaft zu einem symbolischen Betrag von einem Franken unter Weiterführung des bisherigen Stiftungszweckes. Die Stiftung kann somit liquidiert werden. Vermögen und Verbindlichkeiten im Zusammenhang mit dem Wildt'sches Haus gehen an den Kanton über. Der Stiftungszweck, insbesondere das Nutzungsrecht für Universität und Regierungsrat, wird durch eine Dienstbarkeit gesichert. Nach Genehmigung durch den Grossen Rat wird die Stiftung 2025 liquidiert. Der Unterhalt erfolgt, wie bereits erwähnt, schon seit den 1950-Jahren durch IBS. Daran ändert sich durch die Übernahme nichts, nur die Schnittstelle zur Stiftung entfällt, was den Ablauf vereinfacht. Künftig soll auch die Vermietung im Rahmen einer Objektstrategie optimiert und ein passendes Betriebskonzept umgesetzt werden.

Mit der künftigen Objektstrategie soll das Haus als repräsentatives Gebäude erhalten bleiben, weiterhin für Anlässe von Regierung und Universität zur Verfügung stehen, neu aber auch benötigt werden können oder genutzt werden können für die Verwaltung und auch den Grossen Rat. Auch Tagesmieten für Anlässe bleiben möglich. Bisher wurden nur wenige Räume vermietet. Neu sollen elf Räume inklusive einem Gewölbekeller mit insgesamt 640 m<sup>2</sup> zur Verfügung stehen, also rund 50 Prozent mehr Fläche. Ziel ist auch entsprechend eine intensivere Nutzung, 2023 fanden neun Vermietungen statt, 2024 nur sechs. Das Haus bietet repräsentative gebrauchstaugliche Räume, der notwendige Ausbau ist weitgehend vorhanden, es braucht aber Modernisierungen bei Sanitäranlagen und Infrastruktur. Andere Betriebsräume, beispielsweise für Catering, aber auch Lager sind vorhanden. Zudem ist für die bessere Nutzung auch die barrierefreie Erschliessung geplant, da das Gebäude derzeit keinen Lift hat und auch der Haupteingang nicht behindertengerecht zugänglich ist.

Die Staatskanzlei übernimmt gemeinsam mit dem Bau- und Verkehrsdepartement den Betrieb und Unterhalt, wobei der bauliche Standard beibehalten wird. Ein Betriebs- und Nutzungskonzept regelt alle relevanten Abläufe wie Sicherheit, Zutritt, Logistik und die Entsorgung unter Berücksichtigung des historischen Charakters. Die darin vorhandene Weiterführung des Stiftungszwecks trug zur Zustimmung der Stiftung zur Eigentumsübertragung bei. In den Verhandlungen wurde ein Übernahmewert der Liegenschaft von einem Franken vereinbart unter Berücksichtigung der Staatsbeiträge und des Unterhalts durch den Kanton. Die Stiftung trägt die Kosten der Auflösung, ein eventueller Restbestand geht an den Kanton. Mit der Übernahme übernimmt der Kanton auch die auf dem Grundstück lastende Hypothek von 360'000 Franken, die aufgrund der Vereinigung von Schuldner und Gläubiger entfällt. Aufgrund des Werts der Liegenschaft liegt die Übertragung des Wildt'sches Hauses ins Vermögen des Kantons, also in das Verwaltungsvermögen, in der Kompetenz des Grossen Rates und untersteht zudem dem fakultativen Referendum. Im ursprünglich Ihnen zugestellten Ratschlag hat sich hier ein Fehler auf Seite 6 eingeschlichen. Die Ablösung der Hypothekarschule beläuft sich auf 360'000 Franken. Dies wurde in der Zwischenzeit korrigiert.

Die geplante Objektstrategie, die elf Räume für Anlässe und Sitzungen bereitstellt, wird die Nutzung und Erlebbarkeit des Wildt'sches Hauses erheblich steigern. Langfristig wird mit einer höheren Auslastung gerechnet, was den Erwirtschaftungsaufwand erhöht. Für den Betrieb ist eine Stelle mit einem Jahresaufwand von 120'000 Franken vorgesehen, wie im Budget 2025 beantragt. Eine umfassende Vermietung wird frühestens 2026 möglich sein und der Personalbedarf wird nach dem ersten Betriebserfahren evaluiert. Die neue Objektstrategie und die erforderlichen Personalressourcen ermöglichen eine höhere Auslastung. Für die Universität und die Verwaltung, und das ist wichtig, inklusive dem Grossen Rat



ist ein Vorzugspreis vorgesehen. Nach Umsetzung der Strategie und den baulichen Massnahmen werden Einnahmen von 52'000 Franken pro Jahr erwartet, wobei in den ersten Jahren nach der Übernahme aufgrund von Sanierungsarbeiten mit geringeren Erträgen zu rechnen ist.

Die Finanzkommission hat deshalb einstimmig beschlossen, dem Geschäft zuzustimmen. Sie macht im Ratschlag auf Seite 8 auf einen zweiten Fehler aufmerksam, der ebenfalls in der Zwischenzeit korrigiert wurde, bei Ziffer 2 im Grossratsbeschluss sollte es 120'000 Franken heissen. Wir bitten Sie also, wie auch die Finanzkommission heute um Ihre Zustimmung und danken für die Aufmerksamkeit.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Regierungsrätin Tanja Soland verzichtet auf ein Votum. Oliver Thommen hat das Wort.

*Oliver Thommen (GRÜNE/jgb):* Ich möchte eigentlich nur noch eine kurze Anmerkung oder eine Anregung an die Regierung machen, der mir beim Lesen des Ratschlags aufgefallen ist. Als Abkomme einer Region, wo der Webstuhl sehr oft spann und arbeitete, würde ich gerne anregen, dass man vielleicht bei den Vermietungen, da es ja jetzt wieder in staatlichem Besitz ist und nicht mehr ein Stiftungszweck verfolgen muss, dass das neben dem Kanton Basel-Stadt auch der Kanton Baselland, seine Regierung für offizielle Anlässe nutzen könnte. Nichtsdestotrotz war ja Jeremias Wildt-Socin ein Grossgrundbesitzer und Seidenbandfabrikant, der sein Vermögen ja unter anderem in unserem geschätzten Nachbarkanton machte und vielleicht hilft das ja auch bei der sehr zerrütteten Partnerschaft, wenn man von aussen hinsieht, als gutes Zeichen des guten Willens.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. In einer zweiten Runde verzichten Regierungsrätin Soland und Joël Thüring.

Eintreten wurde nicht bestritten, Rückweisung nicht beantragt.

#### **Detailberatung** des Grossratsbeschlusses (Seite 8 des Ratschlags)

Titel und Ingress

1. Übernahme

2. Kosten Betrieb

Publikations- und Referendums Klausel

Schlussabstimmung.

#### **Abstimmung**

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA Wer nicht zustimmt, stimmt NEIN

#### **Ergebnis der Abstimmung**

**89 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0006307, 09.04.25 09:19:16]

#### **Der Grosse Rat beschliesst**

1. Die Übernahme der Liegenschaft «Wildt'sches Haus», Petersplatz 13, Parzelle Nr. 290 in Sektion 1, in das Eigentum des Kantons Basel-Stadt (Verwaltungsvermögen) unter Weiterführung des Stiftungszwecks wird genehmigt.

2. Für den Betrieb des Wildt'schen Hauses werden wiederkehrende Ausgaben in der Höhe von Fr. 120'000 pro Jahr zu Lasten der Erfolgsrechnung des Präsidialdepartements (Staatskanzlei) bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.



*Balz Herter, Grossratspräsident:* Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 89 Ja-Stimmen gegen eine Nein-Stimme.

## **6. Antrag Tobias Christ und Konsorten auf Einreichung einer Standesinitiative betreffend effiziente Gesundheitsversorgung durch überregionale Planungsregionen**

[09.04.25 09:19:22, 25.5086.01]

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat ist nicht bereit, den Antrag auf Einreichung einer Standesinitiative zur Stellungnahme entgegenzunehmen.

Niggi Rechsteiner wünscht das Wort als Einzelsprecher.

*Niggi Daniel Rechsteiner (GLP):* Ich spreche hier im Namen von Tobias Christ, der die Standesinitiative eingereicht hat. Die GLP beantragt hiermit die Einreichung einer Standesinitiative zur verbindlichen und überregionalen Spital- und Gesundheitsplanung.

Die Erfahrung zeigt leider, dass die freiwillige Koordination zwischen den Kantonen oft nur unzureichend funktioniert, was zu ineffizienten Strukturen, Doppelspurigkeit und letztlich hohen Gesundheitskosten führt. Die Gesundheitsversorgung ist eine der grössten Herausforderungen unserer Zeit. Die steigenden Kosten und unkoordinierte Planungsprozesse gefährden nicht nur die finanzielle Tragbarkeit des Systems, sondern auch dessen Qualität. Die Kantone sind gesetzlich zur interkantonalen Koordination verpflichtet, doch in der Praxis wird diese nur fragmentarisch umgesetzt. Basel-Stadt kann hier eine Vorreiterrolle übernehmen und gemeinsam mit Baselland sowie weiteren Kantonen der Nordwestschweiz eine nationale Debatte anstossen.

Ein gleichlautender Vorstoss wurde im Baselbieter Landrat eingereicht, aber noch nicht debattiert. Allerdings liegt dort schon eine Stellungnahme des Regierungsrats vor. Der Regierungsrat Basel-Landschaft lehnt die Standesinitiative mit der Begründung ab, dass bereits ausreichende interkantonale Koordinationsmechanismen bestehen und eine weitere Integration der Versorgungsplanung nicht zielführend sein. Wir widersprechen dieser Einschätzung aus folgenden Gründen:

1. Die bestehende Koordination reicht nicht aus. Der Regierungsrat verweist auf die gesetzlichen Grundlagen im KVG und auf interkantonale Vereinbarungen wie der Staatsvertrag zwischen Basel-Stadt und Basel-Landschaft. Doch gerade dieser Staatsvertrag wird just im Kanton Basel-Landschaft und insbesondere auch von dessen Regierung aktuell wieder stark in Frage gestellt.
2. Die Ablehnung durch Nachbarkantone ist kein Argument gegen die Initiative. Der Regierungsrat Baselland argumentiert, dass die Nachbarkantone Aargau, Solothurn und Jura eine Beteiligung an der gemeinsamen Gesundheitsregion abgelehnt haben. Doch dies zeigt gerade das Problem, eine freiwillige Zusammenarbeit stösst an ihre Grenzen. Die Kantone entscheiden nach eigenen Interessen, was die überregionale Gesundheitsversorgung beeinträchtigt.
3. Die Rolle des Bundes ist entscheidend. Der Regierungsrat befürchtet, dass eine stärkere Bundeskompetenz die kantonale Gesamtversorgungsplanung schwächen könnte. Doch genau das Gegenteil ist der Fall. Der Bund würde lediglich die Planungsregion definieren, die Umsetzung bliebe bei den Kantonen. Die Kompetenzverteilung wäre klar geregelt. Der Bund sorgt für eine überregionale Strategie, die Kantone behalten ihre Finanz- und Steuerungshoheit. Nur falls die Kantone sich nicht auf eine koordinierte Planung einigen können, muss der Bund als übergeordnete Instanz eingreifen können. Genau das fordert die Standesinitiative.

Die Begründung des Regierungsrats Baselland zeigt also auf, dass ein nachhaltiger Paradigmenwechsel unbedingt notwendig ist. Die GLP setzt sich für eine effiziente kostendämpfende und qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung ein. Dazu braucht es eine verbindliche interkantonale Spital- und Gesundheitsplanung. Die Standesinitiative fordert deshalb zusammenfassend verbindliche überregionale Planung in Gesundheitsregionen, Festlegung von Gesundheitsregionen nach sachlichen Kriterien, Patientenströme statt politische Grenzen, eine klare Kompetenzverteilung zwischen Bund und Kantonen. Der Bund sorgt für Struktur, die Kantone für die Umsetzung.

Die heutige Situation mit freiwilligen Vereinbarungen führt zu suboptimalen Lösungen und steigenden Kosten. Die Gesundheitsversorgung muss effizienter und vorausschauender geplant werden. Diese Standesinitiative ist ein wichtiger Schritt in diese Richtung. Die GLP-Fraktion bittet Sie daher um Ihre Zustimmung.



*Balz Herter, Grossratspräsident:* Das Wort geht an Regierungsrat Lukas Engelberger.

*RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD:* Die regionale und überregionale Zusammenarbeit in der Gesundheitsversorgung ist ausserordentlich wichtig und sie gewinnt angesichts der fortschreitenden Entwicklung der Angebote und des medizinischen Fortschritts zusehends an Bedeutung. Der Regierungsrat anerkennt daher die von den Antragstellenden genannten Herausforderungen. Wir sind uns diesbezüglich einig.

Genau aus diesen Gründen wurde unter anderem der Staatsvertrag zwischen den Kantonen Basel-Stadt und Basel-Landschaft betreffend Planung, Regulation und Aufsicht in der Gesundheitsversorgung abgeschlossen und in der Volksabstimmung vom 10. Februar 2019 von der Stimmbevölkerung beider Kantone auch angenommen. Seither haben wir zwischen Basel-Stadt und Basel-Landschaft eine voll integrierte gemeinsame Versorgungsplanung. Wir erheben gemeinsam die Patientenströme, wir vergeben gemeinsam und einheitlich die Leistungsaufträge an die Spitäler und unsere Region beider Basel ist dafür eine geeignete Region. Wir erreichen mit unserer gemeinsamen Planung weit über 90 Prozent der Behandlungen unserer Bevölkerung und haben auch namhafte Patientenströme aus anderen Kantonen, insbesondere Aargau, Solothurn, Jura sowie aus dem benachbarten Ausland. Wir haben hier also in Basel, was Sie in Ihrer Standesinitiative verlangen.

Mit Blick auf die regionale Ausdehnung des geografischen Wirkungskreises unseres Staatsvertrages sieht dieser explizit vor, dass weitere Kantone beitreten können. Das Gesundheitsdepartement des Kantons Basel-Stadt wie auch die Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion des Kantons Basel-Landschaft fragen die Kantone Aargau, Jura und Solothurn regelmässig an, letztmals im Herbst 2024, ob sie sich verbindlich an der gemeinsamen Gesundheitsregion beteiligen möchten. Bisher war diesen Anfragen noch kein Erfolg beschieden. Das ist auch verständlich, wenn Sie sich die geografische Situation der genannten Kantone vor Augen führen. Sie fühlen sich nicht ausschliesslich in der Nordwestschweiz zugehörig, sondern reichen auch namentlich mit ihren Patientenströmen in andere Regionen und haben deshalb eine besondere Situation, was wir auch anerkennen sollten.

Meine Damen und Herren, mit dem vorliegenden Antrag soll jetzt der Bund dazu aufgefordert werden, die rechtlichen Grundlagen für eine verpflichtende Spital- und Gesundheitsplanung zwischen den Kantonen zu schaffen. Dabei ist darauf hinzuweisen, dass die rechtlichen Grundlagen für eine verpflichtende interkantonale Spitalplanung bereits existieren und auch umgesetzt werden. So ist die Spitalplanung und die daraus resultierende Erstellung der Spitalliste im Artikel 39 des Krankenversicherungsgesetzes (KVG) als kantonale Aufgabe explizit festgelegt und die Kantone sind verpflichtet, ihre Planungen zu koordinieren. Wie die Koordination zu erfolgen hat, wird in Artikel 58e der Krankenversicherungsverordnung detailliert ausgeführt. So müssen die Kantone die Informationen über die Patientenströme auswerten, diese Informationen mit den betroffenen Kantonen austauschen und sie bei ihrer Spitalplanung entsprechend berücksichtigen. Dem wird zusätzlich mit den Empfehlungen der Schweizerischen Gesundheitsdirektorenkonferenz (GDK) zur Spitalplanung Rechnung getragen. Dort ist noch einmal detaillierter festgehalten und vereinbart zwischen den Kantonen, wie wir das machen. In diesem Sinn sind die Empfehlungen als Beitrag zur interkantonalen Koordination der Spitalplanung im Sinne des KVG zu verstehen.

Der Regierungsrat ist der Auffassung, dass die interkantonale Koordination der Spitalplanung in der Nordwestschweiz bereits heute stattfindet. So werden etwa die Patientenströme im periodischen Austausch in Arbeitsgruppen analysiert sowie operative und strategische Fragestellungen diskutiert. Dabei werden die Patientenströme in den jeweiligen Versorgungsplanungsberichten der beiden Basel sowie auch der Kantone Aargau, Bern und Solothurn berücksichtigt. Zudem werden relevante Leistungserbringer in der Nordwestschweiz schon heute auf den jeweiligen kantonalen Spitallisten unabhängig vom Spitalstandort berücksichtigt. Also die Kantone vergeben auch Leistungsaufträge an ausserkantonale Spitäler. Noch andere Regeln gelten im Bereich der hochspezialisierten Medizin, dort wissen Sie, gibt es diese interkantonale Vereinbarung und dort wird die Planung bereits schweizweit vorgenommen.

Ist meine Redezeit schon zu Ende? Dann muss ich an dieser Stelle zum Schluss kommen und mir vorbehalten, noch ergänzende Ausführungen dann später anzubringen.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Erste Sprecherin ist Melanie Eberhard.

*Melanie Eberhard (SP):* Wir haben diesen Antrag auf Einreichung einer Standesinitiative bei uns in der Fraktion breit diskutiert und wir sehen grundsätzlich die Problematiken, die Niggi Rechsteiner namens der GLP vorhin ausgeführt hat, sehr deutlich. Wir sind auch der Meinung, dass es durchaus mehr Zusammenarbeit braucht, dass es mehr Kooperation braucht, dass man eine qualitativ gute Gesundheitsversorgung, aber auch eine Gesundheitsversorgung, die dann für die Bevölkerung bezahlbar ist, erreicht, indem man eben enger zusammenarbeitet, sich unterstützt, zusammen plant, zusammen auch Infrastrukturen plant im Gesundheitswesen und auch die gesamte Grundversorgung gemeinsam koordiniert.



Nichtsdestotrotz, das haben Sie wahrscheinlich dem «Chrüzlistich» entnehmen können, haben wir uns schlussendlich überwiegend gegen die Überweisung ausgesprochen und das primär aus formellen Gründen.

Zum einen, es wurde ausgeführt, gibt es verschiedene Instrumente, die bereits zum Tragen kommen. Zum anderen gibt es auch sehr viele verschiedene bereits hängige politische Vorstösse. Es gibt auf kantonaler Ebene sowohl jetzt in unserer Region Vorstösse, die verlangen, dass enger zusammengearbeitet wird und an diesen halten wir auch fest. Da erwarten wir auch nach wie vor, dass das getan wird und sehr gerne auch über die beiden Kantone Baselland und Basel-Stadt hinaus. Zum anderen gibt es aber auch auf nationaler Ebene verschiedene politische Vorstösse. Es gibt mitunter ein Postulat von Sarah Wyss, das letzten Herbst überwiesen wurde, das genau Forderungen in diese Richtung stellt, das bereits überwiesen wurde. Es gibt Vorstösse von der ständerätlichen Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit, die als Kommission eine entsprechende Motion eingereicht hat und da einschreitend agieren möchte, also dem Bund da mehr Verantwortung bzw. ihn stärker in die Pflicht nehmen möchte. Und es gibt auch eine entsprechende Motion, die im Nationalrat eingereicht wurde seitens der GLP.

Aufgrund dieser Ausgangslage und auch in Anbetracht dessen, dass Standesinitiativen ja in Bundesbern nicht so gerne gesehen werden und in der Regel sowieso einfach ziemlich abgetischt werden, haben wir uns dann dazu entschlossen, auch wenn wir die Forderung sehr gut nachvollziehen können und da auch hoffen, dass da in Zukunft noch enger, noch besser zusammengearbeitet wird, jetzt auf diese zusätzliche, sagen wir mal, Arbeitsbeschaffung mit geringem Ausgangserfolg zu verzichten. Nichtsdestotrotz ist festzuhalten, dass wir durchaus erwarten, dass in Zukunft enger miteinander zusammengearbeitet wird und wir die Forderung des Anliegens auch sehr gut nachvollziehen können.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Nächster Sprecher ist Oliver Bolliger.

*Oliver Bolliger (BastA):* Die Fraktion BastA erachtet das Anliegen von Tobias Christ, welches im Vorstoss beschrieben ist, grundsätzlich als berechtigt und inhaltlich auch nicht als falsch. Der Vorstoss liegt unserer Meinung nach aber auf einer symbolischen Ebene und klammert wesentliche Aspekte, die uns wichtig wären, aus. Deshalb stellt sich uns die Frage, ob nun eine Überweisung auf dieser symbolischen Ebene nun wirklich so viel Sinn macht. Klar wären bikantonale und überregionale Planungen in der Gesundheitsversorgung, die über die Definition von gemeinsamen Spitallisten hinaus weichen und Gesundheits-, Infrastruktur- und Spitalplanungen miteinschliesst, sehr sinnvoll. Dies haben wir ja immer befürwortet, dass diese vor allem im Sinne der Bevölkerung und des Service Public ausgestaltet werden.

Also weshalb lehnen wir nun die Überweisung dieser Standesinitiative an den Regierungsrat ab? Aus folgenden drei Gründen:

Erstens, wie Herr Regierungsrat Engelberger auch schon ausgeführt hat, in den Kantonen Baselland und Basel-Stadt besteht bereits eine gemeinsame Gesundheitsregion und es bestehen auch bereits erste Kooperationen zu Spitälern des Juranordfusses. Der Rahmen wäre also vorhanden und wir sind der Meinung, dass diese für die Erreichung der Zielsetzungen ausreichend ist, aber leider stockt es mit der Umsetzung in Teilaspekten. Und anstatt eine Standesinitiative einzureichen, soll der Regierungsrat all seine Kräfte auf ein bikantonales Zusammenraufen verwenden, um die GGR auf die von der Stimmbevölkerung gewünschte wirkungsvolle Stufe zu heben. Dabei stehen für BastA nicht die Kosteneinsparungen im Vordergrund, sondern ein qualitatives, nachhaltiges und auf den effektiven medizinischen Bedarf ausgerichtetes Angebot fernab von gegenseitiger Konkurrenzierung und Erreichung von EBITDA-Margen.

Zweitens, zudem ist die Standesinitiative eigentlich überflüssig. Auch das wurde schon erläutert, das Anliegen von Planungsregionen ist bereits in Bundesbern mehrfach deponiert. Unter anderem hat die ständerätliche Kommission einen entsprechenden Vorstoss bereits eingereicht und mit unserer Nationalrätin Sarah Wyss haben wir ja eine Vertreterin aus unserem Kanton, die sich für das Anliegen eh schon stark macht. Aber wie wir alle wissen, wimmelt es in Bern nur so von Gesundheitswesen-Lobbyisten und deshalb, ehrlich gesagt, erwarte ich von einer eingereichten Standesinitiative bei diesem bürgerlichen Bundesparlament überhaupt nichts Gescheites und Kreatives. Wir können uns also diesen symbolischen Schritt einsparen.

Und drittens fokussieren die Formulierungen in der Standesinitiative zu sehr auf Einsparungen, Effizienzgewinnen und Dämpfung der Gesundheitskosten. Ich bin das sehr skeptisch, denn eigentlich wissen wir ja alle, dass die Zitrone bereits ausgepresst ist und die verheissenden grossen Einsparungen gar nicht mehr zu erzielen sind. Im Gegenteil, die dringend notwendigen Verbesserungen bei den Arbeitsbedingungen in der Pflege und den Assistenzärzt\*innen sind nicht kostenfrei zu haben und dass die Erneuerung der Spitalinfrastruktur nicht durch die Betriebsgewinne der Spitäler refinanziert werden können, ist nun, glaube ich, schweizweit auch allen bekannt. In der ganzen Diskussion wird völlig ausser Acht gelassen, dass das gesamte Finanzierungssystem seit der Einführung von Fallpauschalen oder Auslagerungen von kostenintensiven Universitätskliniken und dem von bürgerlicher Seite auferlegten Kostendruck auf die Spitäler nicht mehr funktioniert. Es braucht andere Ansätze. Neben den bikantonalen Regulierungen und Planungen braucht es bessere Arbeitsbedingungen



und mehr ausgebildetes Fachpersonal, mehr Zeit für den Patienten am Bett, weniger Administration, weniger Controlling und dringend ein anderes Finanzierungssystem.

Aus all diesen Gründen werden wir die Standesinitiative nicht überweisen. Wir sind der Meinung, dass wir unseren Fokus besser auf die qualitative Weiterentwicklung unserer gemeinsamen Gesundheitsregion und für einen wirklichen Systemwechsel der Finanzierung des Gesundheitswesens legen sollen.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Nächster Sprecher ist Christian Moesch.

*Christian C. Moesch (FDP):* Die FDP unterstützt die Überweisung dieser Standesinitiative ausdrücklich. Die zunehmenden Herausforderungen im Gesundheitswesen, insbesondere im Bereich der Spitalplanung, verlangen nach neuen überkantonalen Lösungen. Die Standesinitiative greift ein Problem auf, das seit Jahren bekannt ist. Die freiwillige Zusammenarbeit zwischen den Kantonen reicht nicht aus, um eine effiziente, bedarfsgerechte und qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung sicherzustellen. Eine gesetzlich verankerte verbindliche Planung in funktionalen Versorgungsregionen, abgestimmt auf Patientenströme und den Versorgungsbedarf, ist ein sinnvoller und notwendiger Schritt. Gleichzeitig bliebe die föderale Verantwortung der Kantone gewahrt bei gleichzeitiger Klarheit in der Kompetenzverteilung.

Ich bin überzeugt, dass diese Standesinitiative eine wichtige und notwendige Debatte auf Bundesebene anstossen und zu einer sachgerechten Weiterentwicklung unseres Gesundheitssystems beitragen kann. Daher empfehle ich Ihnen, die Überweisung dieser Standesinitiative zu unterstützen.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Nächster Sprecher ist Pascal Messerli.

*Pascal Messerli (SVP):* Ich kann es relativ kurz machen, auch die SVP unterstützt diesen Antrag zur Einreichung einer Standesinitiative. Man kann dementsprechend auch inhaltlich auf die Voten von Kollegen Rechtsteiner und Moesch verweisen. Ich denke, inhaltlich sind sich ja auch alle einig, dass hier auch etwas geschehen muss. Deshalb vergibt man sich auch nichts, wenn man hier jetzt der Standesinitiative zustimmt, obwohl ich natürlich auch Frau Eberhard recht geben muss, dass die Wahrscheinlichkeit relativ gross ist, dass diese Standesinitiative, wie viele andere auch, in Bundesbern versanden wird, aber trotzdem, inhaltlich sind wir uns ja da auch einig und dann vergibt man sich auch nichts, wenn man jetzt dem so zustimmt. Dementsprechend bitte ich Sie im Namen der SVP-Fraktion, diesem Antrag zuzustimmen.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Nächster Sprecher ist Raoul Furlano.

*Raoul I. Furlano (LDP):* Ich fange an mit einem mea culpa, nämlich der «Chrüzlistich», der falsch ist wegen mir, es ist nicht ein Plus, es ist ein Minus drauf. Und zwar sind die Argumente schon gesagt worden, sie sind schon benannt worden, ich will die nicht nochmal alle wiederholen, Frau Eberhard hat geredet, andere haben geredet, wieso wir die Standesinitiative nicht überwiesen haben wollen.

Was man noch nicht gesagt hat, ist die Verantwortungsdiffusion, eine mögliche, die so etwas generieren könnte, bei den Kosten und bei der Qualität. Wenn der Bund plötzlich, und wir reden jetzt von einem Bund, der ja nicht gerade wirklich in der stärksten Verfassung ist im Moment, wenn man die Weltlage anschaut, wenn man alles andere anschaut, wäre es ein bisschen naiv, denke ich, wenn man jetzt erwarten würde, dass der Bund plötzlich Milliarden ausschüttet für irgendwelche Planungsregionen im Gesundheitswesen. Also sind wir gefordert, wie wir auch schon gehört haben, dass wirklich hier bikantonal das so läuft und es läuft ja eigentlich recht gut. Vor allem in der Spitzenmedizin wissen wir, welche Eingriffe wo gemacht werden sollen und das wird gesteuert und das ist auch gut so. Das sagt sogar ein Liberaler. Also wenn wir nochmal auf die Verantwortungsdiffusion bei den Kosten und der Qualität schauen wollen, dann müssen wir sagen, wenn der Bund die Planungsregionen definieren würde, einfach so einmal durchdacht, aber die Kantone weiterhin für die Finanzierung und dann für die Umsetzung verantwortlich wären, dann haben wir doch ein Zuständigkeitschaos. Da müssen wir uns auch im ganz klaren sein. Wer haftet dann zum Beispiel bei einer Fehlplanung, wer haftet dann, ist das dann der Bund, sind das die Kantone, wer trägt überhaupt die Konsequenzen? Das ist einmal ein Argument, das vielleicht noch nicht genannt worden ist.

Dann ein zweites, das ich noch sehe oder wir noch sehen, ist die Gefahr von einer politisch motivierten Gesundheitsregion, die besteht dann tatsächlich, dass man die Gesundheitsregionen definiert durch den Bund, die dann durchaus politisch motivierte Grenzziehungen sein könnten und die sind dann nicht zwingend sachlich oder dann wirklich gut qualitätsmässig



medizinisch sinnvoll allenfalls. Also das widerspricht der Idee von einer unabhängigen evidenzbasierten Planung, wie man dem sagen würde, und das wäre der liberale Anspruch.

Und dann auch noch ein drittes und letztes Argument, Zweifel an einer Umsetzbarkeit von überhaupt so etwas in der jetzigen Situation, in der wir uns weltweit befinden einerseits, aber auch, wo sich der Bund im Moment befindet, eine interkantonale Kooperation, die ist schwerfällig, da gebe ich recht, die ist auch nicht einfach, wir merken ja das am eigenen Leib, aber das ist genau unsere Challenge und dort sollten wir unsere Energien und unsere Gelder auch sogar und all das sollte man dort wirklich investieren. Eine Bundeslösung könnte noch viel trägere Entscheidungsprozesse erzeugen und wir müssen uns immer noch bewusst sein, in der Schweiz haben wir immer noch eine hoch qualitative Medizin, ob sie teuer, nicht so teuer oder tragbar, usw. ist, das sind andere Diskussionen. Aber ich möchte einfach hier nochmals staten, wir haben immer noch mit dem USB in einem Kanton drin, das weltweit eines der besten Spitäler ist und wir bieten die Qualität in der Medizin hier an.

Und darum, all das, was ich jetzt hier gesagt habe, das sind noch die letzten drei Argumente, die mir noch gefehlt haben in der guten Debatte, die wir hier geführt haben. Und ich entschuldige mich nochmal im Namen der LDP und von mir, dass wir im «Chrüzlistich» da falsch drin zitiert sind. Also wir lehnen diese unnötige, zwar vielleicht auch gut gemeinte, aber ein bisschen naive Standesinitiative ab, was schlussendlich sicher auch nur Symbolpolitik ist und ich empfehle der GLP, sich bei der eigenen Vertreterin das nächste Mal vielleicht Auskunft einzuholen, was in Bern läuft, dort läuft nämlich genauso viel, wie bis jetzt schon gesagt worden ist.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Nächster Sprecher ist Harald Friedl.

*Harald Friedl (GRÜNE/jgb):* So viel Einigkeit war wahrscheinlich selten bei diesen unterschiedlichen Einschätzungen im «Chrüzlistich» und jetzt, nachdem Raoul Furlano erklärt hat, dass da das falsche Zeichen drin war bei der LDP, ist die Abstimmung wahrscheinlich jetzt in die andere Richtung gekippt. Nichtsdestotrotz werde ich noch kurz sagen, wie es die Fraktion Grüne/jgb sieht.

Wir haben es von eigentlich allen Sprecherinnen und Sprechern gehört, es gibt eigentlich eine Einigkeit, wie wichtig die interkantonale, die regionale Zusammenarbeit und die gemeinsame Planung ist und jetzt haben wir hier diese Standesinitiative, auf Bundesebene gibt es schon diverse Vorstösse, und jetzt sind wir auf der Ebene, was bringt diese Standesinitiative, ist es ein symbolischer Akt oder nicht. Und das haben wir natürlich auch bei uns in der Fraktion diskutiert und wir kamen jetzt zum Schluss, dass wir tendenziell eher für Überweisung sind. Es ist ja eine Erstüberweisung. Wir hatten damals noch nicht die Argumentation des Regierungsrates, der das nicht entgegennehmen will, das haben wir jetzt gehört, das war sehr ausführlich, aber vielleicht kann man das dann ja noch in einer schriftlichen Stellungnahme haben.

Wir sind der Meinung, das könnte die Diskussion beleben, auch auf Bundesebene. Wir sind der Meinung, es ist eine sehr wichtige Diskussion, weil das Gesundheitswesen nicht dort steht, wo es stehen könnte, und wir sehen auch den Bundesrat eigentlich in der Verantwortung, mehr in der Koordination zu unternehmen, damit das auch in anderen Regionen gut funktioniert. Da könnten wir ja als Kanton Basel-Stadt auch eine kleine Vorbildfunktion übernehmen, wie es auch schon ausgeführt wurde von Regierungsrat Lukas Engelberger.

Wie schon gesagt, wir sind jetzt auch nicht der Meinung, dass es unbedingt sein muss, wir sind aber in der Tendenz eher in Richtung, ja, wir können damit die Diskussion innerhalb der Schweiz damit beleben, aber die Diskussion, wie sinnvoll Standesinitiativen sind, die haben wir, glaube ich, bei jeder Standesinitiative mehr oder weniger auch schon behandelt und diskutiert. Also wir sind für Überweisung, für eine Erstüberweisung und danken Ihnen, wenn Sie uns folgen.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Das Wort geht für ein zweites Votum an Lukas Engelberger.

*RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD:* Ich möchte gerne die Gelegenheit nutzen, noch kurz ergänzend festzuhalten, dass wir selbstverständlich uns bewusst sind, dass wir in der Regionalisierung der Planungen im Gesundheitswesen noch weitere Fortschritte benötigen. Dafür hat mir vorher die Redezeit nicht mehr gereicht. Ich nehme das selbstverständlich mit, dass das auch eine Forderung ist aus dem Parlament und ich kann Ihnen noch sagen, dass wir daran auch arbeiten und uns dafür einsetzen in den Gremien der Gesundheitsdirektorenkonferenz. Ich habe diese Empfehlungen zur Spitalplanung erwähnt. Das ist eine ziemlich detaillierte Anleitung, wie wir den Kantonen empfehlen, ihre Spitalplanung zu machen und ich kann sagen, dass die Allermeisten sich in ihren Planungen auch an derselben Methode orientieren und dort wollen wir jetzt eben einen weiteren Schritt in Richtung dieser regionalen Erhebung der Patientenströme und in Richtung der regionalen Planung anstreben. Wir arbeiten daran. Ich sage zwar hier, dass ich dankbar wäre, wenn wir diese Standesinitiative nicht einreichen



würden, aber ich sage gar nicht, dass wir in dem Bereich keine Arbeit mehr hätten und kann Ihnen in Aussicht stellen und versprechen, dass wir da selbstverständlich dranbleiben.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Das Wort geht an Johannes Sieber.

*Johannes Sieber (GLP):* Ich wollte nur kurz erwähnen, dass diese Standesinitiativen gar nicht so schlecht sind. Also ich habe eine Standesinitiative mit Annina von Falkenstein von der LDP für das Konversionsverbotsgesetz auf Bundesebene eingereicht und diese Standesinitiative hat sich dann zu einer Kommissionsmotion entwickelt. Also es ist durchaus so, dass man mit Standesinitiativen etwas bewirken kann und ich bin ein bisschen überrascht, dass man immer, wenn die Standesinitiativen kommen, auch von neuen Ratsmitgliedern mitbekommt, dass das nichts bringt. Es bringt etwas und in diesem Sinne hoffe ich, dass wir doch noch ein paar Stimmen bekommen.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Das Wort hätte der Antragsteller Tobias Christ. Die Zweitunterzeichnerin Claudia Baumgartner verzichtet auf ein Votum.

Wir kommen zur Abstimmung.

#### **Abstimmung**

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

#### **Ergebnis der Abstimmung**

**31 Ja, 61 Nein, 1 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0006309, 09.04.25 09:50:26]

#### **Der Grosse Rat beschliesst**

die Standesinitiative nicht zu überweisen.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Sie haben die Standesinitiative nicht überwiesen mit 61 Nein-Stimmen gegen 31 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung.

### **7. Motion 1 Michela Seggiani und Konsorten betreffend Gestaltung von nachhaltig erfolgreichen Matching - Prozessen zwischen Jugendlichen und Lehrbetrieben in der Berufslehre**

[09.04.25 09:50:33, 25.5087.01]

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat ist bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen.

Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

#### **Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme innert 3 Monaten zu überweisen.



## 8. Motion 2 Melanie Eberhard und Konsorten betreffend Ausbau der Sportflächen für den Breitenfussball

[09.04.25 09:51:04, 25.5088.01]

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat ist bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen.

Es liegen keine Wortmeldung vor. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

### Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme innert 3 Monaten zu überweisen.

## 9. Motion 3 Ivo Balmer und Konsorten betreffend Rahmenausgabebewilligung für den aktiven Landerwerb

[09.04.25 09:51:30, 25.5089.01]

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen.

Das Wort geht an Salome Bessenich.

*Salome Bessenich (SP):* Ich beantrage im Namen der SP-Fraktion die Überweisung der Motion Balmer und Konsorten und führe Ihnen gerne kurz aus, wieso wir und auch die Grünen, für die ich hier sprechen darf, das eine gute Idee finden. Was will der Vorstoss? Ein Rahmenkredit für den Landerwerb mit 260 Millionen Franken. Und wieso wollen wir das? Für das Vorantreiben einer aktiveren Bodenpolitik. Das hat für einen kleinen Stadtkanton wie uns nur Vorteile. Boden ist ein wertvolles Gut, er lässt sich weder vermehren noch importieren und Boden ist die Grundlage für viele unserer Grundbedürfnisse, darunter auch das Wohnen. Und dass der Boden gerade in Basel knapp ist, das versteht sich von alleine. Investitionen in Landkäufe lohnen sich also umso mehr und das meine ich durchaus ökonomisch betrachtet. Das zeigt die ökonomische Entwicklung eindeutig. Das wusste schon Bernoulli und das wissen auch andere kleine Stadtstaaten und Städte wie Singapur, Kopenhagen, Helsinki und andere, die durch Baurechtsabgaben die Stadtentwicklung aktiv vorantreiben.

Dass sich auch die Basler Stimmbevölkerung mehr aktive Bodenpolitik wünscht, das bringt sie in Abstimmungen immer wieder deutlich zum Ausdruck. Sei es die Bodeninitiative oder auch die Abstimmung «Recht auf Wohnen» oder auch nationale Abstimmungen zum Thema, wie zum Beispiel die Initiative «Mehr bezahlbare Wohnungen», mit der ein Vorkaufsrecht eingeführt hätte werden sollen, da hat die Basler Stimmbevölkerung mit 60 Prozent Ja gesagt. Für uns ist klar, der Regierungsrat hat sich im Rahmen der Umsetzung der Initiative «Recht auf Wohnen» das Ziel gesetzt, den Anteil an preisgünstigem Wohnraum bis 2050 auf 25 Prozent zu erhöhen und dieses Ziel, das erreichen wir nur mit erhöhten Anstrengungen und zusätzlichen Investitionen in den Landerwerb.

Aktive Bodenpolitik heisst für uns aber nicht, dass dann der Kanton selber dieses Land bebauen bzw. verwalten muss. Die Abgabe im Baurecht ist eine zentrale Komponente der aktiven Bodenpolitik. Und wenn Sie den Vorstoss aufmerksam gelesen haben, dann steht da auch nichts von Genossenschaften oder von gemeinnützigen Baurechtsträgern, im Gegenteil, es ist explizit von Baurechtsabgaben an private Trägerschaften die Rede. Niemand soll hier von Vornweg ausgeschlossen werden.

Der Vorstoss ist aus unserer Sicht also sehr wohl mehrheitsfähig und wir würden uns sehr freuen, wenn wir hier auch auf bürgerliche Unterstützung zählen könnten. Letztlich geht es uns darum, Gestaltungsspielräume zu schaffen und zu nutzen, denn dort, wo uns der Boden gehört, dort, wo wir Baurechte vergeben, da können wir anders mitgestalten. Das sehen wir nicht zuletzt an ganz vielen Beispielen, die wir bereits kennen. Erlenmatt Ost, Baurechtsvergaben der IBS am Kohlistieg, Schoren, Burgfelderstrasse, Westfeld, Volta Nord, Walkeweg, usw. Auch in Riehen kennen wir das System, beispielsweise am Höflirain wurden sieben Reiheneinfamilienhäuser im Baurecht erstellt.

Wir sehen die Möglichkeiten, die sich in so einem Modell bieten, aber auch bei anderen Baurechtsgeber\*innen, wie zum Beispiel der Stiftung Habitat auf dem Lysbüchel, wo sie eben ihren Boden durch diese Baurechtsabgaben sehr differenziert, sehr vielfältig, sehr kleinteilig entwickeln. Eben nicht nur mit planungsrechtlichen Vorgaben, wie wir das über Zonenplan,



usw. machen, sondern durch die aktive Gestaltung in den Baurechtsvereinbarungen. Das ist es, was wir meinen, wenn wir von aktiver Stadtentwicklung sprechen.

Nicht zuletzt möchte ich noch ein Beispiel erwähnen, mit dem wir uns ebenfalls schon beschäftigt haben, das uns noch weiter beschäftigen wird, nämlich das Hafenaerial, das ja uns bereits gehört. Und auch da haben wir bereits erste Entscheide gemeinsam getroffen, eben nicht nur planungsrechtlich, da können wir mitentscheiden, wie gross dieser Park werden soll oder ob da auch Baurechtsabgaben im Stockwerkeigentum zum Zuge kommen können.

In diesem Sinne fordert der Vorstoss nichts Neues, sondern einfach mehr von dem, was bereits sehr gut funktioniert. Wir hoffen, dass Sie in diesem Sinne zumindest der Erstüberweisung zustimmen werden, und ich freue mich im Namen der SP-Fraktion und der Fraktion der Grünen über Ihre Unterstützung.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Nächster Sprecher ist Christoph Hochuli.

*Christoph Hochuli (Mitte-EVP):* Wohnen ist ein Grundbedürfnis von allen Menschen. Man kann gar nicht darauf verzichten, alle Menschen müssen irgendwo wohnen. Als Kantonsparlament haben wir eine Mitverantwortung, dass in Basel-Stadt genügend und bezahlbaren Wohnraum zur Verfügung steht. Mit dieser Motion von Ivo Balmer können wir etwas dazu beitragen. Der Boden ist ein äusserst knappes Gut, insbesondere in unserem kleinen Kanton und es kann nicht vermehrt werden. Der Wohnungsleerstand ist sehr tief, der Markt ist verzerrt und überhitzt, was die Spekulationen begünstigt, die in niemandes Interesse ist. Insbesondere für Familien ist es zurzeit sehr schwierig, eine genügend grosse und auch bezahlbare Wohnung zu finden. Ganz wichtig, staatlicher Landkauf bedeutet nicht staatlicher Wohnungsbau. Ich befürworte, dass der Kanton Land kauft, das er im Baurecht vergibt. Der Kanton besitzt den Boden noch, aber Private bauen darauf Wohnliegenschaften. Diese Privaten können Wohnbaugenossenschaften, aber auch gewinnorientierte Unternehmen sein.

Noch ein Blick in den Osten. Im Jahr 2022 hatte die Stadt Zürich für rund 184 Millionen Franken neun Grundstücke erworben, im 2023 für insgesamt 358 Millionen Franken 15 Grundstücke. Im Budget 2024 hatte der Stadtrat für den Landerwerb sogar 500 Millionen Franken vorgesehen. Wir sind etwas bescheidener. Die vorliegende Motion fordert nur eine Rahmenausgabenbewilligung für 260 Millionen Franken für Landerwerb, also kein jährlicher Betrag. Eine Preistreiberei im Immobilienmarkt entstand in der Stadt Zürich übrigens nicht. Die Stadt kauft höchstens fünf, in extremen Jahren zehn Prozent des Volumens. Dadurch entstand keine Preistreiberei. Die Stadtverwaltung verfügt über eine Schätzungskommission mit grosser Erfahrung. Diese bewertet die Areale und berücksichtigt einen eventuellen Arrondierungsmehrwert bzw. das Potenzial eines Grundstücks. Daraus ergibt sich eine klare Angebotslimite. Die Stadt kauft nicht einfach alles, was auf den Markt kommt, und genauso würde unser Finanzdepartement den Landerwerb bestimmt auch umsetzen.

Mit diesem Landerwerb profitiert unsere Bevölkerung und der Kanton gleich mehrfach. Viele Menschen erhalten bezahlbaren Wohnraum, der Kanton kann Geld nachhaltig und sicher anlegen und der Staat muss wegen den fairen Mietpreisen in diesen Liegenschaften potenziell weniger Mietzinsbeiträge auszahlen. Ich empfehle Ihnen deshalb auch im Namen der EVP und einem Teil der Mitte, diese Motion zu überweisen.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Nächster Sprecher ist Michael Hug.

*Michael Hug (LDP):* Im Namen der LDP-Fraktion sprechen wir uns gegen die beantragte Rahmenausgangsbewilligung aus, zumindest in der vorliegenden und unklaren Form. Einen Gedanken zur Bernoullis Absicht, der hier immer wieder zitiert wurde, nach meiner Lesart war es vor allem sein Ziel, für raumplanerische Ziele sinnvoll Boden und Flächen zu halten, um dann beispielsweise Spitäler oder andere Infrastrukturen bauen zu können, welche in Zukunft durch die Gesellschaft benötigt werden. Das heisst, kleine Flächen vermeiden, damit man dann später auch Handlungsspielraum hat, zum Beispiel um eine Schule zu bauen. Das ist zugegebenermassen gerade in der Stadt Basel nicht passiert und ein Problem, das wir heute kennen. Nun ist es aber so, dass unsere Stadt anders gewachsen ist als zum Beispiel auch Singapur und andere Städte, wo der gesamte Boden in der öffentlichen Hand ist. Jetzt einzugreifen ist einfach relativ teuer und birgt Risiken der Wettbewerbsverzerrung. Ein generelles Ankaufen des gesamten Bodens war meines Erachtens also auch nicht die Absicht von Herrn Bernoulli.

Es braucht also eine klare Strategie. Was soll für welchen Grund gekauft werden? Die LDP-Fraktion hat grosse Mühe, den Markt derart zu verzehren, dass jeder Private weiss, der Kanton ist in der Pflicht, zuzukaufen. Das ist auch im Kanton Zürich ein Problem. Ratskollege Christoph Hochuli hat von diesem Fonds erzählt, hier wurde ein Fonds geöffnet, der immer weiter gespiesen wird und der Druck wird immer grösser, auch gegenüber der Stadtregierung in Zürich, dass sie kaufen müssen, aber die wollen gar nicht und das führt dann auch zu Fehlanreizen. Wir wollen einfach verhindern, dass es ein wilder Zukauf gibt, der unkoordiniert ist.



Kommen wir zurück zum Status Quo. Der Kanton verfügt bereits heute über die Möglichkeit, eine aktive Bodenpolitik zu betreiben, gestützt auf § 50a des Finanzhaushaltgesetzes. Dort steht, dass die aktive Bodenpolitik ein Ziel ist. Diese wird auch genutzt, etwa mit dem Erwerb des Clara-Areals oder der Liegenschaft an der Gartenstrasse, um einige grössere Beispiele zu nennen. Diese haben auch über mehrere 100 Millionen gekostet. Das sieht man auch in den Bewegungen des Finanzvermögens der letzten Jahre und des Immobilienvermögens. Und es kommt, lieber Kollege Hochuli, zu einer Preistreiberei, das wurde uns beim Clara-Areal bekannt gemacht und beim Horburg wurde es diskutiert. Aber auch in Gesprächen mit Gesellschaften, die nun Liegenschaften in Zürich halten, wurde mir das so mitgeteilt, dass die ein grosses Problem damit haben, dass immer die Klinge über einem schwebt, dass die öffentliche Hand zugreifen will oder kann. Eine zusätzliche Rahmenausgabenbewilligung ist deshalb nicht notwendig.

Völlig unklar bleibt auch, was die Motionäre mit dieser Rahmenausgabenbewilligung bezwecken. Geht es um Käufe ins Finanzvermögen, die heute in der Kompetenz des Regierungsrats liegen, oder um Käufe ins Verwaltungsvermögen, welche ohnehin dem Grossen Rat zur Genehmigung unterstehen. Da das Verwaltungsvermögen bereits heute durch das Parlament bewilligt wird, muss davon ausgegangen werden, dass sich die beantragte Bewilligung auf das Finanzvermögen bezieht. Gerade in diesem Fall ist aber Zurückhaltung angezeigt, denn eine Rahmenausgabenbewilligung wirkt nicht nur als Ermächtigung, sondern auch als mögliche Begrenzung. Ist es also eine bis Bestimmung oder ein Mindestbetrag, über wie viele Jahre soll diese Rahmenausgabenbewilligung wirken?

Wenn natürlich der Vorschlag ist, dass wir diese Ausgabenbewilligung als Demokratisierung des Kaufes ins Finanzvermögen anschauen, dann können wir gerne darüber diskutieren, wenn man zum Beispiel sagt, über die nächsten vier Jahre bis maximal diese über 200 Millionen. Aber wenn es einfach zusätzlich zu der ohnehin geforderten und verankerten aktiven Bodenpolitik ist, dann verstehe ich nicht ganz die Sinnhaftigkeit. Zudem drohen Eigentums- und wohnpolitische Fehlanreize, das wurde schon mehrfach gesagt, das wurde auch beim Horburgpark immer wieder auch glaubhaft dargelegt. Die Regierung wollte dieses auch nicht kaufen und ist auch bei sonstigen Immobilien nicht interessiert und muss sich dann immer wieder auch dagegen wehren.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Es gibt eine Zwischenfrage von Tim Cuénod. Diese wird entgegengenommen.

*Tim Cuénod (SP):* Keine Frage zu Ihrer einwilligen Leseart zu Bernoulli, sondern wenn Sie sagen, dass in Zürich diese Bodenpolitik preistreibend ist, wie erklären Sie sich dann, dass die Bodenpreise und die Wohnpreise in Vorortsgemeinden von Zürich, die überhaupt keine aktive Bodenpolitik betreiben, zum Teil deutlich stärker angestiegen sind?

*Michael Hug (LDP):* Ich nehme an, das hat auch mit dem Preis an sich zu tun, dass in den Vorortsgemeinden auch die Preise noch günstiger waren zum Zukauf und die Regulierungsdichte auch kleiner ist als in den städtischen Zentren wie Zürich oder Basel. Das sieht man im Übrigen auch in Baselland momentan.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Nächster Sprecher ist Pascal Messerli.

*Pascal Messerli (SVP):* Auch die SVP-Fraktion bittet Sie, diese Motion nicht zu überweisen. Wo man aber dem Motionär durchaus Recht geben muss, wenn man der Meinung ist, dass der Kanton aktiver werden soll, dass er eine aktivere Bodenpolitik betreiben soll, dann ist es durchaus intelligenter, eine derartige Motion einzureichen, als wenn man zehn verschiedene Motionen einreicht und sagt, kauft konkret dieses oder dieses Areal, weil dort hätte dann der Kanton, gerade bei einer Zweitüberweisung einer Motion, kaum Handlungsspielraum und würde von einem Privaten dann wahrscheinlich noch über den Tisch gezogen. Dementsprechend würde es durchaus mehr Sinn machen, wenn man der Auffassung ist, man soll aktiver sein, eine derartige Motion einzureichen. Da gebe ich dem Motionär Recht.

Die SVP-Fraktion ist aber nicht der Meinung, dass hier der Kanton noch aktiver werden muss. Wir sind der Meinung, der Kanton soll sich auf seine zentralsten Staatsaufgaben konzentrieren. Es gibt bereits jetzt Möglichkeiten, wie der Kanton situativ schauen kann, wo er eine aktive Bodenpolitik betreibt, zusätzliches Engagement ist aus unserer Sicht in diesem Bereich nicht nötig. Und ich denke auch, wir haben in diesem Kanton genügend Möglichkeiten, wie preisgünstiger Wohnraum geschaffen wird, beispielsweise mit den Möglichkeiten des Kantons, eine Bodenpolitik zu betreiben, aber auch bei den Transformationsarealen, wo ja das Entwicklungspotenzial am grössten ist für die nächsten Jahrzehnte. Dort haben wir ja mit dem Gegenvorschlag zur Initiative «Basel baut Zukunft» einen guten Kompromiss auch erzielt und dort wird in den nächsten Jahrzehnten auch sehr viel günstiger Wohnraum entstehen.



Dementsprechend sind wir der Meinung, die Instrumente genügen, so wie sie jetzt sind, es braucht nicht noch eine aktivere Bodenpolitik und der Staat soll sich auf seine wesentlichen Aufgaben konzentrieren und es gibt ja auch genügend Regulierungen und Dinge, an die sich auch Private halten müssen, wenn sie neuen Wohnraum erstellen lassen. Dementsprechend benötigt es hier dieses Zusatzengagement des Staates nicht und dementsprechend bitte ich Sie im Namen der SVP-Fraktion, diese Motion nicht zu überweisen.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Nächster Sprecher ist Daniel Seiler.

*Daniel Seiler (FDP):* Wir haben schon viel gehört über das Thema. Auf der einen Seite läuft alles gut, alles wunderbar, auf der anderen Seite hören wir die Befürchtungen. Ich möchte kurz ein bisschen auf die Realität eingehen. Investoren verlassen die Stadt, den Handwerkern geht die Arbeit aus, die Wohnbautätigkeit ist stark rückläufig. Wir haben das hier drin schon ein paarmal thematisiert, jeder, der mit offenen Augen durchs Leben läuft, muss konstatieren, dass diese Wohnraumschutzbestimmung die ganze Wohnbautätigkeit an die Wand gefahren haben.

Ende März hat der Kanton die Statistik über die Wohnproduktion im letzten Jahr veröffentlicht. Ein Thema, das scheinbar nicht so gross auf Beachtung gestossen ist, im Jahr 2024 wurden noch 151 neue Wohnungen produziert. In den vergangenen zehn Jahren wurde jeweils ein Mehrfaches davon produziert, der Höchststand war im Jahr 2022, das waren 900 neue Wohnungen. Diese 151 Wohnungen sind noch 15 Prozent vom Höchststand. Wenn wir das jetzt ein bisschen mit anderen aktuellen Veränderungen anschauen, der Börsenkurs ist in den letzten Tagen und Wochen um 10 bis 15 Prozent zurückgegangen.

Diese Neubauten von Wohnungen sind etwa 80 Prozent zurückgegangen und wir wollen jetzt hier drin wirklich nochmals über zusätzliche Massnahmen in diesem Bereich diskutieren und die Attraktivität für Investoren noch mehr schmälern. Das wollen Sie wirklich erreichen. Statt Deregulierung wollen Sie noch mehr staatliche Eingriffe und den Preis noch mehr treiben, damit am Schluss die Investoren die Stadt noch mehr verlassen. Das wollen Sie tatsächlich. Sie können das auch anders verkaufen, aber das ist die Konsequenz von dem, was Sie hier jetzt da fordern. Sie ignorieren die aktuellen Zahlen, Sie ignorieren, wo unser Markt steht, wenn man noch vom Markt reden kann, und wollen jetzt zusätzlich noch 260 Millionen ins Kässchen tun und damit markttreibend sein, preistreibend sein. Das verstehe ich nicht. Die FDP ist dagegen.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Herr Seiler, es gibt eine Zwischenfrage von Ivo Balmer. Diese wird entgegengenommen.

*Ivo Balmer (SP):* Nur kurz, weil Sie auf die Wohnbaustatistik verwiesen haben. Haben Sie die Begründung gelesen des Kantons, Zinsentwicklung und Baupreisteuerung als Stichwort?

*Daniel Seiler (FDP):* Der Kanton hat gesagt, es ist nicht klar, wo das herkommt. Es gibt verschiedenste Faktoren und er hat auch darauf hingewiesen, dass es durchaus auch einen Zusammenhang haben kann mit den Wohnschutzbestimmungen.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Nächste Sprecherin ist Brigitta Gerber.

*Brigitta Gerber (BastA):* Die Fraktion BastA bittet Sie, die vorliegende Motion ebenfalls zu überweisen und zu unterstützen. Salome Bessenich hat schon einige gute Argumente gebracht, vielen Dank, hätte ich mich auch anschliessen können, aber ich sage es jetzt noch kurz für BastA.

Ich werde auch nochmal erwähnen, das Stimmvolk hat mit der Bodeninitiative klar manifestiert, dass es den Kanton befähigen möchte, eine aktive Boden- und Wohnpolitik zu betreiben und dazu gehört eben auch der Bodenerwerb, um ihn nachher zum Beispiel, ich finde schon noch wichtig, genossenschaftliche Bauträger zu nennen, aber natürlich auch die Privaten. Aber wieso auch die Genossenschaftlichen, ich denke, das ist vor allem für die jüngeren Generationen ein ganz wichtiger Aspekt, um überhaupt in den Bereich bezahlbaren Wohnraums zu kommen heutzutage. Oder eben auch, und das ist für den Kanton wichtig, zusätzliche Flächen zu erwerben, um Schulen oder eben Sporthallen zu bauen oder zu errichten oder auch um zu entwickeln. Ich denke, das ist wichtig für die Stadt, sie hier handlungsfähig zu halten, damit die Stadt sie gut managt. Wichtig, die richtigen Schulen an den richtigen Orten zu haben und diese neuen Herausforderungen auch gerecht zu werden.



Dafür dürfen es durchaus diese 260 Millionen sein, von mir aus auch mehr. Ich denke, das ist ein ganz sinnvoller Beitrag für die Entwicklung unserer Stadt. Deshalb, die Fraktion BastA unterstützt diesen Vorstoss und ich möchte Ihnen wirklich beliebt machen, ihn auch zu unterstützen.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Das Wort geht an Regierungsrätin Tanja Soland.

*RR Tanja Soland, Vorsteherin FD:* Mir ist nicht so ganz klar in der Diskussion, wohin es wirklich gehen soll, weil wir sind sehr einverstanden, dass wir eine aktive Bodenpolitik machen sollen. Das steht auch so im Gesetz, das machen wir ja. Selbstverständlich brauchen wir Boden für neue Schulen, für all die Sportanlagen, wobei ich Ihnen sagen kann, das ist nicht so einfach, aber wir sind dabei, wir machen das ja. Aber was Sie hier verlangen, ist eigentlich eine Prinzipienänderung. Wir machen das bisher im Finanzvermögen und Sie wollen jetzt, dass wir es im Verwaltungsvermögen machen. Das ist der Unterschied. Da müssten wir jetzt dann eine gesetzliche Grundlage schaffen zuerst, das wäre die erste Voraussetzung, und danach müssten wir auch diesen Betrag, der würde uns zu neuen Schulden bringen, weil dieser Betrag, der ist dann nicht so wie heute im Finanzvermögen, sondern wenn diese Rahmenausgabenbewilligung kommt von 260 Millionen, dann schlägt er auf die Schulden. Ich finde, das ist jetzt finanzrechtlich nicht so sinnvoll. Ich weiss nicht, ob Sie das überlegt haben, das können wir dann auch, falls Sie es doch überweisen wollen, in der Stellungnahme zeigen.

Wir haben ja heute das Finanzvermögen, wir haben diese Möglichkeiten, die besteht ja. Sie wollen sagen, wir sollen noch mehr machen und das wird einfach gefährlich, wenn Sie uns so zwingen. Das wissen dann auch die, die verkaufen, die wissen das und dann schlagen sie den Preis noch höher. Da ist die Gefahr. Wir kaufen nicht alles, weil es zum Teil überteuert ist. Wenn es überteuert ist, heisst das, dass wir eine Wertberichtigung vornehmen müssen. Das schlägt auch gleich auf die Finanzen, daher machen wir das nicht. Das heisst, je mehr wir in den öffentlichen Fokus kommen, je mehr die Verkäufer wissen, dass wir kaufen müssen, je höher wird der Preis. Ich finde das nicht sinnvoll und ich glaube, wir haben doch in den letzten Jahren viel gemacht. Wir haben auch noch die Wohnstiftung, die auch noch Häuser aufkaufen kann, wir sind ja dabei, wir versuchen das, aber das Gebiet ist eng, die Preise sind hoch, da braucht man halt auch etwas Geduld.

Ich sehe nicht, dass wir hier nicht vorwärtsmachen. Sie haben ja die Beispiele genannt, daher habe ich das Gefühl, wir sind hier eigentlich auf Kurs mit dem, was Sie möchten, aber diese Prinzipienänderung, nun das im Verwaltungsvermögen zu machen, findet der Regierungsrat eher schwierig und eher hinderlich und auch für unseren Finanzhaushalt nicht so sinnvoll. Daher bitte ich Sie, diese Motion nicht zu überweisen.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Es gibt eine Zwischenfrage von Franz-Xaver Leonhardt. Diese wird entgegengenommen.

*Franz-Xaver Leonhardt (Mitte-EVP):* Warum möchten Sie diesen Rahmenkredit vom Finanzvermögen wegnehmen? Das habe ich noch nicht verstanden.

*RR Tanja Soland, Vorsteherin FD:* Eine Rahmenausgabenbewilligung vom Grossen Rat ist Verwaltungsvermögen, es ist dann im Verwaltungsvermögen, das ist finanzrechtlich so. Wir brauchen das ja nicht, wir haben das Geld im Finanzvermögen. Wenn Sie das wollen, machen Sie eine Prinzipienänderung.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Nächster Sprecher ist Daniel Albietz.

*Daniel Albietz (Mitte-EVP):* Wie Sie gesehen haben, ist unsere Fraktion mit einer offenen Position im «Chrüzlich», das heisst, sowohl die EVP-Fraktion wie einige der Mitte-Fraktion unterstützen die Erstüberweisung dieses Vorstosses. Natürlich schauen wir dann, welche Antwort kommt, und werden uns dann für die Zweitüberweisung unsere Gedanken machen. Aber uns scheint, selbst wenn das Instrumentarium in der Finanzhaushaltsordnung, § 50a wurde genannt, vorliegt, kann man den Regierungsrat auch ein bisschen ermutigen, etwas aktiver zu werden, als es eben hier im Moment geschieht, und aktive Bodenpolitik zu betreiben.

Ich bin auch sehr erstaunt, und das möchte ich vorwegnehmen, dass heute erzählt wird, dass irgendein Übergang vom Finanz- zum Verwaltungsvermögen verlangt wird. Das ist nicht der Charakter einer Rahmenausgabenbewilligung. Es geht beim Vorstoss auch nicht darum, mehr Sportanlagen zu bauen oder mehr Schulhäuser zu bauen, sondern es geht um eine aktive Bodenpolitik, die eine aktive Wohnbaupolitik zur Folge hat. Denn es zeigt sich, dass gerade gemeinnützige



Wohnbauträger sowohl in schlechten Konjunkturlagen als auch in guter Konjunktur investieren und Wohnungen bauen. Und hier sind wir beim eigentlichen Problem.

Es gibt ja bei der Boden- und Wohnpolitik mindestens drei Positionen. Es gibt auf der einen Seite die sozialistische und kommunistische Position, die will den Kapitalismus abschaffen, Eigentum verbieten, das ist definitiv nicht meine Überzeugung. Schauen Sie in die Geschichte, sozialistische Systeme haben immer in die Armut geführt und sind letztlich gescheitert. Dann gibt es auf der anderen Seite die kapitalistische Position, welche in keinen Markt eingreifen will, und jedes Gut den Gesetzen von Angebot und Nachfrage aussetzen möchte und diese Überzeugung teile ich eben auch nicht. Es gibt diese Position der Mitte, die anerkennt, dass es Güter gibt, die knapp sind, dass es Güter gibt, die die Märkte nicht mehr spielen lassen, und das hat Spekulation und überhöhte Preise zur Folge und diejenigen, die das Privileg haben, ein solches Gut zu besitzen, die können dann eben den Preis bestimmen. Ich bin ein Verfechter der freien Marktwirtschaft, aber eben, sie muss frei sein. Das bedeutet, wenn der Markt nicht spielt, insbesondere bei knappen Gütern, braucht ein Markt auch Regulation und Korrektur. Das ist eine tiefe Überzeugung von mir, ich bin kein Verfechter des Raubtier-Kapitalismus.

Wir alle müssen wohnen und der Wohnungsmarkt ist ausgetrocknet im Kanton Basel-Stadt, er ist dunkelrot auf der Landkarte. Das ist anders in ländlichen Gebieten, wo man noch Wohnungen finden kann, aber hier sind die Preise unter Druck oder nicht unter Druck, sondern sie sind angeheizt und das führt dazu, dass gerade Familien mit Kindern Probleme haben, bezahlbaren Wohnraum in dieser Stadt zu finden. Und hier bin ich dann beim Programm der Mitte. Wir haben es Mitte 2024 erneuert, dass die Politik des Kantons darauf ausgerichtet sein muss, den Wohnungsbau im Kanton zu fördern und sich für eine genügende Anzahl an Wohnungen zu tragbaren Bedingungen zu engagieren. Das ist die Familienpolitik der Mitte.

Aber es geht dann eben hier bei diesem Vorstoss nicht primär um Wohnbaupolitik, sondern es geht in erster Linie um aktive Bodenpolitik, dass ein beschränktes Gut auch zu guten Teilen dem Gemeinwesen, zu dem wir alle gehören, gehören darf und der gibt es dann eben ab. Und das steht drin, es steht eben nicht drin, dass wir staatlichen Wohnungsbau fördern wollen, sondern er soll ihn an Private abgeben, vorzugsweise an gemeinnützige, und ich meine nicht nur Genossenschaften damit, gemeinnützige Wohnbauträger, die auf der Basis von Kostenmiete bezahlbaren Wohnraum langfristig zur Verfügung stellen. Ich denke also, dass wir nicht mit untauglichen Lösungen wie dem Basler Wohnschutz den Besitzstand schützen sollen, sondern eben eine aktive Bodenpolitik betreiben sollen.

Hier verstehe ich nicht, weshalb Liegenschaften, die gekauft werden, im Verwaltungsvermögen sein müssen. Sie müssen im Finanzvermögen sein, denn sie sollen einen Ertrag bringen. Es geht um Baurechte, die abgegeben werden, also es geht nicht darum, Verwaltungsvermögen zu schaffen. Ich bin auch dagegen, dass dieses Land für weitere öffentliche Infrastrukturbauten benutzt wird, sondern es müssen Wohnungen gebaut werden.

Darum habe ich den Vorstoss unterschrieben und bin sicher für eine Erstüberweisung, erlaube mir aber, die allfälligen Einwände der Regierung, so sie denn plausibel sind, in der Motionsbeantwortung bei der Frage der Zweitüberweisung ernst zu nehmen. Er soll eine Ermutigung sein, der Vorstoss, § 50a FhO aktiver zu leben.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Es gibt eine Zwischenfrage von Michael Hug. Diese wird entgegengenommen.

*Michael Hug (LDP):* Bisher konnte ja die Regierung ins Finanzvermögen eigentlich unlimitiert Liegenschaften erwerben. Mit dieser Rahmenausgabenbewilligung limitieren Sie ja den Wert, der möglich ist für Käufe. Ist Ihnen bewusst, dass Sie damit das Ziel, eine aktivere Bodenpolitik zu erreichen, eigentlich torpedieren?

*Daniel Albietz (Mitte-EVP):* Das sehe ich nicht so, denn erstens ist nicht von einer Limitation der Rede, sondern von einer aktiven Ausgabe mal von Geld, um Liegenschaften zu kaufen, aber eben auch zur Klärung, nicht zu jedem Preis, sondern wenn Liegenschaften zur Verfügung stehen, dann soll der Staat kaufen können, wenn der Preis angemessen ist.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Nächster Sprecher ist David Jenny.

*David Jenny (FDP):* Ich bin schon erstaunt, welche Unkenntnis der finanzrechtlichen Grundlagen aus den Voten der Mitte hervorgehen. Die Überschrift heisst Rahmenausgabenbewilligung. In unserer Finanzhaushaltsgesetzgebung ist das im § 27 geregelt unter der Überschrift Ausgabe und Ausgabe ist eben per Definition Verwaltungsvermögen. Der Gegenbegriff ist Anlage, das zählt für das Finanzvermögen. Und ich meine, wie man das übersehen kann, also ich sage jetzt nicht, ich bin schon Beisitzer gewesen bei Examen, aber nachher haben wir Verwaltungsvermögen. Verwaltungsvermögen kann zum Beispiel auch nicht belastet werden. Ob überhaupt eine Abgabe im Baurecht aus Verwaltungsvermögen an Private zulässig



ist, kann mir dann Frau Soland beantworten. Und ich meine, diese Aktivierung des Paragraphen unter Finanzvermögen können Sie nicht mit dem erreichen. Da können Sie irgendwelche Aufforderungen machen, aber ich meine, in Basel geben wir diese zwei Welten ja langsam aus zwischen Finanz- und Verwaltungsvermögen und ich glaube, konsequent müssen Sie sagen, in Basel-Stadt schaffen wir das Finanzvermögen ab, ausser für die Verwaltung von Cash. Das wollen Sie, nichts anderes. Aber das hier ist wirklich nicht aktiver Landerwerb, sondern aktiver Unsinn und ich bitte auch die Mitte, ein bisschen zu überlegen und diesen aktiven Unsinn nicht zu überweisen.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Die Rednerliste ist erschöpft. Somit hat Ivo Balmer das Schlusswort.

*Ivo Balmer (SP):* Vielen Dank für die lebhafte Debatte, wo wir jetzt am Schluss auch noch juristisch wurden und von der aktiven Bodenpolitik zum vermeintlichen aktiven Unsinn gekommen sind. Herr Hug, ich möchte gerne doch mit einem kleinen Zitat von Hans Bernoulli starten und da uns allen verdeutlichen, wie ich ihn lese und wie ich ihn verstehe. Es ist nicht derjenige, der das Gebäude baut, nicht derjenige, dem das Haus gehört, sondern derjenige, der über den Boden verfügt, der über die Entwicklung unserer Städte bestimmt. Und das ist ein Ursprungswert, das hatten wir bei Horburg, das ist «Die Stadt und ihr Boden» aus der Ausgabe 1946. Und genau hier, und da richte ich mich an die Einwände des Finanzdepartements und auch diese Verwirrung, die jetzt hier aufkommt, Hans Bernoulli macht hier klar, um was es in dieser Motion primär geht. Es geht den Gestaltungsspielraum für zukünftige Entwicklungen zu erweitern. Die Motion ist auch klar, dass sie den Verwendungszweck dieser Rahmenausgabenbewilligung für den Landerwerb und die Abgabe im Baurecht an private Bauträger\*innen einsetzen möchte.

Und das ist genau das, worum es hier geht. Es geht um die aktivere Bodenpolitik. Wir haben eine aktive Bodenpolitik, das ist richtig. Wir zitieren auch den entsprechenden Paragraphen und das passiert im Finanzvermögen. Wenn ich heute höre, dass das nicht geht, wenn man das mischt, dass das jetzt im Verwaltungsvermögen sein muss, dann ist das jetzt der Zeitpunkt, das erste Mal zu überweisen und dann nehme ich gerne Empfehlungen entgegen, wie man diesen Willen, den die Motionär\*innen damit ausdrücken, das aktiver zu machen. Ich wurde so beraten, dass das eine Möglichkeit ist. Ich nehme auch einen Fonds oder sonst etwas. Es geht darum, aktivere Bodenpolitik zu machen und wir bekunden unser Bekenntnis dazu, indem wir 260 Millionen heute das erste Mal zur Prüfung überweisen wollen und dann hoffentlich auch ein zweites Mal sprechen.

Eine aktive Bodenpolitik ist das zentrale Instrument für Stadtentwicklung, denn eben, wer über Boden verfügt, kann Quartiere gezielter entwickeln, Freiräume und Grünräume sichern. Das kann man alles unter der Prämisse Wohnungsbau machen und darum geht es. Der Nutzen geht aber noch weiter und da möchte ich an alle, die von der Regulierung gesprochen haben, ich glaube, es war Kollege Seiler, Bodenpolitik schafft Planungssicherheit und gibt uns als Staat und Gesellschaft die Möglichkeit, die Entwicklung unserer Stadt eben aktiv eigentumsrechtlich mitzugestalten, statt nur immer planungsrechtlich oder sonst wie hinterher zu regulieren. Also sie macht aus planerischer Reaktion proaktive Politik.

Wer heute nicht vorausschauend Boden sichert, zahlt entweder morgen doppelt so viel oder noch schlimmer, wir verlieren ganz die Kontrolle. Denn Boden, das wurde auch schon gesagt, ist endlich und bleibt nicht vermehrbar und er bildet die Lebensgrundlage aller. Wer einem sogenannten Markt ohne Angebotsausweitung und Zwangskonsum das überlässt, verliert wirklich jeden politischen Gestaltungsspielraum. Und jetzt zu diesen Argumenten der Marktverzerrung. Ich habe hier auch noch ein Zitat für Michael Hug rausgesucht, weil ich wirklich die Debatte mit Ihnen über Bernoulli schätze. Er meint wirklich im gleichen Buch auch, wenn der Boden der Spekulation überlassen wird, verliert die Gemeinschaft die Hoheit über die eigene Entwicklung.

Ich würde sagen, lassen wir doch nur das Wasser den Rhein runter fließen und nicht noch unseren Boden, ich denke, diese Weitsicht steht Basel gut und wir erhalten sie vor allen Dingen mit einer aktiven Rennbodenpolitik für die zukünftigen Stadtgenerationen. Ich bitte Sie deshalb, dieser Motion zuzustimmen und ich bedanke mich herzlich.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Es gibt eine Zwischenfrage von Daniel Seiler. Diese wird entgegengenommen.

*Daniel Seiler (FDP):* Mich würde interessieren, wie Sie diesen extremen Rückgang von diesen über 80 Prozent der Wohnbauproduktion einschätzen.

*Ivo Balmer (SP):* Also Sie referieren auf die Zahlen aus Ihrem Votum. Auf den offiziellen Zahlen, ja. Ich teile die Einschätzung der Verwaltung, die klar ist, gesicherte Erkenntnis, Zinsanstieg, Baukostenteuerung. Was unklar ist, ist der Wohnschutzeffekt.



*Balz Herter, Grossratspräsident:* Wir kommen zur Abstimmung.

### **Abstimmung**

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

### **Ergebnis der Abstimmung**

**53 Ja, 40 Nein, 2 Enthaltungen.** [*Abstimmung # 0006313, 09.04.25 10:32:38*]

### **Der Grosse Rat beschliesst**

die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Sie haben die Motion überwiesen mit 53 Ja-Stimmen gegen 40 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen.

## **10. Motion 4 Johannes Sieber und Konsorten betreffend Ergänzung des Kulturfördergesetzes zwecks Förderung des Kulturjournalismus**

[09.04.25 10:32:43, 25.5090.01]

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen.  
Gemeldet hat sich als erstes David Jenny.

*David Jenny (FDP):* Ich teile wiederum die Meinung der Regierung. Ich bin jetzt nicht böse und rede nicht von aktivem Unsinn, sondern von fehlgeleitetem Lobbyismus. Wissenschaftsjournalismus, Quartier-Journalismus, Nachtsitzungspolitik-Journalismus, Randsportarten-Journalismus, Vereins- und Generalversammlungs-Journalismus, Basilea-Journalismus, Klatschspalten-, Glanz und Gloria-Journalismus und dann auch von Kulturjournalismus, alles mehr oder weniger förderwürdige Untergattungen des Journalismus. Jetzt wird hier eine raus gegriffen, die liegt Herrn Sieber natürlich sehr am Herzen, das schätze ich auch, sein Einsatz, aber warum gerade dies und warum nicht alles. Ich nehme an, da hat er schon Antworten gegeben in einem Interview, aber ich glaube, das kann man wirklich nicht schlüssig erklären.

Dann soll unser Kulturfördergesetz entsprechend erweitert werden. Das ist ja noch gut und nachher steht dann, er soll ein Förderinstrument vorlegen, das ist aber dann nicht definiert im Gesetz. Wir haben ganz klare Förderinstrumente im § 4 des entsprechenden Gesetzes. Ein Vorschlag, wie das zu erweitern wäre, wird nicht gesagt. In der Regel entscheidet ja dann auch nicht der Grosse Rat darüber. Ich glaube, es ist eben auch die Gefahr der Nähe in unserem Kanton zu all diesen Akteurinnen und Akteuren in diesen Sektoren. Wir wissen ja schon, wie schwierig es ist, die Mittel aus der Trinkgeldinitiative so zu verteilen, damit es nicht nur eine bestimmte Nähe ist und hier wird das dann nochmals näher zu allem, ich halte dies für untauglich. Wir haben gewisse Probleme gesamthaft, wie Medien genügend Geld verdienen können, aber ich glaube, jetzt da irgendetwas ziemlich willkürlich rauszugreifen, bringt nichts, beschäftigt die Verwaltung, geht vielleicht durch, weil dann niemand dann irgendwann ein Referendum ergreifen will, aber ich glaube nicht, dass das wirklich eine Besserung schafft. Ich glaube, dann kommen alle anderen möglichen Sparten und sagen, wenn das so ist, dann bitte auch für uns etwas.

Es ist sehr willkürlich und ich glaube, das stoppt man lieber am Anfang als sagen, ja, das ist ja gut gemeint und wir warten mal ab, was die Regierung berichtet. Wir wissen alle, was sie so in etwa berichten wird und dann wird das nochmal



überwiesen, dann kommt das irgendwann in eine Kommission, dann kommen alle anderen und sagen, wir wollen aber jetzt auch berücksichtigt werden, das ist ein Leerlauf. Es wird einige Jahre dauern und in der Zwischenzeit wird sich der Kulturjournalismus selber weiterentwickeln und in diesem Sinne stoppen Sie lieber diese Übung heute, als irgendwo in vier, fünf Jahren ein kompliziertes Gesetz zu haben, denn ganz so einfach, wie es hier gesagt wird, wird es nicht gehen.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Es gibt eine Zwischenfrage von Herrn Sieber. Diese wird entgegengenommen.

*Johannes Sieber (GLP):* Lieber David Jenny, ich möchte Ihnen Ihre Frage zurückstellen, warum nicht alles. Wäre denn die FDP bereit, eine Motion für Förderung des Journalismus im Allgemeinen zu unterstützen?

*David Jenny (FDP):* Im Allgemeinen und im Besonderen auf der ganzen Welt. Nein, ich glaube, das ist nicht die Rolle der kantonalen Kulturpolitik. Und ja, früher gab es vom Bund die verbilligten Posttarife, etc., das ist in der heutigen Zeit nicht mehr möglich. Also wenn, dann müsste es auf Bundesebene möglichst neutral sein. Ich weiss auch nicht, wie Sie hier verhindern wollen, dass dann die Baselbieter gratis in den Genuss unseres hochwertigen Kulturjournalismus kommen.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Nächste Sprecherin ist Sandra Bothe-Wenk.

*Sandra Bothe-Wenk (GLP):* Warum Kulturjournalismus, weil Kultur von zentraler Bedeutung für das Selbstverständnis unseres Kantons im Herzen der Metropolregion Basel ist. Wir sind Museums- und Musikstadt mit Institutionen von internationalem Renommee. Wir sind Heimat des grössten Dreipartenhauses der Schweiz und Ausgangspunkt der wichtigsten internationalen Kunstmesse. Auch kleinere Institutionen und eine vielfältige freie Szene finden in Basel fruchtbaren Boden. Kürzlich hat Basel-Stadt das Engagement für die Jugend- und Alternativkultur substanziell ausgebaut. Mit dem neuen Förderprogramm für die Club- und Nachtkultur übernimmt Basel schweizweit eine Vorreiterrolle. Während das Budget für Kulturproduktion und Kulturmarketing steigt, sinkt aber die mediale Resonanz von Kultur.

Kulturjournalismus ist jedoch ein unverzichtbarer Teil der Kulturproduktion. Kulturproduktion ohne Kritik verpasst das Potenzial ihrer Wirkung. Ohne die Einordnung bezüglich Qualität und thematischer Einbettung in den gesellschaftlichen Kontext verliert der Kulturbetrieb gesamthaft an Bedeutung. Während der Vermittlung von Zeiten der Kulturproduktion zu Recht ein immer höherer Stellenwert beigemessen wird, schwindet die unabhängige Einordnung und Kritik, die qualitativer Kulturjournalismus leisten kann. Der Diskurs in und über Kultur entwickelt sich zur Einbahnstrasse. Die Deutungshoheit liegt bei den Institutionen, die sich Vermittlung leisten können. Alle anderen finden im öffentlichen Diskurs gar nicht mehr statt.

Es ist über die kulturinteressierte Gesellschaft hinaus, besonders aber auch für die Politik von Bedeutung, eine unabhängige, fachkundige Einordnung der Kulturprogramme und Produktionen zu haben, die sich mit Literatur, Theater, Film, Musik, Kunst und Medienkritik beschäftigt und über Hintergründe und Entwicklungen im Kulturbetrieb berichtet. Doch der Journalismus und im speziellen der Kulturjournalismus steht durch den disruptiven Wandel der Medienbranche immer stärker unter Druck. Die Kulturberichterstattung hat an ihrer Vielfalt und Qualität verloren. Die Folge, immer weniger kulturelle Beiträge und Artikel werden publiziert und wenn dann immer öfter fast ausschliesslich zu Mainstreamproduktionen. Auf der Strecke bleibt jener kulturelle Reichtum, der gerade in Basel so ausgeprägt ist und unsere Region ausmacht.

In seiner Antwort auf die schriftliche Anfrage von Johannes Sieber betreffend Massnahmen zur Förderung der medialen Resonanz von Kultur anerkennt der Regierungsrat die zentrale Bedeutung der Kultur für den Standort Basel sowie die Herausforderungen gezielter Kulturkommunikation in einer stark segmentierten Medienlandschaft. Er sieht qualitativ hochwertige Kulturberichterstattung und Vermittlung als wesentlich für Verständnis und Wertschätzung von Kultur. Im Gegensatz zur Vermittlung fehlt jedoch im Kulturfördergesetz eine gesetzliche Grundlage zur Förderung unabhängiger Kulturberichterstattung. Entsprechende Massnahmen lehnt der Regierungsrat daher ab.

Vor diesem Hintergrund fordert die GLP, diese heute fehlende gesetzliche Grundlage zu schaffen. Das soll in Anlehnung an die gesetzliche Grundlage der Vermittlung im Kulturfördergesetz geschehen. Wir machen im Motionstext einen konkreten Vorschlag und ebenso zu einem Förderinstrument inklusive einer sinnvollen Alimentierung. Das Ziel ist die Steigerung journalistischer Resonanz von Kultur sowohl etablierter Kulturinstitutionen als auch der vielfältigen freien Kulturproduktionen. Wir freuen uns auf Ihre Unterstützung.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Das Wort geht an Catherine Alioth.



*Catherine Alioth (LDP):* Die LDP ist gegen die Überweisung dieser Motion. Wir denken, dass eine gesetzliche Regelung für Kulturjournalisten in manchen Punkten gut sein kann, wir haben es soeben gehört von Ratskollegin Sandra Bothe, aber aus unserer Sicht überwiegen die Risiken.

Ein zentrales Anliegen ist die Unabhängigkeit. Kulturjournalisten müssen frei von Politik und Wirtschaft arbeiten können. Wenn wir den Kulturjournalismus unterstützen wollen, muss man sicherstellen, dass Journalisten weiterhin frei von Druck arbeiten können. Nur so kann eine objektive und authentische Berichterstattung gesichert werden, die für die gesellschaftliche Meinungsbildung essentiell ist. Ein weiterer kritischer Punkt ist die finanzielle Unterstützung, die die Motion fordert. Hier sehen wir die ernsthafte Gefahr, dass mit der Schaffung solcher Fördermittel die journalistische Freiheit empfindlich eingeschränkt wird, was auch die Unabhängigkeit der Berichterstattung beeinträchtigen würde. Sind einmal finanzielle Subventionen etabliert, könnten auch andere journalistische Bereiche, wir haben es auch schon von David Jenny gehört, wie zum Beispiel der Lokaljournalismus oder Investigativjournalismus, ähnliche Forderungen aufstellen. Dies könnte dazu führen, dass umstrittene Themen nicht mehr so unbefangen behandelt werden und eine ausgewogene Berichterstattung in Frage gestellt wird.

Der Kanton tut bereits einiges für eine umfassende und vielfältige Medienlandschaft. So fördert er mehrere Online-Plattformen, die darauf abzielen, das Publikum zu orientieren und ihm Zugang zu wichtigen Informationen zu verschaffen. Der Markt im Bereich des Journalismus sollte seiner eigenen Dynamik folgen und das funktioniert in der gegenwärtigen Medienlandschaft, die wir beobachten können. Ich schaue regelmässig in dem Medienspiegel des Theaters Basel. Dort berichten stets rund zehn Pressevertretern von den Premieren. Auch die Ergebnisse der Bevölkerungsbefragung zur Wahrnehmung und Nutzung des Kulturangebots, welche die Abteilung Kultur im vergangenen Jahr durchgeführt hat, zeichnen ein klares Bild. 91 Prozent der Befragten beziehen ihre Informationen über Plakate, 90 Prozent im Austausch mit anderen Menschen, 73 Prozent durch gedruckte Informationsmaterialien wie Flyer und Veranstaltungskalender. Zudem informieren sich 64 Prozent über Websites und Apps mit digitalen Veranstaltungskalendern und 60 Prozent nutzen gedruckte Zeitungen und Magazine. Diese Zahlen verdeutlichen eindrücklich, dass es keine gesetzliche Verankerung des Kulturjournalismus braucht.

Wir lehnen die Überweisung dieser Motion ab und setzen uns für unabhängigen und freien Journalismus ein.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Es gibt eine Zwischenfrage von Johannes Sieber. Diese wird entgegengenommen.

*Johannes Sieber (GLP):* Wenn der Journalismus, der geförderte Kulturjournalismus nicht mehr frei sein kann, ist dann die geförderte Kunst nicht frei, will das heissen, dass die Kunst in Basel-Stadt staatlich gesteuert ist?

*Catherine Alioth (LDP):* Entschuldigung, ich verstehe die Frage nicht richtig. Ich meine, es geht ja um die Berichterstattung und die haben wir ja auch in der Kunst. Also ich habe es nicht ganz verstanden.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Nächste Sprecherin ist Jenny Schweizer.

*Jenny Schweizer (SVP):* Ich bitte Sie, die Motion nicht zu überweisen. Es kann meiner Ansicht nach nicht Staatsaufgabe sein, Kulturjournalismus zu fördern und gesetzlich festzuschreiben und ich stelle somit auch eigentlich die Zulässigkeit dieser Motion etwas in Frage.

Die Medienfreiheit ist ein hohes Gut und darf nicht angegriffen werden, was sie aber meines Erachtens mit dieser Motion tut. Es gibt gerade auch in Basel zahlreiche Privatmedien, die angegangen werden können, über die mannigfaltige Kulturlandschaft in unserem Kanton zu berichten. Vielleicht wird es auch vom Motionär einfach als Werbeinstrument angesehen, wenn über die Kulturarbeiten mehr geschrieben wird, aber auch dafür ist das Kulturfördergesetz nicht da.

Ich bin der Meinung, dass wir, auch wenn wir so viel Geld im Kulturbereich ausgeben, dann nicht auch noch dafür bezahlen und festlegen müssen, damit darüber berichtet wird. Wir können den Medien in diesem Bereich sicher vertrauen, dass sie darüber berichten, wenn sie es für angemessen erachten. Sie zu zwingen, ist sicherlich hier der falsche Weg.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Nächste Sprecherin ist Lisa Mathys.



*Lisa Mathys (SP):* Ich muss gerade vorwegschicken, dass ich die Vergleiche, die David Jenny gezogen hat mit anderen Berichterstattungen, die eingefordert werden könnten, ein bisschen deplatziert fand. Insbesondere wenn zum Beispiel die Berichterstattung über Nachtsitzungen hier in den gleichen Topf geworfen werden oder andere Sachen wie Kulturjournalismus, dann finde ich das ein bisschen nicht ganz korrekt eingeordnet. Ich denke, dass das Kulturschaffen, wir haben es schon gehört, in unserer Region ein sehr wertvolles Gut ist. Basel-Stadt ist stark als Kulturstandort und es ist extrem wichtig, dass dieses Kulturschaffen auch gesehen wird und auch dass es kritisch reflektiert wird.

Ich komme gerade auch auf den Vorwurf oder die Unterstellung der Abhängigkeiten und vom Druck zurück, die Catherine Alioth erwähnt hat. Ich denke gerade, das ist ja nicht gegeben, auch das Kulturschaffen an sich wird staatlich mitfinanziert und gefördert und ist deshalb trotzdem frei und umso wichtiger ist es, dass das nicht nur irgendwo im stillen Kämmerlein stattfindet, sondern dass es auch kritisch reflektiert wird medial. Und da geht es nicht nur um Werbung, da geht es um eine Einordnung ins Zeitgeschehen, ins Kulturleben in unserer Stadt und es ist extrem wichtig, dass das stattfindet. Sonst macht dann irgendwie die Finanzierung des Kulturschaffens an sich auch gar nicht mehr so viel Sinn.

Kultur ist ja nicht nur einfach schön geistiges Vergnügen, sondern es ist eine wichtige Auseinandersetzung mit dem, was in unserer Welt passiert, was in unserer Gesellschaft passiert, wie wir uns entwickeln als Welt und deshalb ist es extrem wichtig, dass das auch journalistisch einen Niederschlag findet. Die fehlende Wertschätzung für Kultur und für Kulturjournalismus in Verlagshäusern zeigt sich bei den Kürzungen, die gemacht werden in den Redaktionen der Zeitungen. Wir sehen, wo das Geld nicht mehr vorhanden ist, die Ressourcen nicht mehr zur Verfügung gestellt werden. Natürlich ist das nicht in allen Medien so, aber in einigen und genau das ist eine falsche und gefährliche Entwicklung und die Ansiedlung, die vorgeschlagen ist im Vorstoss, im Kulturgesetz, die verdeutlicht eben gerade auch, dass es ein logischer Teil von Staatsaufgabe ist, sicherzustellen, dass Kulturschaffen auch kritisch reflektiert wird und journalistisch diskutiert wird und nicht nur einfach stattfindet und damit hat es sich.

In diesem Sinne ist die SP klar für die Überweisung dieser Motion.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Nächster Sprecher ist Eric Weber.

*Eric Weber (Fraktionslos):* Ich habe eigentlich nicht reden wollen und habe jetzt einfach zugehört und Sie wissen ja, als Ein-Thema-Partei rede ich eigentlich immer zu meinem Thema Ausländerasyl, aber weil ich der einzige Journalist bin in diesem Parlament, möchte ich einmal ein paar Sachen klar festhalten.

Ich bin stolz, dass ich 1990 Reporter geworden bin in Festanstellung bei der grössten Zeitung von Europa, bei Bild. Und darum kann ich das auch einordnen, was ich da jetzt zu diesem Thema Geld und Journalismus sage. Ich selber bin als Mensch, Grossrat und Journalist gegen diese Motion. Die älteren Grossräte erinnern sich sicherlich noch, wenn man früher die Basler Zeitung gelesen hat, die Basler Zeitung hatte früher einen eigenen Teil, der hiess Feuilleton, einen schönen Namen. Die Basler Zeitung hatte einen Teil, lokaler Sport, Feuilleton, Wirtschaft. Gibt es den Teil Feuilleton noch in der Basler Zeitung? Nein, den gibt es nicht mehr. Sie müssen auch wissen, die Zeitungen sind private Unternehmungen und die Zeitungen, die Verlage, die haben nach wie vor genügend Geld und können ihre Journalisten selber zahlen.

Ich komme zu meinen Vorrednern. Ich bin ja einer von diesen Grossräten, der gerne zuhört und ich vermisse das, dass Sie nicht Stellung nehmen zu den Vorrednern, dass Sie nur Ihre Reden ablesen. Ich rede nur noch zu Sachen hier in diesem Parlament, die mich beschäftigen, sonst habe ich keine Zeit mehr. Ich komme zur Frau Sandra Bothe-Wenk. Sie haben gesagt, die grösste Kunstmesse ist in Basel. Aber da muss ich Ihnen sagen, Frau Bothe-Wenk, wie lange ist die Kunstmesse noch bei uns? Basel wird überrannt vom Ausland, von der Paris Art. Catherine Alioth, Sie haben richtig gesagt, es gibt genügend Förderung, da schliesse ich mich Ihnen an.

Dann nur ein Beispiel, und dann komme ich schon zum Schluss, ich habe eine eigene TV-Show, eine Fernseh-Show im staatlichen Fernsehen von Belarus. Und dort, das kann man auch im Internet schauen, trete ich auf als Chefankläger gegen die EU. Und ich bekomme auch keine Förderung und darum sehe ich nicht ein, dass die anderen eine Förderung bekommen.

Ich komme zum Schluss, zu Jenny Schweizer. Sie haben richtig gesagt, die Kultur geht runter und ich muss Ihnen einfach noch sagen, warum die Kultur runtergeht, wegen Social Media. Auch meine Kinder lesen keine Zeitung, es braucht keine Feuilleton-Unterstützung, alle Leute lesen heute bis zum Alter von 30 nur noch Social Media und das ist eben die neue Kultur. Darum muss ich einfach ganz klar sagen an den Motionär, Sie haben das falsch aufgestrickt, Sie hätten mehr für Social Media machen müssen.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Als nächstes hat das Wort Regierungspräsident Conradin Cramer.



*Regierungspräsident Conradin Cramer:* Wir sind uns einig, so habe ich es jedenfalls gehört, dass Kulturjournalismus relevant ist für den Diskurs über das Kulturangebot und ich glaube, auch unbestritten ist, dass die mediale Resonanz von Kultur in den letzten Jahren zurückgegangen ist. Ein Phänomen, das nicht beschränkt ist auf Kulturjournalismus, sondern wohl generell auf qualitativ hochstehenden Journalismus, nicht zuletzt, wie wir es ja selbst erleben, auch in der Berichterstattung über das politische Geschehen.

Die Motion fordert nun, dass spezifisch der Kulturjournalismus ins Kulturfördergesetz eingeschrieben werden soll mit einem § 6 unter Vermittlung und Zugang. Der Kanton soll also in seinem Kulturfördergesetz eine gesetzliche Grundlage schaffen zur Förderung der Kulturberichterstattung und des Kulturjournalismus. Der Regierungsrat soll, das fordert die Motion so, auf dieser gesetzlichen Grundlage dann Förderinstrumente und auch finanzielle Mittel zur Verfügung stellen mit dem Ziel, die Steigerung der journalistischen Resonanz des Kulturangebots zu erwirken.

Der Regierungsrat lehnt dies ab und möchte die Motion nicht entgegennehmen. Er hält es nicht für zielführend, eine kantonale Medienförderung spezifisch im Bereich Kultur einzuführen. Bei einer solchen kantonalen Medienförderung im Bereich der Kultur würde sich eine Reihe von Herausforderungen stellen. In erster Linie wäre es eine staatspolitische Herausforderung, hier geht es um das Verhältnis von Staat und Medien. Eine staatliche Finanzierung würde eine Abhängigkeit von staatlichen Geldern schaffen. Das ist im Journalismus im Kulturbereich besonders herausfordernd. Derselbe Kanton, der Kulturinstitutionen subventioniert, würde auch noch die Berichterstattung über diese Kulturinstitutionen subventionieren. Das wäre vieles, aber jedenfalls kein Journalismus mehr im Sinn, wie wir ihn verstehen, also im Sinn einer unabhängigen, auch einer kritischen Berichterstattung.

Bei einer Medienförderung im Bereich Kultur müssten also irgendwie Massnahmen definiert werden, mit denen die Unabhängigkeit der Berichterstattung gesichert werden könnte. Wie das gehen soll, das erhellt sich mir nicht. Kulturberichterstattung und Kulturjournalismus sind Teil des Informationsangebots für die Bevölkerung. Sie sind gerade kein Vermittlungs- oder gar Marketing-Instrument. Die Medien sollen ihre Unabhängigkeit vor den Fachbehörden wahren können, die Fachbehörden, die für die Umsetzung der Kulturpolitik des Kantons zuständig sind. Ein subventionierter Kulturjournalismus via Kulturförderung mit einem Leistungsauftrag, der wird seine Unabhängigkeit nicht behaupten können. Es wird ein zahlloser, unkritischer Journalismus werden.

Der Regierungsrat ist der Ansicht, dass jegliche Art von Journalismus, sei es Kulturberichterstattung, Sportberichterstattung, Wissenschaftsjournalismus oder eben politischer Journalismus immer auch im Kontext der Entwicklungen der Medienlandschaft gesamthaft betrachtet werden muss und lehnt es deshalb auch dezidiert ab, jetzt ein «Sonderzügli» für die Kultur zu schaffen. Wir bitten Sie deshalb, dem Antrag des Regierungsrats zu folgen und nicht auf die Motion einzutreten.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Herr Cramer, es gibt zwei Zwischenfragen. Diese werden entgegengenommen. Lisa Mathys.

*Lisa Mathys (SP):* Könnten Sie noch einmal erläutern, wie ein Definieren eines Finanzierungsgefässes dem Journalismus die Zähne ziehen soll? Wieso können Journalisten dann nicht mehr kritisch denken?

*Regierungspräsident Conradin Cramer:* Das ist die ganze Argumentation. Wer seine Berichterstattung, finanziert mit staatlichen Geldern, wird nicht in gleichem Masse kritisch sein können mit staatlich subventionierten Kulturinstitutionen. Das ist ein systemisches Problem, das meines Erachtens nicht lösbar wäre.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Johannes Sieber.

*Johannes Sieber (GLP):* Patrick Marcolli von der bz hat mir vorgeworfen, ich würde mit diesem Konzept, das dieser Motion zugrunde liegt, dem Journalismus die Vermittlung nehmen. Also dass der Journalismus separat behandelt werde, sei ein Zeichen dafür, dass er nicht vermitteln. Also wenn das stimmt, dann hätten wir ja die gesetzliche Grundlage zur Förderung des Journalismus bereits mit diesem Vermittlungsartikel.

*Regierungspräsident Conradin Cramer:* Wir haben keine gesetzliche Grundlage für eine staatliche Subventionierung von Kulturjournalismus und ich glaube, es ist sinnvoll, in dieser Frage auf Journalistinnen und Journalisten zu hören.



*Balz Herter, Grossratspräsident:* Ich habe keine weiteren Sprechenden mehr eingetragen. Somit hat der Motionär Johannes Sieber das Wort.

*Johannes Sieber (GLP):* Ich möchte mich zuerst bedanken bei Sandra Bothe für ihr tolles Votum und bei Lisa Mathys, nicht nur für das Votum und die Unterstützung, sondern auch das Mitdenken an der Förderung von Journalismus im Kanton Basel-Stadt. Ich finde das sehr wertvoll.

Ich möchte auf einen Punkt eingehen, der mir sehr wichtig erscheint, dass, glaube ich, Jenny Schweizer und auch Catherine Alioth irgendwie einem Missverständnis zugrunde oder aufgelaufen sind, denn die Plattformen, die der Kanton unterstützt für die Multiplikation von Veranstaltungen zum Beispiel, die für reines PR dienen oder auch Plakate, das ist kein Kulturjournalismus. Es geht in dieser Motion darum, dass wir die kritische, unabhängige Reflexion von der Kulturproduktion fördern und die ist eben genau nicht gesteuert von den Institutionen. Die soll eben frei sein und sie soll die Möglichkeit haben, die Kulturproduktion zu kritisieren, auch dann, wenn ihnen das vielleicht nicht so passt. Ich denke, wir haben ein Missverständnis zwischen den 150 Millionen, die wir für die Produktion ausgeben und diese Produktion ist ja auch nicht staatlich gesteuert. Also es ist ja nicht so, dass Conradin Cramer ins Theater geht und dort irgendwelche Texte zensuriert, also ich hoffe es zumindest nicht. Ich glaube, dieser Möglichkeit, so viel gute Kultur zu machen, sollten wir auch die Möglichkeit einer Kritik gegenüberstellen und das scheint mir sehr wichtig.

Der Punkt der Abhängigkeit, da haben wir zahlreiche Studien, die belegen, dass Medienförderung nicht zu einer Steuerung der Medien führt. Wir haben seit langem eine Medienförderung und die WOZ ist noch nicht rechter und die NZZ noch nicht linker geworden deswegen. Also das ist irgendwie ein Mythos, der immer wieder kommt. Ich habe eigentlich gehofft, dass Luca Urgese von der FDP reden wird, der kann das immer so sehr gut.

Und da möchte ich einfach sagen, was will die Motion, die Motion möchte eine Kann-Formulierung in ein bestehendes Gesetz schreiben. Damit ist noch keine Verpflichtung, dass man fördern muss, sondern man kann. Dieser Artikel, der dem Regierungsrat fehlt, hat eben in diesem Bereich vorwärtszumachen. Und ich finde es ein bisschen merkwürdig von gewissen Redner\*innen, die zwar das Problem erkennen, aber nicht über eine Lösung nachdenken wollen. Denn diese Motion regt genau das an, dass wir über eine Lösung nachdenken, dass die gesetzliche Grundlage in einem Punkt geschaffen wird und dass der Regierungsrat einen Vorschlag macht, wie das den bewerkstelligt werden kann. Und genau darum geht es. Wir können diesen Vorschlag dann anschauen und wir können ihn auch ablehnen, wenn wir ihn nicht gut finden. Es ist hier keine Einführung von einer Verpflichtung für Journalismus und auch kein Budget, das gesprochen wird. Es ist einfach eine Verpflichtung, dass der Regierungsrat in dieser Medienförderung, die bereits als Anzug schon seit drei Jahren steht, einen Schritt vorwärts macht.

In diesem Sinn hoffe ich sehr, dass wir eine Erstüberweisung schaffen und der Regierungsrat dann vielleicht ausführlicher begründen kann, warum er das nicht gut findet.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Es gibt eine Zwischenfrage von Herrn Messerli. Diese wird entgegengenommen.

*Pascal Messerli (SVP):* Johannes Sieber, wie lässt sich diese Motion mit der Finanzpolitik der GLP rechtfertigen, in der immer gefordert wird, dass der Regierungsrat sparen soll?

*Johannes Sieber (GLP):* Das kann ich gut beantworten. Wir hätten auch einfach 10 Millionen fordern können mit einer Motion, das haben wir nicht getan. Wir wollen sehen, wie das gelöst werden kann und sind dann bereit zu prüfen, ob wir das finanzieren.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Wir kommen zur Abstimmung.

### **Abstimmung**

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

### **Ergebnis der Abstimmung**



**54 Ja, 38 Nein, 2 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0006315, ]

**Der Grosse Rat beschliesst**

die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Sie haben die Motion überwiesen mit 54 Ja-Stimmen gegen 38 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen.

**11. Motion 5 Salome Bessenich und Konsorten betreffend Open-Source für Basel-Stadt analog Art. 9 EMBAG**

[09.04.25 11:04:38, 25.5091.01]

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat ist bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen.

Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

**Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen

**12. Anzug 1 Raphael Fuhrer und Konsorten betreffend zukunftsfähige Mobilitätslösungen bei Unternehmen, Veranstaltungen und Institutionen**

[09.04.25 11:05:18, 25.5031.01]

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

**Der Grosse Rat beschliesst**

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

**13. Anzug 2 Raphael Fuhrer und Konsorten betreffend Optimierung des Tramverkehrs durch die Innenstadt**

[09.04.25 11:05:47, 25.5032.01]

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

Nicole Strahm-Lavanchy meldet sich als Einzelsprecherin.

*Nicole Strahm-Lavanchy (LDP):* Wir sind alle interessiert an einer Entflechtung des Tramverkehrs durch die Innenstadt und danken den Verantwortlichen für das sehr grosse Bestreben zugunsten eines florierenden ÖV-Angebots. Aber was heisst eigentlich Innenstadt? Route Bankverein - Marktplatz oder wer definiert das eigentlich? Ist nicht ein grösserer Kreis rund um diesen Teil auch Innenstadt, zum Beispiel die Vorstädte über die Wettsteinbrücke bis zum Messeplatz oder das ganze Uni-



und Spitalareal? Auf jeden Fall möchten wir für alle diese Routen zukünftig eine optimale ÖV-Lösung anbieten können und das alles ohne Behinderung.

Im vorliegenden Anzug wird aber suggeriert, dass eine Entflechtung durch die Innenstadt nur mit einem Ausbau des Schienenverkehrs durch den Claragraben oder sogar künftig durch den Petersgraben geplant werden kann. Da bin ich ganz klar gegen diesen Ausbau und möchte hier auch keine Präjustiz schaffen. Diese geplanten Schieneninfrastrukturen entlang diesen Routen bergen erhebliche Risiken für die historische und kulturelle Bedeutung dieser innerstädtischen Areale. Auch der bestehende städtebauliche wertvolle Charakter leidet stark mit einem solch übertriebenen Ausbau. Hier bedarf es einer Planung, die den Charme, die Schönheit und die Nutzbarkeit des Stadtkerns schätzt und bewahrt.

Auch kann ich keine neue Tramlinien unterstützen, welche den Knoten Wettsteinplatz noch mehr zu einem Verkehrshotspot werden lassen. Wir haben in unserer Stadt als Alternative eine bereits optimal ausgebaute Ringlinie und von dieser spricht leider niemand. Es ist heute bereits möglich, vom Bahnhof SBB ins Klybeckareal zu fahren und dies braucht keinen unnötigen teuren, aufwändigen Ausbau an der Schieneninfrastruktur durch den Claragraben, nur weil ein paar Sekunden Reisezeit gewonnen werden könnten. Statt eines Ausbaus müssen alternative Konzepte zur Diskussion kommen, die sowohl eine Verbesserung der Verkehrsdynamik als auch den Erhalt unserer Stadtarchitektur ermöglichen. Ich bin sicher, dass wir in ein paar Jahren ganz eine andere ÖV-Mobilität zur Verfügung haben werden und als nur eine mit einer teuren aufwendigen Schieneninfrastruktur.

Zwischenzeitlich kann überlegt werden, ob wirklich alle Tramlinien durch die Innenstadt fahren müssen. Die Herausforderungen der urbanen Mobilität erfordern einen ganzheitlichen Ansatz, der alle relevanten Interessen berücksichtigt. Das wird leider in unserer Stadt ein wenig ignoriert. Einmal ist das nur das Velo, am anderen Tag ist es nur der ÖV. Alle diese fokussierten Konzepte laufen Gefahr, die Bedürfnisse der jeweils aller anderen Interessen zu vernachlässigen. Wir müssen andere Wege finden, die sowohl dem Mobilitätswandel gerecht werden als auch den einzigartigen Charakter unserer Innenstadt bewahren.

Die LDP bittet Sie deshalb, den Anzug kritisch auf jegliche neue Verkehrsführungen der diversen Tramlinien und auf einen Ausbau des Schienenverkehrs zu hinterfragen. Ich lehne jedenfalls aus genannten Gründen den Anzug ab.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Nächster Sprecher ist Eric Weber.

*Eric Weber (Fraktionslos):* Ich kann mich ganz kurzfassen. Nicole Strahm, ich glaube, Sie wohnen nicht in Kleinbasel, ist das richtig? Sie sind in Grossbasel, darum muss ich Ihnen als Kleinbasler sagen, der Wettsteinplatz, den Sie angesprochen haben, ist der zweitwichtigste Platz in Kleinbasel und in meinem Wahlkreis. Der wichtigste Platz ist der Claraplatz und ich finde, der zweitwichtigste Platz in Kleinbasel muss eingebunden werden in das Netz und noch mehr Verbindungen bekommen. Das wollte ich einfach sagen. Viele Leute sagen ja, auch wir und ich sage das selber, in Basel ist man schneller zu Fuss unterwegs. In Kleinbasel bin ich schneller zu Fuss unterwegs, auch wenn ich jetzt zu Fuss ins Rathaus komme. Ich bin schon im Dezember 2020 mit dem BVB-Tram in der Hauptstadt von Bulgarien, in Sofia, gefahren und das sind Trams, die Sie alle kennen, die heissen Sänften, weil man da oben und unten sitzen kann.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Herr Weber, das hat nichts mit diesem Vorstoss zu tun.

*Eric Weber (Fraktionslos):* Ich wollte nur sagen, schade, dass bei uns so alte Trämli fahren.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Das Schlusswort hat Raffaella Hanauer.

*Raffaella Hanauer (GRÜNE/jgb):* Als Zweitunterzeichnerin darf ich hier das Schlusswort zu diesem Vorstoss halten. Der Tramausbau ist für unsere Region enorm wichtig. Wir sind eine wachsende Region und wir haben Klimaziele zu erreichen. Im Tramausbau diskutieren wir über verschiedenste Linien, Claragraben-Petersgraben, Margarethen-Verbindung, Tram 30, Bachgraben, Letten, Klybeck, etc. Einige davon könnten die Innenstadt entlasten. Einige dieser neuen Schienenstücke würden tatsächlich auch Möglichkeiten erlauben, dass nicht mehr so viele Trams über die Innenstadt verkehren müssen, da stimme ich meiner Vorrednerin Nicole Strahm-Lavanchy sehr zu. Doch diese neuen Streckenabschnitte, die werden nicht gleich morgen gebaut sein und gleichzeitig drängt sich seit längerem auch die Problematik auf, dass sich in der Innenstadt die Trams gegenseitig behindern und wir diese grüne Wand haben.



Es wurde vorhin gesagt, der Anzug suggeriere, dass nur mit diesen neuen Schienen in der Innenstadt eine Entlastung geschehen kann. Jedoch ist genau das Gegenteil der Fall. Der Anzug verlangt, dass zu prüfen ist, ob bereits vorher, ohne diese neuen Schienenausbauten, schon kleinere Verbesserungen gemacht werden können und wie diese aussehen würden. Er sagt zwar, dass antizipiert werden soll, dass neue Schienenstücke kommen sollen, diese Schienenstücke sind jedoch noch nicht beschlossen. Die Problematik drängt sich dennoch seit längerem auf und daher ist dieser Prüfauftrag sinnvoll in meinen Augen und ich bitte Sie, diesen Anzug zu überweisen.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Wir kommen zur Abstimmung.

### Abstimmung

JA heisst Überweisen, NEIN heisst Nichtüberweisen.

### Ergebnis der Abstimmung

**70 Ja, 16 Nein, 1 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0006320, 09.04.25 11:14:51]

### Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Sie haben den Anzug überwiesen mit 70 Ja-Stimmen gegen 16 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung.

## 14. Anzug 3 Lukas Bollack und Konsorten betreffend bessere Anbindung des südöstlichen Bruderholzquartiers mit dem Velo

[09.04.25 11:14:59, 25.5033.01]

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

Das wird bestritten durch Pascal Messerli.

*Pascal Messerli (SVP):* Ich darf auch für die LDP-Fraktion bestreiten. Die SVP-Fraktion und die LDP-Fraktion bestreiten diesen Anzug. Wir sind der Meinung, dass es bei diesem Anzug einmal mehr darum geht, dem Autofahrer das Leben schwer zu machen, mit Tempo 30-Zonen, mit Abbau von Parkplätzen, und da machen wir hier nicht mit und sind gegen diesen Anzug.

Es gab auch schon eine schriftliche Anfrage im Jahr 2020. Dort hat der Regierungsrat eigentlich ganz klar gesagt, weshalb man dort keine zusätzlichen Velospuren installieren sollte und es wird jetzt einmal mehr mit diesem Veloweggesetz argumentiert auf Bundesebene. Und hier habe ich einfach das Gefühl, sehr viele, welche damit argumentieren, wollen es nicht wahrhaben, aber es gibt aus dieser Bundesvorgabe kein Anspruch darauf, dass in einer konkreten Strasse ein Veloweg gebaut werden muss. Der Kanton hat dort einen breiten Handlungsspielraum und immer wenn man in einem Vorstoss suggeriert, dass man jetzt wegen dem neuen Veloweggesetz hier oder hier einen neuen Veloweg bauen muss, dann ist dieses Narrativ einfach nicht wahr und dagegen wehren wir uns von der SVP-Fraktion, dass man hier, basierend auf diesem neuen Gesetz, zusätzlich in diesem Kanton dem Autofahrer das Leben schwer machen will.

Ausserdem befürchten wir gerade in den engen Gassen, die im Anzug erwähnt werden, dass dort die Parkplätze gerade auch für Eigentümer und Personen, die dort wohnen, dann einfach auch abgebaut werden und damit haben wir keinen Mehrwert. Es gibt gewisse Wege, wo Velofahrer auch durchfahren können, aber es gibt keinen Anspruch, dass überall, in



jeder Strasse ein Veloweg geschaffen werden muss basierend auf diesem Veloweggesetz. Der Regierungsrat hat auch ganz klar gesagt 2020, weshalb das in diesen Strassen nicht möglich ist und dementsprechend bitte ich Sie, diesen Anzug nicht zu überweisen.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Stefan Wittlin hat sich gemeldet.

*Stefan Wittlin (SP):* Ich möchte ganz kurz replizieren, die SP-Fraktion unterstützt diesen Anzug. Wir hätten es lieber, wenn man ein bisschen grossräumiger denken würde, aber gerade bei der Velosicherheit ist es offensichtlich immer wieder nötig, dass wir einzelne Orte herausgreifen, dass wir konkrete Massnahmen fördern, weil einfach immer noch zu wenig gemacht wird. Es geht nicht darum, die Autofahrer\*innen zu vergraulen, es geht darum, die Velosicherheit zu erhöhen und es ist wichtig, dass wir in diese Infrastruktur investieren.

Und einfach noch auf dieses Argument der schmalen Fahrbahn, eben genau da ist es wichtig, diese Velostreifen zu bauen, weil da ist die Gefahr am höchsten für die Velofahrer\*innen und deshalb sind die Massnahmen, die in diesem Anzug von Lukas Bollack gefordert sind, wichtig und richtig und ich bitte Sie, den Anzug zu überweisen.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Somit geht das Schlusswort an Claudia Baumgartner.

*Claudia Baumgartner (GLP):* Ich möchte es eigentlich kurz machen. Ich übernehme hier das Votum von meinem ehemaligen Fraktionskollegen Lukas Bollack und ich möchte vielleicht kurz darauf hinweisen, ich finde es eigentlich schade jetzt von der SVP, dass wir das immer hören, dass wir hier irgendwie etwas konkurrenzieren, dass es um Parkplatzabbau geht, dass es gegen die Autofahrenden geht. Es geht überhaupt gar nicht darum, es ist ja auch ein Anzug, es geht darum, zu prüfen und zu berichten.

Stefan Wittlin hat das jetzt sehr schön gesagt, es ist wirklich bei der Velosicherheit halt so, dass man einzelne Streckenabschnitte genau anschauen muss. Deswegen möchte ich jetzt hier noch kurz das Votum halten, weil der vorliegende Anzug wurde wirklich auf Anfrage von ganz konkret betroffenen Quartierbewohner\*innen jetzt nochmals lanciert. Diese Bewohner\*innen, die wünschen sich direktere und sichere Veloverbindungen zwischen ihrem Quartier, dem südöstlichen Bruderholz und der Stadt sowie mit dem restlichen Bruderholzquartier. Im südöstlichen Bruderholz wohnen viele Familien. Man sieht zahlreiche Velofahrende, darunter viele Kinder, die sich selbstständig zur Schule oder für Freizeitaktivitäten bewegen.

Die offizielle Veloroute, welche das Quartier über die Jakobsbergstrasse mit der restlichen Stadt verbindet, ist jedoch für viele Fahrten nicht die direkteste Verbindung und beschert den Velofahrenden teilweise auch zusätzliche Höhenmeter. Viele weichen deshalb auf die Giornicostrasse mit direkterer Verbindung aus. Diese jedoch ist eine Tempo 50 Strasse, verfügt über keinen Velostreifen und wird zu Stosszeiten stark vom Pendelverkehr genutzt. Velofahrende berichten von gefährlichen Überholmanövern auf der Giornicostrasse, insbesondere in der unübersichtlichen Kurve zwischen Reinacherstrasse und Zur Gempenfluh. Auch bei der Bushaltestelle beim Alterszentrum Zum Wasserturm kommt es häufig zu riskanten Überholsituationen.

Wir haben es gehört, eine schriftliche Anfrage von Kerstin Wenk aus dem Jahr 2020 betreffend Velostreifen auf der Giornicostrasse wurde vom Regierungsrat aufgrund der Platzverhältnisse damals abschlägig beantwortet. Umso mehr bin ich natürlich jetzt sehr dankbar, dass der Regierungsrat jetzt bereit ist, diesen Anzug im Interesse der Quartierbevölkerung und deren Sicherheit entgegenzunehmen, also diese Situation, die sich offensichtlich seit fünf Jahren auch noch nicht wirklich merklich verbessert hat, dass man das eben vielleicht doch nochmals anschaut.

Dann auch noch die Verbindung zum restlichen Bruderholz über die ebenfalls velostreifenlose Reservoirstrasse. Diese ist zwar sicherer, stellt aber einen Umweg dar. Eine deutlich direktere Verbindung besteht über den Fussweg bei der Liegenschaft Anwilerstrasse 12, diese ist jedoch nur beschränkt nutzbar. Dort muss das Velo gestossen werden. Nur Kinder bis 12 Jahren dürfen den Fussweg befahren, was allerdings immer auch wieder zu Konflikten mit den Fussgänger\*innen führt und auch Erwachsene nutzen natürlich naheliegenderweise diese selbstverständlich auch illegale Verbindung über den Fussweg.

Die Fraktion der Grünliberalen ist deshalb überzeugt, dass eine Verbesserung der Velo-Anbindung des südöstlichen Bruderholzes nötig und möglich ist und der Quartierbevölkerung einen grossen Mehrwert bringen würde, ohne gegenseitige Konkurrenzierung. Ich danke Ihnen deshalb im Namen der GLP-Fraktion vielmals für die Überweisung dieses Anzugs.



*Balz Herter, Grossratspräsident:* Frau Baumgartner, es gibt eine Zwischenfrage von Pascal Messerli. Sie wird entgegengenommen.

*Pascal Messerli (SVP):* Frau Baumgartner, Sie haben gesagt, es geht nicht auf Kosten der Autofahrer. Können Sie denn garantieren, dass bei der Umsetzung des Anzuges keine Parkplätze, gerade in diesen engen Gassen abgeschafft werden?

*Claudia Baumgartner (GLP):* Ich möchte hier die Antwort des Regierungsrates nicht vorwegnehmen, so spezialisiert bin ich jetzt nicht genau in diesem Thema logischerweise. Deshalb wollen wir es ja prüfen lassen.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Wir kommen zur Abstimmung.

### **Abstimmung**

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

### **Ergebnis der Abstimmung**

**67 Ja, 25 Nein, 1 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0006322, 09.04.25 11:23:25]

### **Der Grosse Rat beschliesst**

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Sie haben den Anzug überwiesen mit 67 Ja-Stimmen gegen 25 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung.

## **15. Anzug 4 Amina Trevisan und Konsorten betreffend Massnahmen zur Sicherung der Unterrichtsqualität und Unterstützung von Lehrpersonen ohne abgeschlossene Ausbildung an unseren Schulen**

[09.04.25 11:23:29, 25.5074.01]

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

### **Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

## **16. Anzug 5 Brigitta Gerber und Konsorten betreffend Soziale Sicherheit für Frauen durch verbesserte Information & Planung - das «cash or crash»-Tool**

[09.04.25 11:23:58, 25.5075.01]



*Balz Herter, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

Lydia Isler-Christ bestreitet dies.

*Lydia Isler-Christ (LDP):* Ich darf im Namen der LDP und der SVP reden. Wir bestreiten diesen Anzug. Lebensverändernde Umstände können Einfluss haben auf die Finanzen, auf die finanziellen Verhältnisse, das ist klar. Es gibt bestehende Beratungsangebote, die sinnvoll sind, das stellen wir auch nicht in Frage, aber sonst handelt es sich hier aus unserer Sicht wieder einmal um einen Vorstoss, der nicht nötig ist. Wie im Vorstoss bereits erwähnt, gibt es eine Studie, gibt es schon ganz viele Angebote, unterstützt auch von verschiedenen Institutionen. Die GGG ist erwähnt, Sozialversicherungen klären auch auf, im Vorstoss ist sogar der Link zu einem bereits bestehenden Angebot. Aber die Angebote anzunehmen, ist freiwillig, der Staat kann nicht für sämtliche Lebensentscheide verantwortlich sein. Im Vorstoss wird ausdrücklich eine flächendeckende Information gefordert, in der Schule, in der Verwaltung, in der Privatwirtschaft, das sehe ich sowieso als illusorisch, im Leben zählt einfach auch noch die Eigenverantwortung, wir sind mündige Bürger.

Kurz, die Fraktion der SVP und der LDP finden diesen Vorstoss unnötig. Er ist mit unnötigen Kosten verbunden und wir lehnen ihn darum ab.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Nächste Sprecherin ist Heidi Mück.

*Heidi Mück (BastA):* Wir von BastA möchten diesen Anzug von Brigitta Gerber gerne überweisen, denn wir finden die Kampagne «cash or crash» sinnvoll und wichtig. Wir möchten, dass das Onlinetool, mit dem Personen im Alter von 25 bis 40 Jahren ihre Lebensentscheidungen auf finanzielle Konsequenzen überprüfen können, im Kanton Basel verbreitet und gepusht wird.

Auch wenn ich selber nicht mehr zur Zielgruppe der Kampagne gehöre, habe ich mir dieses «cash or crash»-Tool mal angeschaut und ich muss sagen, ich hätte mir gewünscht, dass es so etwas gegeben hätte, als ich jünger war. Auf spielerische Weise können mit diesem Tool Frauen und Männer wichtige Informationen zu ihrer persönlichen Lebenssituation und zu allfälligen Entscheidungen abrufen. Die Themen reichen von Teilzeit, Heirat, Kinder bis zu Karriere und Scheidung. Es wird mit dem Tool und auch mit der dazugehörigen Kampagne kein Zeigefinger erhoben, niemand wird zu irgendetwas gedrängt. Es gibt einfach gute Informationen über finanzielle Auswirkungen von Lebensentscheidungen und es gibt unseres Wissens kein anderes Tool in der Schweiz, das diese wichtigen Fragen so informativ und niederschwellig behandelt.

Dieser Anzug fordert doch lediglich, dass der Regierungsrat sich Gedanken darüber macht, wie diese Kampagne längerfristig unterstützt werden könnte. Aus diesem Grund bitten wir Sie, diesen Anzug zu überweisen.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Nächste Sprecherin ist Barbara Heer.

*Barbara Heer (SP):* Im Namen der SP-Fraktion bitte ich Sie ebenfalls, diesen Anzug zu überweisen. Wir haben in der Schweiz immer noch Lohnungleichheit, wir haben insbesondere eine grosse Ungleichheit bei der Einkommensverteilung und dann eben auch bei den Vermögen. Wenn man anschaut, welches Vermögen Frauen haben in der Schweiz im Vergleich zu den Männern, da steht die Schweiz im europäischen Vergleich sehr schlecht da.

Es geht ja nicht ausschliesslich um das weibliche Geschlecht, sondern um die Lebenssituationen. Wir wissen, dass Frauen, die Kinder haben dann im Verlauf von ihrem Leben, deutlich weniger verdienen. Die Studie, die da auch genannt ist im Anzug, zeigt das ja mit sehr heftigen Zahlen auf. Wir wissen auch, dass Paare heute häufig nicht das Modell leben, dass sie sich eigentlich wünschen. Sehr viele Männer möchten Teilzeitarbeit, sehr wenige tun es, viele Paare möchten ein egalitäres Modell, rutschen aber am Schluss in traditionelle Rollen ab. Es gibt eine riesige Diskrepanz zwischen dem, was Eltern wünschen und der Realität, in der sie landen. Einerseits hat das strukturelle Ursachen, gesellschaftliche Erwartungen, andererseits hat es aber durchaus mit Informationen zu tun und eben auch der Eigenverantwortung.

Deswegen finden wir diesen Anzug auch so wichtig, weil er Familien dabei unterstützt, eigenverantwortlich mit Blick auf die finanziellen Konsequenzen in ihrer Lohn- und Care-Arbeit Entscheide zu treffen. Die bundesgerichtliche Rechtsprechung ist hier ja klar. Die Ehe ist keine Lebensversicherung für das Erwerbsmodell, das man als Familie wählt, sondern die Frauen müssen dann nach einer Scheidung, ich sage jetzt halt die Frauen, weil es meistens die Frauen sind, die Teilzeit arbeiten, müssen nach einer Scheidung diese finanziellen Konsequenzen alleine tragen.

Wir finden es sehr wichtig, dieser Anzug, dass die Regierung diese bereits existierende Kampagne weiter stärkt in Basel, sicherstellt, dass sie zu den Zielgruppen kommt und auch finanziell schaut, dass es diese Kampagne langfristig gibt. Das ist



umso wichtiger, weil wenn man Eltern wird, erhält man von den verschiedensten Seiten x Informationen, Broschüren über gesunde Ernährung, Beckenbodentraining, soll das Baby auf dem Bauch oder auf dem Rücken schlafen, usw. sowohl Nachteile windelfreier Erziehung, aber Informationen über die finanziellen Konsequenzen der Elternschaft und wie man Care-Arbeit und Berufsarbeit organisiert, diese Informationen erhält man weiterhin nicht. Und genau das macht diese Kampagne und deshalb bitten wir Sie, diesen Anzug jetzt zu überweisen.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Die Redner\*innenliste ist erschöpft. Somit hat Brigitta Gerber das Schlusswort.

*Brigitta Gerber (BastA):* Sie haben ja im Text schon einige Argumente, aber ich danke jetzt nochmals für die guten Argumente von Heidi Mück und von Barbara Heer. Das waren wirklich gute Aspekte, besonders Beckenbodentraining, das dann berücksichtigt wird, aber alles andere, was mit Finanzen zu tun hat, eben wenig. Deshalb an die Adresse der Bürgerlichen, der Wirtschaftskreise sozusagen. Gut informierte Frauen werden wohl an einem gewissen Punkt ihre Pensen erhöhen, das zeigt ja die Studie, und das käme sicher den Schulen mit ihren knappen Personalressourcen sehr entgegen, aber sicher auch der Privatwirtschaft. Ich würde mir das überlegen, denn das sind sie, das sind die hochqualifizierten Arbeitskräfte, die wir suchen. Zumindest höre ich das von Ihrer Seite oft. Minimaler Aufwand, höchste Effizienz, das würde ich Ihnen wirklich nahelegen und deshalb diesen Vorstoss zu unterstützen.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Wir kommen zur Abstimmung.

#### **Abstimmung**

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

#### **Ergebnis der Abstimmung**

**57 Ja, 35 Nein, 2 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0006325, 09.04.25 11:32:16]

#### **Der Grosse Rat beschliesst**

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Sie haben den Anzug überwiesen mit 57 Ja-Stimmen gegen 35 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen.

### **17. Anzug 6 Jérôme Thiriet und Konsorten betreffend Toilettensituation im Landschaftspark Wiese**

[09.04.25 11:32:21, 25.5076.01]

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

#### **Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen



## 18. Anzug 7 Stefan Suter und Konsorten betreffend Postzustellung A-Post +

[09.04.25 11:32:44, 25.5077.01]

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

### **Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

## 19. Anzug 8 Salome Bessenich und Konsorten betreffend Dranbleiben an den Planungen für zusätzliche Grün- und Freiräume im unteren Kleinbasel

[09.04.25 11:33:06, 25.5082.01]

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

### **Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

## 20. Anzug 9 Brigitta Gerber und Konsorten betreffend Einführung Edubs-Book und dessen praktische Handhabung (Tastaturkenntnisse, Ergonomie)

[09.04.25 11:33:34, 25.5085.01]

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

### **Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

## 21. Anzug 10 Eric Weber betreffend Steuern senken

[09.04.25 11:34:01, 25.5105.01]

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat ist nicht bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

Eric Weber hat sich als Sprecher gemeldet.

*Eric Weber (Fraktionslos):* Wenn Sie der Bevölkerung einmal zuhören, was die Bevölkerung ärgert, dann sind das vier Sachen. Die Krankenkasse, die nervt mit wöchentlichen Briefen, die Steuern, die zu hoch sind, und dann Probleme mit der Einwanderung. Das sind die drei Themen, mit denen Sie die Wähler abholen können. Die Krankenkasse ist verhasst, Steuern sind verhasst und die Migration beschäftigt uns ein Leben lang.



Bei den Steuern ist das Grundproblem, dass die Steuern nicht direkt vom Lohn abgezogen werden. Wenn Sie einmal, wie viele Grossräte, im Ausland gearbeitet haben, wissen Sie, dass im Ausland die Steuern direkt vom Lohn abgezogen werden. Und dann sind Sie natürlich schnell dabei, dass Sie bei der Steuererklärung den Lohn, den Sie von den Steuern abgezogen bekommen haben, zurückbekommen, weil wenn Sie dann die Steuererklärung machen, zum Beispiel in Deutschland bekommen Sie dann zwischen 2'000 und 10'000 Euro pro Jahr zurück, und darum erledigen die Leute in solchen Ländern die Steuern schnell, weil sie ja durch die Steuererklärung die zu viel bezahlten Steuern zurückbekommen. Darum habe ich diesen Anzug gemacht, in dem ich sage, bitte die Steuern senken. Sie machen sich beliebt bei Ihren Wählern, wenn Sie auch im nächsten Wahlkampf im Oktober 2028 sagen, liebe Regierung, bitte die Steuern senken.

Und es ist jetzt kein Witz, ich war heute Morgen am Postschalter und habe meine Steuern für 2023 bezahlt. Jetzt habe ich Ruhe, das ist dann einfach schön, wenn man das gemacht hat. Vielleicht wissen Sie es nicht, wenn Sie nicht so viel mit den Wählern reden, viele Basler melden sich ab, weil sie sagen, wir wollen keine Steuern mehr zahlen. Ich habe ganz viele Leute, die mir das erzählen, Eric, wir melden uns ab, wir gehen ins Ausland zum Reisen. Das muss man wissen.

Gestern hatten Sie in der Post die Zeitschrift des Statistischen Amtes Basel und ich bin erschrocken, als ich die Zeitschrift gestern gelesen habe. Dort ist, glaube ich, gestanden, fünf oder sechs oder sieben Prozent von allen Steuerzahlern werden in unserem Kanton betrieben. Also das ist ein grosses Problem und darum habe ich diesen Anzug gemacht betreffend Steuern senken, weil ich finde, es ist genügend Geld vorhanden, aber ich weiss, ich komme nicht durch. Aber ich kann sagen, ich habe diesen Anzug gemacht und ich freue mich, bin glücklich und meine Wähler wissen, der Eric hat den Anzug gemacht betreffend Steuern senken.

Auch wenn es abgelehnt wird mit einer Stimme, kann ich das sagen, weil wir sind ein offizielles Parlament und darum bin ich stolz und glücklich, dass ich den Anzug gemacht habe und bedanke mich bei Ihnen. Vielleicht bekomme ich ja doch noch eine Stimme von der SVP, die mich auch immer bittet, dass ich für sie wählen soll. Politik ist die hohe Kunst der Kompromisse und ich bitte Sie, auch mir etwas zu geben, wenn man von mir etwas will.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Wir kommen zur Abstimmung.

### **Abstimmung**

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

### **Ergebnis der Abstimmung**

**0 Ja, 67 Nein, 0 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0006331, 09.04.25 11:38:56]

### **Der Grosse Rat beschliesst**

den Anzug nicht zu überweisen

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Sie haben den Anzug abgelehnt mit 67 Nein-Stimmen.

## **22. Anzug 11 Eric Weber betreffend FC Basel soll die Polizei Einsätze selbst bezahlen**

[09.04.25 11:39:02, 25.5106.01]

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat ist nicht bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

Das Wort hat Eric Weber.



*Eric Weber (Fraktionslos):* Dieser Anzug ist ganz wichtig. Wenn Sie Zeitungen lesen, mein Herz blüht auf, Städte in Deutschland stellen diesen Fussballclubs der deutschen Bundesliga Polizeieinsätze in Rechnung. Das sind Millionen von Franken an Kosten, die die Polizeieinsätze bei Fussballspielen verursachen und Sie wissen ganz genau, der FC Basel, der scheinbar Schweizermeister und Cupsieger wird, verdient Millionen, aber an der Sicherheit der Polizei beteiligen sie sich nicht. Darum habe ich mir den wichtigen Satz notiert, viele Städte Europas stellen um, stellen Rechnung dem Fussballclub. Lieber Kollega der SVP, Basel muss dem auch folgen, sonst ist Basel abgehängt wie ein Eisenbahnwaggon, der einfach abgehängt wird und die Kosten bleiben beim Steuerzahler sitzen. Ich habe diesen Anzug jetzt selber nicht erfunden, ich habe das gelesen bei einer anderen europäischen Stadt, wo Ihre Kollegen Stadträte, Gemeinderäte sagen, wir zahlen nicht mehr für die Krawalle bei der Bundesliga, wir zahlen nicht mehr für die Fussballspiele und die tausenden von Polizisten, die jedes Wochenende im Einsatz sind.

Und dann bin ich einfach enttäuscht und ich möchte das hier noch loswerden, dann reden wir immer, ja, Basel, Frauenfussball, EM-Frauenfussball, aber auch da, gut, das ist es eine andere Sache, da ist es eine Europameisterschaft, da zahlt das Gastland gerne den Beitrag an die Polizei, aber nicht beim FC Basel, der ja nach wie vor Millionengewinne macht und die Spieler auch mit Millionen bezahlt. Ich finde es doch ein Armutszeugnis, dass der FC Basel sich nicht mal freiwillig an den Kosten der Polizei beteiligt. Der FC Basel könnte ja kommen und sagen, lieber Kanton Basel-Stadt, wir sind der beliebteste Fussballclub der Schweiz, wir sind die besten Fussballer, was ja teilweise stimmt, und wir geben euch vier Millionen pro Jahr an die Polizei. Aber die Freiwilligkeit kommt nicht. Ich erfinde das ja nicht, ich lese halt gerne viele Zeitungen in der Unibibliothek und dort steht, ganz Europa stellt um und ich finde, man müsste auch in Basel den FCB gesetzlich verpflichten, dass der FC Basel für die Polizei zahlt. Aber wie gesagt, das ist nicht der Fall.

Aber wenn man dann die Zeitungen liest, heisst es immer, Basel ist wichtig, Basel ist FCB, Basel ist Fasnacht, usw., aber wenn man dann als Mensch und als Steuerzahler und als Grossrat hinter die Kulissen schaut, dann sehe ich schon irgendwie, Entschuldigung das Wort, das Grauen. Da haut jeder ab und nimmt sein Geld mit, aber die Gemeinschaft, die wir hier präsentieren, der Kanton Basel-Stadt, den wir hier präsentieren, geht leer aus. Und wenn ich manchmal traurig war, wenn der FC Basel verloren hat, hat meine Exfrau gesagt, du Eric, wir haben nichts davon, wenn der FC Basel gewinnt. Dann habe ich gesagt, ja, du hast eigentlich recht, wir haben nichts davon.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Das hat mit den Sicherheitskosten nichts zu tun.

*Eric Weber (Fraktionslos):* Aber wie gesagt, die Kosten sind wichtig, Geld regiert die Welt, das ist überall der Fall, ich spüre das auch, Geld regiert die Welt. Ich werde das Thema FC Basel weiterhin behandeln, weil es ungerecht gegenüber diesen Leuten ist, die Steuern zahlen und die nicht an den FCB-Match gehen und selbst die, die an den Match gehen, spenden nicht freiwillig.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Wir kommen zur Abstimmung.

### **Abstimmung**

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

### **Ergebnis der Abstimmung**

**1 Ja, 65 Nein, 0 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0006333, 09.04.25 11:44:46]

### **Der Grosse Rat beschliesst**

den Anzug nicht zu überweisen

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Sie haben den Anzug nicht überwiesen.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich habe eine Mitteilung zu machen:



Heute Nachmittag ab 13:00 Uhr werden der Innenhof des Rathauses und die Zuschauertribüne für Gäste geschlossen bleiben, um Sie vor angekündigten Störaktionen zu schützen. Diese Massnahme habe ich in Rücksprache mit der Kantonspolizei getroffen. Vor dem Eingang zum Rathaus wird Sicherheitspersonal präsent sein, für Mitarbeitende des Rathauses und für Sie als Grossratsmitglieder und akkreditierte Journalistinnen und Journalisten bleibt der Zugang weiterhin ungehindert möglich. Unser Weibel wird den Sicherheitsdienst dabei unterstützen, dass Sie alle erkannt und rein gelassen werden. Sie können das Velo im Innenhof parkieren, der Eingang Martinsgasse wird geschlossen werden und wird erst am Abend wieder geöffnet. Die einzige Ausnahme ist eine angemeldete Gästegruppe, die heute Abend gegen 17:30 Uhr zu uns stossen wird. Dies zu meiner Mitteilung.

## 23. Anzug 12 Eric Weber betreffend Schutz dem Basler Wald - das grüne Herz unseres Kantons

[09.04.25 11:45:59, 25.5107.01]

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Das Wort hat Eric Weber.

*Eric Weber (Fraktionslos):* Der Wald, der wird auch in unserem Kanton vergessen. Ich möchte es begründen. Ich habe als Kind viel im Wald gespielt und dann hat mich eine Zecke gebissen und dann habe ich eine Hirnhautentzündung bekommen und wurde im Kinderspital gerettet. Ich lerne hier im Parlament, wir sind ein grüner Kanton, wir sind umweltfreundlich, aber keiner redet zum Thema Wald. Darum habe ich diesen Anzug gemacht zum Thema Wald. Mir ist bewusst, dass auch dieser Anzug nicht durchkommen wird, weil scheinbar bin ich, ich weiss es nicht, von der falschen Partei, aber ich habe es versucht, den Anzug Wald, ich liebe den Wald.

Wenn man wenig Geld hat, geht man Pilze suchen im Wald in Riehen. Und ich bin der einzige Grossrat, der auch den Wald in Riehen aufgeräumt hat. Ich ging «fötzelen» das nennt man so auf Baseldeutsch, im Wald von Riehen über ein Beschäftigungsprogramm des Kantons Basel. Das hat Spass gemacht, ich war noch ganz jung, aber es hat Spass gemacht. Und darum weiss man, was im Wald los ist, und dann regen sich halt viele Leute immer auf, das bekomme ich auch mit, wenn Bäume gefällt werden und das ist das Thema. Aber ich weiss, ich komme nicht durch, aber wie gesagt, Dankeschön.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Wir kommen zur Abstimmung.

### Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

### Ergebnis der Abstimmung

**1 Ja, 53 Nein, 0 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0006336, 09.04.25 11:48:57]

### Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug nicht zu überweisen

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Sie haben den Anzug nicht überwiesen mit 53 Nein-Stimmen gegen eine Ja-Stimme.

Ich mache Sie darauf aufmerksam, dass wir hier drinnen mindestens 50 Personen sein sollen. Wir sind da relativ knapp am Limit.



## 24. Anzug 13 Eric Weber betreffend Behörden sollen Nationalität von Tätern nennen

[09.04.25 11:49:11, 25.5108.01]

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat ist nicht bereit, den Anzug entgegenzunehmen.

Das Wort hat Eric Weber.

*Eric Weber (Fraktionslos):* Es ist meine zweitletzte Rede im Monat April. Es ist ja nur noch meine Interpellation, also möchte ich Sie da nicht überstrapazieren. Ich habe jetzt ein paar Anzüge gebracht, aber der härteste Anzug ist halt schon der und da möchte ich jetzt auch meine Kollegen von der SVP, die noch da sind, bitten, zuzuhören.

Anzug betreffend Behörden sollen Nationalität von Tätern nennen. Das ist ein ganz schlimmes Thema. Alle Zeitungsredaktionen sind tief verunsichert, was dürfen wir noch schreiben? Ich kann mich kurzfassen, ein Beispiel: Ich war als Journalist für die Märkische Oderzeitung in Frankfurt (Oder) an der Grenze zu Polen tätig. Der Chefredaktor hat an alle Journalisten geschrieben: Über Rechtspopulismus und solche Parteien dürfen Sie nur schreiben in Absprache der Chefredaktion. Und darum sind die Journalisten sehr verunsichert, weil darf die Nationalität des Täters genannt werden? Selbst ich als Grossrat komme nicht mehr draus, wenn ich Zeitungen lese, deutsche Zeitungen, aus Österreich, aus der Schweiz, aus Deutschland, dürfen diese Zeitungen überhaupt noch den Täter nennen? Teilweise wird es genannt. Und dann gibt es aber zum Beispiel die Fälle, wo jemand mit Migrationshintergrund, habe ich auch mit Grossmutter von Italien und Mutter von Deutschland, wenn jetzt aber jemand Schweizer ist wie ich, könnte man auch schreiben, wenn ich jetzt verurteilt wäre, Täter mit Migrationshintergrund. Aber ich bin Schweizer, aber ich habe auch 75 Prozent Migrationshintergrund, 50 Prozent Deutsch, 25 Prozent italienisch und 25 Prozent schweizerisch.

Darum sage ich ja hier in diesem Anzug, die Polizei und Justiz sollen künftig bei Auskünften über Straftaten die Nationalität der Tatverdächtigen nennen. Ich habe sehr viel gelernt zu diesem Anzug von Joël Thüning. Joël Thüning macht ja viel mit Statistik und dann konnte ich lesen, 2023 erreichte der Anteil ausländischer Verdächtigen mit 41,1 Prozent einen neuen Höchststand. Und das ist natürlich schon viel, das schürt natürlich auch Emotionen und ich bin mit dem gross geworden, mit dieser Kriminalität. Darum möchte ich eigentlich, dass es mal ganz klar festgehalten ist auch in unserem Kanton, dass die Behörden die Nationalität der Täter nennen. Damit es heisst, der ist aus, ich nenne jetzt keine Länder, aber dass es heisst, der ist aus diesem Land, der ist aus jenem Land, der ist so alt und dass man die Nationalität nennt und dass nicht mehr die Unsicherheit in den Redaktionen ist, was dürfen wir schreiben und was dürfen wir nicht schreiben.

Das finde ich eigentlich traurig, dass man dann als Zeitungsabonnent - der Leser ist dann böse auf die Zeitung und es gibt böse Leserbriefe, die habe ich auch immer bekommen, aber die Zeitung kann ja nichts dafür, weil ja die Zeitung die Pressemitteilungen vom Polizeidepartement oder von der Staatsanwaltschaft bekommt und wenn dort halt nicht mehr genau aufgeklärt wird, weil man Angst hat vor der Bevölkerung, finde ich das schon traurig und bin selber verunsichert, weil ich nicht weiss, was darf man schreiben, was darf man nicht schreiben. Das ist ein Thema, das den Wähler, auch Ihre Wähler hochgradig interessiert, wo der Wähler Bescheid wissen möchte.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Wir kommen zur Abstimmung.

### Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

### Ergebnis der Abstimmung

**1 Ja, 68 Nein, 0 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0006338, 09.04.25 11:54:54]

### Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug nicht zu überweisen



*Balz Herter, Grossratspräsident:* Sie haben den Anzug nicht überwiesen mit 68 Nein-Stimmen gegen eine Ja-Stimme.

## **25. Anzug Thomas Müry betreffend thermographische Aufnahmen zur Feststellung von Energieverlusten im Gebäudebereich, Schreiben des RR**

[09.04.25 11:54:59, 22.5550.02]

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

### **Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben

## **26. Anzug Katja Christ und Konsorten betreffend smarte Stadtbeleuchtung, Schreiben des RR**

[09.04.25 11:55:24, 18.5103.04]

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

### **Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben

### **Schluss der 9. Sitzung**

11:55 Uhr



# Protokoll

der 10. Sitzung, Amtsjahr 2025 / 2026

Mittwoch, den 9. April 2025, um 15:00 Uhr

**Vorsitz:** *Balz Herter, Grossratspräsident*

**Protokoll:** *Beat Flury, I. Ratssekretär*  
*Sabine Canton, II. Ratssekretärin*  
*Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung*

**Abwesende:** *Tobias Christ (GLP), Brigitte Kühne (GLP, Beda Baumgartner (SP), Nicola Goepfert (BastA), Remo Gallacchi (Mitte/EVP).*

## Verhandlungsgegenstände:

5.1.	Interpellation Nr. 30 Patrizia Bernasconi betreffend Beschaffung bargeldlose ÖV-Billette-Automate .....	3
5.2.	Interpellation Nr. 31 Salome Bessenich betreffend Zunahme von Antisemitismus in Basel-Stadt .....	4
5.3.	Interpellation Nr. 32 Adrian Iselin betreffend Rücktritt des CEO der MCH Group.....	6
5.4.	Interpellation Nr. 33 Daniel Seiler betreffend Rückstaus an der St. Jakobskreuzung nach Event .....	7
5.5.	Interpellation Nr. 34 Eric Weber betreffend möglicher Terror-Anschlag in Basel während des Eurovision Song Contest .....	8
5.6.	Interpellation Nr. 35 Michela Seggiani betreffend Förderung von Diversity-Zielen durch Anreize.....	9
5.7.	Interpellation Nr. 36 Fleur Weibel betreffend besserer Schutz von Sans-Papiers vor häuslicher Gewalt ..	10
5.8.	Interpellation Nr. 37 Franz-Xaver Leonhardt betreffend Entscheid des Baselbieter Regierungsrats, den Uni-Standort Dreispitz nicht zu realisieren .....	12
5.9.	Interpellation Nr. 38 Brigitta Gerber betreffend Umbau Austrasse: Fehlende Partizipation, Baubeginn während der Planaufgabe? .....	13
5.10.	Interpellation Nr. 39 Georg Mattmüller betreffend Finanzlage des Nachbarkanton .....	13
5.11.	Interpellation Nr. 40 Sandra Bothe betreffend Konsequenzen der Einführung der Wahlmöglichkeit von Italienisch auf Sek II Stufe und Stellung des Frühfranzösisch im Basler Bildungssystem.....	14
5.12.	Interpellation Nr. 41 Gabriel Nigon betreffend Stand der Planungen für eine vom Grossen Rat verlangte Publikumssporthalle.....	14
5.13.	Interpellation Nr. 42 Michael Hug betreffend Zwischennutzung des Sommercasinos durch den Verein Chateau Solaire .....	15
5.14.	Interpellation Nr. 43 Laetitia Block betreffend Sicherheit im öffentlichen Verkehr durch Polizeipräsenz stärken .....	15
5.15.	Interpellation Nr. 44 Oliver Bolliger betreffend Auslagerung der Margarethenklinik .....	16
5.16.	Interpellation Nr. 45 Anouk Feurer betreffend Ermöglichung der Übergangs- und Nachsorgebegleitung zur Reduktion des «Drehtürphänomens» in der Psychiatrie .....	16
27.	Anzug Balz Herter und Andrea Elisabeth Knellwolf betreffend Kongressstadt Basel, Schreiben des RR .	16
28.	Anzug Lydia Isler-Christ und Konsorten betreffend Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und Sozialhilfe-Abhängigkeit, Schreiben des RR.....	17
29.	Antrag Luca Urgese und Konsorten auf Einreichung einer Standesinitiative betreffend Ausweitung der Definition von Familienbetrieben, Stellungnahme des RR .....	17
30.	Antrag Tobias Christ und Konsorten auf Einreichung einer Standesinitiative zur Reduktion von unnötigen Kurzstreckenflügen, Stellungnahme des RR.....	18
31.	Anzug Oliver Thommen und Daniel Sägesser betreffend Beteiligung der Vermietenden an den Energiekosten unsanierter Liegenschaften als Anreiz zur Erhöhung der Sanierungsrate, Schreiben des RR.....	21
32.	Interpellation Nr. 17 Tonja Zürcher betreffend mehr Transparenz über hochgradig krebserregendes Benzidin im Klybeck, Schreiben des RR .....	21



33.	Budgetpostulat 2025 Niggi Daniel Rechsteiner betreffend Gesundheitsdepartement, 730 Gesundheitsversorgung, 36 Transferaufwand (Mangellage im psychotherapeutischen Angebot wirkt sich negativ aus – notwendige Massnahmen sind rasch umzusetzen), Schreiben des RR .....	22
34.	Anzug Michelle Lachenmeier und Konsorten betreffend Agogik im Alter: Stationäre Leistungen für behinderte Personen im AHV-Alter, Schreiben des RR .....	24
35.	Anzug Lukas Faesch und Konsorten betreffend Abschaffung der metallenen Registrierungsmarke bei Hunden, Schreiben des RR .....	24
36.	Anzug Georg Mattmüller und Konsorten betreffend Psychiatrische Versorgung im Kinder- und Jugendalter, Schreiben des RR .....	24
37.	Anzug Georg Mattmüller und Konsorten für verpflichtend betriebliche Berufsbildung in Institutionen und Organisationen mit Pflegeleistungen -fehlende Berufsbildende als Flaschenhals in der Pflege, Schreiben des RR .....	26
38.	Anzug Melanie Eberhard und Konsorten zur Situation der Nachhol- und Weiterbildungen bei Gesundheitsberufen, Schreiben des RR .....	26
39.	Anzug Joël Thüning betreffend "Massnahmen gegen die überfüllte Notfallstation und die Überbelastung des Personals in den Spitälern", Schreiben des RR .....	27
40.	Motion Christoph Hochuli und Konsorten betreffend Verbot von Einweg-E-Zigaretten, Stellungnahme des RR .....	27
41.	Motion Amina Trevisan und Konsorten betreffend Förderung von Psychotherapieplätzen durch die Subventionierung der Weiterbildung von psychologischen und ärztlichen Psychotherapeut:innen, Stellungnahme des RR .....	31
42.	Motion Beat Braun und Konsorten betreffend Erhöhung der ambulanten psychotherapeutischen Versorgungsplätze, Stellungnahme des RR .....	34
43.	Interpellation Nr. 15 Jo Vergeat betreffend Beratungen ungewollte Schwangerschaften, Schreiben des RR .....	36
44.	Interpellation Nr. 28 Christine Keller betreffend möglicher Interessenkonflikte hinsichtlich aktueller und neuer Tätigkeit der Direktoren von USB und UPK, Schreiben des RR .....	37
45.	Motion Beat K. Schaller und Konsorten betreffend keine Allmendgebühren bis zur vollständigen Erholung des Gewerbes nach der Coronakrise, Stellungnahme des RR .....	38
46.	Interpellation Nr. 157 Luca Urgese betreffend Schluss mit dem App-Wildwuchs im öffentlichen Verkehr!, Schreiben des RR .....	38
47.	Motion Daniel Albietz und Michael Hug betreffend Wiedereinführung des Gebietsprinzips im Bau- und Gastgewerbeinspektorat (BGI), Stellungnahme des RR .....	39



## Beginn der 10. Sitzung

Mittwoch, 9. April 2025, 15:00 Uhr

### 5.1. Interpellation Nr. 30 Patrizia Bernasconi betreffend Beschaffung bargeldlose ÖV-Billette-Automate

[09.04.25 15:00:07, 25.5140.01]

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich begrüsse Sie herzlich zur Nachmittagssitzung. Ich habe keine Mitteilungen. Somit starten wir direkt mit den Interpellationen

Interpellation Nummer 30 Patrizia Bernasconi betreffend Beschaffung bargeldlose ÖV Billettautomaten. Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Will die Interpellantin begründen? Sie verzichtet. Daher geht das Wort an Regierungsrätin Esther Keller.

*RR Esther Keller, Vorsteherin BVD:* Wir beantworten diese Interpellation gerne wie folgt.

Zu Frage 1: Für die Stempelkarte wird es eine Nachfolgelösung geben, so dass man auch in Zukunft vorgängig ein Billett kaufen und es vor der Fahrt entwerten kann. Die Barzahlung am Automaten wird durch eine ÖV-Prepaid-Bezahlkarte abgelöst. Diese kann man an verschiedenen Verkaufsstellen mit einem Guthaben aufladen. Die U-Abo-Card wird zudem in den Swissspass integriert.

Zu Frage 2: Das wurde nicht untersucht, da mit der ÖV-Prepaid Bezahlkarten weiterhin Barzahlung möglich sein wird, auch von kleinen Beträgen.

Zu Frage 3: Die Karte kann ohne Registrierung gekauft werden und ist daher anonym. Das wird auch so bleiben.

Zu Frage 4: Die Planung ist noch nicht definitiv abgeschlossen. Aktuell ist ein Mindestladebetrag von 10 Franken beim erstmaligen Kauf der ÖV-Prepaid-Bezahlkarte vorgesehen. Der Betrag kann vollständig für den Kauf von Billetten verwendet werden. Ein Depot oder eine Gebühr ist nicht vorgesehen.

Zu Fragen 5 und 6: Das Vertriebsnetz befindet sich noch in Entwicklung. Die ÖV-Prepaid-Bezahlkarte wird aber einfach erhältlich sein, sprich nicht nur im Kundenzentrum der BVB am Barfässerplatz, sondern auch an Kiosks. Weitere Verkaufsstellen wie beispielsweise in Altersheimen, sind ebenfalls vorgesehen.

Zu Frage 7: Gelegenheitsfahrgäste, die in Basel eine Übernachtung gebucht haben, können mit der Basel Card den ÖV schon heute gratis nutzen. Ansonsten gelten für Gelegenheitsnutzende dieselben Bedingungen wie für alle, nämlich die Bezahlungsmöglichkeiten und Bezugsmöglichkeiten über das Smartphone oder über die Automaten mit Kreditkarten oder Bezahlapps.

Zu Fragen 8 und 9: Die meisten ÖV-Tickets werden bereits heute digital und somit bargeldlos bezahlt. Da mit der ÖV-Prepaid-Bezahlkarte zudem weiterhin Barzahlungen möglich sein werden, geht der Regierungsrat nicht davon aus, dass der ÖV durch die neuen Billettautomaten unattraktiver wird.

Zu Frage 10: Elektronische Zahlungssysteme weisen eine sehr tiefe Ausfallrate auf. Sollte es aber zu einem Ausfall kommen, könnten Tickets weiterhin über die Online-Verkaufskanäle bezogen werden. Mechanische Probleme bei der Bargeldverarbeitung bei den BVB-Automaten sorgen heute für weit mehr Probleme als Ausfälle des elektronischen Zahlungssystems.

Zu Frage 11: Die aktuelle Anzahl Billettautomaten entspricht nicht mehr dem Bedarf. Viele Automaten werden nur wenig genutzt, auch am Aeschenplatz. Das ist wirtschaftlich nicht sinnvoll. Am Aeschenplatz stehen die Automaten zudem sehr nahe beieinander und zum Teil auf schmalen Haltekannten, wo sie im Weg sind. Die Reduktion der Anzahl Automaten bedeutet nur geringfügig längere Gehwege.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Die Interpellantin hat nun Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.



*Patrizia Bernasconi (BastA):* In einer Welt, in der digitale Zahlungen, Apps und kontaktlose Transaktionen allgegenwärtig sind, könnte man meinen, dass Bargeld bald der Vergangenheit angehören wird. Doch es gibt viele Gründe, warum das Bargeld nach wie vor eine fundamentale Bedeutung für die Freiheit und Selbstbestimmung des einzelnen hat.

Für mich besteht ein Recht auf analoges Leben, also auch auf Bargeld. Das Recht auf Bargeld ist nicht nur eine Frage der Wahlfreiheit, sondern auch der sozialen Gerechtigkeit. Nicht jeder hat Zugang zu Bankkonten oder digitalen Zahlungsmethoden, sei es aufgrund von technischen Hürden, persönlichen Vorlieben oder auch finanziellen Herausforderungen. Für viele Menschen bleibt Bargeld die einzig verlässliche und nachvollziehbare Zahlungsmethode. Das Recht, mit Bargeld zu leben bedeutet, dass wir die Vielfalt der Zahlungsmethoden bewahren und niemanden aus dem Finanzsystem ausschliessen, nur weil er oder sie sich dem Digitalen nicht anpassen kann oder will.

Ich bedanke mich zuerst für die Beantwortung meiner Fragen. Grundsätzlich fehlt mir eine Haltung des Regierungsrates. Gerade der Kanton als Eigentümer der BVB sollte ein besonderes Augenmerk auf das Recht auf Bargeld haben. Der ÖV gehört letztlich zum Service Public und da dürfen wir niemanden abhängen.

Zu den einzelnen Fragen: Ich kann feststellen, dass man nach Ablösungsmöglichkeiten für die Stempelkarte sucht, dass man bestrebt ist, ein Netz von Verkaufsstellen für die Prepaid-Karten aufzubauen, wie und wo und in welcher Dichte ist noch unklar. Unbefriedigend ist die Antwort auf die Frage, wie gelegentliche Fahrgäste abgeholt werden sollen. Damit sind nicht die Feriengäste gemeint, sondern Menschen, die spontan das Fahrrad stehenlassen, weil es zum Beispiel regnet oder jemand, der gerade sein U-Abo zu Hause vergessen hat.

Unbefriedigend ist auch, dass nicht untersucht wurde, wie sich die Abschaffung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs auf finanziell benachteiligten Personen auswirken würde, die oft keine Kreditkarte besitzen, sondern der Regierungsrat geht einfach davon aus, dass die Prepaid-Karte die Lösung für alles ist. Und das ist mir zu wenig. Und auch wurde nicht untersucht, wie sich diese neuen Automaten auf die Attraktivität des ÖV auswirken, denn es gibt immer noch viele Leute, die mit Bargeld die Tickets kaufen. Zur Situation am Aeschenplatz muss ich sagen, dass es wirklich unbefriedigend ist. Die neuen Automaten sind vielleicht in naher Fussdistanz, aber der Aeschenplatz ist nicht gerade der einfachste Ort, um überhaupt die Strasse zu überqueren.

Im grossen und ganzen bin ich mit Beantwortung meiner Interpellation zu zwei Dritteln unzufrieden. Sie können sich ausrechnen, was das genau heisst.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Die Interpellantin ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

## **5.2. Interpellation Nr. 31 Salome Bessenich betreffend Zunahme von Antisemitismus in Basel-Stadt**

[09.04.25 15:07:58, 25.5169.01]

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Möchte die Interpellantin begründen? Sie verzichtet auf eine Begründung. Das Wort geht an Regierungspräsident Conradin Cramer.

*Regierungspräsident Conradin Cramer:* Gerne beantworte ich namens des Regierungsrats diese Interpellation wie folgt.

Zu Frage 1: Der Regierungsrat ist besorgt darüber, dass sich antisemitische Vorfälle in der Schweiz im letzten Jahr auf einem deutlich höheren Niveau verfestigt haben als vor dem 7. Oktober 2023. Das Sicherheitsgefühl jüdischer Menschen und die Sicherheitslage jüdischer Einrichtungen haben sich verschlechtert. Die Bekämpfung von Antisemitismus ist dem Regierungsrat ein wichtiges Anliegen und hat höchste Priorität. In den Bereichen Sicherheit, Bildung und Erinnerung werden diverse Massnahmen umgesetzt. Handlungsbedarf besteht insbesondere in der Koordination der diversen Massnahmen im Bildungsbereich und im Ausbau und der Zugänglichkeit bestehender Beratungsangebote. Ebenso erscheint es dem Regierungsrat notwendig, Sensibilisierungsmassnahmen und Massnahmen im Bereich Öffentlichkeitsarbeit zur Prävention antisemitischer Vorfälle zu ergreifen.

Zu Frage 2: Ja, der Regierungsrat hatte auch unabhängig des jüngsten Antisemitismusberichts Kenntnis der Situation bezüglich gemeldeter antisemitischer Vorfälle in Basel-Stadt. Der Kanton Basel-Stadt unterstützt seit Anfang 2023 die Meldestelle des Schweizerischen Israelitischen Gemeindebundes SIG und steht mit dieser in regelmässigem Austausch.



Jeweils im März berichtet der SIG gegenüber dem Kanton Basel-Stadt über die Vorfälle schriftlich. Seit 2024 erfassen die Mitarbeitenden der Schulsozialarbeit im Erziehungsdepartement systematisch Diskriminierungsvorfälle. Die Schulsozialarbeit meldet als antisemitisch wahrgenommene Vorfälle an die Leitung der Volksschule. Diese werden mit der SIG-Meldestelle abgeglichen.

Zu Frage 3: In Basel-Stadt können sich von Antisemitismus betroffene Menschen an die Beratungsstelle Stopp Rassismus und an das Netzwerk Antirassismus wenden oder wie erwähnt an die Meldestelle des SIG. Alle Stellen erhalten einen entsprechenden Staatsbeitrag des Kantons und stehen in engem Austausch mit der Fachstelle Integration und Antirassismus des Präsidialdepartements. Im Internet zugängliche Meldeformulare sind die niederschwelligsten Meldemöglichkeiten. Sie sind sowohl beim Netzwerk-Antirassismus als auch beim SIG vorhanden. Für antisemitische Vorfälle in sozialen Medien kann man sich zusätzlich an die nationale Plattform Stophatespeech.ch wenden. Stehen zusätzlich strafbare Handlungen im Raum, wie etwa Ehrverletzungsdelikte oder eine Verletzung der Rassismusstrafnorm, kann das Verhalten bei der Kantonspolizei zur Anzeige gebracht werden.

Zu Frage 4: Die Israelitische Gemeinde Basel IGB ist Mitglied am Runden Tisch der Religionen beider Basel, der von der Religionskoordination Basel-Stadt geleitet wird und sich vier bis fünf Mal jährlich trifft. Ebenso besteht regelmässiger aus Kontakt zum SIG, zum einen durch die Meldestelle. aktuell auch in Bezug zum Eurovision Song Contest. Die IGB ist zudem Mitglied des Steuerungsausschusses zur Entwicklung des kantonalen Massnahmenplans Antisemitismus wie auch zur Erarbeitung einer kantonalen Strategie gegen Rassismus mit Massnahmenplan. Weiter stehen die Kantonspolizei und die IGB im Rahmen des Projekts Jüdische Sicherheit Basel, das von der gleichnamigen Taskforce bearbeitet wird, in regelmässigem Austausch.

Zu Frage 5: Die Schweiz und auch der Kanton Basel-Stadt ordnen Antisemitismus dem Gesamtphänomen des Rassismus zu. Bei der Prävention und Bekämpfung von Antisemitismus werden die Besonderheiten sowie die historische Konstante des Antisemitismus beachtet. Der Kanton engagiert sich mit verschiedenen Massnahmen in verschiedenen Departementen gegen den Rassismus und ist Mitglied der europäischen Städtekoalition gegen Rassismus. Eine koordinierende Aufgabe innerhalb der Verwaltung übernimmt dabei die Fachstelle Integration und Antirassismus, die auch dem Bund gegenüber Ansprechpartnerin für Strategie und Umsetzung ist. In der interdepartementalen Strategieguppe zur Bekämpfung von Radikalisierung und gewalttätigem Extremismus ISER ist auch die Prävention von Antisemitismus regelmässig Thema. In der ISER sind mit Ausnahmen des Finanzdepartements alle Departementen vertreten. Der Runde Tisch Diskriminierungsschutz bringt unter der Leitung der Fachstelle Integration und Antirassismus regelmässig Vertretende zivilgesellschaftlicher Organisationen und der Departemente zu einem Austausch zusammen. Der Runde Tisch der Religionen beider Basel engagiert sich gegen Antisemitismus und antimuslimischen Rassismus und gegen Diskriminierung innerhalb von Religionsgemeinschaften. In Bezug auf einzelne Massnahmen, zum Beispiel im Bereich Erinnerung, gibt es verschiedene Arbeitsgruppen, die abteilungs- und departementsübergreifend und auch mit zivilgesellschaftlichen Organisationen zusammenarbeiten.

Zu Frage 6: «Speak up» ist ein Präventionsprojekt, das durch die Delegierten der IGB und der Basler Muslimkommission BMK am Runden Tisch entstanden ist. «Speak up» unterstützt Jugendliche, junge Erwachsene und Bildungsverantwortliche, Diskriminierungsformen besser zu verstehen und sich dagegen auszusprechen. Speziell im Fokus standen in der Pilotphase 2024 der Antisemitismus und der antimuslimische Rassismus. Auch im Rahmen der Aktionswoche gegen Rassismus im März oder der Woche der Religionen im November unterstützt der Kanton Basel-Stadt regelmässig Aktivitäten aus der Zivilgesellschaft, die zur Prävention von Antisemitismus beitragen können, wie zum Beispiel ein jüdisch-muslimisches Fastenbrechen im März 2024, eine jüdisch-muslimische Museumsführung und Stadtführungen zu den Stolpersteinen im März 2025 oder eine interreligiöse Friedensandacht im November 2024.

Zu Frage 7: Die antisemitischen Vorfälle waren in den letzten Jahren regelmässig ein Thema am Runden Tisch der Religionen. Auch andere Vorfälle aufgrund der Religionszugehörigkeit, beispielsweise antimuslimischer Rassismus sind Thema. Der Regierungsrat ist zudem über die zuständige Fachstelle Integration und Antirassismus in regelmässigem Austausch mit weiteren vom Rassismus betroffenen Gruppen.

Zu Frage 8: Die Bekämpfung von Antisemitismus als teilgruppenbezogene Menschenfeindlichkeit ist im Kanton Basel-Stadt ein wichtiges Anliegen und wird schon seit längerer Zeit prioritär behandelt. Es werden insbesondere in den Bereichen Sicherheit, Bildung und Erinnerung diverse Massnahmen umgesetzt, die der Regierungsrat teilweise in seinem Schreiben zum Anzug für einen Massnahmenplan zur Bekämpfung von Antisemitismus detaillierter beschrieben hat. Darüber hinaus gibt es im Bereich Sensibilisierung und Öffentlichkeit bereits zahlreiche Massnahmen, die vom Kanton Basel-Stadt getroffen werden, darunter die Woche der Religionen, die Aktionswoche gegen Rassismus oder der Runde Tisch der Religionen. Im Rahmen der Strategieentwicklung zur Bekämpfung von Rassismus und Antisemitismus werden zurzeit Lücken und Handlungsbedarf in den genannten Handlungsfeldern sowie deren Erweiterung geprüft. Dies wird unter Berücksichtigung der nationalen Strategie und der Evaluation der Massnahmen gegen Antisemitismus von Bund, Kantonen und Gemeinden gemacht.



Zu Frage 9. Ein Leitfaden zum Umgang mit Vielfalt wurde zu Beginn dieses Schuljahres an den Schulen Basel-Stadt eingeführt. Er sensibilisiert alle Mitarbeitenden im Schulumfeld für einen diskriminierungsfreien und chancengerechten Umgang mit Diversität. Wie bereits ausgeführt, erfassen seit 2024 die Mitarbeitenden der Schulsozialarbeit systematisch Diskriminierungsvorfälle.

Zu Frage 10: Der Kanton Basel-Stadt verfügt mit den jährlichen Reportings der Meldestelle des SIG, der Beratungsstelle Stopp Rassismus und des Netzwerks Antirassismus über eine Dokumentation der gemeldeten Fälle. In Bezug auf die erlebte Diskriminierung muss aktuell auf Grundlagen der nationalen Ebene zurückgegriffen werden. Auf Bundesebene wird alle zwei Jahre von der Fachstelle für Rassismusbekämpfung ein Monitoring aktualisiert, das die Häufigkeit, die betroffenen Gruppen, die Diskriminierungsformen und die Lebensbereiche untersucht. Als Datengrundlagen werden dabei Erhebungen des Bundesamtes für Statistik sowie der verschiedenen Beratungsnetzwerke berücksichtigt. Für die Formulierung von Massnahmen und deren Evolution wird im Zuge der kantonalen Strategieentwicklung der Aufbau eines Monitoring-Systems geprüft.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Die Interpellantin hat nun Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

*Salome Bessenich (SP):* Ich möchte mich als erstes für die sehr ausführliche Beantwortung meiner Fragen bedanken. Ich bin froh zu hören, dass es auch für den Regierungsrat notwendig erscheint, vermehrt Sensibilisierungsmassnahmen und Massnahmen im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit zur Prävention zu ergreifen. Wie es scheint, ist das Wissen da, das Problem ist erkannt, die richtigen Gefässe existieren, es fehlt nur noch der Massnahmenplan. In diesem Sinne hoffen wir, dass wir da bald mehr wissen und auch, dass der Handlungsbedarf im Bildungsbereich erkannt ist, freut mich zu hören. In diesem Sinne bin ich weiterhin unzufrieden mit der Situation aber zufrieden mit der Antwort des Regierungsrates.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Die Interpellantin ist mit der Antwort zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

### 5.3. Interpellation Nr. 32 Adrian Iselin betreffend Rücktritt des CEO der MCH Group

[09.04.25 15:17:52, 25.5170.01]

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Möchte der Interpellant begründen? Er verzichtet. Somit geht das Wort an Regierungsrat Kaspar Sutter.

*RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU:* Der Regierungsrat beantwortet die vorliegende Interpellation wie folgt.

Bei der MCH Group AG handelt es sich um ein börsenkotiertes privatrechtliches Unternehmen. Der Kanton Basel-Stadt ist heute nur noch als Minderheitsaktionär an der MCH beteiligt. Gemäss Statuten der MCH hat der Kanton das Recht, zwei Delegierte in den heute sechsköpfigen Verwaltungsrat der MCH Group zu entsenden. Gestern hat der Regierungsrat neu Frau prof. Dr. Michèle Sutter-Rüdisser auf den Zeitpunkt der GV 2025 als neue Delegierte gewählt. Sie wird gemeinsam mit dem bisherigen Delegierten Raphael Wyniger die Interessen des Mitigentümers Basel-Stadt im Verwaltungsrat vertreten.

Zu Frage 1: Ja, der Regierungsrat teilt die Einschätzung, eine gut aufgestellte und funktionierende MCH ist zentral für den Messe- und Kongressstandort Basel. Für den Regierungsrat ist es daher wichtig, dass mit den beiden Delegierten im MCH-Verwaltungsrat eine gute Verankerung und Interessensvertretung des Kantons Basel-Stadt innerhalb der MCH Group erreicht wird und die Mitwirkung in der Führung und der strategischen Ausrichtung der MCH Group gewährleistet ist. Die Vertretung der Interessen der Stadt und der Region ist über die beiden Delegierten sichergestellt.

Zu Frage 2: Der Verwaltungsrat hat die Verantwortung für die Führung der MCH Group und die Besetzung der CEO-Position. Mit den zwei Delegierten des Kantons im MCH Verwaltungsrat können die Interessen von Basel im Unternehmen und bei der Auswahl der CEO-Position angemessen entsprechend der Beteiligungsverhältnisse im Unternehmen berücksichtigt werden.

Zu Frage 3: Wie bereits ausgeführt, liegt die Verantwortung zur Besetzung der CEO-Position beim Verwaltungsrat der MCH Group. Der Kanton ist über seine VR-Delegierten daran beteiligt. Dem Regierungsrat stehen keine weiteren Möglichkeiten zur Verfügung, auf den Entscheid Einfluss zu nehmen



Zu FRage 4: Die Beteiligung an der MCH Group hat zum Ziel, den Messe- und Kongressstandort Basel zu fördern und zu stärken. Wegen der mit der Durchführung von Messen und Kongressen verbundenen positiven Wertschöpfungseffekte für die lokale Wirtschaft hat für den Regierungsrat eine möglichst hohe Auslastung der hiesigen Messe- und Kongressinfrastruktur Priorität. Diesem Ziel kommt die MCH Group mit zusätzlichen Initiativen nach. So wurde Ende 2023 das Messequartier Basel ins Leben gerufen, um den Standort Basel mit unterschiedlichen Angeboten möglichst ganzjährig zu bespielen. Insbesondere die dauerhafte Bespielung durch das Bambusnest und den Cube Club eröffnen sich neue Perspektiven für Konzerte und Firmenanlässe. Die weltweit bedeutendste Kunstmesse, die Art Basel, nimmt dabei einen besonders wichtigen Stellenwert ein. Der Regierungsrat verfolgt das strategische Ziel, die Art Basel langfristig in Basel auszutragen und zu stärken. So unterstützte der Regierungsrat bereits verschiedene Massnahmen für die Standortattraktivität während der Art Basel wie den Basel Social Club, das Begleitprogramm der Kunstbuchmesse I Never Read, Art Book Fair Basel und lancierte gemeinsam mit Basel Tourismus und der Art Basel die Initiative zur Stärkung der Willkommenskultur. Der Standort Basel wird in diesem Jahr auch mit dem neuen Art Basel Awards und dem Art Basel Summit zusätzlich gestärkt. Aus diesem Grund hat der Regierungsrat eine Mitfinanzierung dieser Initiative mit 200'000 Franken aus dem Kompetenzkonto gesprochen.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Der Interpellant hat nun Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

*Adrian Iselin (LDP):* Vielen Dank für die Beantwortung meiner Interpellation. Zuerst ist wirklich festzuhalten, dass es wichtig ist, dass man die MCH nicht komplett ans Ausland verliert. Ich wurde angegangen, nachdem ich den Wechsel des CEO natürlich auch den Medien entnommen habe, von diversen Leuten aus der Kunstszene, seien das Galeristen, seien das Sammler, und man hat gesagt, dass das ein grosses Problem, wäre wenn der CEO kein Bezug zu Basel hat, weil die grosse Angst ist, dass man irgendwann die wichtigste Kunstmesse der Welt nicht mehr in Basel, sondern eben im Ausland besuchen wird. Und das war die Angst.

Schön wäre natürlich, wenn der CEO in Basel wäre, vielleicht Schweizer wäre, das ist aber natürlich nicht so wichtig. Ich verstehe, dass wir aufgrund der Aktionärsverhältnisse jetzt offensichtlich zwei Delegierte haben von insgesamt sechs, das heisst, wir können dort Einfluss nehmen auf den CEO. Sie haben gesagt, man können nicht mehr machen. Vielleicht kann man einfach noch die Wichtigkeit medial besser positionieren, dass das wirklich eine wichtige Sache wäre für Basel, dass man da eben einen CEO hat, der sich auch dafür einsetzt und schaut, dass man zukünftig auch die Messe weiterhin hier besuchen darf.

Danke auch für die Ausführungen in Bezug auf die Art und was alles gemacht wird. Das finde ich sehr toll. In diesem Sinn bin ich zufrieden mit der Beantwortung der Interpellation und hoffe sehr, dass es einen CEO geben wird, der Basel wohlgesinnt ist und dass wir die Messe hier behalten können.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Der Interpellant ist mit der Antwort zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

#### **5.4. Interpellation Nr. 33 Daniel Seiler betreffend Rückstaus an der St. Jakobskreuzung nach Event**

[09.04.25 15:23:31, 25.5171.01]

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Möchte der Interpellant begründen? Er verzichtet. Somit geht das Wort an Regierungsrätin Esther Keller.

*RR Esther Keller, Vorsteherin BVD:* Wir beantworten die Interpellation wie folgt.

Zu Fragen 1 bis 3: Die laufenden Bauarbeiten lassen noch keine umfassende verkehrsabhängige Steuerung der Lichtsignalanlage an der Kreuzung St. Jakob zu. Je nach Anlässen kann es daher tatsächlich zu längeren Wartezeiten kommen. Dies wird sich nach Beendigung der Bauarbeiten deutlich verbessern, wenn die definitive Steuerung in Betrieb genommen werden kann. Die Phasen werden dann so eingestellt, dass die Wartezeiten für alle Verkehrsteilnehmenden kürzer werden.



Zu Frage 4: Ja, mit der Geschäftsstelle-Eventverkehr St. Jakob finden Koordinationssitzungen statt. In diesen werden verschiedene Aspekte des Eventverkehrs diskutiert. Aktuelle Themen sind unter anderem die Verbesserung der Verkehrsführung an der Ausfahrt aus dem Parking und die Identifikation von Events, bei denen Verkehrswachen benötigt werden.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Der Interpellant hat die Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

*Daniel Seiler (FDP):* Herzlichen Dank für diese Ausführungen. Grundsätzlich bin ich zufrieden mit diesen Aussagen. Einfach noch eine Anmerkung: Die Situation besteht ja nicht erst seit dieser Baustelle. Wir hoffen wirklich, dass die Ampelanlage dann wirklich intelligent in dem Sinn sein wird, dass man sie dann je nachdem, wie die Verkehrsflüsse sind, auch einstellen kann. Und es ist toll, wenn nachher für alle alles kürzer geht. Das ist dann spannend zu sehen, wie das genau funktionieren soll. Herzlichen Dank auf jeden Fall, wir werden das weiterverfolgen.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Der Interpellant ist mit der Antwort zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

## **5.5. Interpellation Nr. 34 Eric Weber betreffend möglicher Terror-Anschlag in Basel während des Eurovision Song Contest**

[09.04.25 15:25:46, 25.5174.01]

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Der Interpellant möchte begründen.

*Eric Weber (Fraktionslos):* Ich bin während des ESC nicht in Basel, darum habe ich die Interpellation eingereicht. Man muss immer unterscheiden, ob es sich um eine konkrete Gefahrenlage handelt oder um eine abstrakte. In Basel ist ganz klar letzteres der Fall, da kein greifbarer Verdachtshinweis für einen Anschlag vorliegt. Dennoch besteht eine Gefahr und ich will diese als Journalist einordnen und aufzeigen, was passieren kann.

Anscheinend ist es leider oft so, dass in Internetforen grosse Ereignisse in Städten gegoogelt werden. Sie dienen dann als Beispiel, um Leute zu animieren, genau dort einen Anschlag zu verüben. Wenn aber der islamische Staat dazu aufruft, dann wird es für Basel sehr gefährlich, und der IS mag diese Sachen gar nicht und ich drücke mich jetzt in Worten mal ganz harmlos aus, der IS mag dieses LGBTQ nicht. Wenn Basel in IS-Foren im Internet gewarnt wird, dann wird es für uns alle sehr gefährlich und wir haben am 14. Mai Grosser Rat, da habe ich schon Angst. Daher verlange ich auch von der Polizei einen besonderen Schutz für den 14. Mai für das Parlament. Ich kann es nicht ändern, weil ich bekannt bin. Als Grossrat ist bei mir die Drohung eingegangen auf Instagram und ich habe alles von meinem Handy der Polizei weitergegeben. Und die haben gesagt, Sie nähmen das ernst, aber ich habe dann von der Polizei auch nichts mehr gehört.

Die Interpellation habe ich gemacht, bevor die Drohungen eingegangen sind mit Amoklauf. Der Regierungsrat hat die Lage nicht im Griff und ich liefere jetzt Beweise, dass der ESC gefährlich ist in Basel. Ich habe monatelange Recherche hinter mir als Grossrat, Mensch und Journalist, und ich habe alles schriftlich. Und die Regierung von Basel-Stadt teilt mir schriftlich mit, sie hätten keine Tickets mehr für den ESC.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Das hat nichts nichts mit dem Thema zu tun.

*Eric Weber (Fraktionslos):* Okay, aber so etwas macht man nicht, dass man mir kein Ticket gibt.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Das hat nichts mit dem Thema Terroranschläge zu tun.



*Eric Weber (Fraktionslos):* Wir sind ein Parlament und wir müssen die Regierung kontrollieren. Das ist unsere Aufgabe und darum habe ich diese Interpellation eingegeben. Ich habe nicht irgendwelche Fantasien oder so. Ich bin vollkommen gesund, bei klarem Verstand, ohne Alkohol, ohne Drogen und ich bin der Zeit oft drei Schritte voraus. Erlauben Sie mir diesen Schlusssatz: Die Regierung von Basel-Stadt hat mir alles kaputtgemacht und das kann ich nicht akzeptieren. Ich war traurig, weil ich mir Tickets an gute Leute versprochen habe und es sind jetzt alle von mir schwer enttäuscht.

Ich danke Ihnen und wünsche Ihnen frohe Ostern.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Auch Ihnen schöne Ostern.

## **5.6. Interpellation Nr. 35 Michela Seggiani betreffend Förderung von Diversity-Zielen durch Anreize**

[09.04.25 15:30:49, 25.5177.01]

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Die Interpellantin möchte begründen.

*Michela Seggiani (SP):* Es knirscht in den Fugen der bestehenden Weltordnung nicht erst seit gestern, aber seitdem die Börsen auf der ganzen Welt wegen surrealen Zöllen verrückt spielen, ist dies wohl allen klar geworden. Es ist aber nicht erst seit den Zollverkündigungen so, sondern seitdem der Präsident der so genannten freien Welt aktiv gegen alle Menschen, die nicht weiss, heterosexuell und männlich sind, agiert. Transmenschen werden Medikamente verwirrt, Schwulenhasser werden aus dem Gefängnis entlassen, gleichgeschlechtliche Liebe wird negiert und Diversitätskonzepte werden verboten. Diese Fakten stammen nicht aus einem Geschichtsbuch, sondern aus den Medien der letzten Wochen.

Und wenn wir dazu sagen, wir können nichts tun, dann ist das falsch. Egal ob Grossratsmitglied, Verwaltung oder Regierung, wir können mindestens probieren, diesen Tendenzen etwas zu entgegnen. So können wir zum Beispiel Anreize geben, wenn hier ansässige Firmen ihre Diversitätsziele nicht streichen oder mit ihnen ins Gespräch kommen und schauen, was man gemeinsam machen könnte. Wir können nichts tun, Diversitätskonzepte und Ziele zu streichen, mag vielleicht nach nichts Existenziellem klingen, aber genau so ist es und deshalb ist das auch dramatisch. Was jahrelang aufgebaut wurde, wird zerstört. Die Wirkung und das Signal, welche dieser vorauseilende Gehorsam von Roche und Co. auslöst, können wir heute nur vage einschätzen. Diversität bedeutet nichts anderes, als alle Menschen in der Gesellschaft gleich zu akzeptieren und inkludieren, egal welches Geschlecht sie haben, welche Hautfarbe, welche Herkunft oder aus welcher Schicht sie kommen. Das ist nichts Gefährliches, wie wir uns momentan Rechtspopulisten weismachen wollen, sondern eine Bereicherung für alle.

Deshalb möchte ich von der Regierung wissen, welchen Stellenwert sie Diversitätszielen gibt, welche Anreize für das Beibehalten oder Erarbeiten von Diversitätskonzepten sie schaffen könnte und welche Einflussmöglichkeiten sonst noch möglich wären. Ich bin gespannt auf eine hoffentlich baldige Antwort.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Wir kommen damit zur nächsten Interpellation. Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten und die Interpellantin möchte begründen.

*Fleur Weibel (GRÜNE/jgb):* Obwohl der Regierungsrat die Interpellation gleich mündlich beantworten wird, möchte ich kurz begründen, um den Kontext der Interpellation deutlich zu machen. In den letzten zwei Jahren 2023 und 2024 wurde jede zweite Woche eine Frau durch ihren Partner, ihren Expartner oder einen anderen männlichen Angehörigen getötet. Im Jahr 2025 verzeichnen wir gar eine massive Zunahme. Wir haben es nicht mehr nur mit einem Tötungsdelikt alle zwei Wochen zu tun, sondern in den ersten drei Monaten dieses Jahres wurde jede Woche eine Frau von ihrem Partner oder Expartner getötet.

Diesen Tötungsdelikten geht oft eine längere Geschichte häuslicher Gewalt voraus und auch hier haben wir gesehen, wie die aktuelle Kriminalstatistik gezeigt hat, dass die Zahlen zur häuslichen Gewalt massiv zunehmen. Wir haben hier also einen riesigen Handlungsbedarf, der nicht nur riesig ist, sondern auch dringlich, weil eben wie gesagt die häusliche Gewalt auch mit dem Tod der betroffenen Personen enden kann. Auch wissen wir, dass die Dunkelziffer im Bereich häusliche Gewalt gross ist, weil es sich hier um emotional sehr komplexe Beziehungsverhältnisse zwischen Opfer und Täter handelt und



entsprechend die Scham und die Angst der Opfer häufig gross ist, diese Vorfälle dann auch anzuzeigen. Wir diskutieren jetzt darüber, ob die Anzahl der gestiegenen Anzeigen zum Beispiel ein Ausdruck dafür ist, dass mehr Personen sich auch getrauen, diese Vorfälle anzuzeigen, was grundsätzlich erfreulich wäre, gleichzeitig wird die Dunkelziffer weiterhin hoch sein. Das zeigt die Situation auf die ich jetzt gleich eingehe, nämlich dass die häusliche Gewalt besonders dann ganz schwierig sich auswirkt, wenn die ökonomische Abhängigkeit des Opfers sehr gross ist oder wenn beispielsweise der eigene Aufenthaltsstatus der Ehe oder der Beziehung mit dem Täter abhängt. Darum hat das nationale Parlament auch kürzlich beschlossen, das Bundesgesetz über Ausländerinnen und Ausländer und Integration so anzupassen, dass Betroffene von häuslicher Gewalt ihren Aufenthaltsstatus nicht verlieren, wenn die Ehe nach dem Familiennachzug aufgelöst und geschieden wird. Damit sind also ausländische Frauen heute besser vor häuslicher Gewalt geschützt oder anders gesagt, der Schutz vor Gewalt wird hier höher gewichtet als der Aufenthaltsstatus der Person.

Und jetzt kommen wir aber zu dem Problem um das sich die Interpellation dreht, nämlich darum, dass von diesem besseren Schutz, der hier gewährleistet wird neuerdings, Sanspapiers-Frauen und Sanspapiers-Männer nicht erfasst werden. Sie haben keinen Zugang zur Justiz und gerade deshalb sind sie besonders anfällig für häusliche Gewalt, wie die Anlaufstelle für Sanspapiers beispielsweise berichtet. Das heisst, die Täter sind sich sehr wohl bewusst, dass die Opfer nicht zur Polizei gehen können. Deutlich gemacht hat diese Schutzlosigkeit von Sanspapiers-Frauen ein Fall, der sich kürzlich in der Region Basel ereignete und mit dem Tod der von häuslicher Gewalt betroffenen Frau endete.

Vor diesem Hintergrund möchte ich von der Regierung wissen, wie sie den Schutz von Sanspapiers-Frauen vor häuslicher Gewalt verbessern möchten, wie also das System geändert werden kann, das aktuell im Fall von Sanspapiers-Frauen die Täter schützt, weil die Opfer keinen Zugang zur Justiz haben.

## **5.7. Interpellation Nr. 36 Fleur Weibel betreffend besserer Schutz von Sans-Papiers vor häuslicher Gewalt**

[09.04.25 15:38:35, 25.5178.01]

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Das Wort hat Regierungsrätin Stephanie Eymann.

*RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD:* Gerne beantworte ich diese Interpellation im Namen des Regierungsrates wie folgt.

Zu Frage 1: Der Kanton Basel-Stadt macht mit verschiedenen Massnahmen auf das Thema häusliche Gewalt aufmerksam, zum Beispiel mit dem Projekt Halt Gewalt, das sich mittels Workshops, Aktionen und über Social-Media an die Quartierbevölkerung wendet. Darüber hinaus stellt der Kanton Informationsmaterial in mehreren Sprachen zur Verfügung und hält bei Bedarf Referate zum Thema.

Zu Fragen 2, 8 und 8a: Eine Anzeige ist grundsätzlich immer möglich, unabhängig vom Aufenthaltsstatus der betroffenen Person. Die Kantonspolizei Basel-Stadt ist gemäss eidgenössischem Ausländer- und Integrationsgesetz dazu verpflichtet, den rechtswidrigen Aufenthalt einer Person in der Schweiz dem Migrationsamt zu melden. Dieses kann bei Vorliegen eines sogenannten Härtefalls von ausländerrechtlichen Massnahmen absehen. Für einen erweiterten Handlungsspielraum müsste die Bundesgesetzgebung angepasst werden.

Zu Fragen 3, 4, 6 und 7: Sanspapiers, die von häuslicher Gewalt betroffen sind, können nur unter Preisgabe der Identität polizeiliche Schutzmassnahmen beanspruchen. Sie haben aber auch die Möglichkeit, sich an die Anlaufstelle für Sanspapiers zu wenden. Diese bietet Beratung an und vermittelt bei Bedarf an die Opferhilfe oder an Schutzunterkünfte wie das Frauenhaus oder Wohnen für Frauen und Kinder. Beide Einrichtungen stehen auch Frauen ohne Aufenthaltsbewilligung offen und sind verpflichtet, deren Identität zu schützen. Gewaltbetroffene können auch selbstständig ein Frauenhaus aufsuchen. Auch Deutschkurs, Quartiertreffpunkte oder Vereine bieten wichtige Netzwerke, die beim Aufbau einer unabhängigen Existenz helfen können.

Zu Frage 5: Zwar haben die betroffenen Frauen nach dem Aufenthalt im Frauenhaus auch ohne Aufenthaltsbewilligung in einer Notlage Anspruch auf Hilfe und Unterkunft. Ohne Offenlegung ihrer Identität ist die Vermittlung weiterer kantonaler Angebote aber nicht möglich.

Zu Frage 8b: Grundsätzlich können Personen ohne geregelten Aufenthalt nach einer bestimmten Aufenthaltsdauer eine Härtefallbewilligung beantragen, wenn es aufgrund der gesamten Umstände für die betroffene Person unzumutbar ist, in ihr Herkunftsland zurückzukehren. Das Erleben häuslicher Gewalt wird bei der Gesuchsprüfung mitberücksichtigt, reicht aber in der Regel für sich allein nicht aus.



Zu Frage 8c: Art. 50 des eidgenössischen Ausländer- und Integrationsgesetzes regelt den sogenannten nahehelichen Härtefall bei Personen, die im Rahmen des Familiennachzugs rechtmässig zu ihren Partnern in die Schweiz eingereist sind. Auf eine entsprechende Regelung für rechtswidrig eingereiste Personen wurde bei der erst kürzlich in Kraft getretenen Revision des Artikels verzichtet, weshalb kein Raum für eine weitergehende kantonale Regelung besteht.

Zu Frage 9: Kinder, die von häuslicher Gewalt mitbetroffen sind, können sich an Vertrauenspersonen in der Schule wenden. Diese informieren die Schulleitung und die Schulsozialarbeit, welche die Kinder situationsgerecht unterstützen und allenfalls weitere Stellen involvieren. Wenn nötig finden Kinder zusammen mit ihren Müttern Schutz in den Frauenhäusern, aber eine Anschlusslösung steht nicht zur Verfügung.

Zu Frage 9a: Präventive Beratungsangebote bieten das Männerbüro sowie der Fachbereich Gewaltberatung der Bewährungshilfe. Diese können von Selbstmeldenden auch unabhängig von deren Aufenthaltsstatus besucht werden. Auch das Migrationsamt kann gewalttätige Partner zu einer Gewaltberatung oder einem Programm zur Prävention von häuslicher Gewalt verpflichten.

Zu Fragen 10, 10a und 11: Der Regierungsrat ist sich der Vulnerabilität der Sanspapiers bewusst. Das Ausmass von häuslicher Gewalt, mit dem Sanspapiers konfrontiert sind, ist nicht bekannt, mutmasslich aber nicht zu unterschätzen. Der Regierungsrat prüft deshalb, ob die Daten zu häuslicher Gewalt an Sanspapiers in das kantonale Gewaltmonitoring aufgenommen werden, um die Problematik besser analysieren zu können.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Die Interpellantin hat nun Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

*Fleur Weibel (GRÜNE/jgb):* Ich danke der Regierungsrätin für die Beantwortung der Interpellation und äussere mich dazu wie folgt.

Die Antwort der Regierung zeigt auf, dass die Situation von Sanspapiers, die von häuslicher Gewalt betroffen sind, enorm schwierig ist und gemäss Antworten der Regierung auch so bleiben wird. Polizeiliche Schutzmassnahmen können nur unter Preisgabe der Identität beansprucht werden. Der Aufenthaltsstatus, der nicht geregelt ist, würde dem Migrationsamt gemeldet und damit ist der Zugang zu polizeilichen Schutzmassnahmen für Sanspapiers de facto verschlossen. Ein Umstand, den die Täter auszunutzen wissen. Die einzige Möglichkeit für Sanspapiers-Frauen und ihre Kinder, vorübergehend Schutz zu erhalten, ist über die Opferhilfe oder Schutzunterkünfte wie das Frauenhaus gewährleistet, weil diese Institutionen die Identität der Opfer schützen können. Eine Weitervermittlung der Betroffenen aber an kantonale Angebote, die in Notlagen Hilfe und Unterkunft bieten würden, ist wiederum nur mit Offenlegung der Identität möglich. Damit stehen Sanspapiers-Frauen und ihre Kinder nach dem Aufenthalt im Frauenhaus wiederum schutzlos da. Hinzu kommt, dass bei der Beantragung einer Härtefallbewilligung beim Kanton das Erleben von häuslicher Gewalt zwar mitberücksichtigt wird, aber in der Regel nicht alleine für die Bewilligung des Härtefallgesuchs und damit die Regularisierung des Aufenthaltsstatus ausreicht.

Wenn ich diese Antworten der Regierung höre, dann finde ich das richtig beklemmend, wie hier die Auswegslosigkeit und Schutzlosigkeit von Sanspapiers-Frauen vor häuslicher Gewalt zum Ausdruck kommt. Ich hätte erwartet, dass der Regierungsrat sich zum Beispiel bereit erklären würde, die Härtefallpraxis des Kantons zu überprüfen, oder dass er sich bereit erklären würde zu überprüfen, wie Anschlusslösungen, die längerfristig sind, geprüft werden könnten, so dass eine längerfristige Schutzunterkunft, beispielsweise für Sanspapiers-Frauen und insbesondere Sanspapiers-Frauen mit Kindern, gewährleistet werden könnte. Dies spricht der Regierungsrat in seiner Interpellationsbeantwortung nicht an. Das einzige, was der Regierungsrat zum Schluss anerkennt, ist, dass die Vulnerabilität der Sanspapiers im Fall von häuslicher Gewalt sehr hoch ist und dass anzunehmen ist, dass das Ausmass nicht zu unterschätzen ist. Genau das ist das, was auch die Anlaufstelle für Sanspapiers zeigt, dass dort das Thema der häuslichen Gewalt ein sehr grosses Thema ist.

Der Regierungsrat endet dann damit zu sagen, dass er prüfen würde, inwiefern Daten zu häuslicher Gewalt an Sanspapiers aufgenommen und besser analysiert werden könnten, also dass die Problematik besser analysiert werden könnte, nur ist die Problematik eigentlich schon bekannt und es reicht bei weitem nicht aus, einfach nur eine Analyse anzustreben, sondern de facto geht es darum, die Praxis und die verschiedenen Möglichkeiten, die es gäbe, den Schutz von Sanspapiers-Frauen zu verbessern, rasch anzugehen und ich behalte mir vor, hier weitere Forderungen an den Regierungsrat zu stellen.

Trotzdem bedanke ich mich für die Beantwortung der Interpellation und erkläre mich im Sinne, dass die Interpellation beantwortet wurde, als zufrieden mit.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Die Interpellantin ist zufrieden, die Interpellation ist erledigt.



## 5.8. Interpellation Nr. 37 Franz-Xaver Leonhardt betreffend Entscheid des Baselbieter Regierungsrats, den Uni-Standort Dreispitz nicht zu realisieren

[09.04.25 15:47:30, 25.5180.01]

*Gianna Hablützel-Bürki (SVP):* Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Will der Interpellant begründen? Er verzichtet. Das Wort hat Regierungsrat Mustafa Atici.

*RR Mustafa Atici, Vorsteher ED:* Wir beantworten diese Interpellation wie folgt.

Zu Frage 1: Der Regierungsrat hat am 18. Oktober 2018 zusammen mit dem Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft und der Universität Basel kommuniziert, dass auf dem Dreispitz ein Neubau für die wirtschaftswissenschaftliche und die juristische Fakultät entstehen soll. Neben dem Departement für Sport Bewegung und Gesundheit beim Sankt Jakob-Park und dem Departement für Biomedical Engineering bei der Innovationsgarage auf dem Basler Linkareal in Allschwil wäre dies der dritte Universitätsstandort auf Baselbieter Boden. Der Regierungsrat hält es für ein wichtiges politisches Zeichen, die gemeinsam getragene Universität in beiden Partnerkantonen zu verankern.

Am 22. April 2022 hat der Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft kommuniziert, dass er selbst als Investor für den Campus auf dem Dreispitz auftritt und den Neubau für die Universität erstellt. Seitdem laufen die Planungen unter Federführung der Bau- und Umweltschutzdirektion des Kantons Basel-Landschaft auf Stufe Vorprojekt. Am 2. April 2025 hat der Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft nun beschlossen, diese Planung zu sistieren und das Bauprojekt bis auf weiteres nicht in Angriff zu nehmen. Der Regierungsrat bedauert diesen Entscheid.

Zu Frage 2: Der Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft begründet die Sistierung des Projekts einerseits mit den laufenden Gesprächen zwischen den Trägerkantonen zur künftigen Finanzierung der Universität, andererseits mit einer Neubeurteilung der Dringlichkeit dieses Investitionsvorhabens. Der Regierungsrat ist überrascht, dass der Kanton Basel-Landschaft den Projektfortschritt von den partnerschaftlichen Gesprächen zur künftigen Ausgestaltung des Finanzierungsschlüssels abhängig gemacht. Wir gehen davon aus, dass der Sistierungsentscheid den gemeinsamen Wunsch nach einem Universitätsstandort auf dem Gebiet Dreispitz nicht grundsätzlich in Frage stellt.

Bei der Beurteilung der Dringlichkeit ist zwischen betrieblichen Erfordernissen und der politischen Bedeutung des Projekts zu unterscheiden. Da der Mietvertrag auf dem aktuellen Standort bis 2039 verlängert werden konnte, besteht aus betrieblicher Sicht zurzeit keine Dringlichkeit für einen neuen Standort.

Zu Frage 3: Die Universität verweist in ihrer Reaktion auf den Sistierungsentscheid darauf, dass sie bis ins Jahr 2039 über eine funktionierende Perspektive für die juristische und wirtschaftswissenschaftliche Fakultät verfüge. Aus akademischer Sicht ist derzeit für den beiden Fakultäten wegen der Synergien, die mit den Hörsälen im Biozentrum und im Kollegienhaus am Petersplatz genutzt werden können, keinen Standortwechsel notwendig.

Zu Frage 4: Ein Forschungs- und Lehrbetrieb wie die Universität stellt komplexe Anforderungen an die Infrastruktur. Gegenüber anderen laufenden und geplanten Projekten hat der Neubau auf dem Dreispitz für die Universität wegen der Möglichkeit der Vertragsverlängerung tatsächlich nicht erste Priorität.

Zu Frage 5: Für die Studierenden hat der Entscheid keine unmittelbaren Folgen. Der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt befindet sich nach wie vor in partnerschaftlichen Gesprächen und wir sind überzeugt, dass wir uns über die langfristigen Perspektive der Universitätsfinanzierung einigen werden. Wie gesagt, gehen wir davon aus, dass der Sistierungsentscheid den gemeinsamen Wunsch nach einem Universitätsstandort auf dem Dreispitz nicht grundsätzlich in Frage stellt.

*Gianna Hablützel-Bürki (SVP):* Der Interpellant hat nun die Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

*Franz-Xaver Leonhardt (Mitte-EVP):* Herzlichen Dank für die Beantwortung meiner Interpellation. Aus den Antworten auf meine Fragen höre ich heraus, dass die Sistierung des Unistandorts Dreispitz von der Baselbieter Regierung im Alleingang beschlossen wurde. Dies ist aus diversen Gründen befremdlich. Offensichtlich ist der Entscheid bei der Baselbieter Regierung schon länger gereift. Es stellt sich damit die Frage, weshalb der Baselbieter Regierungsrat diese Überlegung nicht schon früher mit der Basler Regierung erörtert hat.

Eine Frage, die offenbleibt, ist die Rolle des Immobiliengremiums der Universität Basel. Der Universitätsrat hat zusammen mit dem Immobiliengremium die Immobilienstrategie 2030 erarbeitet. Dort ist der Standort Dreispitz explizit verankert. Es ist erstaunlich, dass die Regierung des Kantons Basel-Landschaft dieses im Universitätsvertrag verankerte Instrumenten



einfach so übersteuert. Ebenso befremdlich ist die Tatsache, dass der Kanton Basel-Landschaft schon lange einen zusätzlichen Unistandort auf Kantonsgebiet fordert, das konkrete Projekt jetzt aber sistiert.

Das Vertrauensverhältnis wird im Moment vom Kanton Basel-Landschaft strapaziert. Die bevorstehenden Verhandlungen werden so schwierig. Ich erwarte daher vom Regierungsrat, dass er mit einer klaren Strategie in diese Verhandlungen geht und Leadership an den Tag legt. In diesem Sinn bin ich mit der Beantwortung zufrieden und danke herzlich.

*Gianna Hablützel-Bürki (SVP):* Der Interpellant ist mit der Antwort zufrieden, die Interpellation ist erledigt.

Wir kommen zur nächsten Interpellation. Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Die Interpellantin will begründen.

*Brigitta Gerber (BastA):* Natürlich bin ich gespannt auf die schriftliche Beantwortung. Ich möchte Ihnen aber noch zwei Dinge mitgeben. Erstens: Natürlich ist das Strassenprojekt bereits durch den politischen Prozess gegangen. Leider konnte das Quartier vorab nicht partizipieren, wie das eigentlich gesetzlich vorgesehen wäre, und deshalb auch meine diversen Fragen zur Partizipation, aber natürlich auch zum Baubeginn während der Planungsaufgabe, was ich sehr seltsam finde. Zweitens: Da ich gehört habe, dass die Interpellationen keine Bilder mitgegeben werden dürfen, habe ich sie hier Ihnen noch zur Kenntnis bringen wollen. Sie sehen auf dem Bild links ein oranges Auto. Das ist das Auto der BVB, nehme ich an. Das ist am letzten Freitag in der Austrasse zum Schienenflicken gekommen. Man sieht auch die beiden Flickstellen. Lustig ist auch, das sehen Sie eben auch auf diesem Bild mit dem orangen Auto, die Strasse ist hinten gesperrt seit dem 31., das ist schon vier Tage vorher geschehen, die Schiene ist da auch schon seit vier Tagen weg. Deshalb war es auch meine Frage, warum man eine Schiene repariert, die sowieso wahrscheinlich in zwei Monaten wekommt und im Moment ganz sicher kein Tram fährt, weil hinten ja die Tramschienen schon weg sind. Ich wollte Ihnen einfach das Bild noch einmal zur Kenntnis bringen.

## **5.9. Interpellation Nr. 38 Brigitta Gerber betreffend Umbau Austrasse: Fehlende Partizipation, Baubeginn während der Planaufgabe?**

[, 25.5182.01]

## **5.10. Interpellation Nr. 39 Georg Mattmüller betreffend Finanzlage des Nachbarkanton**

[09.04.25 15:57:02, 25.5183.01]

*Gianna Hablützel-Bürki (SVP):* Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Der Interpellant verzichtet auf eine Begründung. Somit hat das Wort Regierungsrätin Tanja Soland.

*RR Tanja Soland, Vorsteherin FD:* Wir beantworten diese Interpellation wie folgt.

Der Kanton Basel-Landschaft schliesst seine Jahresrechnung 2024 mit einem Überschuss von 157 Millionen Franken ab. Der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt hat den guten Abschluss des Kantons Basel-Landschaft erfreut zur Kenntnis genommen. Die beiden Kantone sind mit ihren Aufgaben und Investitionen eng verflochten und beeinflussen sich gegenseitig. Wichtige Aufgaben können nur zusammen sinnvoll gelöst werden. Daher ist es wichtig, dass es beiden Kantonen finanziell gut geht.

Der Regierungsrat hofft, dass aufgrund der neuen finanziellen Ausgangslage im Nachbarkanton die Partnerschaft gestärkt wird. Partnerschaftliche Verhandlungen sind aber auch bei einer ähnlichen finanziellen Ausgangslage herausfordernd. Teilweise unterschiedliche Interessen müssen auf einen gemeinsamen Nenner gebracht und eine für beide Seiten vertretbare Lösung gefunden werden.

Der Regierungsrat hat die Interessen des Kantons Basel-Stadt in die Verhandlungen eingebracht. Ihm war aber auch wichtig, wenn immer möglich eine partnerschaftliche Lösung zu erreichen. Der Regierungsrat sieht daher keinen Anlass, getroffene Beschlüsse neu zu verhandeln.



*Gianna Hablützel-Bürki (SVP):* Der Interpellant hat nun die Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

*Georg Mattmüller (SP):* Vielen Dank für die Beantwortung der vielleicht etwas hilflosen Interpellation meinerseits, deshalb ist wahrscheinlich auch die Antwort ziemlich kurz ausgefallen.

Ich bin mit der Antwort insofern zufrieden, dass ich nicht viel anderes erwartet habe, hoffe aber an dieser Stelle wirklich auch, dass sich in der bikantonalen Zusammenarbeit nicht immer nur einseitiger Druck durch Sparhysterie auch negativ für unseren Kanton auswirkt für die Zukunft. Insofern bin ich zufrieden mit der Antwort und unzufrieden mit der Situation.

*Gianna Hablützel-Bürki (SVP):* Der Interpellant ist mit der Antwort zufrieden.

*Sandra Bothe-Wenk (GLP):* Gerne erläutere ich, weshalb es diese Interpellation braucht, obwohl die Antwort auf meinen Anzug betreffend Fremdsprachenstrategie voraussichtlich im Juni vorliegen wird. Die neu geplante Einführung für Italienisch als alternative gleichgestellte zweite Landessprache ab der Sekundarstufe 2 stellt quasi einen Paradigmenwechsel in der Basler Fremdsprachenstrategie dar. Gleichzeitig zeigen sich in der Praxis deutliche Herausforderungen. Die Französisch-Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler liegen unter den Erwartungen, trotz Frühstart ab der dritten Primarschule. Auch bei den Grundkompetenzen in Deutsch und Mathematik gehört Basel im nationalen Vergleich zu den schwächeren Kantonen. Zugleich spitzt sich der Mangel an qualifizierten Französisch-Lehrpersonen zu.

Mit der neuen Wahlfreiheit zwischen Französisch und Italienisch verändern sich nicht nur die gymnasialen Rahmenbedingungen respektive der Mittelschulen, sondern auch die Voraussetzung für die Laufbahn ab Entwicklung, die Übertrittslogik und die Stellung von Englisch als durch alle Stufen durchgängige Fremdsprachen. Zudem stellt sich die Frage, wie Basel-Stadt seinen Anspruch auf grenzüberschreitende Verständigung im trinationalen Raum künftig bildungspolitisch verankert.

Was mir fehlt, ist der Blick auf eine strategisch konzeptionell abgestützte Auslegeordnung, einer Zukunft gerichteten Fremdsprachengesamtstrategie, die pädagogische Zielsetzungen, strukturelle Voraussetzungen und gesellschaftliche Veränderungen kohärent zusammendenkt. Ziel der Interpellation ist es, zentrale Fragen zu Gewichtung und Rolle der Fremdsprachen, insbesondere Französisch, und im Hinblick auf die neu vorgesehene Gleichbehandlung mit Italienisch in Bezug auf die Anschlussfähigkeit und die interkantonale Vergleichbarkeit aufzuwerfen, jedoch ausdrücklich ohne wertende Absicht jetzt im Vorfeld.

Die Interpellation soll helfen, die Antwort der Regierung auf den Anzug zur Bildungsstrategie des Fremdsprachenerwerbs, die wie gesagt voraussichtlich im Juni beantwortet wird, unter Einbezug der neuen Entwicklungen sachlich einordnen zu können.

### **5.11. Interpellation Nr. 40 Sandra Bothe betreffend Konsequenzen der Einführung der Wahlmöglichkeit von Italienisch auf Sek II Stufe und Stellung des Frühfranzösisch im Basler Bildungssystem**

[09.04.25 15:59:57, 25.5184.01]

*Gianna Hablützel-Bürki (SVP):* Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten.

### **5.12. Interpellation Nr. 41 Gabriel Nigon betreffend Stand der Planungen für eine vom Grossen Rat verlangte Publikumsstrophalle**

[09.04.25 16:02:51, 25.5185.01]



*Gianna Hablützel-Bürki (SVP):* Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Will der Interpellant begründen? Er verzichtet.

### **5.13. Interpellation Nr. 42 Michael Hug betreffend Zwischennutzung des Sommercasinos durch den Verein Chateau Solaire**

[09.04.25 16:03:04, 25.5186.01]

*Gianna Hablützel-Bürki (SVP):* Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Will der Interpellant begründen? Er verzichtet.

### **5.14. Interpellation Nr. 43 Laetitia Block betreffend Sicherheit im öffentlichen Verkehr durch Polizeipräsenz stärken**

[09.04.25 16:03:17, 25.5187.01]

*Gianna Hablützel-Bürki (SVP):* Der Regierungsrat wird die Interpellation mündlich beantworten. Will die Interpellantin begründen? Sie verzichtet. Das Wort hat Regierungsrätin Stephanie Eymann.

*RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD:* Gerne beantworte ich diese Interpellation im Namen des Regierungsrates wie folgt.

Zu Fragen 1, 2 und 11: Ja, die Polizeipräsenz im öffentlichen Verkehr kann sowohl die objektive Sicherheit als auch das subjektive Sicherheitsempfinden der Nutzerinnen und Nutzer erhöhen. Sichtbare polizeiliche Präsenz wirkt in der Regel grundsätzlich präventiv und schreckt potenzielle Täterinnen und Täter ab.

Zu Frage 3: Die Staatsanwaltschaft Basel-Stadt führt keine Statistik, die über die polizeiliche Kriminalstatistik hinausgeht. In dieser werden einzelne Deliktsfelder zwar nach Örtlichkeiten ausgewiesen, allerdings nicht so detailliert, wie es hier gefragt ist.

Zu Fragen 4, 5 und 6: Ja, Polizistinnen und Polizisten sowie Sicherheitsassistentinnen und Sicherheitsassistenten dürfen bei dienstlichen Einsätzen den öffentlichen Verkehr kostenlos benutzen. Dies wird in den gemeinsamen Tarifnebenbestimmungen für den nationalen direkten Verkehr und die Verbünde gesamtschweizerisch geregelt. Voraussetzung für die Inanspruchnahme ist die Interventionsfähigkeit der Angehörigen der Kantonspolizei und die Verpflichtung, für allfällige Hilfestellungen zur Verfügung zu stehen, beispielsweise zugunsten des Personals. Die Berechtigung gilt für dienstliche Fahrten sowohl in Uniform als auch in ziviler Kleidung. Für alle übrigen Fahrten sind hingegen gültige Fahrausweise erforderlich.

Zu Frage 7: Nein, uniformierte Patrouillen erfolgen im Rahmen von dienstlichen Einsätzen.

Zu Fragen 8, 9, 10 und 13: Die nationale Regelung zur kostenlosen Nutzung des öffentlichen Verkehrs durch Polizeiangehörige bei dienstlichen Einsätzen hat nach wie vor Bestand.

Zu Frage 12: Primär obliegt die Sicherheit innerhalb der öffentlichen Verkehrsmittel den Transportunternehmen. Die Transportunternehmen sind per Bundesgesetz legitimiert, eigene Sicherheitsorgane einzusetzen, soweit es zum Schutz der Reisenden, der Angestellten, der transportierten Güter, der Infrastruktur und der Fahrzeuge sowie zur Gewährleistung eines ordnungsgemässen Betriebs erforderlich ist.

Zu Frage 14: Nein, Polizistinnen und Polizisten fahren in einem solchen Fall nicht ohne Fahrberechtigung, denn sie verfolgen einen dienstlichen Auftrag. Ob sichtbare Polizeipräsenz Abhilfe gegen das Fahren ohne gültigen Fahrausweis schafft, kann offen bleiben, da sowohl die Sicherheit als auch die Kontrolle gültiger Fahrausweise in den primären Zuständigkeitsbereich der Transportunternehmen fällt.

*Gianna Hablützel-Bürki (SVP):* Die Interpellantin hat nun die Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.



*Laetitia Block (SVP):* Vielen Dank für die Beantwortung. Ich bin mit den Antworten zufrieden. Ich habe hier einfach wahrgenommen, dass es sehr viel Unsicherheit gab. Ich habe ganz viele verschiedene Personen gefragt und festgestellt, dass niemand so genau weisse, was die Regel ist beziehungsweise offenbar war man hier der Meinung, dass es sehr unterschiedliche Regelungen gibt oder die Personen waren nicht gut informiert. Hier konnten wir jetzt ein bisschen Klarheit schaffen, denn ich denke, es ist sehr wichtig, dass wir auch im öffentlichen Verkehr Sicherheit haben, dass auch dieses Sicherheitsgefühl durch die Polizeipräsenz, rein schon durch diese Nutzung, gewährleistet ist und ich bin froh, dass wir mit diesen Fragen hier ein bisschen Klarheit schaffen konnten. Ich bin happy, dass die Polizisten auch den ÖV nutzen können.

*Gianna Hablützel-Bürki (SVP):* Die Interpellantin ist mit der Antwort zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

### **5.15. Interpellation Nr. 44 Oliver Bolliger betreffend Auslagerung der Margarethenklinik**

[09.04.25 16:07:54, 25.5188.01]

*Gianna Hablützel-Bürki (SVP):* Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Will der Interpellant begründen? Er verzichtet.

### **5.16. Interpellation Nr. 45 Anouk Feurer betreffend Ermöglichung der Übergangs- und Nachsorgebegleitung zur Reduktion des «Drehtürphänomens» in der Psychiatrie**

[09.04.25 16:08:08, 25.5189.01]

*Gianna Hablützel-Bürki (SVP):* Der Regierungsrat wird die Interpellation schriftlich beantworten. Will die Interpellantin begründen? Sie verzichtet.

### **27. Anzug Balz Herter und Andrea Elisabeth Knellwolf betreffend Kongressstadt Basel, Schreiben des RR**

[09.04.25 16:08:40, 20.5028.03]

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Andrea Knellwolf möchte sich zu Wort melden.

*Andrea Elisabeth Knellwolf (Mitte-EVP):* Ich beantrage Ihnen auch nach Rücksprache mit dem Erstunterzeichner, der hier sitzt und nichts sagen darf, dass wir den Anzug stehenlassen möchten. Es gibt Fortschritte, es gibt Bestrebungen, aber es wurde gerade erst wieder letztes Jahr ein grosses Paket zur Förderung des Wirtschaftsstandorts inklusive der Messesituation gesprochen und wir würden gerne zuwarten und sehen, wie sich diese Förderung nun wirklich auswirkt. Wir bitten Sie darum, den Anzug noch einmal stehen zu lassen.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Regierungsrat Kaspar Sutter wünscht das Wort.



*RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU:* Wie gesagt, nach diesem Anzug ist ja etwas ganz Konkretes geschehen, indem der Regierungsrat dem Grossen Rat das Innovations Förderpaket beantragt hat. Dort ist die Kongressförderung enthalten. Sie haben entschieden auf Antrag des Regierungsrats, dass diese Kongressförderung auch erhöht werden soll, und für dieses Programm haben wir jetzt für die nächsten vier Jahre wieder die Gelder gesprochen und auch die BAK informiert, wie das im Gesetz vorgesehen ist. Dadurch wurde dies aufgegleist in dem Sinn, wie das der Grosse Rat auch entschieden hat nach dieser Anzugeinreichungen. Deshalb denken wir, dass es richtig ist, jetzt diesen Anzug abzuschreiben. Selbstverständlich werden wir, bevor dann die nächste Vierjahresperiode kommt, auch wieder berichten, zumindest der WAK, nämlich darüber, was die Förderung gebracht hat, was die Wirkung dieser Förderung ist, bevor dann die nächsten vier Jahre gesprochen werden.

Deshalb möchte ich Sie bitten, dem Regierungsrat zu folgen und diese Kongressförderung, die auch der Regierungsrat sehr wichtig findet – das möchte ich hier noch betonen – heute diesen Anzug abzuschreiben.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Andrea Knellwolf beantragt, den Anzug stehen zu lassen. Wir kommen daher zur Abstimmung.

#### **Abstimmung**

JA heisst Abschreiben gemäss Antrag Regierungsrat, NEIN heisst Stehenlassen

#### **Ergebnis der Abstimmung**

**79 Ja, 9 Nein, 0 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0006359, 09.04.25 16:11:29]

#### **Der Grosse Rat beschliesst**

den Anzug als erledigt abzuschreiben

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Sie haben den Antrag mit 79 gegen 9 Stimmen abgeschrieben.

### **28. Anzug Lydia Isler-Christ und Konsorten betreffend Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und Sozialhilfe-Abhängigkeit, Schreiben des RR**

[09.04.25 16:11:42, 20.5329.03]

*Balz Herter, Grossratspräsident:* der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

#### **Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben

### **29. Antrag Luca Urgese und Konsorten auf Einreichung einer Standesinitiative betreffend Ausweitung der Definition von Familienbetrieben, Stellungnahme des RR**

[09.04.25 16:12:06, 24.5408.02]



*Balz Herter, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat ist bereit, den Antrag auf Einreichung einer Standesinitiative betreffend Ausweitung der Definition von Familienbetrieben zur Stellungnahme entgegenzunehmen.

Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

#### **Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, die Standesinitiative einzureichen.

### **30. Antrag Tobias Christ und Konsorten auf Einreichung einer Standesinitiative zur Reduktion von unnötigen Kurzstreckenflügen, Stellungnahme des RR**

[09.04.25 16:12:47, 24.5411.02]

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat ist nicht bereit, den Antrag auf Einreichung einer Standesinitiative zur Stellungnahme entgegenzunehmen.

Das Wort hätte Regierungsrat Kaspar Sutter, er verzichtet. Somit geht das Wort an die Fraktionssprechende der GLP Brigitte Kühne.

*Brigitte Kühne (GLP):* Wir Grünliberalen stehen weiterhin mit voller Überzeugung hinter unserem Antrag zur Einreichung der Standesinitiative. Die Einführung einer Lenkungsabgabe auf unnötige Kurzstreckenflüge ist ein wichtiges Anliegen angesichts der Klimakrise. Die Lenkungsabgabe setzt einen Anreiz zur Reduktion von Flügen, die ökologisch besonders schädlich sind und oft durch alternative Verkehrsmittel wie Bahnreisen ersetzt werden könnten. Sie ist ein wichtiger Schritt in Richtung nachhaltiger Mobilität und Klimaschutz.

Wir sind uns bewusst, dass diese Standesinitiative es auf Bundesebene nicht einfach haben könnte. Dennoch ist die Stossrichtung sachlich absolut richtig. Es geht darum, ein politisches Zeichen zu setzen. Der Kanton Basel-Stadt soll klar zum Ausdruck bringen, dass er bereit ist, Verantwortung im Kampf gegen die Klimakrise zu übernehmen und innovative Lösungen zu unterstützen. Gerade nachdem der Antrag im Kanton Basel-Landschaft abgelehnt wurde, ist es umso wichtiger, dass unser Kanton dieses Signal aussendet.

Wir verstehen nicht, warum die Regierung ein anderes Zeichen setzen möchte. Die Argumente des Regierungsrates für eine Ablehnung scheinen uns doch etwas dünn. Erstens, Effektivität der Massnahme: Der Regierungsrat argumentiert, dass eine Lenkungsabgabe auf Kurzstreckenflüge nicht zielführend sei, da sie keine signifikante Reduktion des Flugverkehrs bewirken würde. Diese Einschätzung teilen wir nicht vollständig. Zwar mag der direkte Effekt begrenzt sein, doch eine solche Abgabe hat eine wichtige Signalwirkung und kann langfristig zu einem Umdenken führen, sowohl bei Reisenden als auch bei politischen Entscheidungsträgern.

Zweitens, Kompetenz des Kantons: Es wird angeführt, dass der Kanton Basel-Stadt keine direkte Kompetenz habe, eine solche Abgabe einzuführen. Das ist korrekt. Jedoch ist genau deshalb die Einreichung einer Standesinitiative das richtige Mittel, um das Anliegen auf Bundesebene zu platzieren und dort eine Diskussion anzustossen.

Drittens, das Kosten-Nutzen-Verhältnis: Der Regierungsrat sieht das Kosten-Nutzen-Verhältnis der Initiative kritisch und verweist auf den bürokratischen Aufwand sowie die geringen Erfolgsaussichten. Wir sind der Meinung, dass politische Zeichen nicht immer unmittelbar messbare Erfolge bringen müssen. Gerade im Bereich des Klimaschutzes geht es darum, langfristige Perspektiven zu eröffnen und den gesellschaftlichen Diskurs voranzutreiben.

Zusammenfassend bleibt unsere Position klar: Die Einführung einer Lenkungsabgabe auf Kurzstreckenflüge ist ein notwendiger Schritt in Richtung nachhaltiger Mobilität und Klimaschutz. Auch wenn die Erfolgsaussichten auf Bundesebene begrenzt sind, ist es entscheidend, dass Basel-Stadt ein starkes Zeichen setzt und sich für innovative Lösungen einsetzt. Wir Grünliberalen empfehlen Ihnen daher klar, die Standesinitiative an den Regierungsrat zu überweisen.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Nächste Fraktionssprecherin für die SP ist Leoni Bolz.



*Leoni Bolz (SP):* In der Kreuztabelle hatte die SP ein Minus. Wir sind aber offen. Entschuldigen Sie den Fehler. Der Regierungsrat schreibt in seiner Stellungnahme, dass er der Auffassung ist, dass «es zum Schutz des Erdklimas gilt, den Ausstoss von Treibhausgasen und insbesondere von CO<sub>2</sub> durch menschliche Aktivitäten möglichst weit zu verringern». Der Regierungsrat schreibt weiter, dass auch im Mobilitätssektor eine entsprechende Lenkung zur Reduktion von schädlichen Umweltfolgen notwendig ist und unterstützt die Einführung von staatlichen Abgaben, die Anreize setzen, die Menge des Flugverkehrs zu reduzieren. Das Argument, das die abschliessende Ablehnung begründet ist hauptsächlich: Nach Lage der Dinge dürfte eine schweizerische Flugticketabgabe für die Flüge am EAP ohne eine politische Lösung mit Frankreich kaum umsetzbar sein.

Mit der Überweisung dieser Standesinitiative geben wir doch den Auftrag, diese politische Lösung zu suchen und senden eine klare Botschaft an Bundesbern, dass die Anzahl der Kurzstreckenflüge vermindert werden soll. Wenn wir vorwärtskommen wollen mit der CO<sub>2</sub>-Reduktion, dann müssen wir, das ist meine persönliche Überzeugung, auch bei unserem eigenen Verhalten, welches das Flugverhalten mit einschliesst, anfangen und anpacken, wenn es um Anreize geht, die dies unterstützen.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Für die SVP hat das Wort Lorenz Amiet.

*Lorenz Amiet (SVP):* Die Problematik mit der Binationalität unseres Flughafens in Basel wurde von der Regierung aus meiner Sicht umfassend erklärt. Es ist ja nicht nur so, dass wir hier ein Problem zu lösen hätten auf nationaler Ebene, sondern es ist vielmehr so, dass wegen dieser Binationalität und wegen der Möglichkeit, auf französische Verkehrsrechte auszuweichen, bei einer solchen Standesinitiative, wenn die denn umgesetzt würde, Basel mehr Verkehr akzeptieren müssten. Also es ist nicht einfach nur so, dass es für Basel keine Wirkung hat, sonst es hat für Basel sogar eine negative Wirkung.

Was mir aber noch wichtiger erscheint, und das fehlt mir bis jetzt noch in dieser Diskussion: Kein Mensch, der einigermaßen vernünftig denkt, nimmt das Flugzeug, um nach Frankfurt zu gelangen. Da sind Sie mit dem Zug schneller, viel günstiger, bequemer, was Sie nur wollen. Ja weshalb fliegen dann trotzdem Flugzeuge zwischen Basel und Frankfurt? Schlicht und einfach und nahezu ausschliesslich wegen dem Umsteigeverkehr insbesondere auf Langstrecken. Wenn Sie aus der Schweiz nach Charlotte in North Carolina fliegen wollen, dann können Sie das nicht, dann müssen Sie nach Frankfurt, Amsterdam oder London fliegen und da können Sie umsteigen. Ja wollen Sie, dass in Zukunft auch ab Zürich nach Charlotte geflogen werden kann? Natürlich, das könnte man wollen, das ist vielleicht bequemer und die Chance, dass ein solcher Flug sich rentiert, ist auch grösser, wenn diese Anschlussflüge nicht mehr ab Basel verfügbar sind. Aber in Sachen CO<sub>2</sub>-Ausstoss ist das absolut kontraproduktiv.

Letzter Punkt: Schauen Sie mal, wie viel CO<sub>2</sub> Ausstoss pro Passagier die italienische Staatsbahn hat und schauen Sie mal den CO<sub>2</sub>-Ausstoss an von Easyjet, und dann werden Sie feststellen, dass es nicht einfach sauber ist, den Zug nach Venedig zu nehmen, sondern dass es durchaus bei gewissen Destinationen, nicht bei allen, das ist klar, aber bei gewissen Destinationen fürs Klima besser ist, das Flugzeug zu nehmen. Auf den ersten Blick hat man immer das Gefühl, Zug gleich sauber, warum, weil in der Schweiz das so ist, da sind wir privilegiert. Die SBB fahren CO<sub>2</sub> befreit. Das gilt vielleicht noch in Frankreich, vielleicht für zwei oder drei andere Länder, aber das Gros der Eisenbahn in Europa bezieht den Strom aus fossiler Produktion und nicht sehr effizient, weil Eisenbahnwagen sind sehr, sehr schwer und im Durchschnitt sehr schlecht gebucht, im Gegensatz zu Flugzeugen, die in der Regel mit zwischen 85 und 90 Prozent Auslastung fliegen.

Auf den ersten Blick also eine Idee, die gut gemeint ist, aber auf den zweiten, dritten, vierte oder fünften kontraproduktiv ist. Deshalb bitte ich Sie sehr und empfehle, diese Standesinitiative nicht zu überweisen.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Nun wünscht Regierungsrat Kaspar Sutter das Wort.

*RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU:* Ich habe gestaunt über die Aufnahme unserer Argumente durch die GLP-Sprecherin. Es entspricht nicht dem, was wir in dieser Antwort geschrieben haben. Wir schreiben deutlich, dass der Ausstoss von Treibhausgas und insbesondere von CO<sub>2</sub> durch menschliche Aktivität möglichst zu verringern sei und dass selbstverständlich hier auch die Kurzstreckenflüge eine Rolle spielen. Wir haben auch das CO<sub>2</sub>-Gesetz begrüsst, das abgelehnt wurde und das eine Flugticketabgabe vorgesehen hat. Also es gibt überhaupt keinen Widerstand seitens des Regierungsrates zu Flugticketabgaben, wir denken sogar, es wäre und ist ein gutes Instrument.

Der Punkt ist die Binationalität, und das führen wir aus in diesem in diesem Bericht. Auch wenn eine Flugticketabgabe kommt in Zürich und Genf, im französischen Sektor am EAP kommt sie dadurch nicht und ob sie im Schweizer Sektor kommen könnte, das ist bestritten. Das würde natürlich die Schweiz versuchen, aber ob es von der französischen Seite akzeptiert ist, ist nicht klar aufgrund der rechtlichen Situation. Aber im französischen Sektor wäre sie nicht da.



Und dann gibt es zwei Punkte zu bedenken: Ja, wenn es in Zürich und Genf teurer wird, dann besteht natürlich die Möglichkeit, dass die Schweizer Kundinnen und Kunden auf den EAP ausweichen und das wäre für viele der nächste Flughafen, von dem die Kurzstreckenflüge ohne Abgabe noch abfliegen würden. Das würde zu Mehrverkehr führen bei uns am EAP. Das hilft weder dem Klima noch unseren Anwohnerinnen und Anwohnern. Das ist der Hauptgrund, weshalb wir das ablehnen.

Der zweite Punkt ist die Frage der Standesinitiative. Wenn wir als Regierungsrat nach Bern gehen und sagen, wir hätten gerne eine Lenkungsabgabe in Zürich und Genf, aber wir wissen nicht, ob das in Basel möglich ist. Das kann man machen, aber ehrlich gesagt weiss ich nicht, ob das der richtige Weg ist, um dann diese Regulierung zu erwirken, auch wenn man sie will – und wie gesagt, eine Flugticketabgabe wäre grundsätzlich ein wichtiges Instrument, vor allem wenn es europäisch eingeführt wird.

Und deshalb bittet Sie der Regierungsrat aus diesen Gründen, und nicht aus klimapolitischen Gründen, diese Standesinitiative nicht zu überweisen.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Es gibt eine Zwischenfrage von Tonja Zürcher. Sie wird angenommen.

*Tonja Zürcher (BastA):* Ist es richtig, dass alle Nachbarländer der Schweiz – ausser Liechtenstein, das keinen Flughafen hat – eine Flugticketabgabe haben?

*RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU:* Ich habe die Frage nicht verstanden.

*Tonja Zürcher (BastA):* Ist es so, dass Frankreich, Deutschland und alle anderen Länder um die Schweizer herum – ausser Liechtenstein, das keinen Flughafen hat, eine Flugticketabgabe besitzen?

*RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU:* Das glaube ich nicht, aber wenn es eine solche in Frankreich gibt, dann könnte ich die Wirkung ehrlich gesagt am EAP noch nicht beobachten.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Wir kommen somit zur Abstimmung.

### **Abstimmung**

JA heisst die Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

### **Ergebnis der Abstimmung**

**48 Ja, 43 Nein, 1 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0006363, 09.04.25 16:25:51]

### **Der Grosse Rat beschliesst**

die Standesinitiative bei den Bundesbehörden einzureichen

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Sie haben die Standesinitiative überwiesen mit 48 gegen 43 Stimmen bei einer Enthaltung.



### **31. Anzug Oliver Thommen und Daniel Sägesser betreffend Beteiligung der Vermietenden an den Energiekosten unsanierter Liegenschaften als Anreiz zur Erhöhung der Sanierungsrate, Schreiben des RR**

[09.04.25 16:26:03, 23.5028.02]

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

#### **Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben

### **32. Interpellation Nr. 17 Tonja Zürcher betreffend mehr Transparenz über hochgradig krebserregendes Benzidin im Klybeck, Schreiben des RR**

[09.04.25 16:27:00, 25.5102.01]

*Tonja Zürcher (BastA):* Auf den ersten Blick sieht die Antwort ganz gut aus. Der Regierungsrat antwortet zwar sehr knapp auf die Fragen, aber es wird ganz transparent auf ein Datenportal verwiesen und sogar ein PDF mit Analyseergebnissen wird verlinkt. Ich fand das auf den ersten Blick gut. Wenn man dann ein bisschen genauer die Antworten anschaut, dann gibt es schon ein paar Fragezeichen.

Das mit den Messstellen ist für mich schon nicht ganz nachvollziehbar. Wenn von elf Messstellen in einem bestimmten Bereich fünf nicht funktional sind, weil sie zugewachsen sind oder irgendwie einmal zugebaut wurden, ohne dass es gemeldet und entsprechend gemerkt wurde, dann habe ich schon ein bisschen meine Fragen dazu, ob das Klybeck wirklich das bestüberwachte Gelände der Schweiz ist. Aber man kann sagen, das Problem wurde erkannt und mit neuen Messstellen an sich behoben.

Auf das zweite Problem bin ich nicht selber gekommen, weil man dafür sehr tief in die Datenlage gehen muss. Im PDF mit den Analyseergebnissen von Mai 2024, das verlinkt ist, sieht man einen Benzidinfund. Das ist der, der auch schon bekannt war und angekündigt war. Er ist nicht unproblematisch von den Grenzwerten her, aber nicht so, dass er sofort saniert werden müsste, aber er muss überwacht werden, jedenfalls so lange, wie das Areal so bleibt, wie es ist, reicht die Überwachung. Ich hoffe, dass da dann die Messstellen entsprechend funktionieren, dass die Überwachung auch wirklich funktioniert.

Alle anderen Werte sind grün, Grenzwerte offenbar eingehalten. Es sieht so aus als wäre alles gut. Aber leider braucht es einmal mehr den kritischen und fachkundigen Blick der Ärztinnen und Ärzte für Umweltschutz von aussen. Sie haben heute eine Medienmitteilung dazu verschickt, weil Martin Forter genauer in die das Datenportal hineingegangen ist und bemerkt hat, dass an einer Stelle am unteren Rheinweg im Grundwasser das ebenfalls sehr gefährliche o-Benzidin gefunden wurde. Ja, ich habe in meiner Interpellation nicht nach o-Benzidin gefragt, aber wenn der Regierungsrat in seiner Antwort sagt, es gibt keine sanierungspflichtigen anderen Stellen, dann erwarte ich, dass man auch andere Giftstoffe anschaut. Und jetzt sieht man bei einer Messung im Januar 2024, dass hier 3,8 Nanogramm o-Benzidin pro Liter Wasser gemessen wurde. Das ist über dem Grenzwert oder über dem vorläufigen Grenzwert. Es ist über dem Grenzwert für die Sanierungsbedürftigkeit. Also hier muss etwas gemacht werden. o-Benzidin ist hochgradig krebserregend. Also man bekommt nicht einfach ein wenig Schnupfen bekommt.

Mit der Antwort, mit der gesagt wird, dass nur eine Stelle auf dem Areal sanierungspflichtig ist, wird hier vorgegaukelt, es wäre alles in Ordnung. Mit der einen Stelle ist eben der bekannte Chlorbenzolschaden gemeint, etwas das wir wissen, wofür auch ein Plan da ist, wenn es stark wird. Wenn es heisst, es sei nur eine sanierungspflichtig, meint man, es wäre diese.

Ich muss sagen es, es hat mich schon ziemlich schockiert, das zu hören, dass hier etwas vorgegaukelt wird, was nicht stimmt. Die Bevölkerung, insbesondere die Quartierbevölkerung, die direkt betroffen ist, aber schlussendlich wir alle in diesem Kanton und insbesondere auch wir als Parlamentarierinnen und Parlamentarier müssen uns darauf verlassen können, dass der Regierungsrat offen, ehrlich und eben auch vollständig antwortet. Wenn der Regierungsrat nun aber wichtige Ergebnisse verschweigt, dann ist das nicht einfach nur Peanuts. Entweder haben Verwaltung und Regierungsrat nicht erkannt, dass das Ergebnis problematisch ist, was so ziemlich riesige Fragezeichen geben würde zur Fachkompetenz, oder man hat bewusst etwas verschleiert. Es kann nicht sein, dass bei jeder Kommunikation des Kantons zu Giftstoffen im



Klybeck eine externe Faktenprüfung durchgeführt werden muss. Ich verlange, dass, anstatt immer wieder nur stückchenweise das zuzugeben, was öffentlich bekannt und bewiesen ist, endlich systematisch analysiert und transparent informiert wird. Es kann nicht sein, dass man einfach weiter wurstelt und hofft, dass niemand genau hinschaut. Das Gift ist nicht weniger giftig, nur weil man die Augen schliesst. Ich bin, wie Sie erwarten können, nicht zufrieden.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Die Interpellantin ist nicht zufrieden. Regierungsrat Kaspar Sutter wünscht das Wort.

*RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU:* Das wir ja nicht so oft, dass wir nach der Beantwortung einer Interpellation eine Erklärung abgeben, aber ich möchte das in diesem Fall tun, weil ich glaube, dass es bei den Altlasten wichtig ist, dass wir sachlich und faktenorientiert sind und natürlich den Schutz der Umwelt und der Menschen immer in den Vordergrund stellen.

Zu Benzidin, das hat auch die Interpellantin beantwortet, wurde ausserhalb des Areals noch nie der Grenzwert von 3,0 Nanogramm pro Liter nachgewiesen. Das steht auch so in der Interpellationsbeantwortung und danach wurde gefragt. Zu o-Benzidin, das jetzt als nächster Stoff in den Fokus rückt: Ja, da gab es eine Messung, die das AUE auch publiziert hatte auf seiner Homepage, dort steht auch die Fundstelle, die jetzt zitiert wird. Da wird im Januar 2024 ein Wert von 3,8 Nanogramm pro Liter nachgewiesen. Aufgrund dieses Nachweises fand im Mai 2024 eine weitere Untersuchung statt. Bei dieser konnte kein o-Benzidin mehr nachgewiesen werden, da die Bestimmungsgrenze von o-Benzidin bei 1 Nanogramm pro Liter liegt. Benzidin konnte bei den beiden Messungen nicht nachgewiesen werden. Alle diese Resultate sind wie gesagt öffentlich publiziert auf der Datenbank.

Das zeigt aber, ein einmaliger Befund reicht nicht aus für eine Klassifizierung. Einzelne Analyseresultate stellen eine Momentaufnahme dar und müssen aus diesem Grund immer auf Plausibilität geprüft und verifiziert werden, das heisst auch mehrfach gemessen werden, und das in beide Richtungen. Denn Einzelwerte können durch unterschiedliche Umweltbedingungen, Probeentnahmeunterschiede und Laborhandhabungen unterschiedlich ausfallen. Dazu kommt, dass es im Gegensatz zu Benzidin für o-Benzidin bis heute noch keinen rechtsverbindlichen Grenzwert gibt, der Handeln jetzt ermöglicht. Der Kanton Basel-Landschaft hat einen Wert herleiten lassen. Dieser wurde vom Bund noch nicht publiziert und ist auch noch nicht rechtsverbindlich. Aber selbstverständlich, wie Sie sehen, werden auch diese Stoffe gemessen und getrackt und beobachtet durch das AUE. Entsprechend laufen, wie das auch in der Interpellationsantwort steht, die technischen Untersuchungen auf dem ehemaligen Industrieareal Klybeck. Sollte es dabei zu einer neuen Beurteilung kommen, würde das AUE selbstverständlich weiterführende Massnahmen verfügen und den kantonalen Kataster der belasteten Standorte entsprechend anpassen. Die nächsten Messungen im Grundwasser im Abstrombereich des ehemaligen Industrieareals Klybeck führt der Kanton im Mai 2025 durch.

Ich wäre froh bei diesen Altlasten, wenn wir die gesamten Fakten anschauen. Das AUE ist auch immer offen für alle Diskussionen in diesem Bereich. Das ist mir wichtig in dieser Frage, denn es geht um ein wichtiges Gut, dass es zu schützen gilt.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Tonja Zürcher hat eine Zwischenfrage. Sie wird nicht entgegengenommen.

### **33. Budgetpostulat 2025 Niggi Daniel Rechsteiner betreffend Gesundheitsdepartement, 730 Gesundheitsversorgung, 36 Transferaufwand (Mangellage im psychotherapeutischen Angebot wirkt sich negativ aus – notwendige Massnahmen sind rasch umzusetzen), Schreiben des RR**

[09.04.25 16:35:15, 24.5537.02]

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat beantragt, das Budgetpostulat teilweise zu erfüllen und ins Budget 2025 zusätzlich einen Betrag von 100'000 Franken einzustellen. Der gesamthaft beantragte Betrag war 200'000 Franken.

Das Wort hätte Regierungsrat Lukas Engelberger. Er verzichtet. Gemeldet hat sich die Lydia Isler-Christ als Fraktionssprecherin für die LDP.



*Lydia Isler-Christ (LDP):* Die Fraktion der LDP lehnt das Budgetpostulat ab, wie bereits schon bei der ersten Überweisung. Die Argumente sind die gleichen. Ich mache es darum ganz kurz. Wenn man die Kreuztabelle anschaut, sind wir uns bewusst, dass wir chancenlos sind, aber wir haben es der Vollständigkeit halber trotzdem anmerken wollen.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Gemeldet hat sich Niggi Daniel Rechsteiner als Fraktionssprecher für die GLP.

*Niggi Daniel Rechsteiner (GLP):* Es freut mich sehr, dass der Regierungsrat in seiner Stellungnahme zum Budgetpostulat auf das Anliegen eingeht und den Bedarf eines erweiterten Monitorings feststellt. Auch hat er darin zwei zusätzliche Massnahmen beschrieben, welche dazu führen, einerseits den Bedarf vertiefter zu eruieren und andererseits konkrete Massnahmen aufzuzeigen, welche die Mangellage hoffentlich reduzieren kann.

Mit rund 100'000 Franken möchte der Regierungsrat das Budgetpostulat erfüllen. So soll nun auch nicht die genannte Gesamtsumme genutzt werden, welche sowieso als Kostendach verstanden werden sollte. Ich bin der festen Überzeugung, dass mit den vorgesehenen Mitteln nicht die Verwaltung aufgebläht wird, sondern wichtige Grundlagen für rasche Massnahmen zur Behebung der äusserst schwierigen Situation im Bereich der ambulanten psychotherapeutischen Intervention geschaffen werden. Wichtig scheint mir, dass alle involvierten Behandlungs- und Fachstellen in das Monitoring involviert werden, damit die künftigen Massnahmen differenziert auf den Bedarf abgestimmt beziehungsweise festgelegt werden können. Dass mit den Erkenntnissen aus dem Monitoring beziehungsweise aus den daraus abgeleiteten Massnahmen tatsächlich alle bisher formulierten Ziele erreicht werden können, ist wünschenswert.

Oberstes Ziel ist der Zugang zu psychotherapeutischen Abklärungen und Behandlungen, was heisst, dass die Wartezeiten drastisch reduziert werden können. Die rasche Abklärungsbehandlung ist ein essentieller Faktor, um Chronifizierung zu verhindern. Somit verkürzen sich die Behandlungszeiten und damit reduzieren sich auch die Kosten. Ich bin der Ansicht, dass die Investition in die Verbesserung der Situation langfristig Kosten reduzieren wird, ein Mehrfaches der vorgesehenen 100'000 Franken. Es wäre deshalb etwas kurzfristig gedacht, wenn man das Gefühl hätte, das Problem löse sich von alleine und die Kosten liessen den Staatsapparat wuchern. Es ist ein moderater Einmalbeitrag, der verhindern soll, dass unbehandelte psychische Probleme nicht wuchern können.

Die Rechnung geht nicht auf. Nichts machen ist keine Lösung, sondern der Garant dafür, dass wir künftig im Gesundheits- und Sozialwesen mit höheren Kosten zu kämpfen haben. Dass im Januar zwei Drittel des Grossen Rates dem Budgetpostulat zustimmten, war ein starkes Zeichen. Nach den Ausführungen des Regierungsrates wäre es naheliegend, dass die im Januar geäusserten Zweifel der ablehnenden Stimmen nun ausgeräumt sind. Ich träumte auch davon, dass die LDP auch hier ein falsches Kreuz gesetzt hat, so dass auch noch das dritte Drittel zustimmen könnte. Viele betroffene Menschen würden Ihnen danken dafür und mich würde es freuen.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Die Redner:innenliste ist erschöpft. Wir kommen zur Schlussabstimmung.

## **Abstimmung**

JA heisst die Zustimmung zum Grossratsbeschluss, NEIN heisst Ablehnen

## **Ergebnis der Abstimmung**

**71 Ja, 18 Nein, 2 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0006367, 09.04.25 16:40:32]

## **Der Grosse Rat beschliesst**

In teilweiser Entsprechung des Budgetpostulats Niggi Daniel Rechsteiner werden im Budget 2025 des Gesundheitsdepartements zusätzlich Fr. 100'000 eingestellt. (Position Gesundheitsdepartement, 730 Gesundheitsversorgung, 36 Transferaufwand)

Dieser Beschluss ist zu publizieren.



*Balz Herter, Grossratspräsident:* Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 71 gegen 18 Stimmen bei 2 Enthaltungen.

### **34. Anzug Michelle Lachenmeier und Konsorten betreffend Agogik im Alter: Stationäre Leistungen für behinderte Personen im AHV-Alter, Schreiben des RR**

[09.04.25 16:40:45, 19.5474.04]

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum.

Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

#### **Der Grosse Rat beschliesst**

den Anzug als erledigt abzuschreiben

### **35. Anzug Lukas Faesch und Konsorten betreffend Abschaffung der metallenen Registrierungsmarke bei Hunden, Schreiben des RR**

[09.04.25 16:41:06, 21.5647.03]

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

#### **Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben

### **36. Anzug Georg Mattmüller und Konsorten betreffend Psychiatrische Versorgung im Kinder- und Jugendalter, Schreiben des RR**

[09.04.25 16:41:29, 22.5262.03]

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Wünscht Regierungsrat Lukas Engelberger das Wort? Er verzichtet. Somit geht das Wort an Georg Mattmüller als Sprecher der SP.

*Georg Mattmüller (SP):* Im Namen der SP und der Grünen Partei bitte ich Sie um Stehenlassen und möchte das folgendermassen begründen: Der Regierungsrats antwortet ausführlich, und es ist nachvollziehbar, dass die Motion und auch der parallel laufende Prozess des Psychiatriekonzeptes zusätzliche Angebote beziehungsweise Massnahmen erwirkt haben. Was aber leider weiter ein Problem ist und in der Beantwortung der Regierung nicht behandelt wird, ist der Fachkräftemangel bei den niedergelassenen Psychiater:innen und Psychotherapeut:innen.

Dies bleibt leider ein Problem und in der Angebotslandschaft. Es ist klar, dass die Regierung keinen durch Durchgriff auf die Niedergelassenen hat, allerdings berichtet er, dass er diesbezüglich im Aufbau eines Monitorings ist und berichtet, dass im 2025 eine erste Befragung aller Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten sowie Psychiaterinnen und Psychiater mit Berufsausübungsbewilligung des Kanton Basel-Stadt stattfindet. Ziel ist, möglichst präzise Daten über das aktuelle Therapieangebot zu erheben und herauszufinden, welche Patientengruppen besondere Schwierigkeiten haben, einen Therapieplatz zu finden.



Dies scheint mir sehr sinnvoll. Wenn nun der Anzug stehengelassen wird, kann das Gesundheitsdepartement zu einem späteren Zeitpunkt eben auch zu diesen Ergebnissen berichten. Ich bitte Sie daher, den Anzug stehen zu lassen.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Nächster Fraktionsprecher ist Oliver Bolliger für die BastA.

*Oliver Bolliger (BastA):* Auch im Namen der Fraktion BastA beantrage ich Ihnen, diesen Anzug stehen zu lassen. Ähnlich wie beim Anzug zur Sensibilisierung der Verwaltung wurde zwar einiges unternommen und verbessert, jedoch bestehen in der psychiatrischen Versorgung noch etliche Baustellen und Lücken, weshalb ein Abschreiben dieses Anzugs zum jetzigen Zeitpunkt nicht angezeigt wäre.

Im stationären Bereich wurden zwar effektiv mehr Kapazitäten geschaffen und auch inhaltlich dringende Anpassungen vorgenommen, wie beispielsweise beim Angebot der Intensivtherapiestation der PBL in Liestal. Dies war aus fachlicher Sicht extrem wichtig, damit die stationäre Unterbringung der Jugendlichen von der Erwachsenenpsychiatrie getrennt werden konnte. Aber auch heute noch, besonders für sehr vulnerable und teilweise auch sozial auffällige Kinder und Jugendliche, aber auch für junge Erwachsene bestehen oft nicht die passenden Angebote auch im stationären Bereich. Da bin ich wirklich von meinem Alltag sehr geprägt. Wenn man da etwas suchen muss, dann kann es sein, dass das wirklich fast ein Ding der Unmöglichkeit wird.

Und in der ambulanten Versorgung haben wir immer noch zu wenig niederschwellige und auf kürzere Zeit fokussierte Angebote. Es ist weiterhin eine grosse Herausforderung, teilweise war es fast unmöglich, zeitnah einen ambulanten Therapieplatz zu finden. Und es liegt nicht nur allein an der Anzahl der Psychiater:innen und Psycholog:innen, sondern auch an so hohen Hürden bei der Aufnahmen, auch an zu hohen Therapieansprüchen, einer selektiven Haltung und einer fehlenden aufsuchenden Versorgungsstruktur. Da würde das Stehenlassen enorm Sinn machen, dass man hier noch mal zu diesen Themen in zwei Jahren berichtet. Es besteht weiterhin wirklich ein grosser Handlungsbedarf in der psychiatrischen Versorgung und deshalb beantragen auch wir von BastA, den Anzug stehen zu lassen.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Für die FDP hat das Wort Christian C. Moesch.

*Christian C. Moesch (FDP):* Die Fraktion der FDP spricht sich ebenfalls für ein Stehenlassen dieses Anzugs aus, und dies aus drei zentralen Gründen. Erstens zeigt der Bericht des Regierungsrates zwar, dass zahlreiche Fortschritte in der psychiatrischen Versorgung von Kindern und Jugendlichen bereits gemacht wurden beziehungsweise am Laufenden sind, aber gleichzeitig auch deutlich, dass die Herausforderungen massiv bleiben. Der Fachkräftemangel ist weiterhin akut besonders bei komplexen Fällen. Ambulante Kapazitäten sind begrenzt, gerade für Familien mit hohem Unterstützungsbedarf.

Zweitens, viele der ergriffenen Massnahmen und neuen Angebote sind sehr jung. Sie wurden teilweise erst kürzlich eingeführt oder befinden sich noch im Aufbau. Eine seriöse Beurteilung ihrer Wirksamkeit steht aus. Eine Abschreibung zum jetzigen Zeitpunkt wäre voreilig und käme einem Freipass ohne Nachkontrolle gleich.

Und drittens hat der Anzug klar strukturelle Mängel benannt, etwa im Transitionsprozess, in der interdisziplinären Zusammenarbeit oder in der Unterstützung von Familien mit mehrfach belasteten Kindern. In diesen Bereichen besteht unseres Erachtens weiterhin Handlungsbedarf, trotz der Fortschritte in der Versorgung.

Lassen Sie den Anzug deshalb stehen, nicht um zu bremsen, sondern um die Entwicklung weiter politisch zu begleiten, zu evaluieren und wenn nötig gegebenenfalls auch nachzusteuern.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Die Redner:innenliste ist erschöpft. Somit hat Regierungsrat Lukas-Engelberger das Wort.

*RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD:* Ich danke Ihnen für die durchaus wohlwollende Würdigung unserer Arbeit und Berichterstattung. Sie haben entgegengenommen, dass es Fortschritte gibt im Bereich der psychiatrischen Versorgung und dafür bin ich Ihnen schon einmal dankbar. Und ich bin selbstverständlich mit Ihnen einverstanden, dass es weiteren Verbesserungsbedarf gibt. Das ist so ein riesiges Thema, dass man ja eigentlich theoretisch einen Anzug auf ewig stehenlassen müsste, weil irgendwelchen Verbesserungsbedarf in diesem Thema werden wir vermutlich immer haben.

Ich nehme aber mit, dass Sie spezifisch auch sich an diesem Thema Fachkräftemangel und Ergebnisse des Monitorings, das wir angekündigt haben, Interesse haben. Dass wir das weiterverfolgen sollen, nehme ich entgegen und selbstverständlich



wird der Regierungsrat erneut Bericht erstatten in irgendeiner Form ohnehin zu diesem Monitoring und wenn Sie stehen lassen, dann auch aufgrund dieses Anlasses.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Wir kommen zur Abstimmung.

#### **Abstimmung**

JA heisst Abschreiben gemäss Antrag Regierungsrat, NEIN heisst stehenlassen gemäss Antrag Georg Mattmüller

#### **Ergebnis der Abstimmung**

**21 Ja, 70 Nein, 0 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0006371, 09.04.25 16:49:26]

#### **Der Grosse Rat beschliesst**

den Anzug stehen zu lassen.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Sie haben sich mit 70 gegen 21 Stimmen dafür entschieden, den Anzug stehen zu lassen.

### **37. Anzug Georg Mattmüller und Konsorten für verpflichtend betriebliche Berufsbildung in Institutionen und Organisationen mit Pflegeleistungen -fehlende Berufsbildende als Flaschenhals in der Pflege, Schreiben des RR**

[09.04.25 16:49:42, 22.5572.02]

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

#### **Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

### **38. Anzug Melanie Eberhard und Konsorten zur Situation der Nachhol- und Weiterbildungen bei Gesundheitsberufen, Schreiben des RR**

[09.04.25 16:50:23, 22.5580.02]

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum. Es wurde kein anderer Amtsantrag gestellt.

#### **Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben.



### **39. Anzug Joël Thüring betreffend "Massnahmen gegen die überfüllte Notfallstation und die Überbelastung des Personals in den Spitälern", Schreiben des RR**

[09.04.25 16:50:47, 22.5593.02]

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

#### **Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

### **40. Motion Christoph Hochuli und Konsorten betreffend Verbot von Einweg-E-Zigaretten, Stellungnahme des RR**

[09.04.25 16:51:14, 24.5397.02]

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich nicht zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen. Regierungsrat Lukas Engelberger wünscht in der ersten Runde das Wort.

*RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD:* Sie haben uns im vergangenen November diese Motion zur Stellungnahme überwiesen. Wir werden darin beauftragt, im Kanton Basel-Stadt so rasch wie möglich ein generelles Verkaufsverbot von Einweg-E-Zigaretten zu erlassen respektive Ihnen das vorzulegen.

Ich möchte einleitend festhalten, dass auch der Regierungsrat das Anliegen der Motionärinnen und Motionäre grundsätzlich teilt und diese Einweg-E-Zigaretten nicht als besonders wertvolle Produkte erachtet, insofern haben wir Verständnis.

Wir müssen Ihnen allerdings berichten, dass ein solches Verbot auf kantonaler Ebene nicht umgesetzt werden kann. Im Herbst 2024 ist das neue Bundesgesetz über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten in Kraft getreten. Der Bund hat damit von seiner umfassenden Gesetzgebungskompetenz auf dem Gebiet des Gesundheitsschutzes Gebrauch gemacht. Aus diesem Grund besteht für die Kantone kein Raum mehr ein Verkaufsverbot von Einweg-E-Zigaretten zu erlassen, auch die Umweltschutzgesetzgebung gibt uns eine derartige Kompetenz nicht. Wir sind deshalb der Auffassung, dass wir mit einem kantonalen Verbot gegen höherrangiges Recht verstossen würden.

Wirft man einen Blick auf die Rechtslage in den anderen Kantonen, so hat der Kanton Wallis kürzlich als erster Kanton ein solches Verbot beschlossen. Auch das Parlament des Kantons Jura hat einen motionsähnlichen Auftrag erteilt. Wir sind der Auffassung, dass aufgrund der erläuterten Rechtslage in diesen Kantonen, so sie es dann weiterverfolgen, durchaus Gerichtsverfahren zu erwarten sind.

Auf Bundesebene hat der Nationalrat eine Motion des grünen Walliser Nationalrats Christoph Clivaz angenommen, wonach im Tabakproduktegesetz ein Verkaufsverbot von Einweg-E-Zigaretten zu verankern sei. Die Kommission für Soziale Sicherheit und Gesundheit des Ständerats hat nun am vergangenen Freitag dieser Motion ebenfalls zugestimmt, und der Ständerat wird voraussichtlich im Sommer über diese Motion entscheiden. Dann ist dieses Verbot national einen grossen Schritt weiter. Und wir werden die Entwicklungen auf Bundesebene sowie auch in anderen Kantonen gerne in Ihrem Auftrag weiter beobachten, sind aber der Meinung, jetzt angesichts insbesondere des aktuellen Beratungsstands im Bundesparlament sollten wir noch etwas zuwarten, und das können wir, wenn Sie uns dieses Geschäft in der Form als Anzug weitergeben.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Erster Fraktionssprecher ist Joël Thüring.

*Joël Thüring (SVP):* Die SVP-Fraktion war schon bei der ersten Überweisung der Motion Hochuli dagegen. Die Haltung der SVP-Fraktion hat sich in dieser Frage nicht geändert. Wir beantragen Ihnen deshalb heute, diese Motion abzuschreiben. Sie ist auch nicht als Anzug weiterzufolgen, so wie es der Regierungsrat nun beantragt hat.



Der Grund dafür ist relativ klar, das haben wir schon damals als Hauptargument aufgebracht, dieses Verbot verstösst gegen Bundesrecht und es macht deshalb keinen Sinn, auch wenn ich in der Kreuztabelle sehen, dass einzelne Fraktionen trotzdem an einer Motion festhalten wollen, auch wenn es gegen Bundesrecht verstösst. Das wäre nun wirklich der falsche Weg. Selbst wenn Sie für ein Verbot der Einweg-E-Zigaretten sind, können Sie das kantonale nicht durchsetzen. Der Regierungsrat hat das ja auch in seiner Stellungnahme bereits ausgeführt. Auch die Kantone und die Kantonsparlamente, die das jetzt schon beschlossen haben, werden damit wahrscheinlich vor Gericht anstossen, solange es eben keine bundesgesetzliche Regelung in diesem Zusammenhang gibt.

Das ist also reine Symbolpolitik, die Sie heute hier betreiben, wenn Sie dieses Geschäft als Motion dem Regierungsrat noch einmal überweisen würden. Ich vermute, selbst der Motionär Christoph Hochuli, er wird dann wahrscheinlich noch dazu etwas sagen, sieht ein, dass es als Motion keinen Sinn macht, so zumindest interpretiere ich die Kreuztabelle. Seine Fraktion ist ebenfalls für Überweisung als Anzug. Das kann man sein, wir sind aber auch hier der Meinung, dass es nicht sinnvoll ist, dass man jetzt einfach dem Regierungsrat in einer Schublade einen weiteren Vorstoss überlässt, der ja dann ohnehin obsolet werden würde, wenn diese dieser Vorstoss von Nationalrat Clivaz im Ständerat eine entsprechende Mehrheit finden würde, dann ist das Anliegen von Christoph Hochuli ja ebenfalls erfüllt und dann hat auch der Regierungsrat im Kanton Basel-Stadt keine zusätzliche Funktion mehr wahrzunehmen. Es wird dann vielmehr eine Frage des Vollzugs werden.

Wir halten es aber nicht für sinnvoll, überhaupt ein solches Zigarettenverbot einzuführen, erst recht nicht nur im Kanton Basel-Stadt. Das können Sie sehr leicht umgehen, beispielsweise indem Sie dann diese Einwegzigaretten in Muttenz kaufen oder in Allschwil. Ihre Partei, Christoph Hochuli, hat meines Wissens ja auch einen Versuch gestartet im Kanton Basel-Landschaft, ein solches ein Einweg-Zigarettenverbot zu verlangen und ist damit im Landrat gescheitert, sicherlich aus zwei Gründen, der liberale Aspekt, der dagegen spricht und der zweite ist der erwähnte mit dem Bundesgesetz, das ja zurzeit in Diskussion steht.

Wir glauben nicht, dass ein solches Verbot etwas bringt. Selbst wenn es national kommen würde, können Sie es weiterhin umgehen. Das zeigt die Geschichte anderer Verbote. Das ist problemlos möglich. Sie machen damit nichts für den Jugendschutz, wenn Sie solche Einweg-E Zigaretten verbieten, weil ja alle anderen E-Zigaretten weiterhin erlaubt wären, und Sie machen zusätzlichen Aufwand für die Behörden, gerade auch für Christoph Hochuli und seine Kantonspolizei, die sich ja zu Recht beklagt darüber, dass sie über zu wenig Ressourcen verfügt. Wenn wir der Polizei immer mehr Vollzugsaufgaben übertragen, dann hat sie irgendwann keine Zeit mehr, das wirklich Wichtige zu machen. Und ich bin ehrlicherweise der Ansicht, dass unsere kantonalen Vollzugsbehörden andere Dinge priorisiert bekämpfen müssen und dann sicherlich nicht in einzelne Lokalitäten schauen müssen, ob dort unter der Theke Einweg-E-Zigaretten verkauft werden. Das wird der Fall sein, da müssen wir uns auch nichts vormachen, wir sehen das ja auch bei dieser ganzen Diskussion zum Thema Lachgas und wir sehen es an ganz anderen Stellen auch, wie solche Verbote umgangen werden können.

Deshalb glauben wir, dass wir heute diesen Vorstoss abschreiben können. Sollte das Verbot national kommen – ich persönlich hoffe es nicht –, wird sich der Kanton dann unabhängig von der Motion Hochuli, die dann vielleicht ein Anzug ist, mit der Frage des Vollzuges befassen müssen.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Es gibt eine Zwischenfrage von Oliver Bolliger. Sie wird entgegengenommen.

*Oliver Bolliger (BastA):* Erinnern Sie sich noch an die Zeiten von Alcopops und haben Sie nicht auch die Meinung, dass das Wirkung erzeugt hat, als man sie verboten hat?

*Joël Thüring (SVP):* Nein, ich denke nicht, zumal wir hier ja von einer Einweg-E-Zigarette sprechen und nicht von den E-Zigaretten, die bleiben ja weiterhin erlaubt und deshalb ist auch der Effekt relativ gering.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Nun hat Oliver Bolliger das Wort.

*Oliver Bolliger (BastA):* Im Namen der Fraktion BastA und der Fraktion GRÜNE/jgb beantrage ich Ihnen, diese Motion nochmals als Motion zu überweisen und dies, auch wenn in der Antwort des Regierungsrats festgehalten ist, dass ein kantonales Verbot gegen das aktuelle Bundesrecht verstossen würde. Ja, das ist so, aber manchmal gibt es Situationen, in denen Gesetze dazu dienen, entweder Unrecht zu legitimieren oder wie in diesem Fall, der Gesundheit zu schaden, und nur damit der Handel von Tabakprodukten weiter ermöglicht wird. Ja, vielleicht ist es Symbolpolitik, ist aber in Anbetracht der Tatsache, dass in Bundesbern die Tabaklobby sehr stark ist, vielleicht auch trotzdem notwendig. Wenn etwas wirklich so unsinnig, gefährlich und umweltverschmutzend ist wie Einweg-E-Zigaretten, würde ich mir Mut und politisches Rückgrat



wünschen, nicht von der Regierung, da ist ja das Gesetz dagegen, das kann ich noch nachvollziehen, aber dann doch vom Parlament.

Seit Februar dieses Jahres sind zum Beispiel die Einweg-Vapes in Frankreich verboten, und auch in Belgien besteht seit diesem Jahr ein Verbot. Zudem kann angenommen werden, dass es auch in Deutschland zu einem Verbot kommt und dies, obwohl in der EU erst gegen Ende 2026 mit einem Verbot gerechnet werden kann. Es ist also in der EU möglich, und ich denke, es ist auch in der Schweiz möglich.

Auch der Nationalrat hat deutlich mit 122 zu 63 Stimmen einen Verbot zugestimmt. Es liegt nun am Ständerat, nachzudoppeln. Die Zeichen sind eigentlich klar und deutlich zu erkennen. Seien wir also mutig wie die Stimmbevölkerung und das Parlament in den Kantonen Wallis und Jura, und ich bin überzeugt, würden wir heute im Kanton Basel-Stadt eine Abstimmung darüber machen, das Verbot wäre auch hier beschlossen. Also auf was warten wir eigentlich?

Nun, es kann ja nicht der Grund sein, dass der Kanton Basel-Landschaft ein Verbot abgelehnt hat. Weil es gegen das aktuelle Bundesrecht verstossen würde? Na nun. Und weil die Tabakindustrie not amused ist? Nein. Jeder einzelne Kanton, der jetzt trotz der aktuellen gesetzlich ungünstigen Situation ein Verbot ausspricht, stärkt das Ansinnen auf nationaler Ebene, ein Verbot so schnell als möglich einzuführen und dies in einem Land, in dem normalerweise die Tabaklobby mit ihrem Anliegen oft durchkommt und den Jugendschutz immer wieder aufs Minimum reduziert.

Deswegen frage ich schon an die Adresse der EVP, die eigentlich das angestossen hat, aber auch an die SP, wirklich trotz juristischen Argumentationen auf der Motion zu beharren. Politisches Handeln beziehungsweise Entscheidungen haben Auswirken auf gesetzliche Bestimmungen und führen immer wieder auch zu gesetzlichen Anpassungen.

Dass die Tabakindustrie alle Hebel in Bewegung setzt, damit es in der Schweiz nicht zu einem Verbot kommen wird, ist ja logisch. Sie machen ihren Profit mit den auf Jugendliche ausgerichtete Einsteigerprodukte, die offensichtlicher geht es kaum noch, zum Rauchen verleiten und schlussendlich Nikotin abhängig machen. Alle Argumente, und das hat auch Regierungsrat Lukas Engelberger erwähnt, für ein Verbot dieser unnötigen Produkte. Einzig der Verweis auf die aktuelle Rechtslage ist das Argument für eine Überweisung als Anzug. Es wird dann aber nicht geprüft und berichtet, es wird einfach abgewartet, ob und wann Bundesbern ein Verbot ausspricht und dann wird nachgezogen.

Nun ja, kann man so machen, aus meiner Sicht ein wenig mutlos, und deshalb halten wir an der Motion fest und das würde mich sehr freuen, wenn noch ein paar Stimmen dazu kämen.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Es gibt eine Zwischenfrage von David Jenny. Diese wird entgegengenommen.

*David Jenny (FDP):* Fasse ich es richtig zusammen: Rechtsstaatlich handeln Sie nur, wenn es Ihnen in den Kram passt?

*Oliver Bolliger (BastA):* Nein, ganz und gar nicht, aber es gibt ab und zu Situationen, da kann man symbolisch über das Recht dann doch hinausgehen, wenn es Sinn macht.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Nächster Fraktionssprecher für die FDP ist Danier Seiler.

*Daniel Seiler (FDP):* Ein Verbot braucht Mut. Ich glaube, es ist eher umgekehrt. Es braucht Mut, eben hier kein Verbot zu fordern. Wir reden von Selbstverantwortung, Verantwortung der Eltern, mit den Kindern, mit den Jugendlichen zu sprechen. Das ist für mich eher mutig.

Über das andere ist schon alles gesagt. Wir sind grundsätzlich natürlich als FDP gegen solche Verbote. Noch schlimmer ist es, wenn es national schon läuft und wir die Leute zusätzlich hier in Basel noch beschäftigen wollen. Daher bitte abschreiben.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Nächster Fraktionssprecher ist Christoph Hochuli.

*Christoph Hochuli (Mitte-EVP):* Im September 2024 reichte ich die Motion für ein kantonales Verbot von Einweg-E-Zigaretten ein. Im November überwiesen wir die Motion an den Regierungsrat. Dieser schrieb nun in seiner Stellungnahme, dass die Motion rechtlich unzulässig sei, weil gemäss dem Umweltschutzgesetz der Bund für Verbote von Einweg-Produkten zuständig sei und die Kantone keine Kompetenz hätten, kantonale Verbote einzuführen. Der Regierungsrat anerkennt jedoch



die grosse Suchtgefahr von Einweg-E-Zigaretten für Jugendliche sowie die Umweltproblematik und begrüsst ein nationales Verbot von Einweg-E-Zigaretten. Der Regierungsrat wolle die Entwicklungen auf Bundesebene und in den anderen Kantonen weiter verfolgen und dem Grossen Rat zu gegebener Zeit erneut berichten, wie er schreibt. Er beantragt dem Grossen Rat, ihm die Motion nun als Anzug zu überweisen.

Werfen wir einen Blick in andere Kantone. Der Walliser Grosse Rat stimmte am 14. November 2024 sehr deutlich für die Einführung eines kantonalen Verbots von Einweg-E-Zigaretten. Meine Abklärungen im Wallis ergaben nun, dass der Walliser Regierungsrat mit dem Verbot der Einweg-E-Zigaretten einverstanden ist, aber dass er die Grossratsmitglieder darauf hinwies, dass das Verkauf auf kantonaler Ebene dem Bundesrecht widersprechen könnte. Die Entscheidung im Grossen Rat Wallis für ein kantonales Verbot sei in Kenntnis dieser Sachlage und in Erwartung der Behandlung der Motion für ein Verbot von elektronischen Einwegzigaretten durch das Bundesparlament getroffen worden. Da kein Referendum ergriffen wurde, wird die Änderung im Walliser Gesundheitsgesetz bald in Kraft treten.

Im Kanton Jura wurde eine Motion für ein Verbot von Einweg-E-Zigaretten mit 55 gegen 2 Stimmen angenommen. Auf meine Anfrage beim Kanton Jura erhielt ich die Antwort, dass die rechtliche Zulässigkeit eines kantonalen Verbots dort noch nicht geprüft worden sei, aber dass es scheine, dass die Kantone in diesem Bereich restriktivere Gesetze erlassen können als der Bund.

Im Kanton Bern hat der Grosse Rat am 6. März dieses Jahres eine Motion für ein Verbot von Einweg-E-Zigaretten mit 92 zu 49 Stimmen angenommen. Auch ein Teil der FDP-Fraktion hat sich dort für ein Verbot eingesetzt. Der Regierungsrat des Kantons Bern sagte in der Debatte, dass für ein kantonales Verkaufsverbot möglicherweise die gesetzlichen Grundlagen fehlen würden.

In diversen weiteren Kantonen wurden Vorstösse für kantonale Verbote von Einweg-E-Zigaretten eingereicht, die noch behandelt werden müssen.

Nun, die rechtliche Zulässigkeit für kantonale Verbote von Einweg-E-Zigaretten scheint eher nicht gegeben, auch wenn nicht totale Einigkeit unter den Kantonen besteht. Im schweizerischen Umweltschutzgesetz steht in Art. 30a lit. a: Der Bundesrat kann das in Verkehrbringen von Produkten verbieten, die für eine einmalige und kurzfristige Verwendung bestimmt sind, wenn deren Nutzen die durch sie verursachte Umweltbelastung nicht rechtfertigt. Ob nun damit gemeint ist, dass nur der Bundesrat Verbote erlassen darf oder ob die Kantone auch eigene Verbote erlassen dürfen, scheint nicht ganz klar.

Ich bin auch der Meinung, dass langfristig natürlich ein schweizerisches Verbot von Einweg-E-Zigaretten das Ziel sein muss. Eine entsprechende Motion wurde bekanntlich im Nationalrat im Juni 2024 sehr deutlich mit 122 zu 63 Stimmen bei 4 Enthaltungen angenommen. Der Ständerat wird in der Sommersession darüber befinden und der Motion hoffentlich auch zustimmen. Und dieses nationale Verkaufsverbot begrüsst ja auch unser Regierungsrat.

Zur Erinnerung: Beim geforderten Verkaufsverbot geht es nur um die Einwegmodelle von E-Zigaretten, denn es ist ein ökologischer Unsinn, ein Einwegprodukt herzustellen, wenn es dasselbe Produkt als aufladbare und nachfüllbare Version gibt. Bei der Entsorgung im Abfall gehen die vielen wertvollen Rohstoffe wie Metall, Lithium, Nickel, Zink und Aluminium verloren, und auch wenn die Geräte korrekt dem Recycling zugeführt werden, benötigt es dennoch einen sehr grossen Aufwand und viel Energie, um die Geräte in ihre Einzelteile zu zerlegen, zu sortieren und die Rohstoffe wieder aufzubereiten. Die wiederaufladbaren und nachfüllbaren E-Zigaretten sollen selbstverständlich erlaubt bleiben.

Ich empfehle Ihnen im Namen der Mitte/EVP-Fraktion, meine Motion nun als Anzug zu überweisen.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Die Liste der Sprechenden ist erschöpft. Regierungsrat Lukas Engelberger verzichtet auf ein zweites Votum. Oliver Bolliger beantragt Überweisung als Motion. Wir kommen daher zu einer Eventualabstimmung.

## Abstimmung

JA heisst Weiterbehandlung als Anzug, NEIN heisst Weiterbehandlung als Motion

## Ergebnis der Abstimmung

**79 Ja, 13 Nein, 0 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0006376, 09.04.25 17:10:52]

## Der Grosse Rat beschliesst

Weiterbehandlung als Anzug



*Balz Herter, Grossratspräsident:* Sie haben sich für die Weiterbehandlung als Anzug entschieden. Joël Thüring beantragt Nichtüberweisung. Wir stimmen daher darüber ab.

### **Abstimmung**

JA heisst die Überweisung als Anzug, NEIN heisst Nichtüberweisung

### **Ergebnis der Abstimmung**

**62 Ja, 28 Nein, 1 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0006377, 09.04.25 17:11:31]

### **Der Grosse Rat beschliesst**

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Sie haben sich für die Überweisung als Anzug entschieden mit 62 gegen 28 Stimmen bei einer Enthaltung.

## **41. Motion Amina Trevisan und Konsorten betreffend Förderung von Psychotherapieplätzen durch die Subventionierung der Weiterbildung von psychologischen und ärztlichen Psychotherapeut:innen, Stellungnahme des RR**

[09.04.25 17:11:45, 24.5395.02]

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen. Das Wort hat Regierungsrat Lukas Engelberger.

*RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD:* Wir beantragen Ihnen auch hier Überweisung als Anzug. Die Sicherstellung einer ausreichenden psychotherapeutischen Versorgung ist ein zentrales Anliegen des Regierungsrats und die Weiterbildungsförderung auch im Bereich der Niedergelassenen gehört sehr wohl auch dazu. Wir wollen dieses Anliegen jedoch in anderer Form weiterverfolgen als wie das uns nun spezifisch vorgegeben würde mit dieser Motion. Wir haben Ihnen dazu ziemlich ausführlich berichtet. Wir haben Ihnen auch in unserer Stellungnahme schriftlich dargelegt, wie es doch gelungen ist, die Anzahl der Therapeutinnen und Therapeuten in Weiterbildung namhaft zu steigern.

Statt isolierter Massnahmen ist es indessen entscheidend, das bestehende System effizienter zu gestalten. Dazu gehören eine bessere Nutzung der vorhandenen Ressourcen, eine optimierte Verteilung von Therapieplätzen und den Abbau von Zugangshürden für besonders Benachteiligte. Um diese Ziele zu erreichen, arbeiten wir aktuell auf mehreren Ebenen intensiv. Wir sind beispielsweise daran, mit weiteren Partnerinstitutionen Gespräche zu führen und eben diese Faktoren zu adressieren, die zu Problemen führen. Mehrfachbelastungen sind so ein Thema bei einzelnen Personen, sozialer Status, auch Sprachbarrieren sind Themen, die eben den Zugang zu Therapien erschweren. Die Ursache für die Engpässe der Versorgung liegt somit nicht nur und auch nicht primär in einer unzureichenden Anzahl von Therapieplätzen, sondern auch in einem ungleichen Zugang zu diesen. Da sind wir nun an der Arbeit und wir prüfen, wie spezifische institutionalisierte Therapieangebote weiter unterstützt werden können. Wir werden dazu auch in einem Ratschlag im Verlauf dieses Jahres Ihnen berichten und Antrag stellen, wo es um die gemeinwirtschaftlichen Leistungen dann gehen wird.



Ich möchte ebenfalls auch dieses Monitoring noch einmal erwähnen, dass bereits zur Sprache kam und hier auch von Ihnen erwähnt wurde, mit dem wir ein präziseres Bild über die aktuellen Strukturen und auch über mögliche Defizite und Herausforderungen gewinnen möchten.

Parallel dazu, das ist mir auch immer wichtig zu sagen, bieten wir bereits jetzt vielfältige Angebote sowohl im therapeutischen Bereich wie auch im präventiven und sozialmedizinischen Feld wie Schulworkshops, Freizeitaktivitäten, Sensibilisierungsveranstaltungen, Beratungsstellen oder Treffpunkte. Das sind alles Elemente, die beitragen zur Stärkung der psychischen Gesundheit unserer Bevölkerung.

Ich möchte noch auf einen spezifischen Punkt hinweisen, der mir Sorge macht, falls wir jetzt doch auf dem Weg der Motion Ihren Auftrag weiter beantworten müssten, und zwar wäre das diese strenge Vorgaben, die Sie formulieren, dass alle Therapeutinnen und Therapeuten in Weiterbildung unterstützt werden müssten, also alle und zwar alle nach den selben Ansätzen. Sie würden uns keine Differenzierungen mehr ermöglichen, so wie wir die heute auch beispielsweise im Bereich der ärztlichen Weiterbildung haben. Da gibt es unterschiedliche Ansätze, weil die jeweiligen Institutionen und und Weiterbildungssettings auch tatsächlich nicht gleich kostenintensiv sind, und wir brauchen diese Differenzierungsmöglichkeit und diese Steuerungsmöglichkeit und hätten Mühe im Korsett Ihrer Motion das sinnvoll umzusetzen. Deshalb möchten wir Ihnen den Antrag stellen, das als Anzug weiter zu bearbeiten. Wir sind gewillt, das zu tun und wir können Ihnen auch in Aussicht stellen, dass wir Ihnen zu diesen Themen wieder berichten werden, wie gesagt beispielsweise bei diesem Ratschlag zu den gemeinwirtschaftlichen Leistungen.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Als erste Fraktionssprecherin für die SP hat das Wort Amina Trevisan.

*Amina Trevisan (SP):* Stellen Sie sich vor, Eltern verlieren bei einem Verkehrsunfall ihr Kind. Die Trauer und der Schmerz sind nicht in Worte zu fassen. Eine psychotherapeutische Hilfe muss in solchen Situationen schnell gewährleistet sein, ist sie aber nicht. Ein Teenager ist mit dem Tod seines Vaters konfrontiert, der an Krebs gestorben ist. Der Jugendliche kommt mit dem unerwarteten Tod des Vaters nicht klar. Hilfe ist unabdingbar, aber gerade für Kinder und Jugendliche sind die Wartezeiten enorm lang, bis sie einen Psychotherapieplatz finden. Eine 18-jährige Frau ist mit ihrem Leben überfordert, weil sie und ihre Mutter jahrelang Opfer von häuslicher Gewalt waren. Auch sie braucht schnell Unterstützung, da sie als traumatisierte junge Frau ihren Alltag nicht mehr bewältigen kann. Und dann all die vulnerablen Menschen mit Migrations- und Fluchterfahrungen, die aufgrund von vielfältigen Barrieren keinen oder nur einen erschwerten Zugang zu einer psychotherapeutischen Behandlung finden.

Ich könnte viele weitere Beispiele aufzählen, aber das ist nicht nötig, weil Ihnen die Problematik bekannt ist. Die Frage, die sich heute stellt, lautet deshalb: Was ist uns die psychische Gesundheit wert? Denn letztlich geht es darum. Die gleichwertige Subventionierung der Weiterbildung von psychologischen und ärztlichen Psychotherapeut:innen ist eine Investition, die sich mehrfach lohnt. Mehr ausgebildete Psychotherapeut:innen können mehr psychisch Erkrankte und unterstützen. Es ist nicht nur schwer ambulante Psychotherapieplätze zu finden, sondern wir haben zudem zahlreiche psychotherapeutische Fachpersonen, die kurz vor der Pensionierung stehen. Die Subventionierung der Weiterbildung trägt dazu bei, den Fachkräftemangel in diesem Bereich zu bekämpfen, auch wenn damit die Versorgungsengpässe nicht komplett gelöst werden, so können diese verringert werden.

Fakt ist, zahlreiche Psychologieabsolvent:innen können sich die hohen Ausbildungskosten schlicht nicht leisten. Die Kosten im Umfang von ca. 60'000 Franken in Kombination mit dem langen Ausbildungsweg von mindestens neun Jahren und insbesondere bei Assistenzpsychologikernpsycholog:innen tiefen Lohn kann abschreckend wirken. Nicht alle verfügen über Ersparnisse oder bekommen eine finanzielle Unterstützung durch die Familie. Gleichzeitig sind immer weniger Psychologiestudierende bereit, Kredite oder Darlehen aufzunehmen, um mit Schulden ins Berufsleben zu starten, weshalb sie auf eine Psychotherapieweiterbildung verzichten. Absolvent:innen orientieren sich deshalb beruflich um. Dies führt auf lange Sicht zu einem deutlichen Mangel an psychotherapeutischem Nachwuchs. Ein Mangel an Psychotherapeut:innen führt aber langfristig zu erheblichen Kosten für Gesellschaft und Wirtschaft, da psychische Erkrankungen unbehandelt bleiben.

Eine psychotherapeutische Weiterbildung darf nicht nur für Privilegierten tragbar sein. Eine grössere soziale Diversität unter den Therapeut:innen ist wichtig. Je unterschiedlicher die Biografien sowie die soziale und ethnische Herkunft der Menschen in Weiterbildung sind, desto näher sind sie an den Lebensrealitäten der heterogenen Bevölkerungsgruppe, die sie therapieren.

Im Bericht steht, dass vor allem der Zugang zur Psychotherapie von höchst vulnerablen Menschen und von Opfern häuslicher Gewalt erhöht werden soll. Absolut richtig, ich kann das nur bestätigen. Auch anerkenne ich die bisher geleisteten Bemühungen des Gesundheitsdepartements. Auch ein Monitoring, wie im Bericht erwähnt, ist hilfreich. Und auch die vielfältigen Angebote und Präventionsprogramme, die im Kanton erfolgreich umgesetzt werden, sind wichtig und richtig.



Aber dies alles reicht nicht aus, um das Problem nachhaltig zu lösen. Die Subventionierung der Psychotherapieweiterbildung soll deshalb nicht als eine isolierte Massnahme verstanden werden, sondern es braucht einen Strauss an Massnahmen, wie es so schön heisst. Die vorliegende Motion bietet nicht eine allumfassende Lösung des ganzen Problems, aber sie ist ein wichtiger Bestandteil oder ein Baustein zur Verbesserung der psychotherapeutischen Versorgung.

Angesichts des Problems fehlender Psychotherapieplätze müssen wir zwingend dafür sorgen, den Beruf der psychologischen und ärztlichen Psychotherapeut:innen attraktiver zu machen. Die Subventionierung der Weiterbildungskosten ist ein Teil davon. Ich bitte Sie deshalb, diese Motion definitiv zu überweisen.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Sie beantragen die Weiterbearbeitung als Motion. Nächster Fraktionssprecher ist Oliver Bolliger.

*Oliver Bolliger (BastA):* Ich spreche für die Fraktion BastA und die Fraktion GRÜNE/jgb und ich spreche zur aktuellen Motion von Amina Trevisan zur Subventionierung der therapeutischen Weiterbildung und auch gerade noch zur nachfolgenden Motion von Beat Braun zur Erhöhung der ambulanten psychotherapeutischen Versorgung.

Beide Fraktionen sind der Meinung, dass beide Motionen dem Regierungsrat auch ein zweites Mal als Motion überwiesen werden sollen. Wie ich schon beim Anzug Mattmüller dargelegt habe, gibt es weiterhin noch sehr grosse Herausforderungen in der ambulanten Versorgung von Psychotherapien bei Kindern, Jugendlichen aber auch bei Erwachsenen. Deshalb sind die geforderten Massnahmen in den beiden Motionen berechtigt und wichtig.

Die Forderung, die Weiterbildung in der psychotherapeutischen Ausbildung für Psycholog:innen oder für angehende Psychiater:innen mittels Subventionen zu unterstützen, erleichtert die Zugänge zur Profession. Eine Therapieausbildung ist teuer und muss man sich leisten können, und somit hätte dieser Ansatz sicher eine Wirkung, auch wenn ich die Meinung teile, dass der Effekt nicht unmittelbar zu spüren sein wird. Aber es ist mit Bestimmtheit ein sehr guter Ansatz, in Zukunft mehr Diversität in der Profession der Psychotherapie zu erlangen.

Die Motion von Beat Braun fordert ein Konzept, um die psychotherapeutische Versorgung im stationären und ambulanten Bereich zu verbessern, also zu erhöhen. Ein uns allen bekanntes Problem, das wir als wichtig erachten und dies erachten wir auch als besonders wichtig und besonders für die Förderung von niederschweligen Zugängen zu Therapie- und Beratungsangeboten, beispielsweise auch bei der Jugendberatung, braucht es ein besonderes Augenmerk und da sehe ich vor allem dieses Konzept als wichtigen Bestandteil, wie auch das bereits erwähnte Monitoring. Es ist sicher auch hilfreich, um dieses geforderte Konzept umzusetzen.

Deshalb bitten wir Sie, beide Motionen als Motion dem Regierungsrat zu überweisen.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Nächster Fraktionssprecher ist Raoul Furlano.

*Raoul I. Furlano (LDP):* Ich kann mich im Namen der LDP sehr gerne den Ausführungen von Regierungsrat Lukas Engelberger anschliessen und Ihnen empfehlen, beide Motionen als Anzug zu überweisen. Argumente für das Überweisen als Anzug hat der Regierungsrat schon vorgebracht, es wird schon sehr viel gemacht.

Es sind zwei Sachen, die für mich als Liberaler wichtig sind – und ich hoffe, es ist ein Fehler in der Kreuztabelle bei der FDP, denn das ist alles andere als liberal, wenn man das als Motion überweisen will. Die ungerechte Bevorzugung eines Berufsstands. Wieso müssen wir jetzt für Psychotherapeut:innen die Weiterbildung staatlich finanzieren? Was machen wir mit den Physiotherapeut:innen? Was machen wir mit den Hebammen? Was machen wir mit den anderen Berufsgruppen? Ich denke auch an Handwerker. Dann fangen wir an, auch Weiterbildungen bei den Handwerkern staatlich subventionieren zu lassen? Ich weiss es nicht, das finde ich nicht liberal und finde ich auch nicht gut und darum kommt das für mich überhaupt nicht in Frage.

Ich rede als Vater von einem Sohn, der jetzt genau in so einer klinischen Ausbildung ist. Ich mache Sie darauf aufmerksam, dass wir gerade in Basel unzählige Möglichkeiten haben, Stipendien auch für solche Weiterbildungen einzuholen. Also da muss der Staat jetzt nicht wirklich eingreifen mit Geldern, die wir wirklich anders einsetzen sollten.

Dann kommt ein anderes Argument für mich noch in Frage, nämlich das der Ineffizienz. Jetzt haben wir gerade einen Mangel. Wie lange haben wir den Mangel? Das wissen wir nicht. Wenn wir die Anzahl Studierenden in Psychologie anschauen, dann haben wir einen Boom. Also das ist einfach so. Ich erwarte bald einmal sogar einen Numerus Clausis. Es ist fast schon grotesk, was ich jetzt da sage, aber ich weiss das auch aus eigener Sicht, mit einem wunderbaren Masterabschluss ist es nicht einfach gewesen, eine Stelle zu finden, und viel weniger in der finanziellen Unterstützung einer



Weiterbildung. Also man hat einen riesigen Kampf, überhaupt eine Stelle zu finden. Daran muss man arbeiten und nicht die Weiterbildung unterstützen. Denken Sie bitte an die Stipendien, weil ich weiss das aus eigener Erfahrung, weil ich auch über Stipendien manchmal habe entscheiden dürfen, dass es die wirklich gibt und die wirklich auch fest nicht gebraucht werden. Das ist eine Tatsache, glauben Sie mir, das ist so.

Und darum ist die LDP ganz klar für, wenn überhaupt, eine Überweisung als Anzug und wenn man es dann ganz abschreiben will, vertraue ich auch unserer Exekutive, dass im Gesundheitsdepartement gearbeitet wird. Als Anzug sind wir auch einverstanden, aber sicher nicht als Motion.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Es gibt eine Zwischenfrage von Amina Trevisan. Sie wird angenommen.

*Amina Trevisan (SP):* Ich möchte ungern Berufe gegeneinander ausspielen, aber eine Lehrperson, die zum Beispiel Germanistik studiert hat und dann Gymnasiallehrerin werden will, verfolgt eine Ausbildung, die auch staatlich finanziert wird. Wo ziehen Sie die Grenze?

*Raoul I. Furlano (LDP):* Das ist ja genau das, was ich Ihnen vorwerfe, dass Sie keine Grenzen ziehen und das ist das Problem. Wo ziehen wir die Grenzen? Ich weiss es eben auch nicht. Ich würde sie relativ straff ziehen.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Amina Trevisan beantragt die Überweisung als Motion. Wir stimmen darüber ab.

#### **Abstimmung**

JA heisst Weiterbehandlung als Anzug, NEIN heisst Weiterbehandlung als Motion.

#### **Ergebnis der Abstimmung**

**36 Ja, 53 Nein, 2 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0006379, 09.04.25 17:29:03]

#### **Der Grosse Rat beschliesst**

Weiterbehandlung als Motion und stillschweigende Überweisung an den den Regierungsrat

Frist 4 Jahre

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Sie haben sich für die Weiterbehandlung als Motion entschieden mit 53 gegen 36 Stimmen bei 2 Enthaltungen.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Gibt es einen Antrag auf Nichtüberweisung der Motion? Das scheint nicht der Fall zu sein. Somit haben Sie die Motion stillschweigend dem Regierungsrat überwiesen.

## **42. Motion Beat Braun und Konsorten betreffend Erhöhung der ambulanten psychotherapeutischen Versorgungsplätze, Stellungnahme des RR**

[09.04.25 17:29:35, 24.5303.02]

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen. Regierungsrat Lukas Engelberger wünscht das Wort.



*RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD:* Wir stellen fest, wir sind heute in einer eigentlichen Psychotherapiesession. Es geht weiter zum selben Thema und ich wiederhole mich, dessen bin ich mir bewusst. Der Regierungsrat anerkennt selbstverständlich die Herausforderungen und auch deren Dringlichkeit. Wir sind auch hier der Meinung, dass wir besser vorwärtskommen im Thema, wenn wir diesen Auftrag hier von Ihnen als Anzug entgegennehmen dürfen. Wir sind seit einiger Zeit intensiv im Gespräch seitens Gesundheitsdepartement mit Partnerdepartementen, also insbesondere JSD und ED, aber auch den Psychiatrien, sowohl der UPK wie auch den niedergelassenen, und dort hat sich gezeigt, dass besonders die vulnerablen Familien, insbesondere Kinder und Jugendliche bei der Suche nach Therapieplätzen vor grossen Herausforderungen stehen. Das hatten wir bereits in unserer Session heute und das kann ich auch an dieser Stelle unterstreichen, um diesen Herausforderungen gerecht zu werden, sind wir an der Arbeit. Ich kann hier wirklich verweisen auf das zuvor Gesagte, auch auf diese Arbeiten am Monitoring und an der Vernetzung, die wir unter dem Titel des Budgetpostulats Rechsteiner Ihnen schon beschreiben konnten.

Und deshalb sind wir der Auffassung, dass es nicht sinnvoll ist, jetzt in der Form der Motion noch einen weiteren Auftrag innerhalb eines Jahres formalisiert zu verabschieden, wo wir dann zusätzlich noch einmal berichten, sondern wir würden eher dann einen Bericht sehen in Form des Anzugs im Zusammenhang mit anderen Geschäften, die wir Ihnen dann zur Kenntnis bringen können.

Das wäre für uns zweckdienlicher und deshalb möchte ich beliebt machen, uns dieses Geschäft als Anzug zu überweisen.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Erster Fraktionssprecher ist Christian Moesch.

*Christian C. Moesch (FDP):* Die meisten von uns kennen die Zahlen, wir kennen die Herausforderung und wir wissen, die psychische Belastung in unserer Gesellschaft nimmt stetig zu, besonders bei Kindern und Jugendlichen. Zwischen 2012 und 2022 ist die Zahl der Patientinnen und Patienten in ambulanten Psychotherapien um 44 Prozent gestiegen, bei Kindern und Jugendlichen sogar um 76 Prozent. Das ist kein vorübergehendes Phänomen, sondern ein strukturelles Problem.

Der Regierungsrat anerkennt dieses Problem, das hat uns Regierungsrat Lukas Engelberger bereits gesagt. Er verweist dabei auf laufende Programme, Monitoringprojekte und Dialoge in Fachstellen. Das ist wichtig und das ist richtig, aber unseres Erachtens reicht es nicht, denn Menschen in akuten Krisen warten zu lange auf Hilfe. Besonders vulnerable Gruppen wie traumatisierte Betroffene häuslicher Gewalt fallen durch die Marschen. Lange Wartezeiten führen nicht nur zu individuellem Leid, sondern auch zu enormen gesellschaftlichen Folgekosten. Allein Gewalt in Partnerschaften verursacht schweizweit pro Jahr bis zu 287 Millionen Franken. Ein Teil dieser Kosten könnten mit einem besseren Versorgungsangebot vermieden werden.

Und ja, es gibt bereits Programme, doch sie gehen offensichtlich nicht weit genug. Was fehlt, ist ein konkreter koordinierter Ausbau der ambulanten Therapieplätze. Die Motion verlangt genau das, ein Konzept, das kurz- und langfristig mehr Kapazitäten schafft, mit Einbezug aller relevanten Akteure und innovativen Versorgungsformen wie digitalen oder hybriden Angeboten. Der Regierungsrat sagt, eine Erweiterung könne bestehende Prozesse beeinträchtigen. Da frage ich zurück: Was nützt am Ende mehr, eine zusätzliche Massnahme zur konkreten Verbesserung oder das weitere Zuwarten, während Menschen auf Hilfe warten.

Deshalb bitte ich Sie, geben wir dieser Motion die Zustimmung, nicht gegen den Regierungsrat, sondern gemeinsam mit ihm für eine Gesundheitsversorgung, die die Realität aufnimmt und für eine Gesellschaft, die hinschaut und handelt.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Nächste Fraktionssprecherin ist Amina Trevisan.

*Amina Trevisan (SP):* Ich kann mich meinem Vorredner nur anschliessen. Wer heute psychisch erkrankt ist, braucht Geduld. Es fehlen ambulante Psychotherapieplätze, es gibt eine Wartezeit von bis zu neun Monaten und nicht alle haben einen Zugang zur psychiatrischen und psychotherapeutischen Versorgung. Wir haben es mehrmals schon gehört, ich glaube heute in diesem Parlament anerkennen wir einfach die Notwendigkeit, zu handeln. Nicht, dass der Regierungsrat bis jetzt nicht genügend geleistet hätte, aber es braucht einfach noch mehr Effort.

Dabei gilt auch für die psychischen Erkrankungen. Je früher sie behandelt werden, desto besser die Heilungschancen. Zudem entstehen weniger gesellschaftliche Folgekosten, wenn Menschen mit psychischen Problemen einfacher und schneller Zugang zur Psychotherapie erhalten. Menschen fallen weniger aus ihrem Berufsleben heraus, müssen weniger IV beziehen. Kinder und Jugendliche können besser mit den Herausforderungen in der Schule, Berufslehre und Gymnasium umgehen und schliessen eher eine Ausbildung ab.



Ja, es braucht dringend Handlungsbedarf auf der politischen Ebene. Der Zugang zu psychotherapeutischen Leistungen muss deshalb vereinfacht werden und es gilt, eine angemessene Versorgung sicherzustellen. Die SP-Fraktion anerkennt gleichwohl alle bisherigen Bemühungen und laufenden Programme des Gesundheitsdepartements, um eine ausreichende psychotherapeutische Versorgung zu gewährleisten und dem Therapieplatzmangel entgegenzuwirken. Die laufenden Massnahmen sind wichtig und sollen weitergeführt werden. Die SP-Fraktion ist dennoch für die Zweitüberweisung der vorliegenden Motion Beat Braun. Es braucht zusätzlich ein Konzept, das konkret darlegt, wie die Zahl der ambulanten Therapieplätze kurz- und langfristig erhöht werden kann. Uns ist bewusst, die Frist von nur einem Jahr für die Erarbeitung eines Konzeptes kann eine Herausforderung sein, aber angesichts der Dringlichkeit, Lösungen für die mangelnden Psychotherapieplätze zu finden, erachten wir die Frist als einhaltbar. Um eine nachhaltige und gezielte Verbesserung der Situation zu erwirken, bitten wir sie deshalb um eine erneute und definitive Überweisung der vorliegenden Motion.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Christian Mösch und weitere beantragen die Überweisung als Motion. Wir kommen damit zur Abstimmung.

### Abstimmung

JA heisst Weiterbehandlung als Anzug, NEIN heisst Weiterbehandlung als Motion.

### Ergebnis der Abstimmung

**33 Ja, 57 Nein, 0 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0006382, 09.04.25 17:38:09]

**Der Grosse Rat beschliesst** Weiterbehandlung als Motion und stillschweigende Überweisung an den den Regierungsrat  
Frist 4 Jahre

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Sie haben sich mit 57 gegen 33 Stimmen für die Weiterbehandlung als Motion entschieden. Wenn ich es richtig sehe, wird auch hier kein Antrag auf Nichtüberweisung gestellt. Sie haben deshalb die Motion dem Regierungsrat stillschweigend überwiesen.

## 43. Interpellation Nr. 15 Jo Vergeat betreffend Beratungen ungewollte Schwangerschaften, Schreiben des RR

[09.04.25 17:38:33, 25.5100.01]

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Die Interpellantin hat Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

*Jo Vergeat (GRÜNE/jgb):* Ich sage es vorweg, ich bin teilweise zufrieden mit der Interpellationsantwort. Ich bin sehr froh, dass die Regierung anerkennt, dass die Sicherstellung von Schwangerschaftsabbrüchen und eines Beratungsangebot bei ungewollten Schwangerschaften gewährt werden muss. Es gibt kaum eine vulnerablere Situation als eine ungewollte Schwangerschaft, ich kann das aus eigener Erfahrung sagen, und die aktuelle Weltlage führt eher dazu, dass es wieder eine grössere Tabuisierung und Stigmatisierung von Schwangerschaftsabbrüchen gibt, und diese Stigmatisierung und Tabuisierung hat gravierende Folgen für die psychische Gesundheit und die Zugänglichkeit des Angebots. Umso mehr besorgen mich Medienberichterstattungen, die die Sicherstellung dieses Angebots in unserer Stadt in Frage stellen. Ich bin sehr froh um diese ausführlichen Antworten. Vieles davon ist für mich sehr klar, auch, dass man entsprechend mit Blick auf Datenschutz und die Anonymität keine gross ausgeführten Qualitätsstudien durchführen kann. Ich frage mich dennoch, wie



eine Qualitätssicherung in Zukunft gewährt werden kann, wie wir diese Qualität auch kontrollieren können, von der der Regierungsrat in seiner Antwort sehr überzeugt ist, weil, auch wenn man das Monitoring der sexuellen Gesundheit Schweiz anschaut, dann geht es dabei eigentlich nicht um eine Qualität der Beratungsstellen oder des Austausches, sondern es sind einfach quantitative Zahlen, die da erfasst werden und die geben auch keinen Rückschluss auf die einzelnen Beratungsstellen.

Ich selbst habe mit Erstaunen festgestellt, dass die Zahlen der Beratungen oder in Anspruch genommenen Beratungen im Kanton Basel-Stadt scheinbar sich diametral entwickeln zu den Zahlen im Rest der Schweiz, wo eine Zunahme ersichtlich ist laut dem Monitoring der sexuellen Gesundheit Schweiz, und ich frage mich hier insbesondere, ob man sich wirklich so sicher sein kann, dass das ein Zeichen für einen niederschweligen Zugang des Beratungsangebotes ist. Mittlerweile, vielleicht hat es darum auch so lange gedauert bis eine Antwort vorgelegt wurde, ist die Website ein bisschen angepasst. Es gibt nicht mehr mehrere Begriffe auf dem Unispital, somit hat sich die Interpellation ja schon mal gelohnt. Auf der anderen Seite ist es für mich ganz klar, dass wir diese Informationen zu Schwangerschaftsabbrüchen, zu Beratungen für bei einer ungewollten Schwangerschaft als Kanton so angehen müssen und so kommunizieren müssen, dass es eben auch zeigt, dass wir als Gesellschaft mit diesem Thema offen umgehen und es zugänglich machen. Ich habe auch festgestellt, dass es, soweit ich das verstanden habe, keine englische Version dieser Homepage gibt, oder ich habe das zumindest nicht gefunden im Vergleich zum Kanton Basel-Landschaft, wo man wirklich fast in allen Sprachen die Anlaufstelle und die Angaben dazu finden kann auf ihrer Hallo Baselland-Homepage, die ich sowieso sehr stark finde was die Niederschwelligkeit und Zugänglichkeit angeht.

Ich mache mir Sorgen, dass diese sinkenden Zahlen eigentlich eher ein Zeichen dafür sind, dass wir eben nicht genügend zugänglich und niederschwellig sind und dass wir diese Menschen nicht erreichen. Und es ist mir ein grosses Anliegen und ich habe den Regierungsrat auch so verstanden, dass man diese fast schon Euphorie, in der hier kommuniziert wird, dass die Behandlungen heruntergehen, dass der Regierungsrat das auch eng begleitet und vielleicht sich auch wirklich noch einmal mit dem Unispital auseinandersetzt, wie man da eine solche Klärung dieser sinkenden Zahlen durchführen kann.

Zuletzt zu den Stellenprozenten. In einem so vulnerablen Bereich muss man wirklich ein gutes Bewusstsein für die Gespräche und für das Vorgehen, die Prozesse haben. Ich finde es toll, gibt es Flexibilität im Team. Ich mache mir aber auch ein bisschen Sorgen, wer dann hier wirklich die Verantwortung für diesen Posten trägt und hier auch das Konzept so durchführt und ich hoffe in diesem Sinne, dass sich der Regierungsrat da auch weiterhin gut informiert und dabei bleibt und wir den Anschluss nicht verlieren und nicht am Schluss die basel-städtischen Personen lieber nach Basel-Landschaft oder nach Binningen gehen, weil da die Zugänglichkeit so niederschwellig und so toll umgesetzt wird.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Die Interpellantin ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

Auf der Besuchertribüne begrüsse ich nun die Alliance Française de Bâle. Herzlich willkommen bei uns im Rathaus, Sie werden im Anschluss noch eine Rathausführung geniessen. Herzlich willkommen bei uns.

#### **44. Interpellation Nr. 28 Christine Keller betreffend möglicher Interessenkonflikte hinsichtlich aktueller und neuer Tätigkeit der Direktoren von USB und UPK, Schreiben des RR**

[09.04.25 17:44:15, 25.5136.01]

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt, die Interpellantin hat nun Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

*Christine Keller (SP):* Ich habe ja nach potenziellen Interessenkonflikten gefragt, ohne jede Unterstellung an die real betroffenen Personen, auf höchster Ebene bei den Wechseln in den Spitälern Unispital und UBK. Ich danke für die Informationen, erkläre mich jetzt schon als teilweise zufrieden mit Tendenz zu nicht zufrieden, aber für das Protokoll teilweise zufrieden.

Der Regierungsrat verweist die Verantwortlichkeit an den Verwaltungsrat. Das mag mich nicht ganz zu befriedigen, denn der Regierungsrat hat ja schon im Rahmen der Eignerstrategie konkret 4.2 derselben eine Aufsichtsfunktion, gerade was eben Public Governance betrifft, zusammen mit dem Grossen Rat und dessen Aufsichtskommissionen. Es ist eigentlich selbstverständlich und soll wirklich nicht in Abrede gestellt werden, dass der scheidende Direktor des USB, Herr Werner



Kübler, sich nicht beteiligt an Entscheiden betreffend SWICA. Aber damit ist das hinsichtlich Compliance noch nicht wirklich sichergestellt. Wo ist eine Kontrolle?

Dann bin ich wirklich nicht zufrieden mit den Ausführungen zur Frage 5 betreffend den Regularien für vergleichbare Fälle potenzieller Interessenkonflikte. Hier wird festgehalten, dass die Public Corporate Governance-Richtlinien eben keine Regelungen zum Thema erhalten und dass daher subsidiär das OR gilt. Der Verweis ans OR stösst aber ins Leere, weil das OR ja lediglich legiferiert hat, dass ein Konkurrenzverbot gewisse Grenzen hat, aber eben keines vorsieht ohne ausdrückliche Abrede. Deswegen hilft es nicht viel zu sagen, dass subsidiär das OR gilt, gelten tun lediglich allgemeine Geheimhaltungspflichten. Und offenbar auch im Personalgesetz des Kantons – ich habe hier auch nach dem Kanton gefragt – fehlen Regelungen ausser eben der Verschwiegenheit. Also ist hier diesbezüglich nichts geregelt. Dennoch findet aber der Regierungsrat, es bestehe kein Handlungsbedarf. Somit bin ich mit diesem Teil der Antwort nicht zufrieden und vielleicht werden wir das Thema wieder einmal aufgreifen müssen.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Die Interpellantin ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

#### **45. Motion Beat K. Schaller und Konsorten betreffend keine Allmendgebühren bis zur vollständigen Erholung des Gewerbes nach der Coronakrise, Stellungnahme des RR**

[09.04.25 17:47:36, 20.5484.03]

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat beantragt, die Motion als erledigt abzuschreiben. Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum. Ich habe keine Wortmeldung eingetragen. Es wurde kein anderen Antrag gestellt.

**Der Grosse Rat beschliesst** stillschweigend,  
die Motion wird als erledigt abgeschrieben.

#### **46. Interpellation Nr. 157 Luca Urgese betreffend Schluss mit dem App-Wildwuchs im öffentlichen Verkehr!, Schreiben des RR**

[09.04.25 17:48:04, 25.5507.02]

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Der Interpellant hat nun Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

*Luca Urgese (FDP):* Das Ende der Lebensdauer von Basel und Regio wäre eine Chance, dass die BVB und die BLT und idealerweise auch andere Verkehrsbetriebe im Tarifverbund Nordwestschweiz sich zusammenschliessen und eine gemeinsame Fahrplan-App betreiben. Ich würde sagen, mit den bestehenden Apps sind alle Bedürfnisse der Fahrgäste zur Genüge abgedeckt und es ist nicht ersichtlich, weshalb jetzt die BVB noch einmal eine neue, eine separate Lösung braucht, um eben diese Bedürfnisse nochmals zu erfüllen.

Eine separate Lösung, die wir wir nachlesen können zudem eine All-in-One-Lösung sein soll, das heisst also sowohl der Fahrplan, also auch der Ticketverkauf sollen in einer App enthalten sein, währenddem sich die BLT dazu entschieden hat, das in zwei separaten Apps zu betreiben. Und es hat seinen Grund, wieso das in zwei Apps betrieben wird. Fasst man das in einer App zusammen, ist es technisch komplexer, das zusammenzufassen und damit auch deutlich teurer.

Wenn wir jetzt nachlesen, dass die BVB bis Ende 2024 eine Marktsondierung durchgeführt hat, dann hat sich aus dieser Sondierung, da bin ich sehr fest überzeugt davon, sicher nicht ergeben, dass die BVB unbedingt eine eigene App haben muss. Die Nutzer wollen einfach eine Fahrplan-App haben, aber wer genau der Absender ist, ist ihnen wahrscheinlich eher egal.

Warum also soll es jetzt diese eigene App geben? Ein Grund wird wohl sein, dass die BVB die Kosten relativ einfach abwälzen kann. Das wurde vom Regierungsrat auch ausgeführt. Es wird finanziert über die Einnahmen der Billett- und



Aboverkäufen, also von den Nutzerinnen und Nutzern, und weiter wird ausgeführt, dass das dann auch über die Abgeltung, also über Steuereinnahmen finanziert wird, sprich von uns allen. Und ich kann jetzt schon sagen, sollte das dann tatsächlich so sein, behalten wir uns als FDP vor, bei der Diskussion über die nächste Abgeltung einen entsprechenden Kürzungsantrag zu stellen.

Und dann – und das leuchtet mir aber schon eher ein – kommt diese ganze Frage der Provisionierung, also dass man da an den Provisionstopf, der dann vielleicht irgendwann in naher Zukunft entstehen wird, herankommen kann. Und ich bin überzeugt, es sollte doch möglich sein in unserer Region, dass man im Tarifverbund Nordwestschweiz eine gute gemeinsame Lösung finden kann, wo man sich in einer gemeinsamen App sicher auch auf die Verteilung dieser Provisionen einigen kann. Das ist sinnvoller als Alternative zur SBB-App, die hier ja genannt wird, die sozusagen ein Konkurrenzprodukt ist, wo über die Provisionen konkurriert wird. Es ist besser, wenn es eine App aus der Region gibt, die mit der SBB konkurriert. Aber je mehr regionale Apps wir haben, desto stärker ist die Marktposition der SBB-App.

Der Regierungsrat sagt, diese Idee, die die BVB hier im Kopf hat, ist ungünstig. Ich würde sogar weitergehen und sagen, das ist einfach nicht aus Nutzersicht gedacht, sondern rein aus lokalem Prestigedenken. Und das muss sich ändern. Ich habe hier eine klare Erwartung an die Basler Verkehrsbetriebe. Macht das gemeinsam mit der BLT.

Und nun stellt sich die Frage, ob ich zufrieden bin mit dieser Interpellationsbeantwortung. Ich muss sagen, das hängt jetzt davon ab, was die BVB in der Folge dann machen wird in der Kenntnis der Haltung des Regierungsrates, der das eben ungünstig findet. Insofern kann ich nicht zufrieden sein, solange ich nicht weiss, wie das herauskommt und bekenne mich deshalb als teilweise zufrieden.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Der Interpellant ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist es erledigt.

#### **47. Motion Daniel Albietz und Michael Hug betreffend Wiedereinführung des Gebietsprinzips im Bau- und Gastgewerbeinspektorat (BGI), Stellungnahme des RR**

[09.04.25 17:52:35, 24.5396.02]

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich nicht zulässig ist und beantragt ihm diese nicht zu überweisen.

*RR Esther Keller, Vorsteherin BVD:* Sie wissen alle, dass wir im Jahr 2022 eine personelle Krise im Bauinspektorat hatten. Das hat dazu geführt, dass die Dossiers sehr lange liegen blieben und wir haben damals mit Sofortmassnahmen reagiert. Wir haben uns selbstverständlich personell verstärkt, aber wir haben eben auch die bisher relativ starre Gebietszuteilung geöffnet mit dem Ziel, dass ein Dossier, das eingereicht wird, eben an den nächsten freien Bauinspektoren, an die nächste freie Bauinspektorin weitergegeben wird, so dass Sie beispielsweise nicht benachteiligt sind, wenn Sie in einem Quartier wohnen, wo eben aktuell sehr viel gebaut wird.

Diese Massnahmen haben Wirkung gezeigt. Wir konnten die Bugwelle mit älteren Dossiers abarbeiten und auch die Erfüllungsfrist hat sich erholt. Wir haben auch Justierungen vorgenommen. Also vielleicht vorab, es ist sowieso wichtig zu wissen, häufig herrschte die Meinung vor, dass ein Dossier dann von einem zum anderen Bauinspektor geht. Das ist natürlich nicht der Fall. Ab dem Moment, wo Sie ein Dossier einreichen, haben Sie dieselbe Bauinspektorin, denselben Bauinspektor. Jetzt gab es noch die Frage nach den Vorbesprechungen, also den Wunsch, dass auch bei den Vorbesprechungen dieselbe Person sich das Dossier anschaut. Auch da haben wir nachgebessert. Man kann jetzt über die Onlinebuchung Termine buchen und da auch Personenwünsche angeben.

Also Sie sehen, wir reagieren auch auf diese Inputs und wir werden weitere Justierungen vornehmen. Wir sind auch mit den Fachverbänden, mit dem SIA, mit dem BSA in Kontakt. Aber mit dieser Motion greifen Sie wirklich stark auch in die Freiheit des Regierungsrat ein, die Verwaltung zu organisieren, auch effizient zu organisieren, und deshalb stuft auch der zentrale Rechtsdienst diese Motion als unzulässig ein.

Ich möchte aber nicht so sehr formell argumentieren, sondern Ihnen eben sagen, dass wir das weiter beobachten, aber dass wir doch sehen, dass die Bugwelle abgearbeitet werden konnte, dass eine Effizienzsteigerung möglich ist, dass heute auch angesichts der vielen Teilzeitarbeitenden dieselbe Aufteilung wie früher wirklich einfach schwierig ist und deshalb bittet Sie der Regierungsrat, diese Motion nicht zu überweisen.



*Balz Herter, Grossratspräsident:* Erster Sprecher ist Daniel Albietz.

*Daniel Albietz (Mitte-EVP):* Ich kann es vorwegnehmen, mein Mitmotionär und ich beantragen Weiterbehandlung als Motion, und das ist wahrscheinlich darum befremdlich für die Regierung, weil sie ja findet, die Motion sei rechtlich nicht zulässig. Wir sehen das eben anders. Es geht um die alte Frage, ob die Motion hier das richtige Instrument ist oder ob eine Motion der reinen juristischen Lehre genügen muss oder ob es eben auch ein politisches Signal ist, und leider müssen wir aufgrund der Beantwortung diesen Antrag stellen auf Weiterbehandlung als Motion. Sie werden sich erinnern, wir hatten es schon mal von den Öffnungszeiten des BGI. Das war genau dieselbe Situation. Man sagte damals, das sei operativ, lassen Sie uns das selber machen, wir wissen wie es geht. Und wir haben die Motion zum zweiten Mal als Motion überwiesen, und es war dann einfach mal klar, dass hier etwas umzusetzen ist, was ein politischer Wille des Parlaments ist.

Also Mühe macht offenbar der operativen Charakter der Motion. Ich habe bei der Erstüberweisung gesagt, es gehe um einen Wink mit dem Zaunpfahl, der zum Zeitpunkt der Zweitüberweisung durchaus abgeschwächt werden darf, falls der Wink bis dann verstanden wurde. Wenn ich sehe, wie medial und auch jetzt wieder daran festgehalten wird, dass diese Aufhebung der Gebietszuteilung wirklich gut war oder dass man das so regeln müsste, dann sind wir eben dafür, dass heute nochmals ein deutliches Zeichen gesetzt werden muss wie bei den Öffnungszeiten. Ich denke auch, die Begründung der Unzulässigkeit war wohl ein Copy Paste aus jener Motionsbeantwortung.

Nun, solange sich ein Departement ziemlich beratungsresistent gibt – die Gebietszuteilung ist ja etwas abgeschwächt worden – und eine gewisse Schwerhörigkeit aufweist für die Anliegen seiner Kunden, muss Abs. 1 bis von § 42 der Geschäftsordnung leider extensiv ausgelegt werden und muss das Parlament manchmal das Skalpell auch für kleine Einschnitte anlegen. Mir wäre auch lieber, es wäre anders und dieses Inspektorat würde so funktionieren, wie man sich dies wünschen würde.

Es muss ja keine starre und unflexible Lösung sein mit dieser Gebietszuständigkeit, organisatorisch ist da viel möglich, beispielsweise eine Stellvertretungsregelung mit Haupt- und Ersatzzuständigkeit, die Rücksicht auf die aktuelle Belastungssituation nehmen kann. Aber die Gebietszuteilung ist eben auch wichtig. Ich erinnere daran, dass sie für Gebiete, in denen die gleichen Regeln nach Bau- und Planungsgesetz gelten, sinnvoll sein kann, nicht aber für Spezialvorschriften, für Bebauungspläne wie die Zonenordnung der Landgemeinden oder eben komplexe Bebauungspläne und andere Dinge, bei denen es keinen Sinn macht, dass sich eine nach oben offene Anzahl Bauinspektorinnen und Bauinspektoren in diese Dinge vertiefen.

Problematisch ist, es wurde erwähnt, dass Gesuchstellende bei Beratungen und Baubeglehen in der Regel nicht mehr auf denselben Bauinspektor respektive dieselbe Bauinspektorin treffen. So kommt es dem Vernehmen nach wiederholt vor, dass die beratende Person eine Aussage macht, das anschliessende Baubeglehen aber anders beurteilt wird. Das ist für die Bauherrschaft sehr ärgerlich und verursacht Mehrfachaufwand. Dass das jetzt erkannt wurde und hier Abhilfe geschaffen werden soll, hören wir gern, dennoch braucht es aus unserer Sicht diese Zweitüberweisung. Zudem wurde die Abschaffung der Gebietszuweisung offenbar ohne Vernehmlassung bei den mitwirkenden Behörden und bei den Branchenorganisationen beschlossen. Usanz wäre, dass sich die Betroffenen äussern können. Das hätte geholfen, unter Beachtung der verschiedenen Aspekte eine optimale Lösung zu finden.

Ich beantrage Zweitüberweisung als Motion.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Wir fahren morgen um 9 Uhr weiter mit Patrizia Bernasconi. Ich wünsche einen schönen Abend.

## **Schluss der 10. Sitzung**

17:59 Uhr



# Protokoll

der 11. Sitzung, Amtsjahr 2025 / 2026

Donnerstag, den 10. April 2025, um 9:00 Uhr

- Vorsitz:** *Balz Herter, Grossratspräsident*
- Protokoll:** *Beat Flury, I. Ratssekretär*  
*Sabine Canton, II. Ratssekretärin*  
*Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung*
- Abwesende:** *Tobias Christ (GLP), Raffaella Hanauer (GP), Beda Baumgartner (SP), Heidi Mück (BastA), Nicola Goepfert (BastA), Annina von Falkenstein (LDP).*

## Verhandlungsgegenstände:

- 47. Motion Daniel Albietz und Michael Hug betreffend Wiedereinführung des Gebietsprinzips im Bau- und Gastgewerbeinspektorat (BGI), Stellungnahme des RR ..... 2
- 48. Motion Brigitte Kühne und Konsorten betreffend Werkleitungsumlegungen/-bündelungen zugunsten von Bäumen, Stellungnahme des RR ..... 8
- 49. Anzug Ivo Balmer und Konsorten betreffend mehr Transparenz auf dem Grundstücksmarkt, Schreiben des RR ..... 10
- 50. Anzug Beat Leuthardt und Konsorten betreffend politische Plakatierung durch die APG, Schreiben des RR ..... 14
- 51. Anzug Michael Hug und Konsorten betreffend attraktivere Innenstadt in den Sommermonaten durch Sonnensegel, Schreiben des RR ..... 15
- 52. Interpellation Nr. 8 Daniel Seiler betreffend monatelanges Provisorium bei der Tramhaltestelle St. Jakob, Schreiben des RR ..... 17
- 53. Motion Tonja Zürcher und Konsorten betreffend Schulwegsicherheit rasch und konkret umsetzen, Stellungnahme des RR ..... 17
- 54. Motion Michael Hug und Konsorten betreffend 10-Minuten-Nachbarschaften für Basel, Stellungnahme des RR ..... 20
- 55. Budgetpostulat 2025 Olivier Battaglia betreffend Erziehungsdepartement, 290 Jugend, Familie und Sport, 347 Abschreibung Kleininvestitionen (Mobile Beleuchtung für Sportplätze im Kanton Basel-Stadt), Schreiben des RR ..... 24
- 56. Budgetpostulat 2025 Sasha Mazzotti betreffend Erziehungsdepartement, 265 Leitung Mittelschulen und Berufsbildung, 30 Personalaufwand (Pilotprojekt Schulsozialarbeit an der Fachmaturitätsschule (FMS), Schreiben des RR ..... 25
- 57. Motion Oliver Thommen und Sandra Bothe betreffend Messenger Dienst für die Basler Volksschulen, Stellungnahme des RR ..... 26
- 58. Motion Laurin Hoppler und Konsorten betreffend gezielte Unterstützungsmassnahmen für Junge Lehrpersonen während des Studiums, Stellungnahme des RR ..... 30
- 59. Motion Joël Thuring betreffend Ausbildungsobligatorium – zur Erhöhung der Abschlussquote im Kanton Basel-Stadt, Stellungnahme des RR ..... 32



## Beginn der 11. Sitzung

Donnerstag, 10. April 2025, 09:00 Uhr

### 47. Motion Daniel Albietz und Michael Hug betreffend Wiedereinführung des Gebietsprinzips im Bau- und Gastgewerbeinspektorat (BGI), Stellungnahme des RR

[10.04.25 09:00:11, 24.5396.02]

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Ich begrüsse Sie zur heutigen Sitzung und habe Ihnen vorerst folgende Mitteilung zu machen:

Hinweis auf einen Anlass der Kulturgruppe: Der erste Anlass der Kulturgruppe findet in der Fondation Beyeler neu am Donnerstag, 26. Juni, 18 Uhr 30 und nicht wie ursprünglich kommuniziert am 14. Mai statt. Anmelden für den Anlass können Sie sich bei Joël Thüring.

Erste Grossratspräsidentin: Vielleicht haben Sie sie übersehen, aber auf den letzten Stufen zum Grossratsaal in der Eingangshalle sind Sie vorher am Bronzeporträt von Gertrud Spiess vorbeigelaufen. Heute vor 50 Jahren, am 10. April 1975, hat der Grosse Rat sie zur ersten Grossratspräsidentin gewählt. Gertrud Spiess wurde damit auch die erste Präsidentin eines Deutschschweizer Kantonsparlaments. Die Gymnasiallehrerin und CVP-Vertreterin gehörte 1968 zu den ersten Frauen, die in den Grossen Rat einziehen konnten, und im Jahr ihres Grossratspräsidiums 1975 wurde Gertrud Spiess dann auch zur ersten Basler Nationalrätin gewählt. Werfen Sie beim Verlassen des Rathauses doch wieder einmal einen Blick auf die Pionierin der Basler Politik. Sie ist bis heute die einzige Politikerin, die in der reichen Bilderwelt des Rathauses Sichtbarkeit erhalten hat. Die Büste schmückt die Eingangshalle seit 2018 zum Anlass 50 Jahre Frauen im Basler Parlament. Beim Eingang liegen die Broschüren dazu auf.

Dies waren meine Mitteilungen (*Applaus*). Wir fahren fort mit Traktandum 47. Herr Gmür hat sich gestern noch gemeldet als Fraktionssprecher. Dann haben wir die Reihenfolge wieder genau so hergestellt, wie wir sie gestern verlassen haben.

Dann bitte ich nun die Patrizia Bernasconi als Fraktionssprecherin der BastA nach vorne.

*Patrizia Bernasconi (BastA):* In den letzten Jahren stand das Bau- und Gastgewerbeinspektorat immer wieder im Zentrum öffentlicher Diskussion und stand massiv unter Beschuss. Das BGI war im weitesten Sinn nicht erreichbar, die Pendenzenliste wuchs stetig und die Wartezeit auf eine Bearbeitung von Gesuchen nahm dramatisch zu. Der Grund dafür lag vor allem in der Tatsache, dass viele Stellen, aus welchen Gründen auch immer, im BGI vakant waren und dazu kam eine hohe Abwesenheitsquote aufgrund von Krankheit. Die Situation im BGI war also alles andere als zufriedenstellend.

Im Jahr 2022 hörten wir von Seiten der Regierung immer wieder beschönigende Aussagen über sogenannte Engpässe, doch in Realität sah es anders aus. Es ging schlichtweg nichts mehr voran. In der Folge berichteten sowohl die Geschäftsprüfungskommission als auch die Finanzkommission über die schwierige Lage und die damit verbundenen Probleme. Doch im Laufe des Jahres 2023 zeigte sich ein Wendepunkt. Die Situation begann sich allmählich zu beruhigen und stabilisieren. Neue Stellen wurden geschaffen, vakante Positionen wurden besetzt und ein neues System zur Bearbeitung der Gesuche wurde eingeführt. Das haben wir gestern auch von Regierungsrätin Esther Keller gehört. Diese Massnahmen führten dazu, dass die Pendenzenliste allmählich abgebaut werden konnte. Doch auch wenn sich die Lage verbessert hat, kann es sein, dass es noch immer nicht perfekt ist.

Trotzdem erkennen wir die neuen Ansätze der Regierungsrat als sinnvoll an. Das neue System ist effizienter, es ermöglicht den Bauinspektor:innen ein umfassendes Wissen über die gesamte Stadt zu erlangen. Stellvertretungen sind nun einfacher möglich, die Wartezeiten werden verkürzt. Wenn das Problem aber darin besteht, dass den Bauherrschaften, je nach Quartier, Ansprechpartner:innen fehlen, sollte eine Lösung in dieser Richtung gefunden werden, anstatt das gesamte System in Frage zu stellen. Es ist wichtig, dass wir nicht das Kind mit dem Bade ausschütten. Die neue Praxis bietet durchaus Potenzial, wenn wir gezielt an noch bestehenden Schwachstellen arbeiten. Und das hat Regierungsrätin Esther Keller in Aussicht gestellt, beziehungsweise sie ist schon daran, wie sie gestern erwähnt hat.

Deshalb stimmen wir dem Antrag des Regierungsrats zu. Wir sind der Überzeugung, dass diese Änderungen eine positive Entwicklung darstellen und der weiteren Verbesserung des BGI dienen. Auf die Frage, ob die Motion rechtlich zulässig ist



oder nicht, gehe ich nicht ein, nicht weil ich mit dem Regierungsrat einverstanden bin, sondern weil die Frage über die Wirkung von Motionen auf das Funktionieren der Verwaltung immer noch nicht geklärt ist, und da haben wir ständigen Streit zwischen Regierungsrat und Grosse Rat. Aus diesem Grund gehe ich jetzt darauf nicht ein.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Nächster Fraktionssprecher ist Daniel Gmür für die SP.

*Daniel Gmür (SP):* Ich darf Ihnen im Namen der SP-Fraktion die Überweisung als Motion nahelegen. Zuerst und ein weiteres Mal, wir haben es schon gehört, zur rechtlichen Zulässigkeit diese Motion: Ich werde mich kurz dazu äussern, auch wenn wir schon gehört haben, dass es immer wieder ein Problem ist.

Sie sehen mich zum ersten Mal hier vorne und wissen deswegen wahrscheinlich, dass das meine erste Legislatur ist und ich bin noch nicht so lange in diesem Rat und trotzdem jetzt bin ich schon an diesem Punkt angelangt, wo ich wirklich erstaunt bin, wie oft angeblich eine Motion in diesem Rat unzulässig ist und wie oft sie dann trotzdem überwiesen wird. Zugegebenermassen verlangt ja diese Motion einen Eingriff in die Verwaltungsorganisation. Ja, das ist so. Was die Motion aber hier im Ergebnis verlangt, ist zu vergleichen mit einer örtlichen Zuständigkeit in einer Verwaltungseinheit. Das mag die Verwaltungsjurist:innen im kleinräumigen Kanton Basel-Stadt vielleicht ein bisschen überraschen, aber schauen wir in grossräumigere Kantone, dann sehen wir da sehr oft eine Bezirkseinteilung in diversen Verwaltungseinheiten, und wieso dürfen wir das nicht per Motion in Basel-Stadt einführen?

Wenn ich mir anschau, wo die Zulässigkeit einer Motion wirklich Streitig ist und was hier manchmal die Lösungen sind, die präsentiert werden, dann komme ich zum Schluss, dass ich glaube, dass das Argument der rechtlichen Zulässigkeit doch sehr oft übereinstimmt mit dem Einverständnis zur Motion, inhaltlich selbst. Das sehen wir, wenn es kein Problem war, per Motion die Auslagerung einer Verwaltungseinheit in eine andere zu machen. Das haben wir zum Beispiel bei der Kriminalpolizei gesehen, das sehen wir auch, wenn wir zum Beispiel bei einzelnen Ratsmitgliedern sehen, dass sie bei ihren eigenen Motionen, zum Beispiel zu den Öffnungszeiten im BGI, wenn ich wörtlich zitieren darf, sagen: «Selbstverständlich darf der Grosse Rat hier übersteuern, der Grosse Rat-Gang bei jeder Tätigkeit der Verwaltung übersteuern.» Ein paar Jahre später steht der gleiche Ratskollege hier und sagt, dass wir zwar die Öffnungszeiten übersteuern dürfen, aber nicht örtliche Zuständigkeiten einführen.

Ich sehe das ein bisschen weniger absolut als dieser Ratskollege ähnlich, gehe aber davon aus, dass wir als Rat, der die Oberaufsicht über die Verwaltung hat, auf jeden Fall ab einem gewissen Punkt mit der stärksten Mittel, einer Motion, eingreifen dürfen. Nun jedenfalls scheint mir vor diesem Hintergrund und aus demokratiepolitischer Sicht klar, dass wir als Oberaufsicht in einer Funktion sind, in der wir dazu schauen müssen, dass wir im Zweifelsfall für die Zulässigkeit gesetzgeberischer Tätigkeit votieren.

Nun inhaltlich zur Motion: Der Leidensdruck ist gross, der Leidensdruck ist so gross, dass wir ein starkes Mittel wie zum Beispiel das Mittel der Motion wählen müssen. Ja, auch ich stelle in Frage, ob das Gebietsprinzip das Allerheilmittel ist. Was ich aber sehe, ist, dass der Regierungsrat sich weigert, hier eine Alternativlösung zu bringen. Hätten die Motionäre ein besseres Mittel wählen können? Ja, vielleicht. Hat der Regierungsrat uns ein besseres Mittel präsentiert? Nein, hat er nicht. In diesem Rat wurde Ihnen ja die im Mai 2024 publizierte Umfrage des Schweizerischen Ingenieur- und Architektenverein SIA Basel präsentiert, wo Sie gesehen haben, dass das BGI die Note ungenügend erhält. 89,1 Prozent der mindestens 160 Befragten haben explizit die Abschaffung des Gebietsprinzips als nicht zielführende Massnahme eingeschätzt.

Es ist nicht nur so, dass Anfragen beim BGI verzögert beantwortet werden. Ich habe Erfahrungsberichte bekommen, dass gewisse Anfragen gar nicht mehr beantwortet werden oder einfach pauschal auf das generelle Baubeglehen verwiesen wird. Mit dem gefallen Gebietsprinzip scheint sich irgendwie eine Verantwortungsdiffusion im BGI eingeschlichen zu haben. Die Dienstleistungsorientierung des BGI wurde dadurch massiv geschwächt. Da sich der Regierungsrat gegen eine Lösung zu wehren scheint, ist wie gesagt hier das Mittel der Motion mit einer konkreten Massnahme das einzig Gewinnbringende, um etwas in Bewegung zu bringen.

Da das Gebietsprinzip dann als Mittel eingeschätzt wurde, dessen Abschaffung eine Schwächung der Dienstleistungsorientierung gebracht hat, erscheint uns durchaus angebracht, dieses Mittel wieder einzuführen. Ich bin davon überzeugt, dass dieser Rat hier für Alternativvorschläge offen ist. Deswegen, Frau Regierungsrätin, ein Appell ganz persönlich von mir, wenn Sie bessere Lösungsvorschläge bringen, bin ich davon überzeugt, dass dieser Rat diese seriös prüfen will. Solange das nicht so ist, ist es halt das Gebietsprinzip.

Das regierungsrätlich angeführte Argument der Arbeitgeberattraktivität scheint mir jedenfalls in keinem Widerspruch zu sein zum Gebietsprinzip. Die Motion verlangt nicht, dass eine Einzelperson mit einem 100 Prozent Pensum für ein Gebiet zuständig sein muss, und wenn die Stellungnahme des Regierungsrats meint, Schwankungen können durch das Gebietsprinzip besser aufgefangen werden, möchte ich auch hier explizit auf die Motion verweisen, die explizit vorsieht, dass



es auch gebietsunabhängige Springer:innen geben soll. Was haben wir also hier? Die Wiedereinführung des Gebietsprinzips mit den gebietsunabhängigen Springer:innen, eine Win-Win-Situation.

In diesem Sinne lege ich Ihnen die Überweisung als Motion nahe.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Erster Einzelsprecher ist Daniel Hettich.

*Daniel Hettich (LDP):* Ja, die Situation im BVD ist leider noch nicht so gut, wie wir es gerne hätten, und man spürt keine Verbesserung. Auch aus meiner Riehener Sicht als Gemeinderat gehört diese Motion unbedingt überwiesen, um den Druck maximal zu erhöhen. Einige Lösungsansätze konnten zwar am Runden Tisch besprochen werden, leider folgte aber kein Versuch, die Anliegen und das Besprochene auch wirklich umzusetzen und etwas zu ändern. Das Fazit: Ein Runder Tisch nützt eigentlich nichts. Ja, man nahm eher das Gegenteil wahr. Von Zusammenarbeit kann leider nicht gesprochen werden. Die Schäden haben am Schluss die Bauherren, die die Baubewilligung erwarten, welche falsch beraten werden und unnötige Aufwände haben. Die Regierungsrätin hat zwar gestern von Besserung gesprochen und dass sich die Situation beruhige, aber ich bin mir da nicht so sicher, und ich kann das leider nicht bestätigen.

Vielleicht noch an das BVD: Wenn eine Baueingabe gemacht wurde, ist die Planung abgeschlossen und die Kosten sind entstanden. Die Verzinsung läuft und ja vermutlich auch auf dem Grundstück, und das bedingt auch, dass die Zeit möglichst kurz sein soll, bis die Bewilligung erteilt werden kann. Die Verzögerung der Projekte ergibt unmutige Bauherren, und das wollen wir doch eigentlich nicht. Und irgendwie ist vermischt, dass Bewilligungsverfahren eher in der Steinzeit als auf dem Weg in eine Digitalisierung, so wie wir es gerne hätten. Als Beispiel, wenn man Austauschpläne einsendet und nach sieben Wochen nichts hört, dann erhält man zur Antwort, man müsse die Pläne 1 kennen, dass man sie anschliessend den Ämtern zustellen kann, das brauche halt Zeit. Ein Angebot von den Bauherren, die Pläne digital abzugeben, wird nicht akzeptiert. Also zum Verstehen, man liefert Papier ab, das wird nachher eingescannt. Von Kundenfreundlichkeit kann ich da nicht reden. Man benimmt sich eher wie ein König, darum findet man die Motion logischerweise als rechtlich nicht zulässig. Wer hat es schon gerne, wenn einer am Thron rüttelt.

Auch ich bin schlussendlich ist gespannt auf die Auswirkung der Digitalisierung, wie sie denn funktionieren sollte. Vermutlich geht das nach lange und ich bin gespannt und hoffe nun wirklich, dass sich etwas grundlegend ändert. Danke für die Überweisung als Motion.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Nächster Sprecher ist David Jenny.

*David Jenny (FDP):* Ich spreche eigentlich nur, weil ich gestern Oliver Bolliger gesagt habe, er handle nicht rechtsstaatlich mit seinem Anliegen, als er eine absolut unzulässige Motion rechtlich dann durchsetzen wollte.

Ich glaube, das müssen wir zugestehen, diese Motion ist sicherlich stark im Graubereich und ich habe letztes Jahr eine schriftliche Anfrage betreffend Unabhängigkeit des zentralen Rechtsdienstes insbesondere bei der Prüfung der rechtlichen Zulässigkeit von Motionen gestellt. Die wurde dann auch beantwortet und ich habe noch eine Replik geschrieben. Dort habe ich ein Organstreitverfahren vorgeschlagen, wo dann richterlich geklärt werden könnte durch unser Verfassungsgericht, ob da wirklich eine Motion zulässig ist oder nicht. Daran hat die Regierung keine Freude gehabt. Wenn wir ein Gesetz vorgeschlagen hätten, dann hätte die Regierung wahrscheinlich nicht sagen können, das sei richtig unzulässig, aber, es würde sehr lange dauern.

Jetzt wirken wir nicht auf den Einzelfall ein, aber wir greifen relativ tief in die Organisation einer Abteilung ein. Ich glaube, wie es jetzt rechtlich ist, kann die Regierung nachher sagen, der Grosse Rat hat überwiesen, das ist rechtswidrig, wir kümmern uns nicht darum. Ob das politisch klug ist, muss die Regierung selber beurteilen. Wir haben keine Sanktionsmöglichkeit. Insofern bleibt die Regierung frei. Sie kann dann in allen möglichen Berichten getadelt werden.

Ich hoffe aber, dass die Regierung hier wirklich Einsicht hat, denn dieses Amt ist ein Problemkind. Alle erzieherischen Massnahmen haben bis jetzt nicht viel gefruchtet. Die Regierung war in vielem sehr widerspenstig und unbelehrbar. Und ich glaube, darum ist es politisch ein zulässiges Zeichen, diese Motion als Motion zu überweisen, auch wenn sie sehr stark in der Grauzone ist. Wir greifen nicht in den Einzelfall ein. Wir verletzen auch keine Rechtspositionen Dritter, und daher kann ich mit gutem Gewissen hier einer Überweisung als Motion zustimmen, mit dem Wissen, dass wir die Regierung wahrscheinlich hier nicht rechtlich binden können und es auch keine gerichtliche Möglichkeit gibt zu klären, wer da rechtlich wirklich recht hat. Und in diesem Sinne bitte ich Sie als erzieherische Massnahme, diese Motion zu überweisen.



*Balz Herter, Grossratspräsident:* Nächster Sprecher ist Bruno Lötscher-Steiger.

*Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP):* Ich wollte eigentlich nicht sprechen. Ich fühle mich jetzt aber doch genötigt, weil mein lieber Freund David Jenny und auch David Gmür vorher gesagt haben, diese Motion könne man überweisen, weil man ja mit dem Inhalt einverstanden sei. Sie haben es nicht so überspitzt gesagt. Ich muss Ihnen beiden sagen, ich bin sehr einverstanden mit dem Inhalt der Motion, ich bin aber dezidiert der Meinung, dass es eine Motion ist, die so nicht zulässig ist. Wir können nicht je nachdem ob es uns gefällt oder nicht, sagen, die Motion ist zulässig oder nicht, sondern wir selber sind auch als Oberaufsichtsbehörde an das gebunden, was wir als Recht gesetzt haben. Und wir haben nun mal die Motion definiert, wir haben den Anzug definiert, und hier wird klar in die Organisationsautonomie der Regierung eingegriffen. Aber wenn ich das noch so gerne hätte, auch wenn ich es genauso sehe wie David Jenny, hier muss gehandelt werden, und obwohl mein Fraktionskollege Daniel Albietz die Motion mitunterzeichnet hat, er weiss, dass ich das nur als Anzug unterstützen kann, weil wir uns selber bitte auch als Oberaufsichtsbehörde nicht als Übergesetzgeber verhandeln dürfen, sondern wir sind auch an unsere eigenen Regeln gebunden. Und hier ist es für mich klar, man hätte diese Motion mit dem gleichen Inhalt anders schreiben können, hätte das gleiche Ziel erreicht, aber so wie sie jetzt verfasst ist, kann man sie leider nur als Anzug überweisen.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Sie haben uns jetzt den Antrag gestellt, die Motion als Anzug zu überweisen.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Nächster Sprecher ist Michael Hug.

*Michael Hug (LDP):* Ich möchte nicht nochmals alles wiederholen, das wir gestern Abend und heute Morgen schon gehört haben zu diesem Thema, ich möchte aber beliebt machen, wie man Mitmotionär, diese Motions zur Erfüllung an die Regierung zu überweisen. Die restliche Würdigung war schon ein Thema bei der ersten Diskussion in diesem Rat und sie greift einen valablen Punkt auf, ist meines Erachtens jedoch nicht so zentral, weil dies nicht ein juristischer Druck sein sollte, sondern ein politischer. Ein politischer Druck, da über 70 Parlamentarier:innen die Motion bei der ersten Überweisungen unterstützt haben, über 70, und ein politischer Druck, weil die Verbände SIA und der BSA ganz klar waren in ihrer Aussage, dass hier eine Veränderung herbeigeführt werden muss.

Die Departementsvorsteherin hat gestern in ihrem Votum erklärt, dass sie immer im Austausch steht mit den Branchenverbänden und ich habe das auch gemacht. Ich wollte nicht in einem Blindflug diese Motion ein zweites Mal zur Erfüllung überweisen und habe gefragt: Ist es denn für euch zentral, dass wir weiter auf diesem Kurs bleiben oder reicht es entsprechend der Beantwortung, wenn wir davon absehen oder auf einen Anzug wechseln. Und mir wurde dann gesagt, dass es ganz entscheidend ist, auf diesem Kurs weiter zu bleiben. Darum bitte ich Sie, einfach als politisches Zeichen, die Motion zur Erfüllung zu überweisen.

Und vielleicht noch zur Aussage, die in der Rückmeldung in der Beantwortung der Regierung geäussert wurde, dass die Fristen durch die Änderung der Gebietszuständigkeit nun besser eingehalten werden. Das würde ich meinen, ist es nur zum Teil die ganze Wahrheit. Das wurde auch schon gestern gesagt. Wir sind das kritisch, weil wahrscheinlicher ist, dass dies auch auf das zusätzliche Personal zurückzuführen ist, was ja grundsätzlich positiv ist. Und auch traurigerweise ist auch der Rückgang der Baugesuche sicher auch mitentscheidend, dass der Stapel weniger gross ist.

Damit möchte ich abschliessen und noch einmal die Empfehlung auch von meiner Fraktion, der LDP, an Sie richten, diese Motion als Motion zur Erfüllung zu überweisen.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Es gibt eine Zwischenfrage von Johannes Sieber. Sie wird entgegengenommen.

*Johannes Sieber (GLP):* Sie haben erwähnt, dass Sie mit Architekten und Bauherren gesprochen haben in Bezug auf dieses BGI und ich wollte fragen, ob das die einzigen Anspruchsgruppen sind, die auf das BGI einwirken.

*Michael Hug (LDP):* Nein. Ich weiss nicht, was Sie genau mit einwirken meinen, aber sie sind sicherlich nicht die einzige Anspruchsgruppe, die in Wechselwirkung mit dem BGI steht. Aber die Planungsbehörden sind sicher die, die am meisten betroffen sind von diesem Prozess.



*Balz Herter, Grossratspräsident:* Für ein Einzelvotum gemeldet hat sich Daniel Albietz.

*Daniel Albietz (Mitte-EVP):* Nachdem jetzt aus meiner eigenen Fraktion noch Widerstand gegen die Motion gekommen ist, möchte ich doch noch, nicht eine juristische Diskussion weiterführen, sondern etwas klarstellen. Ich war ja in verschiedenen Rollen in der Politik tätig, einerseits zwölf Jahre in der Exekutive in Riehen und jetzt als Parlamentarier. Ich bin aber auch Jurist, das weiss man. Und hier möchte ich klarstellen, dass ich in diesem Hause in erster Linie Politiker bin und in zweiter Linie Jurist. Und ich musste selber Lernen von gewissen Hochschulansprüchen Abschied zu nehmen, damit politische Ziele klar formuliert werden können und es dann eben der Regierung überlassen ist, wie sie darauf reagiert. Es soll ein klarer Wille zum Ausdruck kommen. Wir haben dies diskutiert gestern bei dieser Rahmenausgabebewilligung, ist das das richtige Instrument, ist es die richtige Vorgehensweise. Die Regierung ist immer frei, nach der zweiten Überweisung einer Motion eine Lösung vorzuschlagen, die rechtlich korrekt ist.

Es ist auch überhöht zu erwarten, dass ein Parlamentarier in allen Gesetzestexten zu Hause ist und dann die juristisch ausgewogene Lösung bringt. Vorstösse sind keine Rechtsschriften, sondern äussern einen politischen Willen. Und sie müssen formaljuristisch nicht immer der reinen Lehre genügen. Das sage ich nach vier Jahren Grossrat, ich habe dazu gelernt und bin pragmatisch geworden. Das ist ab und zu ein Schmerz wahrscheinlich für die Rechtsabteilungen dieses Kantons, aber damit kann ich leben.

Und was das BG betrifft, habe ich tatsächlich ein politisches Ziel und das wird hier drin von vielen Leuten geteilt, nämlich Effizienz, Kundenfreundlichkeit und Augenmass ins BGI zurückzubringen und den grassierenden Formalismus nach Möglichkeit zu beenden in absehbarer Zeit. Und wenn die Vorsteherin des BVD dies nicht hinreichend umsetzt, muss eben durch das Parlament mittels Feinjustierung nachgeholfen werden. Mir wäre es auch lieber, es würde von Seiten der Vorsteherin gehandelt, aber es braucht offenbar ab und zu Remedur durch das Parlament.

Indirekt wird zudem in der Motionsbeantwortung behauptet, die Aufhebung des Gebietsprinzips habe zu einem Abbau des Pendenzenbergs geführt. Das wird zumindest angedeutet. Mit Verlaub, das ist Schönfärberei. Der Abbau geschah vor allem wegen eines massiven Rückgangs der Baugesuche aufgrund eines Rückgangs der Bautätigkeit in diesem Kanton aus bekannten Gründen.

Das BGI hat früher einmal während Jahren sehr gut funktioniert und das soll wieder so werden. Darum bitte ich Sie, die Motion als Motion zu überweisen.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Es gibt eine Zwischenfrage von Andrea Knellwolf. Sie wird entgegengenommen.

*Andrea Elisabeth Knellwolf (Mitte-EVP):* Ich will Daniel Albietz gar nicht widersprechen, sondern ihn nur um eine Ergänzung bitten. Effizienz, Kundenfreundlichkeit, man könnte doch vielleicht auch noch Rechtmässigkeit anfügen?

*Daniel Albietz (Mitte-EVP):* Das meinte ich mit dem grassierenden Formalismus und dem fehlenden Ermessen auf diesem Amt.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Die Rednerliste ist erschöpft. Das Schlusswort hat Regierungsrätin Esther Keller.

*RR Esther Keller, Vorsteherin BVD:* Vielleicht zuerst zur rechtlichen Zulässigkeit. Sie wissen, ich bin keine Juristin, aber es ist mir wirklich wichtig, das ist keine politische Einschätzung. Der zentrale Rechtsdienst beim Justiz- und Sicherheitsdepartement macht diese Einschätzung und es wird nicht abgeändert durch die Regierung, einfach dass ich das hier noch einmal klarstellen kann. Das ist keine politische Einschätzung und wir verstecken uns auch nicht hinter dieser Unzulässigkeitserklärung, im Gegenteil, wir wissen, dass eine Beurteilung als unzulässig meistens eher noch mehr Vehemenz zum Protest auslöst als das Gegenteil. Also glauben Sie mir, es wäre keine schlaue Art und Weise, das als Mittel zu nutzen.

Dann zum Inhalt: Ich bin sehr dankbar, dass Sie auch jetzt eben am Mikrophon auch im Zusammenhang mit der Frage, ob die Motion überhaupt zulässig ist, uns gewisse Freiheiten eingeräumt haben. Ich glaube, das ist sehr wichtig und eben der Punkt, weshalb der zentrale Rechtsdienst diese Motion auch als unzulässig eingeschätzt hat, weil sie eben zu tief in die Organisation eingreift. Wenn Sie uns da gewisse Freiheiten geben, möglicherweise eben auch als Überweisung als Anzug, dann werden wir das gerne anschauen. Und das ist mir auch wichtig, Daniel Gmür, das fand ich nicht ganz fair. Wir haben in unserem Schreiben angekündigt, dass wir uns das anschauen werden, evaluieren werden, aber es wäre nicht besonders



sorgfältig von mir, die Evaluation vorwegzunehmen und Ihnen schon heute eine Lösung zu präsentieren, bevor wir uns das angeschaut haben. Es steht zwei Mal im Bericht, dass wir das tun werden und das werden wir auch tun.

Daniel Albietz und David Jenny, ich bedaure sehr, dass Sie die Verbesserungen nicht mitbekommen haben. Wir haben eine lange Medienmitteilung, drei Seiten, gemeinsam mit den Fachverbänden vor wenigen Wochen verschickt mit wirklich verschiedenen Dingen, Massnahmen, die wir ergriffen haben, Verbesserung der Erfüllungsquote, Abbau der Bugwelle. Wir haben die Online-Terminbuchung eingeführt. Bis vor wenigen Wochen gingen die Dossiers seriell von Fachinstanz zu Fachinstanz, Dutzende Fachinstanzen. Natürlich geht das lange. Vor wenigen Wochen haben wir endlich einführen können, dass das jetzt parallel geschieht, diese Bearbeitung der Dossiers. Also wirklich, es geht einiges. Ich schicke Ihnen noch so gerne die gemeinsame Medienmitteilung mit den Fachverbänden nochmals zu.

Hier zu behaupten, dass sich nichts bewege, das ärgert mich. Ich nehme das wirklich sehr ernst. Wir sind da am Arbeiten. Ich sage nicht, es gibt nicht noch weiterhin Bedarf, wir bleiben dran, das verspreche ich Ihnen, aber es ist wirklich schon einiges gegangen.

Deshalb nochmals, ob als Anzug oder was auch immer mit dieser Motion geschieht, wir schauen uns das an. Ich bin froh, wenn Sie uns gewisse Freiheiten lassen, denn ich glaube, auch ohne juristischer Background leuchtet es ein, dass wir als Regierungsrat wirklich die Freiheit haben müssen, die Verwaltung so und auch effizient zu organisieren, wie wir das für richtig halten. Das ist die klassische Gewaltentrennung zwischen der Legislative und der Exekutive.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Wir schreiten zu den Abstimmungen. Bruno Lötscher beantragt Überweisung als Anzug, Daniel Albietz beantragt Überweisung als Motion. Daher kommen wir zu einer Eventualabstimmung.

#### **Abstimmung**

JA heisst Umwandlung in einen Anzug, NEIN heisst Weiterbehandlung als Motion

#### **Ergebnis der Abstimmung**

**21 Ja, 70 Nein, 2 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0006394, 10.04.25 09:31:38]

#### **Der Grosse Rat beschliesst**

Weiterbehandlung als Motion.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* 70 Personen sind für die Weiterbehandlung als Motion, 21 für den Anzug und es gibt zwei Enthaltungen.

Patrizia Bernasconi beantragt Nichtüberweisung der Motion. Deshalb kommen wir zur nächsten Abstimmung.

#### **Abstimmung**

JA heisst Überweisung als Motion, NEIN heisst Nichtüberweisung

#### **Ergebnis der Abstimmung**

**73 Ja, 15 Nein, 6 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0006396, 10.04.25 09:32:29]

#### **Der Grosse Rat beschliesst**

die Motion dem Regierungsrat zu überweisen

Frist: 1 Jahr



*Balz Herter, Grossratspräsident:* Sie haben sich mit 73 gegen 15 Stimmen bei sechs Enthaltungen für eine Überweisung der Motion entschieden.

#### **48. Motion Brigitte Kühne und Konsorten betreffend Werkleitungsumlegungen/-bündelungen zugunsten von Bäumen, Stellungnahme des RR**

[10.04.25 09:32:41, 24.5280.02]

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen. Die Motionäre verlangen die Umsetzung der Motion innerhalb eines Jahres. Regierungsrätin Esther Keller wünscht das Wort.

*RR Esther Keller, Vorsteherin BVD:* Hier kann ich es wirklich ganz kurz machen. Wir unterstützen die Stossrichtung der Motion selbstverständlich, auch uns ist es wirklich ein grosses Anliegen, dass wir im Zuge der Fernwärme das Potenzial auch für Begrünung nutzen können. Wir sind bereits daran, diese planerischen Grundlagen zu erarbeiten. Wir haben die ganze Aufteilung des Raumes im Boden mit Leitungen, Wurzelräumen reglementiert und nachjustiert im Oktober 2024. Jetzt geht es tatsächlich noch um die Frage, wie man Lösungen finanziert, die dann eben doch deutlich teurer sind als eine normale Lösung, wenn diese Lösung dann eben Grün ermöglicht. Und wir werden das sehr gerne machen. Wir halten aber die Frist, die hier in der Motion angegeben ist einfach etwas für sportlich, da hier gefordert wird, das innerhalb eines Jahres zu tun. Deshalb bittet Sie der Regierungsrat, das als Anzug zu überweisen. Aber inhaltlich mit der Stossrichtung sind wir absolut einverstanden.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Erste Fraktionssprecherin ist Nicole Strahm-Lavanchy.

*Nicole Strahm-Lavanchy (LDP):* In unserem begrenzten Kantonsgebiet übertrumpfen sich im Moment die diversen Forderungen und die unzähligen Partikularinteressen an unserem sehr begehrten Strassenraum. Die Ansprüche reichen nächstens für die ganze Nordwestschweiz. Grundsätzlich begrüssen wir alle das Bestreben, den öffentlichen Raum grüner und lebenswerter zu gestalten, gleichzeitig erachten wir diese Motion in ihrer jetzigen Form nicht nur als unnötig, sondern es ist auch hier wieder einmal mehr eine pauschale Priorisierung eines Teilbereichs.

In unserem Kanton haben sich bereits wesentliche Planungsinstrumente etabliert, die den Anforderungen einer modernen integrierten Stadtentwicklung Rechnung tragen. Es besteht also kein Bedarf, zusätzlich unnötige Forderungen zu erheben, die mehr Kosten als Fortschritt bringen. Alles andere hat Frau Regierungsrätin Esther Keller bereits gesagt und aus diesen Gründen plädiere ich im Namen der LDP dafür, diese Motion abzuschreiben.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Nächster Sprecher ist Béla Bartha.

*Béla Bartha (GRÜNE/jgb):* Ich habe jetzt gerade gehört von Nicole Strahm, dass sie das für unnötig hält. Ich möchte vielleicht noch ein bisschen einordnen, wo diese Motion eigentlich steht.

Es gibt eine Studie zum Stadtklima Basel aus dem Jahr 2018. Diese kommt zum Schluss, dass die Folgen der Klimaerwärmung vor allem im städtischen Umfeld massive Folgen auch für die Bevölkerungsgesundheit haben wird und bis in die Hälfte dieses Jahrhunderts zu einem der grössten Gesundheitsprobleme werden könnte, wenn wir nicht eben im Sinne der Verbesserung der Situation agieren. Zum Beispiel wissen wir aufgrund von Meteodaten heute schon, dass wir zum Teil schon in einem Jahr bis zu zehn Tropennächten in Riehen und Bettingen haben, wenn man aber in die Feldbergstrasse geht, müssen wir der Bevölkerung bis zu 40 Tropennächten zumuten und ihr den Schlaf rauben. Es ist sehr wohl alles zu tun und zwar schnell zu tun, dass wir hier zu einer besseren Entwicklung kommen.

Die Temperaturen sprechen also eine sehr klare Sprache und das aktuelle Stadtklimakonzept hält zugegebenermassen auch einige Antworten bereit, dieser beunruhigenden Entwicklung zu begegnen. Was aber an der Oberfläche für die Umsetzung



des Konzeptes für machbar erscheint, wird leider sehr häufig durch die Tatsachen, sprich Werkleitungen im Untergrund, wieder zunichtegemacht. Swisscom, IWB und das liebe Auto streiten um die Plätze über und unter dem Boden und sorgen für ständige Nutzungskonflikte, die scheinbar so gross sind, dass sich die Verantwortlichen häufig gegen griffige Massnahmen zur Linderung der städtischen Überhitzung entscheiden.

Mit der Stilllegung von Gasleitungen und dem Ausbau des Fernwärmenetzes hätten wir nun gute Instrumente in der Hand für mehr Platz, für Entsiegelung und für das Pflanzen von Bäumen zu sorgen. Auch die Regierung macht uns in ihrer Antwort absolut Mut, indem sie uns versichert, dass die Problematik erkannt ist und sie sehr gerne bereit ist, die Anliegen der Motion auch unter Beachtung von Nachhaltigkeitskriterien zu berücksichtigen. Sie verspricht sogar, dass sich auch bei anspruchsvollen Situationen geeignete Begrünungsmassnahmen realisieren lassen. Inwieweit sie damit Bäume meint, kann ich die Antwort nicht entnehmen. In der Antwort der Regierung wird auf ein Regelwerk verwiesen, das die Grundlage für Baumpflanzung in Zusammenhang mit Werkleitungen festlegt. Dieser Aussage folgt dann auch ein weiteres Versprechen, dass bereits bei zahlreichen Projekten im Zusammenhang mit dem Ausbau des Fernwärmenetzes vorgesehen ist, Werkleitungen umzulegen, um Bäume zu pflanzen und Flächen zu entsiegeln oder zu begrünen.

Dies hört sich natürlich alles sehr erfreulich an, bleibt aber bis dato nur ein Versprechen in der Zukunft und wir können davon nicht ableiten, dass dahinter auch der Wille steckt, diesen Projekten mehr Priorität einzuräumen. Dieser Zweifel wird wiederum von der Aussage genährt, dass der Regierungsrat künftig bei der Güterabwägung Umwelt- und Nachhaltigkeitskriterien stärker gewichten will. Hier werden wiederum erfreuliche Aktivitäten in Aussicht gestellt, die aber nicht im hier und jetzt, sondern in der Zukunft liegen. Und so steht es nun auch mit der Haltung der Regierung gegenüber dieser Motion. Eigentlich sind alle Instrumente da, alles steht bereit und man könnte konkrete Projektlisten und auch die Prioritäten und Kosten darlegen, aber eben, besser nicht gleich und nicht jetzt. Und so wünscht sich der Regierungsrat mehr Zeit und wir fragen uns einmal mehr, ja wann denn, wenn nicht jetzt.

Das Klima, will man den Zahlen Glauben schenken, scheint nicht abzuwarten und deshalb möchten die Grünen Basel-Stadt Sie bitten, diese Motion der Regierung hier und jetzt zu überweisen.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Es gibt eine Zwischenfrage von Daniel Seiler. Sie wird entgegengenommen.

*Daniel Seiler (FDP):* Finden Sie es sinnvoll, wenn man eine Strasse wie die Wettsteinallee zehn Jahre nach der kompletten Umgestaltung jetzt wieder komplett aufreisst und wieder umgestaltet, im Sinne einer Ökobilanz?

*Béla Bartha (GRÜNE/jgb):* Es ist an sich sinnvoll. Wir investieren in die Zukunft und machen heute Pläne. Wir realisieren heute Pläne, die vor 40 Jahre auf dem Tisch gelegen sind.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Nächste Sprecherin ist Brigitte Kühne.

*Brigitte Kühne (GLP):* Ich danke dem Regierungsrat für die Beantwortung meiner Motion. Als erstes, entgegen der in der Motion geforderten Frist von einem Jahr beantrage ich, wie bei der Erstüberweisung schon erwähnt, eine Frist von vier Jahren anstatt von einem Jahr. Und ich darf hier im Namen der SP und der Grünliberalen argumentieren.

Wir Grünliberalen und die SP sind froh, dass der Regierungsrat die Problematik bereits erkannt hat und gerne bereit ist, das Anliegen der Motion auch unter Beachtung von Nachhaltigkeitskriterien zu berücksichtigen. Auch begrüssen wir die Inkraftsetzung der Regelung betreffende Raumaufteilung für die Realisierung unterirdischer Infrastrukturen und Begrünungen im öffentlichen Raum der Stadt und Kantonsstrassen Basel-Stadt per Oktober 2024, insbesondere die spezifischen Ergänzungen zur Thematik Baumpflanzungen.

Lieber Regierungsrat und auch Gewerbeverband, die Motion ist weit davon entfernt zu fordern, dass der Bau von Leitungstunnels flächendeckend eingesetzt werden soll, wie der Regierungsrat in der Antwort erwähnt und eben der Gewerbeverband in seiner Mail. Dann wenn die Mehrkosten und Überlegungen zu Leitungstunnels transparent erläutert werden in Ratschlägen, die nach Überschreiten des Schwellenwertes ins Parlament kommen, ist es ja immer noch an der Politik zu entscheiden, ob die hohen Kosten für das zusätzliche Grün genau an diesem Ort sinnvoll sind oder nicht.

Weiter interessant ist die Argumentation des Regierungsrates zum Schluss seiner Antwort: «Der Regierungsrat möchte bei der Güterabwägung künftig Umwelt- respektive Nachhaltigkeitskriterien stärker Gewichten und die zugrunde liegende Methodik entsprechend anpassen.» Also genau das, was meine Motion fordert. Damit soll sowohl für die Projektierung als



auch für die politische Freigabe der Finanzmittel eine transparente Entscheidungsgrundlage zur Verfügung gestellt werden, ebenfalls genau das, was die die Motion fordert.

Aufgrund der Komplexität wird die Erarbeitung einer entsprechenden Methodik sowie der zugehörigen Entscheidungsprozesse voraussichtlich aber mehr als ein Jahr in Anspruch nehmen. Somit diesen Passus zusammengefasst: Der Regierungsrat von Basel-Stadt möchte exakt das gleiche umsetzen, was die Motion fordert. Sie brauchen einfach mehr Zeit. Und wie gesagt, kein Problem, vier Jahre anstatt ein Jahr, wie eingangs bereits beantragt. Überweisen wir also diese Motion ein zweites Mal als Motion.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Die Redner:innenliste ist erschöpft. Regierungsrätin Esther Keller verzichtet auf ein Votum. Béla Bartha und weiter beantragen die Überweisung als Motion. Wir kommen daher zu einer Eventualabstimmung.

### **Abstimmung**

JA heisst Weiterbehandlung als Anzug, NEIN heisst Weiterbehandlung als Motion

### **Ergebnis der Abstimmung**

**39 Ja, 52 Nein, 0 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0006398, 10.04.25 09:45:25]

### **Der Grosse Rat beschliesst**

Weiterbehandlung als Motion

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Sie haben sich für die Weiterbehandlung als Motion entschieden. Jetzt geht es um die Frist. Es wurden von der Motionärin anstatt eines Jahres vier Jahre gewünscht. Gibt es hierzu Wortmeldungen? Das scheint nicht der Fall zu sein. Deshalb kommen wir zur letzten Abstimmung. Nicole Strahm beantragt Nichtüberweisung. Wir stimmen auch hierüber ab.

### **Abstimmung**

JA heisst Überweisen, NEIN heisst Nichtüberweisen.

### **Ergebnis der Abstimmung**

**55 Ja, 36 Nein, 0 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0006400, 10.04.25 09:46:26]

### **Der Grosse Rat beschliesst**

die Motion dem Regierungsrat zu überweisen

Frist: 4 Jahre

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Sie haben sich mit 55 gegen 36 Stimmen dafür entschieden, die Motion mit einer Frist von vier Jahren zu überweisen. Das Geschäft ist erledigt.

## **49. Anzug Ivo Balmer und Konsorten betreffend mehr Transparenz auf dem Grundstücksmarkt, Schreiben des RR**

[10.04.25 09:46:39, 23.5027.02]



*Balz Herter, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Das Wort hat Regierungsrätin Esther Keller.

*RR Esther Keller, Vorsteherin BVD:* Wir bitten Sie, diesen Anzug abzuschreiben und zwar einfach, weil wir Sorge haben, dass das Ziel, das dieser Anzug verfolgt, nicht erreicht wird mit diesem Mittel.

Es geht hier darum, wie transparent man über die Preise im Immobilienmarkt, über Grundstücks- und Bodenpreise informiert, und wir haben da schon etliche Kennzahlen, die auch dazu dienen, die Entwicklungen zu verfolgen. Es gibt auch einen neuen Index, den wir seit August 2024 haben, nämlich den Bodenpreisindex, den wir jetzt veröffentlichen in Zusammenarbeit mit der Fachstelle Grundstücksbewertung respektive mit dem statistischen Amt. Das ist eine wichtige Kennzahl.

Wir befürchten einfach, dass eine noch detailliertere Transparenz über die Preise genau zum Gegenteil führt zu dem, was man sich wünscht, nämlich dass das eher preissteigernd ist. Tendenziell orientiert man sich ja, wenn man ein Objekt verkauft, lieber am Höchstpreis und nicht unbedingt am niedrigsten in der Nachbarschaft. Wir denken, dass das eher die Preise noch gegen oben befeuern könnte und wir sehen auch, dass in den gebrachten Beispielen in den Kantonen Jura und Genf, aber auch in Wien, die Preise nicht gesunken sind, im Gegenteil.

Deshalb hoffen wir, dass Sie hier diesen Anzug nicht nochmals überweisen. Ich denke, wir müssen das im Auge behalten. Es gibt andere Mechanismen, die einen grossen Einfluss haben darauf, und auch der Regierungsrat hat ein Interesse daran, dass sowohl der Preis für den Boden wie auch für Wohnungen eben erschwinglich bleibt, in einem gesunden Rahmen bleibt. Aber wir denken, dass das wirklich das falsche Mittel dazu ist.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Erste Fraktionssprecherin ist Patrizia Bernasconi für BastA.

*Patrizia Bernasconi (BastA):* Es ist wahr, dass die Immobilienpreise in Städten wie Genf, wo die Kosten von Immobilienkäufen öffentlich gemacht werden, gestiegen sind. Aber wie stark die Preise ohne diese Transparenz gestiegen wären, wissen wir nicht. Was wir jedoch wissen ist, dass Transparenz viele Vorteile hat, Vorteile, die leider vom Regierungsrat nicht erkannt werden. Und einige dieser Vorteile möchte ich Ihnen erläutern.

Erstens: Wenn Käufer:innen und Verkäufer:innen Zugang zu öffentlich zugänglichen Informationen über die Kaufpreise haben, entsteht mehr Wettbewerb unter den Verkäufer:innen. Das ist eigentlich ein Marktargument, das bei Ihnen doch ankommen müsste. Aber wenn mehr Wettbewerb entsteht unter den Verkäufer:innen, könnten die Preise für Käufer:innen niedriger werden und das ist auch für Mieter:innen von Vorteil. Verkäufer:innen sind gezwungen, ihre Immobilien zu Preisen anzubieten, die im Vergleich zu ähnlichen Objekten auf dem Markt fair sind.

Zweitens: Die Veröffentlichung von Kaufpreisinformationen hilft den Behörden und anderen Marktbeobachtern, den Immobilienmarkt zu überwachen. Sie können dann erkennen, wie sich die Preise entwickeln und bei Bedarf, wenn der wieder vorhanden ist, Massnahmen ergreifen und zu regulieren, dies zu Gunsten von allfälligen Käufer:innen und zugunsten von Mieter:innen.

Drittens: Transparenz hilft, Manipulationen und Spekulationen bei den Preisen zu verhindern. Wenn die Preise öffentlich einsehbar sind, wird es schwierig für einzelnen Gruppen, die Preise zu erhöhen, um mehr Profit zu machen. Das kommt allen zugute, sowohl den Käufer:innen als auch den Mieter:innen.

Viertens: Wenn die Kaufpreise öffentlich sind, schafft das Vertrauen. Käufer:innen wissen, dass sie faire Preise zahlen, auch Mieter:innen können sehen, ob die Immobilie zu einem überhöhten Preis gekauft wurde. Das sorgt für mehr Sicherheit und Fairness für alle.

Leider sieht der Regierungsrat diese Vorteile für alle nicht und die von Regierungsrätin Esther Keller vorgebrachten Massnahmen reichen uns nicht. Deshalb bitte ich Sie, diesen Anzug stehen zu lassen.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Nächster Sprecher ist Ivo Balmer für die SP.

*Ivo Balmer (SP):* Also auch die SP-Fraktion möchte diesen Anzug noch stehenlassen. Ich möchte auch ganz herzlich danken für die ausführliche Beantwortung dieses Anzugs, das finde ich schön. Dieses Anliegen wurde, das habe ich gespürt, aufgenommen in der Verwaltung.



Nun gibt es diese Diskussion, wie preisdämpfend diese Wirkung sein könnte. Patrizia Bernasconi hat ausgeführt, wie das auch anders beurteilt werden könnte. Der Regierungsrat und die Verwaltung kommen zu einem anderen Schluss, wobei ich da ja schon eindrücklich finde, dass der Regierungsrat ganz klar sagt, dass marktwirtschaftliche Mechanismen und die hohe Wohnraumnachfrage, Zinsentwicklungen usw. zu Bodenspekulation führen. Das sind die steigenden Preise. Diese Ansicht teile ich sehr und jetzt müssen wir uns quasi als Parlament und auch als Stadtgesellschaft überlegen, wie wir jetzt mit diesen Entwicklungen umgehen wollen. Und da gibt es den meiner Meinung nach immer noch, wie Patrizia Bernasconi gesagt hat, den absoluten Transparenzansatz, den ich nach wie vor inhaltlich teile. Die Regierung möchte nicht jetzt sofort zu dem schreiten.

Interessant ist, dass es eine gesetzliche Änderungspraxis geben könnte, es wird aufgezeigt, wie das stattfinden kann. Da müssen wir überlegen, wie wir weiter vorwärts schreiten möchten. Was ich aber gut finde, ist, dass wir jetzt einen staatlichen Bodenpreisindex haben. Das finde ich einen wichtigen Output dieses Anzugs. Und wenn ich die Antwort richtig gelesen habe, und das ist eigentlich mein Hauptgrund, weshalb der jetzt wirklich stehengelassen werden sollte, ist, dass man mit diesen Bodenrichtwerten eine alte Basler Praxis sei über 50 Jahren hat. Sie sind vorhanden, sie sind einfach nicht öffentlich zugänglich, bzw. nur insofern, dass man diese Richtwerte pro Grundstück gegen Bezahlung anfordern muss. Und jetzt gibt es die Fachstelle Grundstücksbewertung, die zurzeit überprüft – und dieses Wort macht mir schon auch Unbehagen -, dass man diese Bodenrichtwerte in Form einer Karte herausgeben möchte. Und deshalb ganz explizit: Ich hoffe, das wird überprüft und eine Umsetzung ist geplant, weil ich glaube, diese Umsetzung würde viele Teile dieses Anzuges aufnehmen und auch entsprechend das parlamentarische Bedürfnis würdigen, dass wir Transparenz wollen, mehr Transparenz wollen. Und das ist eine Frage an Regierungsrätin Esther Keller: Was haben wir da zu erwarten nach dieser Überprüfung? Ich gehe davon aus, wir erhalten eine Bodenrichtwertkarte für Basel-Stadt. Das wäre eine grosse Errungenschaft.

Und jetzt wenn ich mich wieder an die bürgerliche Parlamentarier:innen hier drin. Ich fände es wirklich schön, wenn wir jetzt diesen Anzug stehenlassen würden, bis wir diese Bodenrichtwertkarte haben. Und dann denke ich, sind wir wirklich gemeinschaftlich auch weitergekommen, dass wir für unseren Bodenmarkt, der wirklich verrückt spielt, etwas tun. Gestern haben wir über Instrumente gesprochen, wie man da auch noch anders agieren kann. Und das ist die Grundlage und deshalb, lassen wir doch diesen Anzug stehen und schauen, was die Grundstücksbewertungsstelle mit dieser Richtwertkarte macht. Ich möchte da einfach diesen Druck aufrechterhalten. Also das ist jetzt schon umzusetzen, weil wenn das nicht umgesetzt wird, dann muss ich sagen, ist dieser Anzug einfach ein bisschen dürftig in der Umsetzung bei der Verwaltung angekommen. Aber berichtet wurde gut, das möchte ich festhalten. Deshalb bitte ich, den Anzug nochmals stehenzulassen.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Nächster Fraktionsprecher ist Michael Hug.

*Michael Hug (LDP):* Die Fraktion der LDP ist gegen das Stehenlassen, nicht weil Transparenz schlecht wäre, sondern weil der Eingriff in die wirtschaftliche Privatsphäre der Bürgerinnen und Bürger nicht verhältnismässig ist. Die Publikation einzelner Transaktionspreise erlaubt Rückschlüsse auf die finanziellen Verhältnisse der Vertragsparteien. Ein solch tiefer Eingriff ist nur dann gerechtfertigt, wenn ein klarer Nutzen nachgewiesen ist. Doch genau dieser fehlt. Wie die Regierung richtig schreibt, orientiert sich denn auch der Verkäufer am höchsten Wert in der Gegend, daher wirkt diese Massnahmen auch noch preistreibend.

Der Regierungsrat hat überzeugend dargelegt, dass Kantone und Städte mit Preisoffenlegungen wie Genf, Jura oder auch Wien in Österreich keine dämpfende Wirkung auf die Bodenpreise verzeichnen, im Gegenteil, Einzelpreisveröffentlichungen können die Preisspirale gar noch antreiben, weil sich Verkäufer, wie schon erwähnt, tendenziell an den Höchstpreisen orientieren und weil tiefe Preise etwa bei Erbteilungen aus rechtlichen Gründen gar nicht veröffentlicht werden dürfen. Es entsteht ein verzerrtes Bild. Ohne Kontext wie Ausbaustandort oder Lagequalität sind die Zahlen ohnehin nur bedingt aussagekräftig.

Die heutige Praxis mit Bodenrichtwerten, Durchschnittswerten und Preisindizes sorgt bereits für Transparenz, ohne unverhältnismässig in die Privatsphäre einzugreifen. Ich verstehe das Anliegen nach mehr Transparenz gut, aber wir müssen darauf achten, dass wir dabei nicht über das Ziel hinausschiessen. Wenn eine Massnahme weder den gewünschten Effekt bringt noch verhältnismässig ist, dann sollten wir den Mut haben, sie auch einmal abzulehnen, gerade im Interesse einer faktenbasierten und rechtsstaatlich sauberen Politik.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Es gibt auch eine Zwischenfrage von Ivo Balmer. Sie wird entgegengenommen.

*Ivo Balmer (SP):* Unterstützen Sie das Anliegen einer Bodenrichtwertkarte pro Quartier?



*Michael Hug (LDP):* Ja, wenn es sinnhaft ist.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Nächste Sprecherin für die Fraktion GRÜNE/jgb ist Lea Wirz.

*Lea Wirz (GRÜNE/jgb):* Der vorliegende Anzug verfolgt ein klares Ziel, nämlich mehr Transparenz auf dem Grundstückmarkt. Wir alle wissen, die Preisentwicklung ist nicht nur in Basel-Stadt seit Jahren stark steigend. Das hat erhebliche Auswirkungen auf Wohnraum, die soziale Durchmischung, aber auch die Stadtentwicklung. Die Argumente des Regierungsrates gegen die Veröffentlichung von einzelnen Handänderungspreisen sind zwar grundsätzlich nachvollziehbar, man kann aber, wie wir schon gehört haben vorhin, auch zu anderen Schlüssen kommen. Und selbst wenn diese Transparenz nicht direkt preisdämpfend wird, schafft sie doch eine wichtige Grundlage für faktenbasierte politische Entscheidungen und kann dazu beitragen, Marktverzerrungen und Bodenspekulationen vorzubeugen.

Andere Kantone und Länder zeigen, dass eine datenschutzkonforme Veröffentlichung möglich ist und die heutigen Praxis in Basel-Stadt reicht dafür nicht aus. Der letztes Jahr erstmals veröffentlichte Bodenpreisindex geht schon in eine richtige Richtung. Nun scheint geprüft zu werden, ob eine Bodenrichtwertkarte öffentlich gemacht werden könnte.

Und deshalb möchte auch die Fraktion GRÜNE/jgb den Anzug stehenlassen, bis diese Prüfung abgeschlossen und bestenfalls umgesetzt wurde und die Regierung dem Grossen Rat berichten kann.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Nächster Fraktionsprecher für die SVP ist Lorenz Amiet.

*Lorenz Amiet (SVP):* Man wirft mir manchmal vor, ich sei ein zu rationaler Mensch, zu stark mit der linken Hirnhälfte unterwegs und ich muss zugeben, dass ich mich bei diesem Geschäft auch frage, ob das ein Me-Problem ist, dass ich das so rational sehr. Aber wenn man diese Geschichte rational anschaut, dann kommt man nicht umhin, der Logik der Regierung zu folgen, und ich bin froh, dass die Regierung offensichtlich hier auch rational unterwegs ist.

Lassen Sie mich das Ganze beispielhaft, zugegebenermassen ein bisschen vereinfacht darstellen. Ich nehme an, Kollege Ivo Balmer ist nicht im Immobilienhandel tätig. Ich bin es auch nicht. Deshalb ist das Beispiel rein fiktiv. Nehmen wir an, wir hätten zwei kleine Grundstücke nebeneinander, und wir wollen sie beide verkaufen. Ich wäre zufrieden mit 800'000 Franken und dann sehe ich, dass Ivo Balmer seines für eine Million verkauft hat. Sie haben ja nicht den Eindruck, dass ich da mit 800'000 noch zufrieden wäre. So philanthrop bin ich nicht unterwegs. Dann will ich auch ein Million, nein, ich will noch ein bisschen mehr, weil ich verkaufe meines später und wir haben eine Teuerung und wir haben Angebotsverknappung, seines ist ja schon weg. Angebotsverknappung bedeutet, die Preise steigen.

Ich hoffe, dass ich mit diesem ganz kleinen Beispiel zeigen konnte, was die Regierung hier lange und deutlich zum Ausdruck bringt. Mit dieser Idee wird man die Preise nach oben treiben und nicht senken. In diesem Sinne bitte ich Sie sehr, der Regierung zu folgen, dass Sie hier nicht etwas völlig Kontraproduktives stehenlassen.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Gabriel Nigon hat sich gemeldet als Einzelsprecher.

*Gabriel Nigon (LDP):* Ich weiss jetzt nicht, mit welcher Hirnhälfte ich vor Ihnen stehe, aber es gibt noch ein kleines Problem. Oft wird bei Grundstücksverkäufen oder -transaktionen der Preis aufgeteilt in einen Grundstückskaufspreis und in ein Werklohn. Also Sie kaufen ein Grundstück, darauf wird ein Haus erstellt. Sie bezahlen nur für das Land, das wird notariell verurkundet. Das andere kommt in dem Werkvertrag für das Erstellen der Bauten. Das ist nicht notariell verurkundet und erscheint nirgends. Also es gibt keine Transparenz bei solchen Geschäften und das ist oft der Fall.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Die Redner:innenliste ist erschöpft. Somit geht das Wort an Regierungsrätin Esther Keller.

*RR Esther Keller, Vorsteherin BVD:* Ich möchte nur noch kurz auf die Frage von Ivo Balmer reagieren oder auch die Frage, die mehrere aufgeworfen haben wegen dieser Ankündigung, dass die Fachstelle Grundstücksbewertung zurzeit die Herausgabe einer vereinfachten Bodenrichtwertkarte überprüft.



Wie gesagt, es geht ja auch darum, wie macht man das bezüglich Methodik, Frequenz usw. Wir sind da dran, aber ich kann das so beantworten: Wenn Sie den Anzug stehenlassen, würden wir das natürlich eher noch als Votum verstehen, das weiter auszuarbeiten und als Druck, das zu tun. Wir behalten uns die Überprüfung aber nach wie vor vor.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Wir kommen damit zur Abstimmung.

### Abstimmung

JA heisst Abschreiben gemäss Antrag Regierungsrat, NEIN heisst stehenlassen

### Ergebnis der Abstimmung

**45 Ja, 46 Nein, 1 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0006402, 10.04.25 10:05:17]

### Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug stehen zu lassen

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Sie haben sich mit 46 gegen 45 Stimmen bei einer Enthaltung dafür entschieden, den Anzug stehen zu lassen.

## 50. Anzug Beat Leuthardt und Konsorten betreffend politische Plakatierung durch die APG, Schreiben des RR

[10.04.25 10:05:32, 20.5451.03]

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Regierungsrätin Esther Keller verzichtet auf ein Votum. Patrizia Bernasconi hat sich als Fraktionssprecherin für die BastA gemeldet.

*Patrizia Bernasconi (BastA):* Dieser Anzug wurde zum ersten Mal stillschweigend überwiesen. Vor drei Jahren wurde er mit der ausdrücklichen Bitte an den Regierungsrat im Rahmen der Motion Pfister zu behandeln stehengelassen. Heute jedoch heisst es, der Regierungsrat würde die Anliegen des Anzugs im Rahmen dieser Motion weiterbearbeiten, weshalb der Anzug nun abgeschrieben werden soll.

Doch wenn die Angelegenheit im Rahmen der Motion Pfister weiterbehandelt wird, könnte der Anzug ganz einfach stehenbleiben. An dieser Stelle fehlt es an einer klaren Linie. Es ist vielmehr offensichtlich, dass der Regierungsrat sich dieser Forderung entledigen möchte.

Materiell geht es bei diesem Anzug nicht darum, so wie in der Motion Pfister, eine Mindestzahl von Parteien zu definieren, die an einer Abstimmungskampagne teilnehmen müssen, damit die APG eine spezielle Politikplakatierung zur Verfügung stellt. Es geht vielmehr um das Verhalten der APG gegenüber den Parteien, die beispielsweise in einigen Fällen dazu gezwungen werden, die Allmendverwaltung einzuschalten, um ihr Anliegen gemäss dem Merkblatt notabene durchzusetzen.

Die Zusammenarbeit der APG mit den Parteien hat sich oft als mühsam und bürokratisch herausgestellt. Häufig wird den Parteien von der APG signalisiert, dass die politische Plakatierung eher unangenehm ist, dass sie wenig gewinnbringend erscheint. Das kann und darf nicht so bleiben. Es geht hier um mehr als nur um eine Forderung nach einer faireren und transparenteren politischen Plakatierung. Es geht auch um den Wettbewerb. Wir müssen neue, faire, kreative Reformen finden, wie Plakatierungen organisiert werden können, ohne dass die APG eine nahezu monopolartige Stellung behält.

Ja, es ist richtig, die politische Plakatierung ist eine heikle Angelegenheit. Gerade deshalb ist es von besonderer Bedeutung, dass wir ein genaueres Auge auf das Verhalten der APG werfen. Der Regierungsrat trägt hier eine besondere



Verantwortung, insbesondere wenn er sich weigert, den Subventionsvertrag öffentlich zu machen. Dies ist eine Situation, die keinesfalls im Sinne einer gerechten und transparenten politischen Kommunikation sein sollte. Ein Mektblattersatz, kein Vertrag und auch kein Gesetz.

Ich bitte Sie daher, diesen Anzug nicht einfach abzuschreiben, sondern ihn weiterhin zu behandeln und dafür zu sorgen, dass die Anliegen, die letztlich alle Parteien betrifft, endlich ernstgenommen werden.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Als Fraktionssprecherin für die SP hat sich Julia Baumgartner gemeldet.

*Julia Baumgartner (SP):* Die SP-Fraktion ist für Abschreiben dieses Anzugs. Trotzdem ist es uns wichtig, nochmals zu betonen, dass bei der Erarbeitung einer neuen Konzession mit der APG die temporären Wahlständler, unabhängig von der Anzahl Abstimmungen und Sujets, zur Verfügung stehen sollten. Denn die so genannten Papillons geben Abstimmungsvorlagen die nötige Sichtbarkeit im öffentlichen Raum und das ist für eine funktionierende Demokratie von zentraler Bedeutung.

Zum Votum meiner Kollegin der BastA: Wir teilen die Haltung, dass die Zusammenarbeit mit der APG grundlegend verbessert werden muss und erwarten, dass dies bei der Umsetzung der Motion von Pascal Pfister und bei der Erarbeitung einer neuen Konzession berücksichtigt wird.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Regierungsrätin Esther Keller verzichtet auf ein Votum. Daher kommen wir direkt zur Abstimmung.

#### **Abstimmung**

JA heisst Abschreiben gemäss Antrag Regierungsrat, NEIN heisst stehenlassen gemäss Antrag Patricia Bernasconi

#### **Ergebnis der Abstimmung**

**72 Ja, 15 Nein, 2 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0006423, 10.04.25 10:10:26]

#### **Der Grosse Rat beschliesst**

den Anzug als erledigt abzuschreiben

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Sie haben den Anzug abgeschrieben mit 72 gegen 15 Stimmen bei 2 Enthaltungen.

### **51. Anzug Michael Hug und Konsorten betreffend attraktivere Innenstadt in den Sommermonaten durch Sonnensegel, Schreiben des RR**

[10.04.25 10:10:39, 23.5234.02]

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Regierungsrätin Esther Keller verzichtet auf ein Votum. Als erster Fraktionssprecher hat sich Jean-Luc Perret für die SP gemeldet.

*Jean-Luc Perret (SP):* Die SP-Fraktion beantragt, diesen Anzug stehen zu lassen und zwar weil wir von der Wirksamkeit von Sonnensegeln absolut überzeugt sind. Es wäre aus unserer Sicht nun ein Fehler, diesen schon beim ersten leisen Gegenwind die Segel zu strecken, wie man das so schön sagt, gerade in der Freien Strasse, die eine klare Hitzezone ist gemäss Stadtklimaanalyse.



Es ist ja auch nicht so, dass dort nie irgendetwas hängt, sei es die Weihnachtsbeleuchtung, Werbebanner, Kunstinstallationen, für fast alles findet sich offenbar eine Lösung. Da drängt sich doch das Gefühl auf, auch beim Hitzeschutz müsste eigentlich noch etwas herauszuholen sein.

Auch die Argumentation mit dem Sonnengang und dem praktisch ständig vorhandenen Gebäudeschatten überzeugt nicht. Die Hitze entsteht schliesslich nicht nur am Boden bei direkter Sonneneinstrahlung, sondern die ganze Strassenschlucht heizt sich auf. Und dagegen helfen in der Höhe angebrachte Segel auf jeden Fall. Wir möchten Sie also darum bitte, nochmals einen zweiten Anlauf zu nehmen, ob in der Freien Strasse oder auch an einem anderen heissen Ort.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Nächster Fraktionssprecher für die LDP ist Michael Hug.

*Michael Hug (LDP):* Zunächst möchte ich mich bedanken für die Arbeit der Verwaltung und der Regierung, die ja selbst auch geschrieben haben, dass sie dieses Ansinnen gut finden und ihm positiv gegenüberstehen und auch mit den Eigentümerschaften an den Freien Strassen gesprochen haben. Umso trauriger ist es, dass bei der Freien Strasse offenbar die Eigentümerschaften nicht bereit waren, hier Hand zu bieten, zumindest temporär diese Sonnensegel zu installieren. Im Winter ist es auch kein Problem mit der Weihnachtsbeleuchtung. Zudem wurde im Jahr 2008 in einer Installation während der Europameisterschaft auch ein solches Sonnensegeldach installiert. Offenbar gab es dort keine Probleme damit.

Es wäre eine schöne Gelegenheit gewesen, während der Grossevents, die wir jetzt in der Region Basel haben mit dem ESC und auch der Frauen EM, dies wieder zu machen. Dies scheint aber nicht möglich zu sein. Dennoch möchte ich im Namen der LDP-Fraktion Ihnen unterbreiten, diesen Vorstoss als Anzug weiter zu überweisen, weil er auch so formuliert ist, dass er sich nicht nur auf die Freie Strasse fokussiert, sondern generell auch den Raum und den Spielraum lässt, was auch die Regierung selbst schreibt, dass sie das möchte, bei Orten, wo es eine Möglichkeit gibt, solche Segel zu installieren.

Mittlerweile habe ich auch gesehen, dass wieder neue Vorstösse in der Pipeline sind, die ähnliches vorhaben, einfach mit einer Beschattung oder Begrünung. Darum fände ich es durchaus sinnvoll, wenn man diesen Vorstoss als Anzug weiterhin bei der Verwaltung lässt, damit sie auch einen Auftrag haben bei verschiedenen Umgestaltungen, die noch auf uns zukommen, dies zu überprüfen und möglicherweise solche Sonnensegel zu installieren.

Als letzte Bemerkung möchte ich noch sagen, dass ich einige Zuschriften erhalten habe von privaten Eigentümerschaften, die auch bei Strassenabschnitten sind, die noch saniert werden. und diese haben mir gesagt, sie wären sehr stark interessierter an, wenn mit der Verwaltung hier gemeinsam auch ein solches Werk realisiert werden könne. Und gerade deshalb ist es auch wichtig, beim Anzug zu bleiben.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Wir kommen zur Abstimmung.

### **Abstimmung**

JA heisst Abschreibung gemäss Regierungsrat, NEIN heisst stehenlassen

### **Ergebnis der Abstimmung**

**43 Ja, 47 Nein, 1 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0006425, 10.04.25 10:15:24]

### **Der Grosse Rat beschliesst**

den Anzug stehen zu lassen

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Sie haben sich für Stehenlassen entschieden mit 47 gegen 43 Stimmen bei einer Enthaltung.



## **52. Interpellation Nr. 8 Daniel Seiler betreffend monatelanges Provisorium bei der Tramhaltestelle St. Jakob, Schreiben des RR**

[10.04.25 10:15:40, 25.5035.02]

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Der Interpellant hat nun die Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

*Daniel Seiler (FDP):* Ich danke für die Antwort. Ich bin zum Teil zufrieden, teils weil ich jetzt verstehe, um was es eigentlich geht. Wir sprechen von diesem Tramstationsprovisorium, das jetzt seit über einem halben Jahr beim Sankt Jakob steht. Es geht offensichtlich um zwei Projekte, die Tramhaltestelle und das Projekt Werbe- und Informationsflächen. Beides war für Frühling 2026 geplant und wurde aufgrund der Womens Football Euro vorgezogen, was grundsätzlich ja eigentlich eine gute Sache ist, damit die Baustelle da nicht Beim St. Jakob ist.

Das Problem liegt jetzt wieder beim Bewilligungsverfahren für diese Werbetafeln, wie ich gemerkt habe. Dieses Bewilligungsverfahren konnte mit dieser Verschiebung nicht mithalten. Das heisst, aus diesem Grunde haben wir jetzt seit einem halben Jahr dieses Bauprovisorium, das nicht wirklich eine schöne Visitenkarte abgibt für die Stadt.

In der Antwort von Ende Februar wurde in Aussicht gestellt, dass ab März dieses Provisorium aufgehoben wird und dass die neuen Werbeflächen zur Verfügung stehen. Ich weiss nicht, ob sie heute hängen. Ich weiss das nicht, aber ich war vor zwei Tagen das letzte Mal da, da waren sie immer noch nicht da. Auch habe ich festgestellt, dass es im Frühling einen Ratschlag geben wird über eine digitale Lösung. Ich hoffe, dass das nicht der Frühling 2026 ist oder vielleicht hat die Regierungsrätin auch heute schon weitere Informationen. Sie hat noch keine weiteren Informationen. Dann danke ich für die Ausführungen.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Der Interpellant ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist somit erledigt.

## **53. Motion Tonja Zürcher und Konsorten betreffend Schulwegsicherheit rasch und konkret umsetzen, Stellungnahme des RR**

[10.04.25 10:18:08, 24.5465.02]

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen. Die Motionäre verlangen die Umsetzung der Motion innert vier Jahren. Das Wort hat Regierungsrätin Esther Keller.

*RR Esther Keller, Vorsteherin BVD:* Vielleicht kurz vorab, Daniel Seiler, es gibt, glaube ich formell gar keine Möglichkeit für mich zur Antwort auf ihre Beantwortung unserer Antwort. Auf alle Fälle wäre das etwas kompliziert geworden, aber wir können uns gerne nachher noch austauschen.

Nun zur Motion: Die Schulwegsicherheit ist natürlich nicht erst seit diesem jüngsten Ereignis etwas, das uns sehr sehr wichtig ist. Es gibt ein departementsübergreifendes Koordinationsgremium mit Lead im ED, die sogenannte KOGESSI. Da ist auch das Justiz- und Sicherheitsdepartement involviert und natürlich wir mit dem Amt für Mobilität. Und wir sind stetig daran, die Schulwege und generell natürlich die ganzen Verkehrswege in Basel-Stadt sicher zu machen.

Wir möchten hier diese Motion gerne als Anzüge überwiesen bekommen, weil es eben auch schon sehr viel gibt, was in dieser Richtung läuft. Ich kann hier auf einige Motionen verweisen, beispielsweise die Motion Aeneas Wanner bezüglich Durchsetzung von Geschwindigkeitsbegrenzungen im Bereich von Schulhäusern und Kindergärten, aber auch die Motion Moesch bezüglich Sicherheit rund um Kindergärten. Wir haben die Motion Fuhrer zum generell integralen Tempo 30 auf Kantonsboden und weitere Vorstösse, die sich um die Verkehrssicherheit kümmern. Auch diese KOGESSI nimmt weiterhin Anregungen entgegen. Wir haben Ihnen auch in der Beantwortung doch einige Massnahmen aufgelistet, die in jüngster Zeit passiert sind. Also wir bleiben da dran und ich glaube, es ist jetzt da eine Frist von zwei Jahren gesetzt, um zu fordern, dass alles umgesetzt wird. Man muss sich, glaube ich, auch bewusst sein, dass quasi alle Strassen in Basel-Stadt auf gewisse Weise Schulwege sind, weil wir haben ein sehr dichtes Netz an Kindergärten und an Schulhäusern, also tendenziell betrifft das potenziell fast alle Strassen in Basel-Stadt.



Deshalb bitten wir Sie, dass wir da dranbleiben dürfen und dies in Form eines Anzugs.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Erste Fraktionssprecherin für die BastA ist Tonja Zürcher.

*Tonja Zürcher (BastA):* Ein eigenständiger Schulweg ist entscheidend für die Kindheit. Nicht nur für die sozialen Kontakte, für die Freundschaften, die sich darauf entwickeln, sondern auch für die kognitive Entwicklung der Kinder, beispielsweise die räumliche Orientierung, die eben vor allem dann entwickelt wird, wenn die Kinder selbstständig unterwegs sind und nicht einfach den Eltern hinterher laufen oder noch schlimmer zur Schule gefahren werden. Und es ist auch so, dass bei einem sicheren Wohnumfeld, Schulumfeld die Kinder auch viel häufiger und länger draussen spielen. Gerade auch wenn wir die gesundheitliche und körperliche Entwicklung der Kinder anschauen, ist das sicher etwas, das sehr wichtig ist. Ja, und das ist auch nicht wirklich eine Neuigkeit, Kinder sind besonders gefährdet, sie sind klein, sie sehen nicht über Hindernisse und man sieht sie nicht, wenn sie hinter Hindernissen sind. Aber sie entwickeln beispielsweise auch erst ab etwa 10 Jahren ein Bewusstsein für Gefahren. Und erst ab etwa 12 Jahren können sie Geschwindigkeiten richtig einschätzen.

Das heisst, da können Sie noch so viel auf die Kinder einreden und Ihnen sagen, sie sollen vorsichtig sein, sie sollen aufpassen, sie können das nicht. Deshalb ist es entscheidend, dass die Infrastruktur sicher ist. Und ich denke, hier sind wir uns alle einig und ich bin auch sehr froh, dass das bei der Verwaltung und bei der Regierung eine hohe Priorität hat. Ich habe auch tatsächlich das Gefühl, dass sich hier ein bisschen etwas entwickelt, dass die Sicherheit höher gewichtet wird als auch schon. Trotzdem gibt es noch sehr viele unsichere Stellen und es muss hier einfach schneller vorwärtsgehen. Diese müssen schneller behoben werden. Auch wenn wir diese Motionen Moesch und Wanner anschauen, die doch schon eine Weile nicht vollständig umgesetzt sind, zeigt sich uns, dass hier eine etwas höhere Geschwindigkeit und eine höhere Priorisierung der Umsetzung wichtig ist.

Trotzdem bin ich bereit, die Frist auf vier Jahre zu verlängern für die Umsetzung. Das heisst aber nicht, dass jetzt die nächsten dreieinhalb Jahre einfach weitergemacht wird wie bisher und dann schnell ein Bericht geschrieben wird, sondern die Priorität der Sicherheit, insbesondere auf Schulwegen, muss sofort höher gewichtet werden und es muss entschlossen weitergemacht werden und mit einer höheren Geschwindigkeit. Denn hier ist auch wichtig, die Priorität entsprechend der Gefahrensituation gesetzt wird. Wenn also etwas gefährlicher ist, dann muss das stärker priorisiert werden, nicht erst in vier Jahren umgesetzt werden, sondern idealerweise schon in den nächsten Monaten.

Die Motion gilt nur teilweise als rechtlich zulässig. Ja, das ist natürlich klar, dass wir als Kantons- und Stadtparlament nicht auf den Gemeindestrassen von Bettingen und Riehen durchgreifen können. Ich hoffe einfach, dass diese Gemeinden selber auch dafür sorgen möchten, dass die Schulwege sicher sind. Aber klar, unsere Verwaltung muss es da umsetzen, wo sie zuständig ist.

Und für mich ist auch klar, dass das Thema Schulwegsicherheit auch noch Ablauf dieser vier Jahre nach Umsetzung dieser Motion nicht plötzlich weg ist. Es ist ein Dauerthema. Es muss immer wieder überprüft werden, wie sich es entwickelt. Es müssen auch Rückmeldungen von Eltern, Schulen und so weiter einbezogen werden. Also es ist klar, dass jetzt nicht einfach mit dieser Motion ein für allemal alles gut ist. Die Idee ist, dass wir wirklich jetzt so einen Boost hinbekommen, mit dem es schnell vorwärtsgeht, mit dem es schnell besser wird, dass wir alle in vier Jahren auf einem anderen Stand sind, den wir dann weiterentwickeln können.

Also ich danke Ihnen für die Überweisung als Motion mit der Umsetzungsfrist von vier Jahren.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Nächste Fraktionssprecherin ist Alexandra Dill.

*Alexandra Dill (SP):* Ich danke für das gute Votum meiner Vorrednerin, dem ich mich in jedem Wort gerne anschliessen kann. Der Regierungsrat sagt in der Motionsbeantwortung, die Schulwegsicherheit geniesse sehr hohe Aufmerksamkeit und diverse Massnahmen seien bereits in Planung. Und tatsächlich sehe ich das auch in meinem Alltag. Die Schulwegsicherheit ist stärker auf dem Radar bei diversen Beteiligten. Ich bekomme von unserer Schulleitung nun auch Infobriefe, wenn Baustellen auf dem Schulweg liegen und ich schätze das. Ich begrüsse auch die Liste in der Stellungnahme der Regierung, die zeigt, was schon gemacht wurde.

Ich lese in der Stellungnahme aber auch, dass in den nächsten Jahren weitere Herausforderungen auf uns zukommen, mit neuen Schulstandorten und reger Bautätigkeit und dass auch der Regierungsrats Optimierungspotenzial sieht und Möglichkeiten dafür in der Anpassung der Prozesse und Gremien ortet. Ja das denke ich mir auch. Die geschilderten Abläufe bei den Meldungen von Gefahrenstellen scheinen mir zu bürokratisch und langsam, das interdepartementale Gremium für die Schulwegsicherheit, das KOGESSI, könnte sich wohl rascher und pragmatischer abstimmen.



Darum möchte die SP-Fraktion ebenfalls an der Motion festhalten, damit wir diese wichtigen Themen eben tatsächlich rasch und konkret, wie der Titel der Motion das sagt, umsetzen, zumindest da, wo sie rechtlich zulässig ist und nicht gegen die Gemeindeautonomie von Riehen und Bettingen verstösst, und auch da schliesse ich mich der Hoffnung von Tonja Zürcher an.

Ich möchte mit Nachdruck betonen, dass die jüngeren Kinder keine Wahl haben, wo und ob sie in die Schule gehen. Sie haben keine Wahl, ob sie an dieser Art von Verkehr teilnehmen. Sie sind in diese Situation hineingeboren und haben sie nicht mitkreiert. Sie müssen mehr gesehen werden in ihren Bedürfnissen, rasch und konkret.

Wir verstehen, dass es Sinn macht, die Erfüllung der Motion gut mit anderen geplanten Projekten und den themenverwandten Motionen Wander und Moesch abzustimmen. Davor soll die Regierung genügend Zeit erhalten und wir stimmen daher auch der Fristverlängerung auf vier Jahre zu.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Nächster Fraktionssprecher ist Béla Bartha für die Fraktion GRÜNE/jgb.

*Béla Bartha (GRÜNE/jgb):* Nach dem, was ich gehört habe von Tonja Zürcher und Alexandra Dill, und auch gelesen habe in der Motion muss ich sagen, ja, die Regierung ist wirklich aktiv und sie macht etwas, das ist gut. Dann bin ich aber beim Vorbereiten über einen Text gestossen und zwar eben zur Motion von Tonja Zürcher zur Schulwegsicherheit. Und da hat der Gewerbeverband eine Stellungnahme dazu geschrieben und ich möchte schnell zitieren: «Durch die Einführung von Fahrverboten und neuen Verkehrsführungen wird die Erreichbarkeit von Kunden, Lieferanten oder Betriebsstätten erschwert. Dies verursacht dies verursacht für Unternehmen Verzögerungen im Betriebsablauf und erhöht die Betriebskosten.»

Für mich zeigt das exemplarisch, in welchem Spannungsfeld wir hier stehen. Das zeigt sich jetzt gerade in dieser Stellungnahme des Gewerbeverbands sehr unverblümt. Auf der einen Seite versucht man, den Verkehr so zu gestalten, dass die Kinder möglichst ohne Lebensgefahr von zu Hause in die Schule kommen und auf der anderen Seite wird die Befürchtung geäussert und damit auch die Forderung impliziert, dass diese Bestrebungen den Verkehrsfluss nicht stören sollen. Grösser könnte meiner Meinung der Gegensatz nicht sein.

Es ist eine Tatsache, dass seit einigen Jahren die meisten Menschen in der Schweiz in den Städten wohnen und daher es endlich Zeit wird, dass wir unser Mindset ändern und beginnen, Stadtentwicklung für die Bewohner der Städte an die Hand zu nehmen und uns die Lebensqualität in der Stadt nicht mehr von den Bedürfnissen des Verkehrs vorschreiben lassen. Ich weiss, wie hoch die Flughöhe dieser Bemerkung ist, aber es zeigt einfach, in welchen Kontrast wie hier stehen.

Die Grünen sehen die Dringlichkeit der Umsetzung, die in dieser Motion gefordert wird und anerkennen aber auch, dass es vielleicht mehr Zeit benötigt, diese zielgenau umzusetzen und unterstützt die Überweisung der Motion mit einer Verlängerung der Frist um vier Jahre.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Tonja Zürcher und weitere beantragen die Überweisung als Motion. Ein Antrag auf einen Anzug wurde von der Regierung gestellt. Wir kommen zur Eventualabstimmung.

### **Abstimmung**

JA heisst Weiterbehandlung als Anzug, NEIN heisst Weiterbehandlung als Motion.

### **Ergebnis der Abstimmung**

**39 Ja, 51 Nein, 0 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0006429, 10.04.25 10:30:30]

### **Der Grosse Rat beschliesst**

Weiterbehandlung als Motion und stillschweigende Überweisung der Motion an dem Regierungsrat. Frist: 4 Jahre



*Balz Herter, Grossratspräsident:* Sie haben sich mit 51 gegen 39 Stimmen für die Weiterbehandlung als Motion entschieden. Ein Antrag auf Nichtüberweisung wurde nicht gestellt. Sie haben die Motion deshalb dem Regierungsrat stillschweigend überwiesen.

#### **54. Motion Michael Hug und Konsorten betreffend 10-Minuten-Nachbarschaften für Basel, Stellungnahme des RR**

[10.04.25 10:30:49, 24.5463.02]

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese nicht zu überweisen. Die Motionäre verlangen eine Umsetzung der Motion innert 18 Monaten. Das Wort hat Regierungsrätin Esther Keller.

*RR Esther Keller, Vorsteherin BVD:* Es ist mir sehr wichtig, hier zu sagen, dass der Regierungsrat diese Motion nicht deshalb nicht überwiesen haben möchte, weil wir das Konzept nicht sinnvoll finden. Im Gegenteil, das Konzept stammt, glaube ich aus den Achtzigerjahren, also ist wirklich schon ordentlich alt. Früher hat man von der 15-Minuten-Stadt gesprochen. Ich glaube, gerade hier in Basel mit unserer Kleinräumigkeit ist klar, dass eben auch eine Zeit 10-Minuten-Stadt möglich ist und wir haben Ihnen die verschiedenen Instrumente, also die Situation in Basel-Stadt unter 2.3 im Schreiben auch etwas ausführlicher dargelegt. Also wir arbeiten heute schon intensiv darauf hin, dass eben möglichst kurze Wege entstehen zwischen Arbeiten, zwischen Freizeit und Wohnen, so dass wir eben den Verkehr auch in gewissen Grenzen halten können.

Aber in dieser Motion werden unseres Erachtens zu starre Vorgaben gewünscht. Man muss sich vorstellen, dass, wenn man dieses Konzept eng auslegen würde, wir entweder die Einwohnerzahl auf 400'000 Einwohner steigern müssten, um das richtige Verhältnis zu Arbeitsplätzen zu finden, also verdoppeln, oder wir müssten irgendwie die wirtschaftliche Entwicklung dieses Kantons bremsen, weil wir dann zu viele Arbeitsplätze haben im Vergleich zu Einwohnenden. Ich denke, man muss sich auch bewusst sein, dass Städte natürlich immer eine gewisse Arbeitsplatzkonzentration haben, sie haben eine Zentrumsfunktion, also dass das Verhältnis nicht ganz 2 zu 1 ist, ergibt sich auch aus diesem Umstand.

Wir werden weiter in diese Richtung arbeiten. Wir möchten diese 10-Minuten-Stadt anstreben, eben diese kurzen Wege, diese Verflechtung zwischen den verschiedenen Aktivitäten und wir werden uns auch noch mal den Quartieren annehmen, uns also überlegen, was die verschiedenen Quartiere brauchen, wie man sie stärken kann, dass diese eben verschiedene Möglichkeiten anbieten, eigentlich alles, was man so braucht zum Leben. Wir sind da bereits dran, wir werden auch berichten, und deshalb bitten wir Sie, diese Motion nicht zu überweisen.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Erste Fraktionssprecherin für die GRÜNEN/jgb ist Fina Girard.

*Fina Girard (GRÜNE/jgb):* Das St. Johann, wo ich zu Hause bin, ist eines dieser Quartiere, in denen die 10-Minuten-Nachbarschaft eigentlich schon heute Alltag ist, und das spüre ich im Guten. Und nicht nur das St. Johann, auch Quartiere wie das Matthäus oder das Gundeli haben eine hohe Dichte und gleichzeitig eine besonders hohe und vielfältige Lebensqualität.

Die Stadt der kurzen Wege ist bereits seit Jahrzehnten Ziel und Ideal einer nachhaltigen und lebenswerten Stadtentwicklung. Wir Grüne setzen uns seit Beginn unserer Parteiexistenz ein für ein besseres Verhältnis von bezahlbarem Wohnraum pro Arbeitsplatz, für kürzere Pendelwege und weniger Pendelverkehr, für eine starke Lokalwirtschaft, für begrünte und verkehrsberuhigte öffentliche Räume, schlicht für eine Nutzungsdurchmischung, wie es eine lebenswerte und vielfältige Stadt ausmacht.

Nun hat dieses Konzept von Professorin Sibylle Wälty einen neuen Namen erhalten und die LDP scheint nun gemeinsam mit den anderen bürgerlichen Parteien auch Gefallen daran zu finden, die 10-Minuten-Nachbarschaft. Wir haben die Motion Hug eingehend diskutiert in der Fraktion und wir unterstützen die Analyse, dass das heutige Verhältnis von fast eins zu eins kein gangbarer Weg ist und wir alle wissen um die raumplanerischen Ziele der Innenentwicklung und was sie bedeuten für ein Basel, das wächst.

Die Fraktion GRÜNE/jgb unterstützt deshalb im Grundsatz die Überweisung und Umwandlung in einen Anzug, auch wenn wir einige Vorbehalte gegenüber dem Konzept von Sibylle Welti hegen. Wir sind deshalb froh, betont auch die Regierung in



ihrer Antwort, dass das quantitativ basierte Rahmenwerk der 10-Minuten-Nachbarschaft zu starr und zu theoretisch ist und die Zahlenschlacht von Einwohnerzahlen und Arbeitsplätzen zu absurden Dimensionen führen kann. Verdichtung allein greift zu kurz. Zum Gestalten und Bewohnen von Stadt gehört mehr als das Verhältnis zwischen Wohn- und Arbeitsplätzen, mehr als quantitative Dichtungsmessungen.

Wir Grüne möchten deshalb dazu anhalten, den Wohnungsbau nicht dem zwei zu eins-Verhältnis dem Diktat des Wirtschaftswachstums zu unterstellen. Die Fläche unseres Stadtkantons ist begrenzt. Unsere Ressourcen sind es ebenso. Der Wachstumszwang der Wirtschaft steht auch hier wieder einmal quer zur Realität. Den dichten Quartieren fehlen in Basel bereits heute Grünflächen zu Kühlung und Erholung. Hier dürfen wir keine Abstriche zugunsten der Verdichtung machen. Es braucht also Augenmass und Verhältnismässigkeit und es braucht gleich lange Speise für alle, fürs dichte Matthäus genauso wie für das Bruderholz oder Neubad. Ein lebenswertes Zuhause in Basel soll für alle bezahlbar bleiben.

Und wenn Sibylle Wälty in den Medien von Wohntürmen spricht, dann bereitet uns das Sorgen. Hochhäuser sind weder flächeneffizient, noch sind sie nachhaltig, noch schaffen Sie günstigen Wohnraum. Die bezahlbaren Wohnungen finden sich im Bestand. Die dichten Quartiere zeichnen sich durch Blockrandbebauungen aus. Eine soziale und klimagerechte Stadtentwicklung setzt auf den Bestand und dazu gibt das Konzept der 10 Minutennachbarschaft noch viel zu wenig Antwort.

Denken wir also nicht nur an Dichte, denken wir an Wohnflächensuffizienz, denken wir daran, wie unsere Wirtschaft in Zukunft wachsen soll, denken wir an die grauen Emissionen von Neubauten, an die Stadt für alle. Und nutzen wir die Chancen dieser Motion, die raumplanerischen Instrumente darauf auszulegen, unsere Quartiere zu begrünen, Aufenthalts- und Begegnungsorte zu schaffen, unsere Strassen von Verkehr zu beruhigen und das lokale Gewerbe zu stärken. Die Fraktion GRÜNE/jgb bittet Sie daher, die vorliegende Motion als Anzug zu überweisen.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Nächster Fraktionssprecher für die SP ist Ismail Mahmoud.

*Ismail Mahmoud (SP):* Die SP-Fraktion hat hier ein Offen. Wir haben dieses Geschäft relativ breit diskutiert. Wir sehen die positiven Aspekte der 10 Minutennachbarschaft, aber es ist dennoch fraglich, ob dieses Konzept wirklich das richtige Instrument ist, der richtige Ansatz, um steigende Mieten und Gentrifizierung zu bekämpfen.

Zuerst einmal möchten wir anerkennen, dass die Regierung nicht untätig geblieben ist. In der Mobilitätsstrategie wurde festgehalten, dass die Stadt der kurzen Wege umgesetzt werden soll und wird. Es ist wichtig, dass die Wege kurz sind in den Nachbarschaften, in den Quartieren und das begrüssen wir sehr. Auch im Zonenplan ist festgehalten, dass es ein verdichtetes Potenzial gibt und die Stadtteilrichtpläne sind genau diese Art von Plänen, die wir sehr schätzen, denn dort wird auf die Realitäten des Quartiers eingegangen, es wird geschaut, was gebraucht wird und hier wäre eine 10-Minuten-Nachbarschaft wahrscheinlich zu starr, wie es die Regierung auch festgehalten hat.

An dieser Stelle kann ich mich meiner Vorrednerin anschliessen, im kantonalen Richtplan, in den Bebauungsplänen ist nach wie vor ein Verhältnis von eins zu eins vorgesehen, was Wohnen und Arbeit betrifft. Auch jetzt im Kanton besteht dieses Verhältnis und das ist natürlich problematisch. Mehr Beschäftigte bei mangelndem Wohnraum führt automatisch zu einer Preisentwicklung nach oben, und diese Preisentwicklung ist der perfekte Nährboden für weitere Gentrifizierung, und das wollen wir ja eben nicht. Und hier hat die 10-Minuten-Nachbarschaft einen anderen Ansatz, eine andere Antwort, nämlich dieses Verhältnis von 2 zu 1 anzustreben und gerade dort, wo neu gebaut wird, in den Transformationsarealen, wäre es doch sehr erstrebenswert, dieses Verhältnis umzusetzen.

Wir begrüssen grundsätzlich die Umwandlung in einen Anzug, so hätte die Regierung die Möglichkeit, diesen zentralen Punkt der 10-Minuten-Nachbarschaft, dieses Verhältnis von 2 zu 1 herauszupicken und zu schauen, wo dies umgesetzt werden könnte. Wichtig ist und bleibt: Raumplanung muss ökologisch und sozial flankiert sein, immer.

Wir haben ja ein Offen eingegeben. Es gibt Teile der SP-Fraktion, die sich dennoch nicht sicher sind, ob dieses Konzept wirklich der richtige Ansatz ist, scheint es doch ein relativ technokratischer Ansatz zu sein, der Top Down ist und weitflächig zu starr ist, wie es die Regierung auch gesehen hat. Ich bin nicht sehr oft auf dem Bruderholz, aber es wäre schon spannend zu sehen, wie dort eine 10-Minuten-Nachbarschaft aussehen würde. Deswegen unser Offen.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Nächster Fraktionssprecher ist Michael Hug für die LDP.

*Michael Hug (LDP):* Es würde wir uns auch wundernehmen, wie auf dem Bruderholz eine 10 -Minuten-Nachbarschaft aussehen würde, deswegen steht in meinem Vorstoss auch klar, dass es nur an geeigneten Orten umgesetzt werden soll.



Ja, das Konzept von Sibylle Wälty ist numerisch ausgerüstet und sehr strikt in der Ausformulierung. Als ich dann die Reaktionen gehört habe, habe ich mich auch bereit erklärt, hier für eine Weiterbearbeitung über einen Anzug zu gehen, anstatt an der starren Motion festzuhalten. Ich konnte dann verschiedene Gespräche führen und habe dann auch mitbekommen, dass die Planung, wie die Stadt sich weiterentwickeln soll, vor allem auf die Transformationsareale ausgerichtet ist. Das heisst, man geht davon aus, dass das Entwicklungspotenzial in der bebauten Siedlungsstruktur klein ist oder gar nicht vorhanden ist. Die einzige Entwicklung, die wir momentan sehen, geht über Sondernutzungspläne, also Bebauungspläne, die dann immer wieder auch hier im Parlament diskutiert werden können. Fakt ist aber, dass wir ein Raumplanungsgesetz haben auf einer nationalen Ebene, die mit grosser Mehrheit vor einigen Jahren durch das Schweizer Volk so verankert wurde. Und das führt halt genau zu diesem Problem: Man will nicht, dass die Agglomeration noch weiter wächst, man möchte nicht, dass grüne Felder neu eingezont werden und hier möchte man trotzdem auch in der Stadt nicht, dass zu viel neuer Nutzungsdruck, zu viele neue Wohnungen gebaut werden, obwohl wir natürlich eine Wohnungsnot haben. Das ist ja gerade diese Spirale, die sich gerade dreht. Darum, denke ich, ist es essentiell wichtig, neben den Transformationsarealen auch nochmals genau einen Blick zu richten auf die bebaute Stadt. Wo gibt es Gebiete, die sich anbieten, verdichtet und entwickelt zu werden, aber nicht einfach im Sinn «Wir machen jetzt Beton bis 100 Meter hoch» sondern eben im Sinne, welche Nutzung den besten Mix bringen zwischen Grünraum, Wohnraum, Arbeitsraum und eben auch den verkehrlichen Aspekten, die das mit sich bringt.

Die 10-Minuten-Nachbarschaft hat ja immerhin auch den Vorteil, dass der Verkehr von der Agglomeration in die Stadt zu den Arbeitsstätten reduziert werden sollte oder zumindest eingegrenzt werden sollte, und es ist schon spannend, die Perspektive für den Kanton Basel-Stadt – das haben wir in in verschiedenen Abstimmungskämpfen gehört, zuletzt zum Nationalstrassenausbau – geht davon aus, dass bis 2050 140'000 mehr Menschen in der Region, in der Agglomeration Basel wohnen. Und wir müssen uns schon entscheiden, wo diese dann genau wohnen und wo sie arbeiten gehen. Irgendwo sehe ich uns als Gemeinschaft auch in der Verantwortung, mehr Wohnraum zu bauen, neben den Wirtschafts- und Arbeitsflächen.

Darum sehe ich es in der Weiterbearbeitung als Anzug auch als Auftrag an die Verwaltung, dass man eine Gesamtrevision der Richtplanung, deren letzte aus dem Jahr 2000 stammt, anstrengt. Das ist nicht in unserer Kompetenz, sondern eben im Kanton Basel-Stadt in der Kompetenz der Regierung. Man soll prüfen, wo entwickelt werden kann. Das muss nicht über den Hochhausbau sein. Das kann eben auch über den Blockrand geschehen, aber nicht überall ist diese Bautypologie sinnvoll.

Darum möchte ich Ihnen noch einmal wirklich ans Herzen legen, diesen Vorstoss als Anzug zu überweisen, mit dem klaren Auftrag, die Richtplanung zu überarbeiten und unsere bebaute Stadt so weiterzuentwickeln, dass sie die Bedürfnisse der jetzigen Zeit richtig aufnehmen kann für eine zukunftsfähige Stadt.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Es gibt zwei Zwischenfragen von Fina Girard und Oliver Thommen. Diese werden angenommen. Zuerst hat das Wort Fina Girard.

*Fina Girard (GRÜNE/jgb):* Sie sagen, das Bruderholz sei nicht geeignet. Könnten Sie mir kurz ausführen, warum dieses Quartier als einziges davon ausgenommen werden sollte?

*Michael Hug (LDP):* Es soll nicht das einzige Beispiel sein. Weil es ein reines Wohnquartier ist, ist es kein geeignetes Beispiel für dieses Konzept. Aber sprechen wir für die Gegend um den Bahnhof. Dort ist das ja ein Thema. Ich sehe eher die Nauenstrasse und die Clarastrasse im Fokus, um das Verhältnis zwischen Arbeitsplätzen und Wohnraum anzupassen.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Wir kommen zur Zwischenfrage von Oliver Thommen.

*Oliver Thommen (GRÜNE/jgb):* Sind Sie denn auch bereit, für eine Verkehrspolitik zu sorgen, damit die Menschen, die in diesen dichten Quartieren wohnen, dann auch gern dort wohnen, ohne Dreck und Lärm?

*Michael Hug (LDP):* Ich bin immer bereit, mich gegen Dreck und Lärm einzusetzen.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Nächster Fraktionssprecher für die SVP ist Joël Thüring.



*Joël Thüring (SVP):* Ich muss zugeben, ich bin langsam beunruhigt. Ich bin schon den ganzen Morgen derselben Meinung wie Regierungsrätin Esther Keller. Ich bitte Sie auch bei diesem Vorstoss, der Regierung zu folgen und ihn abzuschreiben resp. nicht zu überweisen. Wir waren schon bei der ersten Überweisung dieses Vorstosses gegen die Motion Hug. Die Idee dieser Motion, die ja sehr theoretisch auf Basis von Studien und einer Professorin der ETH liegt, ist natürlich sehr interessant. Sie ist einfach in der praktischen Umsetzung absolut unrealistisch. Der Regierungsrat führt das aus, man müsste, um dieses Verhältnis zu schaffen, die Bevölkerungszahl auf 400'000 in Basel anwachsen lassen. Das will die SVP-Fraktion auf gar keinen Fall. Wir sind der Ansicht, dass das Verhältnis sich nicht so anpassen soll, wie das mit dieser 10-Minuten-Nachbarschaft der Fall ist. Das würde nämlich bedeuten, dass wir noch mehr verdichten müssten. Wir müssten Grünraum vernichten und die SVP-Fraktion wehrt sich dezidiert dagegen, dass Grünräume weiter vernichtet werden.

Dann haben wir heute immer wieder gehört die Idee der Stadt der kurzen Wege. Ich finde diese Diskussion relativ skurril in diesem Lande. Ich würde sogar behaupten, wir sind das Land der kurzen Wege. Es gibt, wenn Sie mit einer Person in den Vereinigten Staaten sprechen oder auch in anderen Ländern Europas, wohl kein Land, das alles in derart kurzer Distanz erreichbar gemacht hat, von der Gesundheitsversorgung über alles andere, was da auch noch dazugehört. Deshalb finde ich diese Diskussion gerade auch in Basel etwas ganz besonders. Michael Hug hat vorher als Beispiel die Nauenstrasse erwähnt oder auch das Gundeli. Ich habe mir dann überlegt, was genau jetzt aus dem Gundeli oder von der Nauenstrasse nicht innerhalb von 10 Minuten erreichbar ist, das tatsächlich auch notwendig ist. Mir kommt da nichts in den Sinn, ausser vielleicht an der Bachlettenstrasse wo ich wohne bald der Unterflurcontainer, der ist vielleicht weiter weg als 10 Minuten.

Aber ansonsten in dieser Stadt der heute schon sehr kurzen Wege scheint mir diese Idee nun wirklich nicht besonders prioritär zu sein. Und wenn wir schauen, was es für andere Beispiele gibt an Städten auf der Welt, dann haben diese auch eine ganz andere Dimension als Basel. Wir sprechen hier von einer Stadt mit gut 200'000 Einwohner. Das Beispiel dieser Idee Portland wird ja auch in der Motionsbeantwortung des Regierungsrates erwähnt. Portland hat, wenn man das ganze Gebiet darum herum nimmt, eine Bevölkerungszahl von zweieinhalb Millionen, das ist also schon fast ein Viertel der Schweiz. Und auch andere Beispiele überzeugen mich in diesem Zusammenhang nicht. Und dort, wo es tatsächlich zu funktionieren scheint, muss man sagen, das sind Städte, die erst gebaut wurden, zum Beispiel Poundbury. Das ist eine Stadt, die 1993 in England geschaffen wurde mit diesem Gedanken des Konzepts. Das ist natürlich eine andere Ausgangslage, wenn Sie eine Stadt neu bauen. Ein aktuelles Beispiel finden Sie in Saudi-Arabien. Dort kann man sich solche Ideen natürlich schon auch überlegen, weil man von Anfang an die Möglichkeit hat, es so aufzugleisen. Aber in einer schon gebauten Stadt – und Fina Girard hat ja mit der Zwischenfrage eine sehr gute Frage auf den Punkt gebracht – in einer schon gebauten Stadt mit gebauten Quartieren, wie zum Beispiel dem Bruderholz oder auch anderen Gegenden, ist das auch in der Realität praktisch nicht umsetzbar.

Und deshalb glaube ich, verlieren wir nichts, wenn wir diesen Vorstoss heute nicht an den Regierungsrat überweisen, weil der Regierungsrat in seinen Überlegungen, das führt er ja auch aus, überall dort bereits heute schaut bei den Bebauungsplänen, bei der Mobilitätsstrategie, beim Richtplan, bei den Stadtteilrichtplänen, dass es eben möglichst kurze Wege, eine möglichst einfache Zugänglichkeit gibt. Darüber hinaus zu gehen, scheint mir nicht angebracht zu sein.

Und der letzte Punkt, der für die SVP-Fraktion noch zusätzlich entscheidend zu sein scheint, ist, dass es für die Fortführung der Planung der Transformationsareale sehr gefährlich zu sein scheint, wenn wir hier eine zu starre Vorgabe machen würden. Das ist zugegebenermassen jetzt auch mit dem Vorschlag von Michael Hug, es als Anzug weiterzuverfolgen, natürlich etwas gemindert, aber trotzdem bleibt dies eine gewisse Gefahr. Und deshalb bitten wir Sie, diesen Vorstoss heute nicht zu überweisen.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Nächste Fraktionssprecherin für die BastA ist Tonja Zürcher.

*Tonja Zürcher (BastA):* Ich habe bereits bei der Erstüberweisung ausführlich begründet, weshalb wir diese einseitige Umsetzung so nicht sinnvoll finden. Trotzdem nochmals kurz zusammengefasst: Ja für die Stadt der kurzen Wege, aber gegen eine einseitige massive Verdichtung, wie sie hier vorgeschlagen wird, vor allem eine Wohnverdichtung. Das weitere Problem ist, dass bei diesem Konzept oder vor allem, wie es der Motionär dann umgesetzt haben will, die Mobilität gar nicht aktiv angesprochen wird. Eine Stadt der kurzen Wege ist nicht nur die Folge einer Verdichtung, sondern es hat eben auch mit Mobilität zu tun und eben auch mit dem der Wirtschaft, dem Wirtschaftswachstum. Das wird vollständig ignoriert. Die Arbeitsplatzkonzentration ist überhaupt kein Thema.

Wenn wir dieses Konzept einigermaßen ernst nehmen würden, dann müssten wir jetzt in der BRK entscheiden Nein, die Roche darf kein weiteres Hochhaus bauen, sondern wir machen da eine Wohnüberbauung hin, denn das wäre die einzige Konsequenz daraus. Abgesehen davon, dass das Bruderholz verdichtet werden müsste mit Arbeitsplätzen.

Ich glaube, es zeigt einfach, dass es hier gar nicht darum geht, eine Stadt der kurzen Wege zu erreichen, sondern einfach eine Motion ist für mehr Bauen, mehr bauliche Verdichtung auf Kosten von Grünflächen und bezahlbarem Wohnraum. Wir von der BastA lehnen diese Motion deshalb klar ab, auch als Anzug.



*Balz Herter, Grossratspräsident:* Regierungsrätin Esther Keller verzichtet auf ein Votum. Fina Girard und weitere beantragen die Überweisungen als Anzug. Ein Antrag auf Überweisung als Motion wurde nicht gestellt. Darum wird die Motion als Anzug weiterbehandelt. Der Regierungsrat und weitere beantragen Nichtüberweisung. Wir kommen deshalb zur Abstimmung.

### **Abstimmung**

JA heisst Überweisung als Anzug, NEIN heisst Nichtüberweisung.

### **Ergebnis der Abstimmung** (Stichentscheid des Präsidenten)

44 Ja, 45 Nein, 4 Enthaltungen. [*Abstimmung # 0006432, 10.04.25 10:54:49*]

### **Der Grosse Rat beschliesst**

mit Stichentscheid des Präsidenten nicht zu überweisen

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Ich muss einen Stichentscheid fällen und ich folge hier der Regierung und bin gegen Überweisung.

## **55. Budgetpostulat 2025 Olivier Battaglia betreffend Erziehungsdepartement, 290 Jugend, Familie und Sport, 347 Abschreibung Kleininvestitionen (Mobile Beleuchtung für Sportplätze im Kanton Basel-Stadt), Schreiben des RR**

[10.04.25 10:55:02, 24.5538.02]

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat beantragt, das Budgetpostulat abzulehnen. Das Wort hat Regierungsrat Mustafa Atici.

*RR Mustafa Atici, Vorsteher ED:* Mit diesem Budgetpostulat wird beantragt, im Bereich Jugend, Familie und Sport während zehn Jahren um jährlich 9'000 Franken zu ändern für die Anschaffung und Installation mobiler Beleuchtungsanlagen für die Sportplätze.

Der Regierungsrat anerkennt das Anliegen des Budgetpostulats. Der Bedarf an Sportplätzen im Kanton Basel-Stadt ist unumstritten gross. Um die Belegung auf den Sportanlagen zu optimieren, hat das Sportamt zusammen mit den Vereinen bereits Massnahmen beschlossen, die auf das Wintersemester 2025/26 umgesetzt werden. Angesichts des beschränkten Platzangebots und der hohen Nachfrage ist auch die Beschaffung von mobilen Beleuchtungsanlagen sinnvoll. Das Erziehungsdepartement prüft aktuell mobile Beleuchtungsanlagen in Absprache mit dem schweizerischen Fussballverband und dem Regionalverband Nordwestschweiz. Das Erziehungsdepartement wird mobile Anlagen anschaffen. Die Anschaffungen werden aus dem Budget des Erziehungsdepartements erfolgen.

Deshalb beantragen wir, dieses Budgetpostulat abzuschreiben.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Ich habe keine Wortmeldung eingetragen, es wurde auch kein anderer Antrag gestellt.

### **Der Grosse Rat beschliesst**

das Budgetpostulat nicht zu überweisen



## **56. Budgetpostulat 2025 Sasha Mazzotti betreffend Erziehungsdepartement, 265 Leitung Mittelschulen und Berufsbildung, 30 Personalaufwand (Pilotprojekt Schulsozialarbeit an der Fachmaturitätsschule (FMS), Schreiben des RR**

[10.04.25 10:57:20, 24.5540.02]

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat beantragt, das Budgetpostulat teilweise zu erfüllen und im Budget 2025 zusätzlich einen Betrag von 75'000 Franken einzustellen. Ursprünglich wurden 150'000 Franken gefordert. Das Wort hat Regierungsrat Mustafa Atici.

*RR Mustafa Atici, Vorsteher ED:* Grundsätzlich möchte ich zu Beginn anmerken, dass die Schulsozialarbeit an unseren Schulen eine tolle Arbeit macht und dazu beiträgt, dass Schülerinnen und Schüler sowie deren Eltern in schwierigen Situationen Hilfe und Unterstützung erhalten. In diesem Bereich hat das Erziehungsdepartement in der Vergangenheit auch immer wieder wichtige Investitionen unternommen.

Auf der Sekundarstufe 2 ist in Basel-Stadt die Schulsozialarbeit institutionell nicht verankert. An den Gymnasien und der FMS können sich Jugendliche an den schulpсихologischen Dienst, die Lehrpersonen oder die Mitglieder der Schulleitungen wenden.

Die Einführung einer Schulsozialarbeit an den Mittelschulen wurde angesichts der steigenden Zahl labiler Schüler und Schüler in schwierigen Familienverhältnissen wichtig. Auch wenn das Angebot als willkommene Unterstützung gesehen wird, scheint an den Gymnasien und der FMS nach wie vor eine Person zu helfen, die vor Ort die Kommunikation und Triage zwischen den weiter zunehmenden Fällen von psychosozial und gesundheitlich labilen Schüler und Schüler und deren Eltern, den Sozialdiensten, Kliniken und so weiter gestaltet.

An der FMS sind die Zahl der Schülerinnen und Schüler, die in belasteten psychosozialen Lebenslagen sind, im Vergleich zu den übrigen Mittelschulen und Berufsschulen am höchsten. Das vorerst zeitlich begrenzte Pilotprojekt Schulsozialarbeit an der FMS setzt darum an der richtigen Schule der Sekundarstufe 2 an und ermöglicht es, wichtige Erkenntnisse für eine allfällige Einführung einer Schulsozialarbeit an den Mittelschulen zu gewinnen. So soll vor allem geprüft werden, ob die psychosozial belasteten Schülerinnen und Schüler auf diese Weise die nötige Unterstützung, und die Lehrpersonen und die Schulleitungen die erforderliche Entlastung erhalten.

Aus diesen Gründen beantragt der Regierungsrat die Erfüllung dieses Budgetpostulats und das Budget 2025 des Erziehungsdepartements im Umfang von 75'000 Franken zur Einrichtung eines vorerst zeitlich begrenzten Pilotprojekts Schulsozialarbeit an der FMS zu erhöhen.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Erste Fraktionssprecherin für die LDP ist Catherine Alioth.

*Catherine Alioth (LDP):* Bei der Erstüberweisung dieses Budgetpostulats sprach sich die LDP mehrheitlich gegen die Überweisung aus. Dies ist jedoch nicht aus inhaltlichen Gründen geschehen. Wie wir bereits bei der ersten Überweisung betont haben, sind wir der Überzeugung, dass das Anliegen der Einführung von Schulsozialarbeit mit einer grösseren Weitsicht angegangen werden sollte. Das Vorgehen des Regierungsrates zur Erfüllung des Budgetpostulats erscheint uns zu fragmentiert, beschränkt sich auf die FMS und wird gleichzeitig als Pilotprojekt deklariert. Wir erachten dieses Vorgehen als zu kurzfristig, wenig nachhaltig und zu wenig tragfähig. Das Thema Schulsozialarbeit ist von zu grosser Bedeutung.

Gerade in der Sekundarstufe sind Jugendliche mit zahlreichen Herausforderungen des Erwachsenwerdens konfrontiert. Themen wie Schulabsentismus oder auch die tiefe Abschlussquote auf Sekundarstufe 2 sind, wie wir sie in unserem Kanton haben, keine Begleiterscheinungen, sondern stellen eine ernsthafte Bedrohung für die Entwicklung unserer Jugend dar und widerspiegeln sich letztlich in den gesellschaftlichen Herausforderungen, denen wir uns stellen müssen.

Wir sind deshalb nach wie vor der Meinung, dass Schulsozialarbeit an allen weiterführenden Schulen, aufbauend auf den bestehenden Angeboten und Strukturen, dieser Herausforderung besser gerecht wird. Aus diesen Gründen sprechen wir uns weiterhin gegen das Budgetpostulat aus und fordern einen umfassenden Ansatz zur Thematik der Schulsozialarbeit an den weiterführenden Schulen.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Nächster Fraktionssprecher für die Mitte/EVP ist Thomas Widmer Huber.



*Thomas Widmer-Huber (Mitte-EVP):* Die Mitte/EVP unterstützt das Pilotprojekt zur Schulsozialarbeit an der Fachmaturitätsschule FMS. Der Bedarf ist da. Die Zahl der Schülerinnen und Schüler, die in belasteten psychosozialen Lebenslagen sind, sind laut Angaben des Regierungsrats im Vergleich zu den übrigen Mittelschulen und Berufsfachschulen am höchsten. Wir haben es gerade von Regierungsrat Mustafa Atici gehört.

Das zeitlich begrenzte Pilotprojekt an der FMS ermöglicht es, wichtige Erkenntnisse für eine allfällige Einführung einer Schulsozialarbeit an den Mittelschulen zu gewinnen. Es geht bei der Prüfung vor allem um zwei Fragen: Erhalten die psychosozial belasteten Schülerinnen und Schüler auf diese Weise die nötige Unterstützung und bringt es den Lehrpersonen und der Schulleitung die erforderliche Entlastung?

Die Mitte/EVP-Fraktion bittet Sie, das vorliegende Budgetpostulat für das Jahr 2025 im Umfang von 75'000 Franken zu erfüllen.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Regierungsrat Atici verzichtet in einer zweiten Runde auf ein Votum. Wir kommen damit zur Detailberatung des Grossratsbeschlusses zum Budgetpostulat und zur Schlussabstimmung.

### **Abstimmung**

JA heisst Zustimmung zum Grossratsbeschluss, NEIN heisst Ablehnung

### **Ergebnis der Abstimmung**

**72 Ja, 19 Nein, 0 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0006435, 10.04.25 11:05:10]

### **Der Grosse Rat beschliesst**

In teilweiser Entsprechung des Budgetpostulats Sasha Mazzotti werden im Budget 2025 des Erziehungsdepartements zusätzlich Fr. 75'000 eingestellt. (Position Erziehungsdepartement, Dienststelle 265, Leitung Mittelschulen und Berufsbildung, 30 Personalaufwand (Pilotprojekt Schulsozialarbeit an der Fachmaturitätsschule FMS).

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 72 gegen 19 Stimmen.

## **57. Motion Oliver Thommen und Sandra Bothe betreffend Messenger Dienst für die Basler Volksschulen, Stellungnahme des RR**

[10.04.25 11:05:25, 24.5423.02]

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen. Die Motionäre verlangen die Umsetzung der Motion innert zwei Jahren. Das Wort hat Regierungsrat Mustafa Atici.

*RR Mustafa Atici, Vorsteher ED:* Lassen Sie mich in kurze ein paar wichtige Fakten zu diesem Thema nennen: An den Basler Volksschulen werden Messenger Dienste für die Kommunikation zwischen der Schule und den Erziehungsberechtigten eingesetzt. Mit solchen Apps können Nachrichten, Termine und Dokumente einfach und direkt ausgetauscht werden. Das bietet viele Vorteile für beide Seiten. Aktuell sind die Schulen jedoch nicht verpflichtet, einen Messenger Dienst einzusetzen. Für diese Kommunikation besteht ein grosses Angebot an Diensten. Im Kanton Basel-Stadt sieht es aktuell so aus, dass viele Standorte die App von Club einsetzen. Zwei Primarschulen setzen die School-App ein.



Auch uns ist es ein Anliegen, dass digitale Anwendungen und Dienste durch möglichst einheitliche Plattformen angeboten werden. Beim Erziehungsdepartement laufen daher bereits Bemühungen, die Beschaffung und den Einsatz von Messenger Diensten an den Primar- und Sekundarschulen einheitlich zu regeln. Das heisst, wir sind bereits daran, die Anliegen des Vorstosses zu prüfen und umzusetzen. Ich bitte Sie deshalb, die Motion dem Regierungsrat als Anzug zu überweisen.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Erste Fraktionssprecherin ist Sandra Bothe-Wenk für die GLP.

*Sandra Bothe-Wenk (GLP):* Ich freue mich sehr über die Tatsache, dass die schulische Kommunikation in Basel-Stadt bereits mehrheitlich über einen Messenger Dienst erfolgt. Das sind Good News vom Regierungsrat und es zeigt, eine zentrale Kommunikationslösung ist nicht nur möglich, sie ist auch praktikabel. An vielen Sek- und Primarschulstandorten wird bereits per Klub kommuniziert. Wir haben es gehört, lediglich an fünf, nach meiner Recherche nicht an zwei Primarschulen wird die Schulapp genutzt. Was die Übergangsfrist für eine einheitliche Lösung betrifft, bin ich angesichts des heutigen Stands offen und zuversichtlich, dass die laufenden Bemühungen zu einem zielführenden Abschluss kommen. Aber gerade weil diese Entwicklung ja bereits stattfindet, braucht es jetzt den nächsten Schritt. eine verbindliche zentrale Regelung. Warum? weil wir mit einer kantonalen Kommunikationslösung zwischen Schule, Lehrpersonen und Elternhaus sehr viel gewinnen.

Diese Punkte fasse ich gerne noch einmal zusammen. Wir schaffen eine moderne und verlässliche Kommunikation, einfach zugänglich und datenschutzkonform. Davon profitieren Familien mit Kindern an mehreren Schulstandorten genauso wie Lehrpersonen, die an verschiedenen Schulen unterrichten. Krankmeldungen, Elternabende, Projektinfos oder persönliche Nachrichten, all das kann übersichtlich über eine zentrale Plattform ausgetauscht werden, deren Server in der Schweiz stehen. Ein integrierter Übersetzungsdienst ermöglicht mehrsprachige Kommunikation, Lesebestätigungen schaffen Verbindlichkeit und der administrative Aufwand wird deutlich reduziert, für das Schulpersonal genau so wie für die Eltern. Das ist ein echter Mehrwert für den Schulalltag und eine Investition in die Beziehungsarbeit zwischen Elternhaus und Schule.

Der Vorstoss adressiert aber eine weitere wichtige Forderung, die in der Stellungnahme des Regierungsrat offenbleibt, die Notwendigkeit einer zentralen kantonalen Lösung, insbesondere mit Blick auf Lizenzierung, Datenverwaltung und administrative Zuständigkeiten. Wird die Motion nur als Anzug überwiesen, bleibt der Kern des Anliegens unverbindlich. Heute erfolgt die Beschaffung und der Einsatz von Messenger Diensten an Schulen dezentral. Das verursacht nicht nur unnötige Mehrkosten, sondern belastet besonders das Lehrmittelbudget der einzelnen Schulstandorte, obwohl es sich klar um eine Verwaltungsaufgabe handelt. Die kantonale Digitalisierungsstrategie von ICS BS verfolgt ausdrücklich das Ziel, Schulen administrativ und technisch zu entlasten. Bei den EduBooks für Schülerinnen und Schülern ist die administrative Verwaltung bereits zentral umgesetzt, doch im Bereich der Elternkommunikation passiert in der Praxis das Gegenteil, insbesondere weil verbindliche Standards fehlen.

Dass hier nicht nur Effizienz, sondern auch erhebliche Kosteneinsparungen möglich wären, zeigt das Bild auf die Zahlen. In der Stadt Bern kostet die zentrale Klublizenz inklusive Schulung und Support lediglich ein Franken pro Kind und Jahr bei rund 12'000 Schülerinnen und Schülern. In Basel hingegen zahlen einzelne Schulstandorte über ihr Lehrmittelbudget mehr als sechs Franken pro Kind für dasselbe Produkt. Hochgerechnet auf 18'300 Kinder und Jugendliche in der Volksschule entsteht so ein beträchtlicher finanzieller Mehraufwand pro Jahr, auch für die Primarschulen in Riehen und Bettingen. Selbst eine kantonale Lizenz während der Übergangslösung für die fünf Standorte mit Schulapp wäre kostengünstiger als eine individuelle Lizenz pro Schule, denn diese Kosten liegen ebenfalls bei rund sechs Franken pro Kind.

Noch ein Wort zur Teilautonomie: Ich bin überzeugt, eine zentrale Schulkommunikations-App-Lösung schränkt die Teilautonomie der Schulen nicht ein, sondern im Gegenteil, es würde sie stärken, denn sie ermöglicht es den Schulen eine datenschutzkonforme, kostengünstigere Lösung zu nutzen und gleichzeitig den administrativen Aufwand zu reduzieren, den sie besser in Bildungsprojekte investieren. Schulen sollen nicht mit der Verantwortung belastet werden, am Markt geeignete Lösungen zu suchen und deren Sicherheit zu prüfen. Das ist Aufgabe des Kantons.

Wir alle hören doch immer wieder, dass sich Schulen administrative Entlastung wünschen. Umso unverständlicher wäre es, wenn wir genau dann zurückkriechen, wenn eine konkrete und bereits praxiserprobte Lösung auf dem Tisch liegt, die erst noch kostengünstiger ist. Ich habe mich im Vorfeld mit diversen Schulleitungen und Leihlehrpersonen ausgetauscht und dabei wurde deutlich, sie würden eine zentrale, einheitliche, datenschutzkonforme Kommunikationslösung für unsere Schulen im Einklang mit der kantonalen Digitalisierungsstrategie und den realen Bedürfnissen von Schulen und Familien gewinnbringend finden.

*Gianna Hablützel-Bürki (SVP):* Nächste Sprecherin für die Fraktion LDP ist die Catherine Alioth.



*Catherine Alioth (LDP):* Ich kann es eigentlich relativ kurz machen. Ratskollegin Sandra Bothe hat sehr ausführlich dargelegt, worum es geht in dieser Motion. Wir finden die Motion hier richtig und wichtig. Denn diese würde die Schulleitungen erheblich entlasten und auch eine klare Struktur schaffen, wenn ein einheitlicher Messenger Dienst da ist, und das käme allen Beteiligten zugute.

Wir nehmen auch erfreut zur Kenntnis, dass im ED bereits Schritte unternommen werden, um die Beschaffung und den Einsatz von Messenger Diensten an unseren Volksschulen zu vereinheitlichen. Aus diesem Grund sind wir überzeugt, dass die Motion hier richtig ist, um zügig einen einheitlichen Messenger Dienst zur Verfügung zu stellen. Wir denken, ein Anzug ist zu unverbindlich und deshalb empfehlen wir Ihnen, die Motion als Motion zu überweisen.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Nächste Fraktionssprecherin ist Alexandra Dill für die SP.

*Alexandra Dill (SP):* Ich habe bei der Erstüberweisung dieser Motion Sie alle mitgenommen in meinen Familienalltag und ich hoffe, Sie haben noch vor Augen, welche Vereinfachungen ein Messenger Dienst im Familienmanagement bringt. Aber es geht hier nicht um meinen Familienalltag, sondern um viel mehr. Es geht um Inklusion, denn ein Messenger Dienst ist barrierefrei und mehrsprachig. Es geht um Datenschutz und faire Arbeitsbedingungen für Lehrpersonen. Sie können sich abgrenzen und müssen keine privaten Kanäle mehr für Elternkommunikation nutzen. Es geht aber auch um Kosteneffizienz, denn eine zentrale Lösung spart Kosten und entlastet die Schulen von administrativem Aufwand, Sandra Bothe hat das bestens dargelegt.

Schulen, die bereits einen Elternkommunikation Messenger haben, bezahlen ihn aktuell aus dem Lehrmittelbudget, obwohl Verwaltungs- und Digitalisierungsdienste sonst zentral organisiert und gedeckt sind. Dieses Geld fehlt dann anderswo und das finde ich einfach schade. Die SP sieht diese Anliegen in der Stellungnahme der Regierung als zu wenig verbindlich berücksichtigt und möchte darum ebenfalls bei der Zweitüberweisung an einer Motion festhalten.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Nächster Fraktionssprecher für die GRÜNEN/jgb ist Oliver Thommen.

*Oliver Thommen (GRÜNE/jgb):* Ich habe eine Schulapp. Ich sage nicht welche, aber ich würde mir manchmal wünschen, wir hätten hier im Parlament so etwas, vielleicht kommt ja irgendwann ein Anzug an das Ratsbüro, dass die Kommunikation und alles um den Alltag herum so managen würde wie so eine Schulapp. Alexandra Dill hat ja schon gesagt, dass dies eine echte Erleichterung ist. Es ist wirklich etwas Wunderbares und ich bin so froh, dass es das gibt.

Ich möchte Ihnen kurz noch darlegen, warum Sie hier als Motion überweisen sollen. Die Vorrednerinnen haben eigentlich schon sehr viel gesagt, aber vielleicht noch einige Punkte, die mir noch wichtig sind. Wenn Sie keine App haben, dann findet die Kommunikation trotzdem statt. Kommunikation findet immer statt. Deswegen ist es wichtig, dass es etwas gibt, irgendein Gefäss, wo diese Kommunikation stattfinden kann. Das ist nicht nur wichtig, damit die Eltern ihren Schulalltag einfach managen können, sondern es ist auch wichtig, weil die Lehrpersonen ja auch ein Recht auf Privatsphäre haben und man muss einfach etwas realistisch sein. Wenn es keine App gibt, die zur Verfügung gestellt wird, dann wird einfach Whatsapp verwendet und das läuft dann 24 Stunden neben dem Beruflichen auch mit dem Privaten, und jede Person hat das Recht, ab und zu nicht von Eltern bezüglich irgendeiner Prüfung oder was auch immer angegangen zu werden.

Das zweite ist der Datenschutz und ich möchte jetzt explizit nicht etwas sagen zu irgendeiner bestimmten App oder was auch immer. Es ist einfach wichtig, wenn der Regierungsrat jetzt den Auftrag als Motion erhält, dass er wirklich schaut, dass es ein Messenger ist, der wirklich auch datensicher ist und der auch funktional ist.

Warum als Motion? Es wurde bereits gesagt, angesichts der schon langen Geschichte ist es wichtig, dass das ED hier einen verbindlichen Auftrag erhält, auch wenn es natürlich jetzt mit einem neuen Vorsteher vielleicht auch anders wird, aber die bisherigen Erfahrungen haben gezeigt, dass es hier wirklich eine klare Sprache braucht, damit das auch wirklich umgesetzt wird und damit es, und das möchte ich hier wirklich ausdrücklich nochmal wiederholen, nicht aus dem Lehrmittelbudget bezahlt wird, denn das ist nicht der Sinn der Sache. Wir haben auch nicht im Dezember mehr Lehrmittel gesprochen, damit man dann Lizenzgebühren für Messenger Dienste bezahlen kann. Und das ist ein ganz wichtiger Punkt.

Vielleicht noch zur Spezifizierung: Ein Problem ist, dass, wenn das jede Schule selber machen muss, sie ja nicht nur die Lizenz selber kaufen muss, sondern sie muss auch überlegen, welche Funktionen sie haben möchte, denn die App, die wir jetzt an der Schule meiner Kinder benutzen, hat natürlich viele Funktionen und jede zusätzliche Funktion kostet. Dann muss das jede Schule selber machen und das ist doch völlig absurd, dafür gibt es ja eine zentrale Verwaltung, die so etwas mit einer Strategie dahinter eine solche App beschaffen kann und die Funktion bestimmen kann, damit alle den gleichen



Handlungsspielraum haben und nicht jede Schule einen administrativen Aufwand dafür betreiben muss. Das ist das zentrale Argument, nämlich dass hier für einmal die Zentralisierung im ED auch etwas Sinnvolles bewirken kann.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Nächster Fraktionsprecher ist Lorenz Amiet.

*Lorenz Amiet (SVP):* In aller Kürze, weil ich dieses Geschäft auch nicht überbewerten will: Pro forma stellt die SVP den Antrag auf Abschreiben.

Wir haben vorhin gehört, was im ED bereits getan wird. Weshalb wollen wir dann diesen Anzug stehenlassen? Braucht es diese Zentralisierung? Aus unserer Sicht nein, das System funktioniert und wenn die Schulen unterschiedliche Funktionalitäten wollen, dann wollen sie das, das kann man dezentral managen. Auch bei uns übrigens gibt es Familienalltag und auch der funktioniert im Moment nicht so schlecht.

Also man kann das Ganze gut in die Geschichtsbücher verschieben, abschreiben und schauen, was dann das ED irgendwann mal bringt.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Als Einzelsprecher hat sich Sasha Mazzotti gemeldet.

*Sasha Mazzotti (SP):* Ich staune ein bisschen, hier geht es über die SVP, es geht hier auch um Steuergelder, es geht hier darum, dass man eine Lizenz einfordert. Sandra Bothe hat es gesagt, in Bern hat man das gemacht, da kostet es einen Franken pro Schüler:in, hier sechs Franken. Das geht auf Kosten von etwas anderem, nämlich vom Materialmudget. Das betrifft auch Ihre Kinder, die alle noch schulpflichtig sind. Es geht hier nicht darum, dass wir beschliessen, was die bessere App ist. Es geht einfach darum, dass die Fachpersonen im ED dies machen müssen und nicht die Schulleitungen. Die Schulleitungen haben genug anderes zu tun, es sind pädagogisch geschulte Personen und müssen jetzt auch noch verhandeln und so weiter. Es geht darum, dass die Leute im ED schauen, ob es sicherheits- und datenschutzkonform ist, ob es den Bedürfnissen an den Schulen entspricht, und dann wird das mit dem Anbieter ausgehandelt, es wird ausgeschrieben, diesen Weg kennen Sie wahrscheinlich besser als ich. In der Regel dauert das ein Jahr, ich glaube, man hat für die Umstellung etwa fünf Jahre. Das ist der Job der Verwaltung und nicht der Schulen. Darum bin ich erstaunt, dass dies auf bürgerlicher Seite nicht unterstützt wird, Danke an die LDP, die auch bürgerlich ist. Ich könnte noch lange reden, aber ich glaube, Sie haben den Punkt begriffen.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Sandra Bothe-Wenk und weitere beantragen die Überweisungen als Motion. Daher kommen wir zuerst zu einer Eventualabstimmung.

## Abstimmung

JA heisst Weiterbehandlung als Anzug, NEIN heisst Weiterbehandlung als Motion.

## Ergebnis der Abstimmung

**19 Ja, 68 Nein, 0 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0006437, 10.04.25 11:24:07]

## Der Grosse Rat beschliesst

Weiterbehandlung als Motion

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Sie haben sich mit 68 gegen 19 Stimmen für die Weiterbehandlung als Motion entschieden. Lorenz Amiet beantragt Nichtüberweisung. Daher kommen wir zur nächsten Abstimmung.



### Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

### Ergebnis der Abstimmung

**80 Ja, 9 Nein, 1 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0006438, 10.04.25 11:24:46]

### Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zu überweisen

Frist: 4 Jahre

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Sie haben die Motion überwiesen mit 80 gegen 9 Stimmen bei einer Enthaltung.

## 58. Motion Laurin Hoppler und Konsorten betreffend gezielte Unterstützungsmassnahmen für Junge Lehrpersonen während des Studiums, Stellungnahme des RR

[10.04.25 11:25:03, 24.5367.02]

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich nicht zulässig ist und beantragt, ihm diese nicht zu überweisen. Die Motionäre verlangen die Umsetzung der Motion innert eines Jahres. Das Wort hat Regierungsrat Mustafa Atici.

*RR Mustafa Atici, Vorsteher ED:* Wir nehmen die Aufgabe, Lehrpersonen zu Beginn ihrer Schultätigkeit bestmöglich zu begleiten, sehr ernst. Auch Studierende an der PH FHNW, die bereits während ihres Studiums eine Lehrtätigkeit beim Kanton aufnehmen, sollten selbstverständlich gut unterstützt werden. Mindestens ebenso gut wie Absolventinnen und Absolventen einer PH. In Basel-Stadt kennen wir mit dem so genannten begleiteten Berufseinstieg bereits ein Programm zur umfassenden Unterstützung von Berufseinsteigerinnen und -einsteigern. Wir sind dabei, dieses Programm mit den Studienanforderungen der PH FHNW zu koordinieren und in Einklang zu bringen.

Ziel dieser Bemühungen ist es, den begleiteten Berufseinstieg auf Studierende mit Lerntätigkeit beim Kanton auszuweiten. Insofern erfüllen wir bereits, was die Motion fordert. Der Kanton Basel-Stadt nimmt im Programm des begleiteten Berufseinstiegs eine Pionierrolle ein. Wir möchten aus pragmatischen Gründen davon absehen, die Erweiterung dieses Programms auf Studierende auf vierkantonaler Ebene anzugehen. Den anderen Kantonen im Bildungsraum Nordwestschweiz steht es frei, bei Bedarf das Basler Modell oder Teile davon zu übernehmen. Das würden wir selbstverständlich begrüssen.

Ich möchte an dieser Stelle noch auf die Studienvariante Bachelor Plus oder Master Plus hinweisen. Diese Studienvariante, bei welcher die Studierende bereits während ihres Studiums eine Lerntätigkeit beim Kanton innehaben, hat es zum Ziel, den Übergang vom Studium in den Beruf optimal zu gestalten. Leider ist dieses Pilotprojekt mangels Interesse der Studierenden gescheitert. Sie ziehen eine selbst organisierte Anstellung mit entsprechend mehr Flexibilität und Freiraum einer von der PH begleiteten Anstellung vor. Vor diesem Hintergrund beantragen wir Ihnen, die Motion dem Regierungsrat nicht zu überweisen.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Erste Fraktionssprecherin für die SP ist Zaira Esposito.

*Zaira Esposito (SP):* Zunächst möchte ich mich beim Regierungsrat für die Stellungnahme zu diesem Geschäft und auch für seine Bemühungen in der Sache bedanken. Unseren Vorbehalt gegenüber dem ausgewählten parlamentarischen Instrument haben wir bereits bei der Erstüberweisung erwähnt und dementsprechend werde ich diesbezüglich auch nichts sagen.



Allerdings halten wir daran fest, dass attraktivere Anstellungsbedingungen für Lehrpersonen von enormer Bedeutung sind, um dem Lehrkräftemangel langfristig entgegenzuwirken und die Schulqualität auf lange Sicht sicherzustellen.

Für junge Personen kann sich der Einstieg in die Lehrtätigkeit schwierig gestalten. Neben der Gestaltung des Unterrichts sind sie vom ersten Tag an mit teilweise schwierigen familiären Verhältnissen der Schulkinder konfrontiert. Zugleich sind vielschichtige Erwartungen zu erfüllen, die von den Eltern, Schulleitungen, Kolleginnen und Kollegen oder von der Schulsozialarbeit gestellt werden.

Heute den Astronauten von Morgen die Sterne näherbringen. So war im Jahr 2023 eine Kampagne gegen den Lehrkräftemangel auch in unserem Kanton. Zuerst liegt es aber in unserer Verantwortung, dafür zu sorgen, dass sich Lehrpersonen ab dem ersten Arbeitstag in den Schulen wohlfühlen und die notwendigen Unterstützungsangebote für den Einstieg in die Berufspraxis erhalten. Sie alle sind bedeutende Stütze des Bildungssystems und leisten im Zeitalter des Lehrkräftemangels einen wichtigen Beitrag zur Deckung des Bedarfes.

Der Regierungsrat anerkennt in seiner Stellungnahme die Notwendigkeit, alle Lehrpersonen zu Beginn ihrer Schultätigkeit bestmöglich zu begleiten und zu unterstützen. Das haben wir vorhin gehört und das schätzen wir natürlich sehr. Allerdings gibt es in unseren Augen Handlungsbedarf, gerade für jene jungen Lehrpersonen, die neben ihrem Studium selbst organisiert an Schulen tätig sind. Sie sind vom Angebot des begleitenden Berufseinstiegs an Volksschulen ausgeschlossen und können nicht von Unterstützungsangeboten profitieren. Solche Angebote gibt es nur für die Ausbildungsvariante Bachelor und Master Plus, die, wie wir schon vorher gehört haben, notabene ab Herbst 2025 nicht mehr zur Verfügung stehen wird.

Uns ist es bewusst, dass der Fokus während der Ausbildung auf den Studieninhalt gelegt werden soll, denn wir brauchen gut ausgebildete Lehrpersonen für ein starkes Bildungssystem. Doch wünschen wir uns eine umfassende, nachhaltige Lösung zur Unterstützung von jungen Lehrpersonen in ihrem beruflichen Alter. Es ist essenziell, heute ein Zeichen zu setzen, um den Nachwuchs in Lehrberufen zu fördern und ein frühzeitiges Ausbrennen von jungen Lehrpersonen zu verhindern.

In diesem Sinne bitte Sie im Namen der SP-Fraktion, dieses Geschäft heute als Anzug zu überweisen, damit das Thema weiterverfolgt wird und Massnahmen ergriffen werden. Dann klappt es vielleicht auch mit den Astronautinnen und Astronauten von Morgen.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Nächster Fraktionssprecher für die Fraktion GRÜNE/jgb ist Laurin Hoppler.

*Laurin Hoppler (GRÜNE/jgb):* Ich spreche hier auch im Namen der Fraktion BastA. Ganz ehrlich, ich bin ein bisschen enttäuscht vom Regierungsrat, enttäuscht, weil wir immer wieder das gleiche Argument hören, wenn es um die Fachhochschule Nordwestschweiz geht. Wir können nichts machen, weil wir sind ein eigener Kanton. Wir müssen immer mit allen anderen Kantonen, die beteiligt sind, zusammen entscheiden. Daher können wir gar nichts verändern und es besteht auch kein Wille, dies wirklich zu tun. Und langsam nervt mich dieses Thema wirklich, weil ich es einfach nicht verstehe, wieso unser Kanton nicht für unsere Personen, die an den Schulen angestellt sind und betroffen sind, schauen kann. Das verstehe ich einfach nicht.

In meiner Motion geht es ja um die Lehrpersonen, die bei uns im Kanton angestellt sind an den Schulen, und nicht darum, dass wir anderen Kantonen vorschreiben wollen, dass die genau diese Massnahmen auch umsetzen müssen, sondern es geht darum, dass wir die Angestellten von unserem Kanton unterstützen. Und dabei geht es nicht darum, dass wir irgendwie das Bildungssystem oder das ganze System auf den Kopf stellen. Es geht nur darum, dass man Massnahmen ergreift, um junge Lehrpersonen zu unterstützen.

Sie haben vorher gesagt, dass das Pilotprojekt gescheitert ist oder bald endet, weil es auch nicht auf genügend Resonanz gestossen ist. Das ist schade, aber liegt wohl auch daran, dass es sehr technisch ist, weil es zu stark an der Fachhochschule angegliedert ist, Teil des Studiums ist und nicht einfach flexibel die Personen stützt, die daneben arbeiten wollen. Und momentan ist so ein Modell auch finanziell gesehen nicht attraktiv. Deshalb haben wir auch den Vorstoss von Fina Girard, der genau dieses Thema aufgreift, weil wir da einen Beruf haben, der nicht ganz unanstrengend ist und gerade am Anfang müssen wir auf diese Menschen schauen und solche Angebote schaffen oder ausbauen. Sie müssen auch nicht Pflicht sein, sondern es muss die Möglichkeit bestehen, dass diese Personen den Zugang dazu haben oder zumindest informiert werden darüber, dass es diese Massnahmen, die vielleicht schon bestehen, gibt und dass man diese weiter ausbaut.

Also noch einmal, die Entscheidung dafür ist nicht abhängig von allen Kantonen, sondern wir können hier ganz selbstständig sein und solche Massnahmen ergreifen. Deshalb bitte ich Sie, diese Motion jetzt in einen Anzug umzuwandeln. Ich kann verstehen, dass man hier wieder auf die rechtliche Zulässigkeit kommt. Das ist Usus, wenn es um dieses Thema geht. Darum können wir das gerne in einen Anzug umwandeln und ich bitte Sie, dies zu tun. Und den Regierungsrat bitte ich



dementsprechend, dann auch selbstständig zu werden und die Mittel und Wege zu schaffen, um diese Unterstützung zukünftig zu bieten.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Das Wort geht an Regierungsrat Mustafa Atici.

*RR Mustafa Atici, Vorsteher ED:* Ich habe ihn meiner Rede genau erwähnt, was kantonal möglich ist. Das wird auch vom Kanton unternommen. Wir machen auch einiges, aber es gibt auch eine Tatsache in gewissen Bereichen. Wir sind verbunden mit anderen drei Kantonen, um zusammen weitere Fortschritte zu entwickeln.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Zaira Esposito und weitere beantragten die Überweisung als Anzug. Ein Antrag auf Überweisung als Motion wurde nicht gestellt. Darum wird die Motion als Anzug behandelt. Der Regierungsrat beantragt Nichtüberweisung. Wir kommen daher zur Abstimmung.

### **Abstimmung**

JA heisst die Überweisung des Anzugs, NEIN heisst nicht die Überweisung.

### **Ergebnis der Abstimmung**

**45 Ja, 44 Nein, 0 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0006440, 10.04.25 11:37:06]

### **Der Grosse Rat beschliesst**

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Sie haben sich für die Überweisung als Anzug entschieden mit 45 gegen 44 Stimmen.

## **59. Motion Joël Thüring betreffend Ausbildungsobligatorium – zur Erhöhung der Abschlussquote im Kanton Basel-Stadt, Stellungnahme des RR**

[10.04.25 11:37:20, 24.5333.02]

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen. Die Motionäre verlangen die Umsetzung der Motion innert eines Jahres. Das Wort hat Regierungsrat Mustafa Atici.

*RR Mustafa Atici, Vorsteher ED:* Gerne möchte ich ein paar Punkte aufführen, welche die Überlegungen des Regierungsrates zu diesem Vorstoss wiedergeben. Gleich zu Beginn möchte ich sagen, dass der Regierungsrat die inhaltlichen Ziele der Motion durchaus teilt. Wichtig ist jedoch, eine Erhöhung der Ausbildungsquote auf Sekundarstufe 2, wie es der Motionär anstrebt, wird nur mit einem ganzheitlichen stufenübergreifenden Ansatz erfolgreich sein. Es braucht dafür zielführende, konkrete Massnahmen, die hinsichtlich ihrer Wirkung, Kosten, Rechtsfolgen und weitere Folgen geprüft werden müssen. Wir möchten auch die bisherigen Erfahrungen in Genf und im Tessin näher untersuchen. Die seriöse Erarbeitung der dafür notwendigen Grundlagen ist innerhalb eines Jahres, wie in der Motion verlangt, nicht möglich. Dies ist auch einer der Hauptgründe, warum beantragt wird, die Motion als Anzug zu überweisen. Ein Anzug gibt dem Erziehungsdepartement die nötige Zeit, um die vielen Fragen, die mit einem Ausbildungsobligatorium verbunden sind, sorgfältig zu klären und dann dem Grossen Rat darüber zu berichten. Aus all diesen Gründen beantragen wir dem Grossen Rat, die Motion Thüring betreffend Ausbildungsobligatorium zur Erhöhung der Abschlussquote im Kanton Basel-Stadt als Anzug zu überweisen.



*Balz Herter, Grossratspräsident:* Erste Fraktionssprecherin ist Sandra Bothe-Wenk für die GLP.

*Sandra Bothe-Wenk (GLP):* Die Erhöhung der Abschlussquote auf Sekundarstufe 2 ist ein zentrales bildungs- und gesellschaftspolitisches Ziel. Alle jungen Menschen sollen unabhängig von ihren Startbedingungen eine tragfähige berufliche Perspektive erhalten. Dieses Ziel und die Sorge über den anhaltenden hohen Anteil Jugendlicher ohne Abschluss, junger Menschen ohne Abschluss im Kanton Basel-Stadt teilen wir Grünliberalen vollumfänglich. Die Folgen sind gravierend für die jungen Menschen selbst, auch für die Gesellschaft und Wirtschaft.

Die Forderung nach einem Ausbildungsobligatorium bis 18 ist Ausdruck eines berechtigten Handlungswillens. Umso wichtiger ist es nun, nachhaltige Schlüsse aus der Antwort der Regierung zu ziehen, wirksam und langfristig tragfähig. Trotz grosser Sympathie für das Anliegen sprechen wir uns für eine Überweisung als Anzug aus. Ich begründe dies wie folgt:

Die Regierung verweist auf eine breite Palette bestehender Massnahmen und Gefässe entlang der Schul- und Berufslaufbahn, in die ein Obligatorium eingebettet werden könnte. Diese Strukturen sind zentral und in vielen Fällen wirksam. Dennoch reichen sie bisher nicht aus, um alle Jugendlichen erfolgreich zum Abschluss zu führen. Bevor ein Obligatorium auf diese Angebote abstützt, braucht es eine fundierte Analyse. Wo stossen die bestehenden Gefässe an ihre Grenzen und warum? Wir müssen wissen, wo sie funktionieren, wo sie scheitern und für wen. Die GLP begrüsst, dass das ED mit seinem Projekt LiB eine stufenübergreifende Gesamtstrategie entwickelt. Sie setzt am richtigen Punkt an bei der Passung der Angebote zu den Voraussetzungen der Jugendlichen und den Ursachen für Dropouts und Lehrabbrüche.

Gleichzeitig wissen wir, ein Obligatorium allein schafft noch keine Motivation und keine Ausbildungsreife. Führt man diese Argumente zusammen, kommen wir Grünliberalen zum Schluss, dass eine formale obligatorische weiterführende Ausbildungszeit nicht automatisch zu besseren Ergebnissen führt. Juristische Hürden, so anspruchsvoll sie sein mögen, sollten hingegen kein Hinderungsgrund sein, wenn ein Obligatorium zielführend ist. Wären allein diese formalen Anforderung der Grund für eine Ablehnung, hätte die GLP einer verbindlichen Überweisung zugestimmt. Ebenso kann man die Umsetzungsfrist verlängern. Für uns Grünliberale steht aber fest, es braucht ein koordiniertes und differenziertes Vorgehen, um eine tragfähige Lösung zu finden und die Abschlussquote tatsächlich langfristig wirksam zu erhöhen.

Aus unserer Sicht sollten unter anderem folgende Punkte zusätzlich weiterverfolgt werden. Zum Beispiel eine kritische Analyse der bestehenden Massnahmen und schulischen Schnittstellen, etwa mit Blick auf Jugendliche, die nach der obligatorischen Schulzeit ein Vollzeitpraktikum absolvieren, aber noch keine Lehrstelle haben oder erhalten. Sie werden nicht durch die Lehrstellenaufsicht begleitet und fallen womöglich durch das Raster. Gerade in Übergangsphasen braucht es eine Begleitung der jungen Menschen. Die Prüfung ergänzender Optionen, etwa eine Stichtagsverschiebung beim Schuleintritt oder ein freiwilliges 10. Schuljahr innerhalb der Volksschule.

Die Grünliberalen folgen der Empfehlung der Regierung. Wir sprechen uns für eine Überweisung als Anzug aus, damit das Anliegen sorgfältig geprüft und gezielt in die laufende Strategieentwicklung eingebettet werden kann. Wir bleiben offen für das Obligatorium, das möchte ich wirklich sagen, anhand der Strategie, die ja ausgearbeitet wird.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Für die LDP hat sich Catherine Alioth gemeldet.

*Catherine Alioth (LDP):* Die LDP unterstützt das Ziel der Motion, die Ausbildungsquote auf Sekundarstufe 2 entscheidend zu erhöhen. Es ist unbestritten, wir haben es gehört, die Abschlussquote in Basel-Stadt ist zu niedrig und muss dringend verbessert werden. Die Frage ist: Hilft eine Ausbildungspflicht wirklich? Hier bleiben wir skeptisch, ob die Einführung einer Ausbildungspflicht tatsächlich der richtige Ansatz ist, um den bestehenden Herausforderungen zu begegnen.

Angesichts der vielfältigen Faktoren, die die Ausbildungsentscheidung junger Menschen beeinflussen, haben wir erhebliche Zweifel, ob eine Pflichtlösung der Schlüssel zu einer nachhaltigen Erhöhung der Ausbildungsquote sein kann. Wir anerkennen jedoch, dass die Förderung der Berufsbildung ein zentraler Bestandteil unserer Bildungsstrategie ist und dass das ED bereits mit grossem Engagement an diesem Thema arbeitet. Die laufenden Initiativen zeigen bereits Resultate, die in die richtige Richtung gehen. Ein umfassendes Angebot an obligatorischen und freiwilligen Massnahmen ermöglicht es den Schülerinnen und Schülern, sich gezielt auf die Berufswahl vorzubereiten und ihre individuellen Stärken zu erkennen.

Es ist wichtig, nicht nur auf kurzfristige Lösungen zu setzen, sondern eine nachhaltige und umfassende Strategie zu entwickeln, die die Jugendlichen in ihrer beruflichen Entwicklung nachhaltig unterstützt. Indem wir das bestehende System stärken und auf die Bedürfnisse der Schülerinnen und Schüler eingehen, können wir langfristig positive Veränderungen bewirken und die Ausbildungsquote deutlich erhöhen. Ein wichtiger Aspekt ist, die Eigenverantwortung der Schülerinnen und



Schüler und deren Eltern zu stärken, um Jugendliche bestmöglich auf ihren beruflichen Weg vorzubereiten und damit einen erfolgreichen Eintritt in das Erwerbsleben zu ermöglichen.

Hier kann der Kanton seine Verantwortung wahrnehmen, indem er eine intensivere Begleitung als bisher anbietet. Das ist durchaus erkannt, denn das ED entwickelt im Rahmen des Projekts Laufbahnoptimierung im integrativen Bildungsmodell (LiB) eine stufenübergreifende Gesamtstrategie mit verschiedenen Massnahmen und Initiativen. Bis Ende 2025 soll sogar ein Ausbildungsobligatorium in diesem Rahmen geprüft werden.

Wir erachten diese Aktivitäten als Moment ausreichend und als zielführend, die Massnahmen zur Erhöhung der Abschlussquote dann im Rahmen der Gesamtstrategie zu beurteilen. Oberstes Ziel ist die Wirksamkeit der Massnahmen und um wirksam zu sein, braucht es Willen, die Zeit und eine Strategie. Alle drei sind vorhanden. Wir glauben nicht, dass es dazu eine Motion braucht und bitten Sie deshalb, das Geschäft abzuschreiben.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Nächste Fraktionssprecherin ist Brigitte Gysin.

*Brigitte Gysin (Mitte-EVP):* Nur ganz kurz, auch die Fraktion die Mitte/EVP möchte das Geschäft als Anzug Übermitteln.

Die Ausführungen von Catherine Alioth haben unterstrichen, warum eine Motion nicht angebracht ist. Das hat auch Sandra Bothe schon deutlich gemacht. Wir sind aber auch der Meinung, dass es als Anzug überwiesen und nicht abgeschrieben werden sollte, um auch gerade diese spezifische Idee auch im Rahmen der gesamten Abklärung bewusst weiterzuverfolgen und nicht aus den Augen zu verlieren.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Nächster Fraktionssprecher für die BastA ist Oliver Bolliger.

*Oliver Bolliger (BastA):* Wie Sie der Kreuztabelle entnehmen können, sind wir offen. Teile von uns möchten den Vorstoss als Anzug weiterbehandelt sehen und finden es in Ordnung auch, dass diese Frage des Ausbildungsobligatorium geprüft werden soll im Sinne eines Rechts auf Ausbildung. Ein anderer Teil, dazu gehöre auch ich, lehnt diese Motion auch nach Umwandlung in einen Anzug ab, auch das Ausbildungsobligatorium als Idee, weil wir davon ausgehen, dass dann immer auch die Möglichkeit besteht, repressiv damit umzugehen, und das möchte ich doch wirklich verhindern wollen, weil es natürlich bei der Sozialhilfe auch Menschen gibt und Jugendliche gibt, die zurzeit einfach nicht in der Lage sind, eine Ausbildung zu absolvieren, vielleicht auch nicht willens sind eine Ausbildung zu absolvieren, aus unterschiedlichen Gründen, auch vielleicht aus der sozialen Biografie hergeleitet. Und deswegen finde ich es ganz gefährlich, hier ein Ausbildungsobligatorium zu fordern.

Wenn dann jetzt trotzdem der Anzug so überwiesen wird, dann fände ich es sehr wichtig dem Regierungsrat auch diesen Aspekt mitzugeben, dass hier keine repressive Schiene aufgearbeitet werden kann und dann Jugendliche darunter leiden müssen, dass in ihrer schweren Situation, in der sie eh schon stecken, dann auch noch mit einem Ausbildungsobligatorium konfrontiert sind, was dazu führen wird, dass sie dann weniger Unterstützungsmassnahmen erhalten. Das ist sicher nicht der beste Ansatz.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Als Fraktionssprecherin für die SP hat sich Melanie Nussbaumer gemeldet.

*Melanie Nussbaumer (SP):* Auch wir in der SP-Fraktion unterstützen die Überweisung als Anzug.

Wir sind alle dafür, dass die Abschlussquote erhöht werden muss und auch von Regierungsrat Mustafa Atici haben wir jetzt schon mehrmals gehört, dass das ihm wirklich ein grosses Anliegen ist und deshalb ist das Vertrauen auch sehr gross, dass das wirklich angegangen wird.

Wir finden es nachvollziehbar, dass es eine Gesamtstrategie braucht, bei der auch weiterhin das Obligatorium ein Teil der Überlegungen sein darf. Das darf es auch weiterhin sein. Und hier finde ich die Überlegung von Oliver Bolliger auch wertvoll, dass das natürlich mitgedacht werden muss, was dann passiert, wenn Jugendliche trotzdem irgendwie eine Lehre abbrechen oder die Schule abbrechen. Dass hier nicht repressiv vorgegangen wird, ist für uns auch selbstverständlich.

Ich habe es auch gehört von Catherine Alioth, dass sie auch dafür ist, dass es eine intensivere Begleitung dieser Jugendlichen braucht und hier sind wir uns sicher auch sehr einig, dass das ganz wichtig ist in der Ausarbeitung der Massnahmen.



Dann will ich noch ganz kurz daran erinnern, dass wir etwa vor einem oder zwei Monaten einen anderen Anzug von mir stehengelassen haben, den wir schon vor zwei Jahren überwiesen haben, der eigentlich genau das gleiche gefordert hat respektive dieses Thema zum Thema gemacht hat, und es wäre also nichts als konsequent, wenn wir auch diesen Vorstoss einfach als Anzug überweisen in dem Sinne, dass es wirklich politisch unterstützt wird, wenn der Regierungsrat hier vorwärts macht und klar wird, wohin die Reise gehen muss.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Für die SVP hat das Wort Joël Thüring.

*Joël Thüring (SVP):* Ich danke für die Debatte. Ich habe gerade gestern zufälligerweise ein Video mit Regierungsrat Mustafa Atici gesehen, aufgenommen von der Roche. Sie mögen sich vielleicht erinnern, Sie haben dort ein Interview gegeben und Sie haben gesagt, Sie wollen, dass jeder in Basel-Stadt eine Ausbildung absolviert. Und ich habe das gestern Abend lustigerweise so zur Kenntnis genommen und dann an diese Debatte von heute Morgen gedacht und mir dann überlegt, was das jetzt für meine Motion und auch für den Antrag des Regierungsrates bedeutet, das als Anzug weiterbehandeln zu wollen. Tatsächlich habe ich nicht das Gefühl, dass wir mit einer Überweisung als Anzug nichtserreichen, da bin ich auch bei meinen Vorrednerinnen und Vorrednern. Ich habe einfach ein Bauchgefühl, dass, wenn wir es als Anzug weiterlaufen lassen und nicht als Motion wir zu wenig Druck aufsetzen. Hier habe ich anders als vielleicht Sandra Bothe, etwas weniger Vertrauen, dass das, was ausgeführt wird im Bericht des Regierungsrates dann tatsächlich dazu führen wird, dass sich diese Abschlussquote auch verbessert, dass mehr junge Menschen in unserem Kanton auch tatsächlich eine Ausbildung, wie es Regierungsrat Mustafa Atici ja auch wünscht, absolviert.

Wenn wir die Zahlen auf Seite 5 des Berichts anschauen, dann schleckt es keine Geiss weg, dass wir auf dem zweitletzten Platz sind und die Situation hat sich in den letzten Jahren eben auch nicht wesentlich verbessert. Es ist also keine neue Situation. Es ist auch kein neues Symptom, das wir hier bekämpfen wollen, sondern es ist eine langanhaltende schwierige Situation, die wir hier in diesem Kanton haben und der Regierungsrat, das Erziehungsdepartement hat schon seit Jahren quasi den Auftrag, weil sie sich ja auch selber das Ziel gegeben haben, die Abschlussquote zu erhöhen, hier Massnahmen zu ergreifen. Nun sind wir aus meiner Sicht an einem Punkt, wo wir feststellen müssen, dass diese Massnahmen einfach nicht ausgereicht haben.

Nun können wir mit gutem Glauben Regierungsrat Mustafa Atici vertrauen, dass er mit der Überweisung als Anzug das Geschäft trotzdem weiterhin so ernsthaft behandelt, dass sich die Abschlussquote oder die Situation verbessern wird, oder aber wir gehen einen Schritt weiter und wünschen uns vom Regierungsrat, dass er aufgrund der Zweitüberweisung dieser Motion rascher handeln muss, ein solches Ausbildungsbiligatorium einführen muss. Er muss ja dazu auch noch einmal an den Grossen Rat gelangen.

Die Bedenken, die auch Oliver Bolliger angeführt hat, müssen durchaus auch ernstgenommen werden, wie wir das, wenn wir ein solches Biligatorium hätten, in der konkreten Umsetzung dann auch bewerkstelligen wollen, dass auch die jungen Menschen mitgenommen werden, dass es nicht einen zu repressiven Charakter hat. Da sind wir selbstverständlich offen.

Wir glauben aber, es macht mehr Sinn, es jetzt als Motion weiter zu behandeln, um dem Regierungsrat hier auch wieder den Druck des Parlamentes zu übermitteln, dass wir wirklich wollen, dass sich diese Situation rasch stark verbessert. Ich glaube persönlich, dass der Anzug ein zu wenig starkes Mittel ist, auch wenn ich Vertrauen habe, dass der Regierungsrat vieles unternimmt, um es zu verbessern. Aber die letzten zehn Jahre zeigen einfach, dass das alles viel zu wenig war.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Als Einzelsprecher hat sich Daniel Seiler gemeldet.

*Daniel Seiler (FDP):* Ich Blicke jetzt auf zehn Jahre Mitgliedschaft in der Schulkommission der Gewerbeschule zurück und die letzten sechs Jahre als Präsident, und ich glaube, da bin ich in diesem Fall eher bei Oliver Bolliger. Mit Zwang und Druck werden wir in diesem Bereich also wirklich nichts erreichen. Da müssen wir wirklich aufpassen, dass es am Schluss nicht dazu führt, dass es noch viel mehr Abbrüche gibt, als wir eigentlich heute schon haben.

Die FDP ist offen. Ich bin eher für Abschreiben, aber wie Regierungsrat Mustafa Atici ausgeführt hat, kann er auch mit einem Anzug leben.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Joël Thüring beantragt die Überweisung als Motion. Wir kommen daher zu einer Eventualabstimmung.



### Abstimmung

JA heisst Weiterbehandlung als Anzug, NEIN heisst Weiterbehandlung als Motion.

### Ergebnis der Abstimmung

**79 Ja, 13 Nein, 0 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0006442, 10.04.25 11:57:12]

### Der Grosse Rat beschliesst

Weiterbehandlung als Anzug

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Sie haben sich mit 79 gegen 13 Stimmen für die Weiterbehandlung als Anzug entschieden. Catherine Alioth beantragt die Nichtüberweisung. Auch hierüber stimmen wir ab.

### Abstimmung

JA heisst Überweisung als Anzug, NEIN heisst Nichtüberweisung.

### Ergebnis der Abstimmung

**64 Ja, 27 Nein, 0 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0006444, 10.04.25 11:57:54]

### Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Sie haben sich für die Überweisung als Anzug entschieden mit 64 gegen 27 Stimmen.

Wir schliessen für heute Morgen. Heute Nachmittag stelle ich den Antrag beziehungsweise habe ich entschieden, dass die Sitzung abgesagt wird. Wir haben nur noch etwa Material für eine Stunde und daher lohnt es sich wahrscheinlich nicht, dass Sie nochmals kommen. Gibt es hier einen Gegenantrag oder ist das in Ordnung so? Tonja Zürcher stellt einen Gegenantrag.

*Tonja Zürcher (BastA):* Ich kann sehr gut verstehen, dass Sie einen freien oder einen Büronachmittag haben möchten. Ich wünsche mir das auch. Aber es gibt ein Geschäft, das Budgetpostulat für Plankton, und es macht schon etwas aus, wenn man dann irgendwann Mitte Jahr einmal erfährt, ob man das Geld bekommt oder nicht. Deshalb fände ich es toll, wenn wir heute Nachmittag diese Stunde noch machen könnten, dann haben wir auch eine grössere Sicherheit, dass wir dann nächsten Monat keine Nachtsitzung machen müssen.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Oliver Thommen möchte sich auch dazu melden.

*Oliver Thommen (GRÜNE/jgb):* Ich wollte das gleiche sagen, wir sollten eine Sitzung machen heute Nachmittag und eher im Mai, wenn der ESC ist, weniger Sitzungen durchführen.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Dann stimmen wir darüber ab.



*Balz Herter, Grossratspräsident:* Sie möchten anscheinend keinen freien Nachmittag. Es gibt 53 Stimmen für die Durchführung heute Nachmittag. Dann sehen wir uns um 15 Uhr wieder hier.

### **Abstimmung**

JA heisst Durchführung der Nachmittagssitzung, NEIN heisst Absagen.

### **Ergebnis der Abstimmung**

**53 Ja, 30 Nein, 7 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0006446, ]

### **Der Grosse Rat beschliesst**

die Nachmittagssitzung durchzuführen.

### **Schluss der 11. Sitzung**

12:01 Uhr



# Protokoll

der 12. Sitzung, Amtsjahr 2025 / 2026

Donnerstag, den 10. April 2025, um 15:00 Uhr

**Vorsitz:**

**Protokoll:**

*Beat Flury, I. Ratssekretär  
Sabine Canton, II. Ratssekretärin  
Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung*

**Abwesende:**

*Annina von Falkenstein (LDP), David Jenny (FDP), Tobias Christ (GLP), Lea Wirz (GP), Beda Baumgartner (SP), Georg Mattmüller (SP), Heidi Mück (BastA), Nicola Goepfert (BastA).*

## Verhandlungsgegenstände:

60.	Motion Nicole Kuster und Konsorten betreffend Unterstützung der Schulen und der Lehrpersonen bei der Anwendung von KI-Systemen in der Bildung, Stellungnahme des RR.....	3
61.	Motion Beat Braun und Konsorten betreffend Prävention in der Schule: häusliche Gewalt, Stellungnahme des RR.....	5
62.	Anzug Michela Seggiani und Konsorten betreffend Praxisbezug im Lehrkörper der FHNW, Schreiben des RR.....	5
63.	Anzug Christine Keller und Konsorten betreffend Lehrstuhl für Palliative Care an der Medizinischen Fakultät der Universität Basel.....	6
64.	Anzug Annina von Falkenstein und Konsorten betreffend Nachholbildungsmöglichkeiten bei Defiziten in den Grundkompetenzen Lesen, Schreiben und Rechnen, Schreiben des RR.....	8
64.1.	Anzug Sandra Bothe und Konsorten betreffend fit durch Weiterbildung auf dem Arbeitsmarkt, Schreiben des RR.....	8
65.	Budgetpostulat 2025 Tonja Zürcher betreffend Präsidialdepartement, 3500 Kantons- und Stadtentwicklung, 36 Transferaufwand (plankton), Schreiben des RR.....	8
66.	Motion Catherine Alioth und Konsorten betreffend Einrichtung einer öffentlichen Bibliothek für die Quartiere Kleinhüningen und Klybeck, Stellungnahme des RR.....	11
67.	Motion Christine Keller und Konsorten betreffend Einführung einer Schlichtung bei Gesuchen gemäss dem Öffentlichkeitsprinzip, Stellungnahme des RR.....	14
68.	Anzug Franz-Xaver Leonhardt und Konsorten betreffend negative CO2-Emissionen Zertifikate zur Kompensation von Treibhausgasen, Schreiben des RR.....	18
69.	Interpellation Nr. 18 Eric Weber betreffend würde die Basler Regierung den Botschafter von Belarus empfangen?, Schreiben des RR.....	18
70.	Motion Oliver Thommen und Konsorten für ein Grundrecht der digitalen Integrität, Stellungnahme des RR.....	18
71.	Motion Heidi Mück und Konsorten betreffend Vision Zero in der Basler Verkehrsplanung, Stellungnahme des RR.....	19
72.	Anzug Melanie Eberhard und Konsorten betreffend kostenlose Betriebs- und Verlustscheinregisterauszüge für Sozial- und Schuldenberatungsstellen, Schreiben des RR.....	25
73.	Interpellation Nr. 23 Jessica Brandenburger betreffend Chemische Unterwerfung: Ausprägung, Massnahmen, Sensibilisierung und Opferschutz, Schreiben des RR.....	27
74.	Interpellation Nr. 24 Julia Baumgartner betreffend Einführung Lernprogramme für Sexualstraftäter, Schreiben des RR.....	27
75.	Interpellation Nr. 16 Lukas Faesch betreffend Schadstoffsanierung Rosental Mitte, Schreiben des RR ...	28





## Beginn der 12. Sitzung

Donnerstag, 10. April 2025, 15:02 Uhr

### 60. Motion Nicole Kuster und Konsorten betreffend Unterstützung der Schulen und der Lehrpersonen bei der Anwendung von KI-Systemen in der Bildung, Stellungnahme des RR

[10.04.25 15:02:46, 24.5398.02]

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich teilweise zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen.

Regierungsrat Mustafa Atici hat das Wort.

*RR Mustafa Atici, Vorsteher ED:* Das Thema KI ist aktuell in aller Munde. Die Auswirkungen dieser Systeme auf die verschiedenen Bereiche unseres Lebens werden breit diskutiert. Diese Diskussion macht auch keinen Halt vor unseren Schulen und ist Gegenstand des vorliegenden Vorstosses.

Lassen Sie mich zu Beginn gleich ganz kurz auf die rechtliche Einschätzung zu der vorliegenden Motion eingehen. Der Regierungsrat merkt bereits in seiner Stellungnahme an, dass die Motion nur in Teilen zulässig ist. Gerade die Forderung nach KI-Aus- und Weiterbildungsmodulen für die Lehrpersonen sowie die Forderungen nach konkreten Modulen zum Thema KI in der Ausbildung an der Pädagogischen Hochschule der Fachhochschule Nordwestschweiz ist rechtlich nicht zulässig, da diese nicht vollständig im Kompetenzbereich des Grossen Rates liegen. Lassen Sie mich Ihnen jedoch sagen, die Auseinandersetzung mit den Chancen und Risiken der KI für den Bildungsbereich ist bereits heute Teil der Ausbildung an der Fachhochschule PH FHNW und der Weiterbildung der Lehrpersonen im Kanton. Des Weiteren bestehen für die Schulen der Sekundarstufe 1 und Sekundarstufe 2 zudem FAQ zum Umgang mit KI, welche an die Lehrpersonen und Schulleitungen adressiert sind. Grundsätzlich soll an den Schulen des Kantons Basel-Stadt kein Verbot von KI-Anwendungen ausgesprochen werden, sondern der sinnvolle kritische und praxisnahe Umgang mit derartigen Systemen gelernt werden.

Gerne möchte ich nun konkret auf die Forderungen der Motion eingehen.

Zur Aus- und Weiterbildung der Lehrpersonen. Die Stellungnahme des Regierungsrates zeigt klar auf, dass das Thema KI bereits heute mit einer Vielzahl von Modulen, Veranstaltungen und Beratungen Teil der Weiterbildung der Lehrpersonen durch das pädagogische Zentrum Basel-Stadt ist. Dies gilt ebenso für die Ausbildung an der PH der FHNW, wo die angehenden Lehrpersonen direkt oder indirekt mit dem Thema KI im Bildungsbereich zu tun bekommen.

Zur Forderung nach der Einführung von KI-Systemen an den Basler Schulen. Aktuell läuft im Erziehungsdepartement ein Projekt zum Thema Nutzung von KI-Systemen an den Basler Schulen. Ziel dieses Projekts ist es, einerseits eine allgemeine KI-Governance für das Erziehungsdepartement zu schaffen, und andererseits den datenschutzkonformen Einsatz von Microsoft Copilot als KI-Anwendung an den Schulen zu etablieren. Im Rahmen dieses Projekts müssen eine ganze Reihe von rechtlichen Fragen und andere Herausforderungen geklärt werden, zum Beispiel Datenschutzfragen, Fragen nach den urheberrechtlichen Anforderungen, usw. Das Lernen eines altersgerechten und sinnvollen Einsatzes von KI-Anwendungen soll an Schulen im Kanton Basel-Stadt im Unterricht integriert und gefördert werden, da KI für alle Aspekte unserer Gesellschaft immer wichtiger wird. Aus dieser Sicht ist es sinnvoll, dass an den Schulen des Kantons Basel-Stadt Microsoft Copilot als geprüfte und primäre KI-Anwendung zur Verfügung gestellt werden soll. So werden die Schülerinnen und Schüler an einer Anwendung geschult, welche sich später im Verlauf ihres weiteren Bildungs- und Berufslebens auch direkt wiederfinden wird.

Unsere Ausführungen zeigen, dass der Regierungsrat die Wichtigkeit des Themas KI und deren Anwendungen im schulischen Kontext erkannt hat und ein laufender Prozess stattfindet, um einen rechtskonformen sowie praxisorientierten Umgang mit KI an den Basler Schulen zu gewährleisten. Aus diesem Grund beantragt der Regierungsrat, die vorliegende Motion als Anzug zu überweisen. Der Regierungsrat wird im Rahmen der Beantwortung eines Anzuges über den Fortschritt der diversen laufenden Arbeiten zu diesem Thema und über allfällige weitere anzustrebende Massnahmen wieder berichten.



*Gianna Hablützel-Bürki (SVP):* Nächste Sprecherin ist Catherine Alioth für die Fraktion LDP.

*Catherine Alioth (LDP):* Die LDP-Fraktion will für die Unterstützung der Schulen und der Lehrpersonen bei der Anwendung von KI-Systemen an der Motion festhalten. Wir haben es soeben gehört, das Thema KI kann nicht ignoriert werden. Es erfordert unsere volle Aufmerksamkeit und muss proaktiv angegangen werden. Die technologischen Entwicklungen und Errungenschaften im Bereich KI schreiten in einem beeindruckenden Tempo voran und es ist unerlässlich, dass wir uns aktiv mit diesen Veränderungen auseinandersetzen. Ich möchte das grosse Ganze der Motion betrachten und nicht auf die einzelnen Forderungen eingehen, die gemäss Stellungnahme des Regierungsrates nicht alle rechtlich zulässig sind.

Damit aber alle wichtigen Punkte um die Bereitstellung von KI-Systemen für alle Schulstufen zusammengebracht werden können, ist ein umfassendes Gesamtkonzept unerlässlich. Das Projekt «Nutzung von KI-Systemen an Basler Schulen», das aktuell im ED läuft, liefert dabei wichtige Erkenntnisse. Die Schule darf nicht riskieren, die Deutungshoheit darüber zu verlieren, wie Lernen gestaltet werden soll. KI kann die Lehrtätigkeit bereichern und ergänzen. Die Lehrpersonen und die Pädagogische Hochschulen müssen gemeinsam herausfinden, wie KI sinnvoll und zielführend eingesetzt werden kann und die Behörden stellen eine fortlaufende Aus- und Weiterbildung von allen Lehrpersonen im Bereich KI sowie fachkundige Unterstützung, wie pädagogischer ICT-Support, vor Ort sicher. Ein Gesamtkonzept heisst auch, dass man sich überlegen muss, welche Lizenzen für Software gekauft werden müssen.

Wenn ich den «Chrüzlistich» anschau, stehen wir allein mit einer Motion da. Dennoch ist es mir wichtig, hier nochmals zu betonen, dass sich KI rasant schnell weiterentwickelt und es wichtig ist, das Thema verbindlich und rasch anzugehen. Mit einem Anzug verlieren wir wichtige Zeit. Ich bitte Sie deshalb, diese Motion ein zweites Mal als Motion zu überweisen.

*Gianna Hablützel-Bürki (SVP):* Nächste Sprecherin für die Fraktion SP ist Sasha Mazzotti.

*Sasha Mazzotti (SP):* Wie halten Sie es mit KI? Haben Sie Ihre Voten schon damit geschrieben? Ich gestehe, meine Voten entstehen beim Velofahren und seit ich das Diktat-App entdeckt habe, verbinde ich mich via Kopfhörer, radle und rede und es schreibt. Ich bin begeistert von der neuen Technologie, aber eigentlich ist es einfach eine Erleichterung eines analogen Denkprozesses. Allerdings, für dieses Votum habe ich beim letzten Teil auf KI mich gestützt.

Aus der Antwort des Regierungsrats habe ich nur einzelne Punkte herausgepickt, aus aktuellem Anlass. Tatsächlich müsste für den sicheren Einsatz von Microsoft Copilot die Enterprise-Variante verwendet werden und nicht eine freie Webversion. Allerdings, vor dem Hintergrund der klaren und kritischen Haltung der Datenschutzbeauftragten des Kantons Basel-Stadt zur flächendeckenden Einführung von Microsoft 365 in der kantonalen Verwaltung, ist der Einsatz von Microsoft Copilot an Basler Schulen datenschutzrechtlich und politisch sehr heikel. Ihre Einschätzung lässt sich wie folgt für den Bildungsbereich einordnen: Die Bedenken zur digitalen Souveränität gelten 1:1 auch für Schulen. Schulen verarbeiten personenbezogene Daten von Minderjährigen und das ist eine besonders schützenswerte Kategorie.

Eine wirkliche Datensouveränität oder unabhängige Kontrolle über die Datenverarbeitung ist also nicht gewährleistet. Bereits vor dem Digitalisierungs-Ratschlag für Basler Schulen von 2018 wurde eine hybride Strategie für die Schulen gefahren. Office 365 kommt zwar zum Einsatz, gleichzeitig werden mit ILIAS und AI Cloud, für uns an den Schulen eduBS Cloud, etc., auch Open Source-Tools und sichere lokal gehostet Datenablagen zur Verfügung gestellt. Diese vorausschauende Strategie mit dem bewussten Einsatz von Open Source müsste vor dem aktuellen Hintergrund weiter vorangetrieben und gestärkt werden.

Und nun kommt KI in meinem Votum zum Einsatz. Ich bin über Punkt 2.1.3 im letzten Abschnitt gestolpert. Ich zitiere: Zudem fallen mit jeder weiteren KI-Anwendung, die flächendeckend eingeführt werden soll, neue Lizenzgebühren an, die aktuell nicht im Budget des Erziehungsdepartements eingeplant sind. KI schreibt dazu, dass diese Aussage falsch ist. Und schreibt weiter, es gibt einige kostenlose KI-Tools für Schulen, die DSGVO-konform sind und für den Unterricht genutzt werden können. Erstens, fobizz KI-Tools, diese Plattform bietet DSGVO-konforme KI-gestützte Werkzeuge für Lehrpersonen und Schülerinnen und Schüler. SchulKI, eine speziell für Schulen entwickelte ChatGPT-Variante, die datensparsam arbeitet und keine Registrierung von Schüler\*innen erfordert. KI spuckte auch noch weitere Vorschläge aus, aber für die Basler Schulen wären besonders fobizz, wenn man das so ausspricht, oder SchulKI empfehlenswert. Beide sind DSGVO-konform und arbeiten und speziell für den Bildungsbereich wurden sie entwickelt. Da fallen keine Lizenzgebühren an.

Nun was soll ich sagen? Ich erwarte vom ED eine fundierte und korrekte Antwort. Eine Antwort im Interesse der Schulen, Lehrpersonen und Schüler\*innen und nicht eine mit dem Schlag mich Tod-Argument Lizenzgebühren, die erst noch nicht stimmt. Liebe Verantwortliche der Verwaltung am ED, wir formulieren Vorstösse nicht zur Arbeitsbeschaffung und nicht aus Spass, sondern weil wir einen Missstand sehen und auf ein wichtiges Thema hinweisen wollen. Ich bin überzeugt, dass es bedeutend weniger Vorstösse gäbe, wenn Sie als Verwaltung nicht nur das Geld und das Schulwesen verwalten, sondern



sich proaktiv Gedanken machen, Konzepte entwickeln und am Puls der Zeit im Sinne der Weiterentwicklung und Verbesserung der Schulen auch handeln würden.

Die SP ist für Anzug, das entnehmen Sie dem «Chrüzlistich» und erwartet, dass es trotz der Frist, die da gegeben ist, mit einer Ernsthaftigkeit und auch zügig behandelt wird.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Catherine Alioth beantragt Überweisung als Motion.

Wir stimmen darüber ab, ob es als Anzug oder Motion weiterbehandelt wird.

### **Abstimmung**

JA heisst Weiterbehandlung als Anzug, NEIN heisst Weiterbehandlung als Motion.

### **Ergebnis der Abstimmung**

**73 Ja, 12 Nein, 0 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0006449, 10.04.25 15:16:20]

### **Der Grosse Rat beschliesst**

Weiterbehandlung als Anzug und stillschweigende Überweisung an den Regierungsrat.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Sie haben sich für die Weiterbehandlung als Anzug entschieden mit 73 Ja-Stimmen gegen 12 Nein-Stimmen.

## **61. Motion Beat Braun und Konsorten betreffend Prävention in der Schule: häusliche Gewalt, Stellungnahme des RR**

[10.04.25 15:16:32, 24.5302.02]

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum.

Es liegen keine Wortmeldung vor. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

### **Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, die Motion in einen Anzug umzuwandeln und den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

## **62. Anzug Michela Seggiani und Konsorten betreffend Praxisbezug im Lehrkörper der FHNW, Schreiben des RR**

[10.04.25 15:17:07, 21.5318.04]

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

### **Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, den Anzug als erledigt abzuschreiben.



### **63. Anzug Christine Keller und Konsorten betreffend Lehrstuhl für Palliative Care an der Medizinischen Fakultät der Universität Basel**

[10.04.25 15:17:30, 24.5065.02]

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Mustafa Atici wünscht das Wort.

*RR Mustafa Atici, Vorsteher ED:* Wir stellen in der Anzugsbeantwortung die Situation der Palliativ Care an der Universität Basel im gesamtschweizerischen Kontext dar und wir zeigen auf, welche Rolle das Thema in der medizinischen Ausbildung heute spielt. Palliative Care ist sowohl in der Weiterbildung wie auch in der Lehre und Forschung fest verankert und wird an der Universität Basel fortlaufend weiterentwickelt.

Was der Anzug fordert, können wir nicht in der beantragten Weise einlösen. Die Universität ist im Rahmen der Globalbeiträge autonom. Sie priorisiert Lehre und Forschung unabhängig und entwickelt sie eigenständig weiter. Die Schaffung von Stiftungsprofessuren ist eine Möglichkeit, mit denen die Universität sich neue Forschungsgebiete erschliessen und bestehende ausbauen kann. Diesbezüglich war die Universität bereits in der Vergangenheit erfolgreich.

Selbstverständlich begrüsst der Regierungsrat solche Kollaborationen, aber er kann sie nicht initiieren. Wenn der Entwicklungs- und Strukturplan der Medizinischen Fakultät eine Stärkung der Palliative Care vorsieht, dann kann ich dieses Ziel als Mitglied des Universitätsrates aus dem strategischen Steuerungsgremium der Universität unterstützen und das würde ich selbstverständlich auch tun.

Wie bitten Sie deshalb, den Anzug abzuschreiben.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Das Wort für die SP hat Christine Keller.

*Christine Keller (SP):* Ich habe die Ehre, auch für die Fraktionen BastA und Grüne zu sprechen, nicht nur für die SP. Ich habe jetzt das letzte, was Herr Mustafa Atici gesagt hat, natürlich mit Freude gehört, dass er sich einsetzen will, aber umso mehr finde ich es sinnlos, jetzt diesen Anzug abzuschreiben, weil ja das dann genau das gegenteilige Signal ertönen lässt, dass der Grosse Rat dieses Anliegen nicht unterstützt.

Es geht hier, um noch auf die Antwort der Regierung einzugehen, schriftlich natürlich, nicht darum, der Universität vorzuschreiben, welche strukturellen Professuren sie einrichten soll. Das können wir nicht, das wissen wir und das haben wir auch nicht verlangt. Aber die Bedeutung einer Disziplin in der Medizin zeigt sich schon auch daran, ob dafür eben eine strukturelle Professur, also nicht einfach eine Titel-Professur, wie sie hier in einem Fall vergeben worden ist, vorgesehen ist. An der Medizinischen Fakultät, um nur Beispiele zu nennen, gibt es Professuren für Social Robotics, Radiopharmazeutischen Chemie, Tissue Engineering, fragen Sie mich nicht, was das ist, oder Materialwissenschaft.

Mir liegt die Palliative Care wirklich sehr am Herzen. Es ist ein Thema, das uns alle betreffen kann und dass viele von uns, auch schon Ihre Angehörigen, davon profitieren durften. Es ist die Möglichkeit, den letzten Lebensabschnitt in Würde und schmerzfrei verbringen zu dürfen. Dies als Alternative zum Ansatz vielleicht eines Freitodes, und das ist auch das Recht jeder Person, sich für diesen Weg zu entscheiden, aber es ist meine Überzeugung, dass wir dafür einstehen müssen, dass dies nicht nötig ist, dass jeder ohne Schmerz und in Würde gehen kann. Ich habe ja die Ehre, für ein solches Institut freiwillig auch Arbeit leisten zu dürfen, eine sehr bereichernde Erfahrung und ich bin unendlich dankbar diesen Menschen.

Und da ist es eben ein Zeichen von Anerkennung, dass man dieser Palliative Care nicht nur den Institutionen, sondern auch der Profession eine strukturelle Professur gibt und es darf auch nicht sein, dass man einfach sagt, ja, Palliative Care ist interdisziplinär. Natürlich ist es das, aber bitte, welches Fach in der Medizin, das wissen diejenigen hier im Raum besser als ich, die medizinisch gebildet sind, welches Fach in der Medizin ist denn wohl nicht interdisziplinär. Also interdisziplinär und interprofessionelle Zusammenarbeit braucht es überall in der Medizin und um die Forschung und Lehre im Bereich Palliative Care sicherzustellen, ist die Medizinische Fakultät auf externe Fachleute angewiesen. Wenn diese Basel verlassen oder die Person, die jetzt die Titularprofessur hat, pensioniert wird, ist plötzlich niemand mehr für den Bereich Palliative Care zuständig.



Mit der Strategie Palliative Care hat der Kanton klar gemacht, dass er das als wichtig erachtet, als für eine qualitativ hochstehende Gesundheitsversorgung und darum wäre jetzt der richtige Moment, ein Signal zu senden an die Medizinische Fakultät, dass der Kanton eine solche Professur als wünschenswert erachtet und was ich höre, sind da durchaus offene Türen vorhanden. Das tun wir aber sicher nicht, indem wir diesen Anzug heute abschreiben. Es geht, wie gesagt, um eine Stiftungsprofessur, ein wichtiger erster Schritt, die dann später in eine ordentliche Professur überführt werden könnte, und sollte der Kanton, das wäre dann der zweite Schritt, einen Teil der notwendigen Finanzierung übernehmen, wäre es natürlich einfacher, weitere Stiftungen oder Mäzene zu finden.

Also wenn Sie wie ich auch davon überzeugt sind, dass die Medizinische Fakultät eine Professur für Palliative Care braucht, dann bitte ich Sie wirklich, diesen Anzug stehen zu lassen. Wir überlegen uns auch ein Budgetpostulat dann zu gegebener Zeit. Ich danke Ihnen wirklich herzlich für die Zustimmung.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Nächster Fraktionssprecher für die LDP ist Raoul Furlano.

*Raoul I. Furlano (LDP):* Danke vielmals der Vorrednerin Christine Keller für die Ausführungen und auch die Untermauerung der Wichtigkeit von so einer Palliative Care-Medizin, hinter der ich voll und ganz stehen kann. Der Weg aber dazu, dass man das mit einem Anzug quasi als Symbolpolitik betreibt, finde ich falsch, und zwar werde ich die Argumente bringen, wieso ich das falsch finde.

Einerseits müssen wir in der Palliative Care, wie Sie es richtig gesagt haben, aus der Praxis herauskommen. Ein Lehrstuhl allein, der Professor, der Titularprofessor oben geht nicht Palliative Care machen und zu Hause. Der doziert die vielleicht und die werden schon doziert, das ist einfach so. Ich bin Mitglied der Medizinischen Fakultät und ich kann Ihnen versichern, dass wir da massiv ein Auge darauf haben und dass man das aber staatlich, und dann wirklich staatlich dann auch noch subventioniert am Schluss, weil am Schluss geht es ja auf das hinaus, man macht vielleicht eine Stiftungsprofessur und irgendwann muss man die dann auch zahlen können und wer zahlt sie dann wieder, der Staat. Und das ist nicht die Aufgabe des Staates, das ist die Aufgabe der Universität und der Uni in ihrem Hoheitsrecht reinzureden, finden wir als Liberale völlig den falschen Weg. Aber abgesehen davon, ganz richtig, die Bedeutung von Palliative Care ist enorm und ist wichtig, wird aber auch schon gelebt.

Über die Subventionierung habe ich jetzt das Argument schon gesagt. Dann muss ich auch ganz ehrlich sagen, die Kosten-Nutzenverhältnisse von solchen Lehrstühlen, die muss man auch einmal anschauen, was so ein Lehrstuhl überhaupt bringt. Kosten-Nutzen heisst ganz klar, was nützt denn so ein Lehrstuhl, wie viele Studenten profitieren davon, gibt es Forschungsprojekte, wäre das realistisch. Ohne klare Wirkungsanalyse wirkt der Anzug für mich wirklich, das, was ich am Anfang gesagt habe, viel mehr symbolisch als wirklich strategisch. Liberal denkend setzt man auf Effizienz und Wirkungsmessung und das ist hier von unseren Augen her nicht berichtet.

Und dann, wenn sich die Politik anfängt nach den Bedürfnissen einer Universität zu richten und ganz speziell noch von einer Medizinischen Fakultät, dann gute Nacht miteinander. Also wir merken ja, Sie haben ja auch gesagt, Sie haben keine Ahnung, was Tissue Engineering ist, das ist etwas vom Wichtigsten überhaupt, ich erkläre Ihnen das gerne nachher. Aber dann könnte ja einer kommen und sagen, wir wollen noch mehr Stiftungsprofessuren für Tissue Engineering. Komisch.

Die LDP ist für Abschreiben.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Herr Furlano, es gibt eine Zwischenfrage von Frau Schäfer. Sie wird entgegengenommen.

*Maria Ioana Schäfer (SP):* Sie haben ja gesagt, dass ein Lehrstuhl zu hinterfragen ist, auch die Wichtigkeit und ob es das überhaupt so braucht. Wo ist die Linie? Weil wir haben ja verschiedene Lehrstellen an der Medizin, wo findet die Linie statt, dass genau bei der Palliative Care das eben nicht wichtig ist?

*Raoul I. Furlano (LDP):* Da muss ich korrigieren, ich habe nicht gesagt, dass das nicht wichtig ist. Ich habe gesagt, das ist nicht der Weg, wie man so einen Lehrstuhl macht über die Politik. Die Wichtigkeit ist unbestritten, aber den Weg über eine Politik zu gehen, in eine Uni reinzureden, das ist für uns der falsche Weg. Aber das habe ich nicht gesagt, es ist wichtig.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Wir kommen zur Abstimmung.



### **Abstimmung**

JA heisst Abschreiben, NEIN heisst Stehenlassen.

### **Ergebnis der Abstimmung**

**45 Ja, 39 Nein, 2 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0006453, 10.04.25 15:28:36]

### **Der Grosse Rat beschliesst**

den Anzug als erledigt abzuschreiben.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Sie haben sich für Abschreiben entschieden mit 45 Ja-Stimmen gegen 39 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen.

## **64. Anzug Annina von Falkenstein und Konsorten betreffend Nachholbildungsmöglichkeiten bei Defiziten in den Grundkompetenzen Lesen, Schreiben und Rechnen, Schreiben des RR**

[10.04.25 15:28:45, 21.5220.03]

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat beantragt, die Anzüge als erledigt abzuschreiben.

Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

### **Der Grosse Rat beschliesst**

den Anzug als erledigt abzuschreiben.

## **64.1. Anzug Sandra Bothe und Konsorten betreffend fit durch Weiterbildung auf dem Arbeitsmarkt, Schreiben des RR**

[10.04.25 15:29:24, 21.5299.03]

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Es liegen keine Wortmeldungen vor. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

### **Der Grosse Rat beschliesst**

den Anzug als erledigt abzuschreiben.

## **65. Budgetpostulat 2025 Tonja Zürcher betreffend Präsidialdepartement, 3500 Kantons- und Stadtentwicklung, 36 Transferaufwand (plankton), Schreiben des RR**

[10.04.25 15:29:32, 24.5539.02]

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat beantragt, das Budgetpostulat ganz zu erfüllen und zusätzlich einen Betrag von 35'000 Franken ins Budget 2025 einzustellen.



Regierungsrat Conradin Cramer wünscht das Wort.

*Regierungspräsident Conradin Cramer:* Der Regierungsrat anerkennt den wertvollen Beitrag des Projekts «plankton» für den Klimaschutz und für die Biodiversität. Aus diesem Grund hat er das Projekt bereits 2022 bis 2024 in der Pilotphase als Schwerpunktprojekt über den Swisslos-Fonds unterstützt. Heute ist der Regierungsrat bereit, das Budgetpostulat zu erfüllen.

Der Verein plankton leistet mit seiner Arbeit einen wertvollen Beitrag zu den Zielen der Ernährungsstrategie, das Angebot an regionalen und nachhaltigen Produkten im Kanton zu erhöhen sowie die Bevölkerung über eine genussvolle, gesunde und nachhaltige Ernährung zu informieren.

Der Regierungsrat beantragt daher, im Budget 2025 des Präsidentsdepartements zusätzlich diese 35'000 Franken einzustellen. Mit der Gewährung dieses Beitrags unterstützt er plankton darin, das niederschwellige Vermittlungs- und Sensibilisierungsangebot im Jahr 2025 fortführen zu können.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Erste Fraktionssprecherin für die BastA ist Tonja Zürcher.

*Tonja Zürcher (BastA):* Ich möchte mich hier ganz herzlich dafür bedanken, dass der Regierungsrat bereit ist, dieses Budgetpostulat umzusetzen und sich ja auch schon beim Vorgezogenen Budgetpostulat bereit erklärt hat, das entgegenzunehmen.

Die Argumente, weshalb das wichtig ist, hat der Regierungspräsident bereits gesagt. Es ist ein niederschwelliges Angebot und was ich ganz fest noch betonen möchte, es ist auch ein sehr praktisches Sensibilisierungsangebot. Es geht nicht um irgendwelche Broschüren oder Plakate oder irgend so was, die Idee ist, dass die Menschen aufs Feld gehen, sich wirklich die Hände schmutzig machen und erfahren, was Landwirtschaft heisst, inklusive Rückenschmerzen nach ein, zwei Stunden ernten, usw. Wir alle, die sich das nicht gewohnt sind, merken sehr schnell, wie anstrengend das ist und eben auch, wie wertvoll das geerntete Gemüse und die landwirtschaftlichen Produkte generell sind.

Ich denke, es ist bereits ein bisschen in diese Richtung vorgearbeitet worden oder ich hoffe es zumindest. Ich hoffe auch, wenn das heute jetzt überwiesen wird, so beschlossen wird, dass dann auch eine Vereinbarung mit dem Verein plankton für die folgenden Jahre gemacht wird, also dass wir das nicht immer über das Parlament dann noch diskutieren müssen. Es geht hier ja wirklich nur um einen sehr kleinen Betrag.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Nächste Sprecherin für die SVP ist die Laetitia Block.

*Laetitia Block (SVP):* Die SVP-Fraktion lehnte dieses Budgetpostulat im Januar ab und lehnt dies nach wie vor ab. Sie stellen hier auch diesen Antrag, dass dieses Budgetpostulat abgelehnt wird.

Es ist in Ordnung, wenn man hier dieses Engagement zeigen möchte, aber es ist ja auch ein Pilot, dass das finanziert wurde 2022 bis 2024, und Pilot, das wurde auch im Januar bereits gesagt, bedeutet auch, es ist eine Anschubfinanzierung und es geht hier nicht darum, dass es nachher dauerhaft eine Subventionierung ist. Deshalb lehnen wir das auch ab, auch wenn wir das absolut unterstützenswert finden, dass man Food Waste verhindern soll. Das ist absolut richtig und das ist auch gut und es ist auch gut, wenn man es erlebbar macht, die Ernährung, und sich hier auch informieren kann, neben den Informationen, die es natürlich im Internet zuhauf gibt. Aber wir sehen das hier einfach nicht als eine staatliche Aufgabe, folglich auch nicht, dass es staatlich finanziert werden muss. Es ist okay, wenn man es als Pilotphase, als Anschub finanziert hat, aber hier sind wir dagegen, dass man jetzt dauerhaft eigentlich die hohle Hand macht und hier diese Finanzierung nun vom Staat haben möchte.

Deshalb lehnen wir dieses Budgetpostulat nach wie vor ab.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Nächste Sprecherin für die SP ist Alexandra Dill.

*Alexandra Dill (SP):* Die Aufnahme von plankton ins Budget steht im Einklang mit der Strategie für eine nachhaltige Ernährung. Es macht in diesem Kontext absolut Sinn, für das wichtige Ziel, klimafreundliche Ernährung zu fördern, mit einer schon gut etablierten Institution, die genau dieses Ziel verfolgt, zusammenzuarbeiten und ihr niederschwelliges Vermittlungs- und Sensibilisierungsangebot zu unterstützen.



Der Regierungsrat hat dies ebenfalls erkannt und das Projekt ja zuvor auch schon als Pilot unterstützt und nun ist er bereit, es auch ins ordentliche Budget aufzunehmen. Das freut mich und es ist mir nicht verständlich, warum dies nun bekämpft werden soll, denn es entspricht dem Auftrag, regionale und nachhaltige Produkte im Kanton zu fördern und die Bevölkerung über eine genussvolle, gesunde und nachhaltige Ernährung zu informieren. Auch wenn es nur ein kleiner Beitrag ist, wir können einfach den Kopf beim Klimaschutz nicht weiter in den Sand stecken. Wir laufen sonst in grössere Schwierigkeiten und auch erhebliche Mehrkosten hinein, wenn wir nicht heute bereits handeln, für unsere Gesundheit und auch für den Klimaschutz, denn 25 Prozent aller Umweltbelastungen werden durch das Ernährungssystem verursacht.

Plankton tut eben etwas ganz Konkretes dagegen, hier und heute auf unserem wertvollen baselstädtischen Boden. Darum bitte ich im Namen der SP-Fraktion um Zustimmung zum Antrag der Regierung, das Budgetpostulat zu überweisen.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Nächster Fraktionssprecher für die FDP ist Daniel Seiler.

*Daniel Seiler (FDP):* Ich will ich es kurz machen, ich darf auch für die LDP sprechen. Ich erinnere hier, das ist genau so eines dieser Projekte, das Regierungsrätin Soland dann immer wieder erwähnt, wenn wir zusätzliche Gelder sprechen für irgendetwas. Ich muss da einfach vielleicht korrigieren, die Regierung ist jetzt bereit, das anzunehmen, nachdem wir es schon mal überwiesen haben, aber ursprünglich wollte die Regierung das eben nicht annehmen, müssten wir vielleicht auch noch sagen. Ich finde es toll, ich bin gestern genau hinter so einem Velo nachgefahren mit diesen Kisten drauf. Es ist toll, super, hat mir auch gefallen, aber wieso muss das immer alles dann durch die Gelder der Verwaltung der Stadt bezahlt werden? Wieso kann so etwas nicht auch selbsttragend sein? Wieso muss immer alles die Stadt übernehmen? Alle diese Ideen, die Sie immer wieder einbringen im Budgetprozess, das verstehe ich nicht.

Von dem her lehnen wir das ab, zusammen mit der LDP.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Ich habe keine weiteren Sprechenden mehr eingetragen.

#### **Detailberatung** des Grossratsbeschlusses zum Budgetpostulat

Titel und Ingress

Publikationsklausel

Schlussabstimmung.

#### **Abstimmung**

JA heisst Zustimmung zum Grossratsbeschluss, NEIN heisst Ablehnung

#### **Ergebnis der Abstimmung**

**51 Ja, 36 Nein, 1 Enthaltungen.** [*Abstimmung # 0006457, 10.04.25 15:38:03*]

#### **Der Grosse Rat beschliesst**

In Entsprechung des Budgetpostulats Tonja Zürcher werden im Budget 2025 des Präsidial-departements zusätzlich Fr. 35'000 eingestellt. (Position Präsidialdepartement, 350 Kantons- und Stadtentwicklung, 36 Transferaufwand (plankton)).

Dieser Beschluss ist zu publizieren

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 51 Ja-Stimmen gegen 36 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung.



## 66. Motion Catherine Alioth und Konsorten betreffend Einrichtung einer öffentlichen Bibliothek für die Quartiere Kleinhüningen und Klybeck, Stellungnahme des RR

[10.04.25 15:38:13, 24.5350.02]

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich nicht zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen. Die Motionäre verlangen die Umsetzung der Motion innert eines Jahres.

Regierungspräsident Cramer verzichtet auf ein Votum. Das Wort hat Catherine Alioth.

*Catherine Alioth (LDP):* Ich danke dem Regierungsrat für seine Stellungnahme. Ich nehme zur Kenntnis, dass die rechtliche Zulässigkeit nicht vollständig gegeben ist. Ich glaube aber, dass das lösbar ist. Tatsache ist, dass die GGG Stadtbibliotheken die einzigen Anbieter im Kanton sind und über grosse Expertise verfügen, betreiben sie doch zehn Bibliotheksfilialen im Kanton.

Eine Bibliothek für die Quartiere Kleinhüningen, Klybeck ist ein klares Bedürfnis der Bevölkerung. Das Anliegen wurde von der Bevölkerung innert kurzer Zeit rund tausend Mal in einer Petition unterschrieben. Der Dorfverein Kleinhüningen hat sich dieses Anliegens angenommen und in intensiver Vorarbeit geeignete Räumlichkeiten im Stücki-Areal identifiziert, die zu einem vernünftigen Mietzins angemietet werden können. Zudem informierte der Dorfverein Kleinhüningen die GGG Stadtbibliotheken, die ja bis 2005 eine Bibliotheksfiliale in Kleinhüningen betrieben, über den bestehenden Bedarf und die zur Verfügung stehenden Räumlichkeiten. Der Dorfverein suchte auch die Unterstützung der CMS für die Anfangsinvestitionen und erhielt positive Rückmeldungen, die eine wesentliche Unterstützung nicht ausschliessen.

Diese ermutigende Ausgangslage hat mich dazu bewogen, mit einer Motion dem Bibliotheksprojekt weiteren Schwung zu verleihen. Zwischenzeitlich hat sich die JuAr für ihren Jugendtreff Kleinhüningen für Räumlichkeiten im Stücki-Areal interessiert. Die JuAr Basel und die GGG Stadtbibliotheken kooperieren seit über zehn Jahren, Bibliotheken zu Orten für Inspiration, Begegnung und Mitgestaltung zu machen. Es liegt nahe, dass sich diese Institutionen für eine Kooperation in diesem Sinn im Stücki-Areal zusammenschliessen. Zudem könnten Räumlichkeiten gemeinsam genutzt werden, was sich auch finanziell positiv auf deren Budgets auswirkt. Bereits in der Motion wurde auf den grossen Mehrwert hingewiesen, dass die Einbindung von Organisationen aus der offenen Kinder- und Jugendarbeit mit sich bringen kann. Es ist deshalb sehr erfreulich, dass sich nun die konkrete Möglichkeit einer Zusammenarbeit zwischen den beiden Organisationen eröffnet. So viel zur Ausgangslage.

Sie werden mir bestimmt Recht geben, dass die Umstände wirklich gut sind. Die Räumlichkeiten im Stücki-Areal werden vom Vermieter nicht für unbegrenzte Zeit freigehalten, eben nur so lange, bis sie von anderen Interessenten beansprucht werden. Auch der ernst zu nehmende Hinweis der CMS, sich an den Investitionskosten zu beteiligen, kann entfallen. Deshalb besteht Handlungsbedarf, der nicht auf die lange Bank geschoben werden soll. Auch wenn noch keine eigentliche Bibliotheksstrategie vorliegt, wie der Grosse Rat den Regierungsrat im Januar 2021 im Rahmen der letzten Staatsbeitragserneuerung aufgefordert hatte, ist nicht zu übersehen, dass Kleinhüningen im Hinblick auf Bibliotheken unterversorgt ist. Seit 2005, ich habe es schon gesagt, gibt es dort keine Bibliothek mehr. Das Quartier hat sich in den letzten Jahren verändert. Es ist heute ein verdichtetes Quartier, wo gerade Bibliotheken als Aufenthaltsorte, Veranstaltungspartner und Veranstaltungsraum sowie als Working Space relevant sind. Die Bibliotheken haben sich auch immer stärker zu informellen Bildungspartnern entwickelt.

Die GGG Stadtbibliotheken hätten diese zusätzliche Filiale mit dem Antrag auf Erneuerung des Staatsbeitrags für die Periode ab 2022 beilegen können. Ich glaube aber, dass es hier nicht der Ort und Moment ist, das zu beurteilen. Fakt ist, dieser Antrag auf eine Filiale in Kleinhüningen-Klybeck ist ein Bedürfnis dieser Quartiere und es ist mitunter unser Auftrag als Grosser Rat, hierfür sind wir schliesslich gewählt, solche Anliegen aufzunehmen und zu prüfen. Wir haben hier ein sinnvolles und sinnstiftendes Projekt vorliegen mit günstig liegenden Rahmenbedingungen.

In diesem Sinne unterstreiche ich die Dringlichkeit, die mit der Motion aufgenommen wird. Es soll keine Zwängerei sein. Der «Chrüzlistich» deutet auf einen Anzug hin. Ich befürchte, dass wertvolle Zeit und damit die günstigen Rahmenbedingungen wegfallen. Wenn es aber doch zu einem Anzug kommt, wünsche ich mir, dass der Sache, der Bibliothek die Aufmerksamkeit geschenkt wird, die sie verdient, nämlich einen Mehrwert für die Quartiere Klybeck und Kleinhüningen und ihre Bevölkerung. Ich bitte Sie um Unterstützung, dass dem Grossen Rat innert Jahresfrist eine Vorlage für eine Bibliotheksfiliale in Kleinhüningen-Klybeck unterbreitet wird, das heisst, die Motion als Motion zu überweisen.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Nächste Fraktionssprecherin ist Sasha Mazzotti für die SP.



*Sasha Mazzotti (SP):* Ich spreche hier für die SP-Fraktion und für die Fraktion Grüne/jgb. Ich spreche, obwohl ich gern eine Motion unterstützt hätte, aber inhaltlich waren wir uns in der Fraktion einig und meine Kolleginnen und Kollegen haben mich überzeugt, dass die Regierung auch bei einer Überweisung als Anzug nicht zwei Jahre warten muss. Sie können hier schnell handeln und eine Finanzierung beantragen, darum bin ich auch Ihnen, meine Damen und Herren, dankbar, dass wir heute Nachmittag das beschliessen können.

Kleinhüningen hat seit 2005 keine Bibliothek mehr. Ich mache einen grossen Strich, eine ganze Seite, weil Frau Alioth hat alles sehr schön ausgeführt. Es geht aber nicht nur um die Bibliothek, sondern auch um die JuAr und die Bibliothek. Die GGG und die JuAr haben eine sehr fruchtbare Zusammenarbeit, schon erprobte Zusammenarbeit, da gibt es verschiedene Modelle. Das Stückerli war ja mal als grosses Shopping-Zentrum geplant. Das war ein Flop und jetzt gibt es dort Kinos und Gewerbe und ein paar Läden, also eine Bibliothek und ein Jugendzentrum würden da wirklich sehr gut hineinpassen und diesen Ort beleben.

Das Ganze, und das finde ich entscheidend, ist nicht nur eine Idee aus der Politik, das wäre doch toll, sondern hier waren verschiedene Player aktiv und vor allem initiativ. Frau Alioth hat das ausgeführt und das finde ich eigentlich das Zentrale hier an diesem Anliegen. Oft haben wir eine tolle Idee, aber wer soll das dann machen und möchten das diese Leute überhaupt. Diese Player, aktiv und initiativ, servieren der Regierung für ein Problem eine sinnvolle und praktikable Lösung. Aber die kostet und dieses Geld haben diese Leute natürlich nicht, diese Vereine und Institutionen. In den letzten Grossratsitzungen hatten wir ja viele Geschäfte, wo es darum ging, wir haben Überschüsse, geben wir das an die Leute zurück, was machen wir, Steuersenkungen, und jetzt haben wir hier eine Möglichkeit, mit einem verhältnismässig kleinen Betrag in einem Quartier, wo es seit 20 Jahren keine Bibliothek gibt und vielleicht auch bald kein Jugendzentrum mehr, etwas zu tun.

Auch wenn es nur zu einer Überweisung als Anzug kommt, dann bitte ich die Regierung, dies als eine wichtige und dringende Aufgabe zu sehen. Die Vorarbeit wurde geleistet. Sie müssen einfach bei der Umsetzung finanziell unterstützen und ein paar Sachen klären. Bitte werden Sie aktiv und unterstützen Sie, wenn Leute aus der Bevölkerung und Institutionen selbstständig nach Lösungen suchen.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Nächste Fraktionssprecherin für die GLP ist Sandra Bothe-Wenk.

*Sandra Bothe-Wenk (GLP):* Bibliotheken sind ein zentrales Bildungs- und Kulturangebot mit öffentlichem Auftrag. Insofern ist ein gut zugängliches Bibliothekswesen in allen Quartieren staatliche Verantwortung, insbesondere mit Blick auf Chancengleichheit, gesellschaftliche Teilhabe und Bildungszugang. Besonders für Kinder, Familien und ältere Menschen ist es zentral, dass eine Bibliothek im eigenen Quartier liegt und zu Fuss erreichbar ist. Deshalb haben wir Grünliberalen uns die Frage gestellt, ob es genügt, die Verantwortung für neue Standorte allein der GGG zu überlassen.

Der Regierungsrat sagt Nein zur Motion mit Verweis darauf, dass neue Standorte nur im Rahmen der langfristigen GGG-Planung möglich seien und die Motion daher unzulässig sei. Gleichzeitig wissen wir, die GGG plant aktuell keine neuen Filialen, sie will stattdessen in bestehende Standorte investieren. Der Beitrag der nächsten Finanzperiode ab 2026 wurde dementsprechend beantragt, also ohne eine Bibliothek in Kleinhüningen-Klybeck. Aber was, wenn hinter dieser Entscheidung die Sorge steht, ein zusätzlicher Standort könnte die Finanzierung der bestehenden Bibliotheken gefährden?

Auch wenn die Motion formal als unzulässig eingestuft wird, ist sie politisch doch hoch relevant. Sie fordert vom Regierungsrat eine klare Positionierung zur zukünftigen Standortstrategie der Stadtbibliotheken und eine verbindliche Vorlage für einen zusätzlichen Standort in Kleinhüningen-Klybeck. Genau das verleiht dem Vorstoss politische Wirksamkeit und deshalb will die GLP bewusst daran festhalten. Die GGG ist in Basel der einzige flächendeckende Anbieter öffentlicher Bibliotheksleistungen mit offenem Zugang für alle. Hochschul-, Schul- oder Museums- und Fachbibliotheken richten sich an eine bestimmte Zielgruppe oder sind thematisch eingeschränkt. Sie können eine Quartierbibliothek mit ihrer breiten Ausrichtung und sozialen Funktion nicht ersetzen. Gleichzeitig bieten sich derzeit besonders vorteilhafte Rahmenbedingungen für die Einrichtung einer Bibliothek in diesem Quartier. Die Mitglieder des Dorfvereins Pro Kleinhüningen haben sich mit grossem zivilgesellschaftlichem Engagement dafür eingesetzt, eine Lösung aufzugleisen.

Zwar will der Regierungsrat den Bedarf im Rahmen eines Anzugs prüfen. Das anerkennen wir, aber die Voraussetzungen sind jetzt optimal und es ist entscheidend, dass rasch Gespräche mit der GGG stattfinden und eine Vorlage ausgearbeitet wird. Eine Überweisung als Anzug verzögert den Prozess unnötig und riskiert, dass die Räume anderweitig vermietet werden. Es gibt aktuell nach Meinung der Grünliberalen keine andere Organisation, die ein vergleichbares Bibliotheksangebot im Quartier bereitstellen könnte. Für uns ist deshalb klar, der Vorstoss ist politisch sinnvoll, gut begründet und praktisch umsetzbar. Wie gesagt, wir bleiben bei der verbindlichen Überweisung.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Nächste Fraktionssprecherin ist Tonja Zürcher für die BastA.



*Tonja Zürcher (BastA):* In der Motion wird aufgeführt, dass gerade wegen der Entwicklung mit klybeckplus in Zukunft sehr viel mehr Menschen da wohnen würden und deshalb es notwendig ist, hier eine Bibliothek einzurichten. Ich stimme dem absolut zu, möchte aber auch noch ergänzen, Klybeck und Kleinhüningen haben bis jetzt schon rund 10'000 Einwohnende und es sind Quartiere mit besonders vielen Kindern und Jugendlichen. Das heisst, ich glaube, ganz unabhängig, wann und wie das mit klybeckplus kommt, ist es wichtig, dass man jetzt vorwärts macht mit einem Bibliotheksstandort in diesem Quartier.

Der Standort im Stücki selber, der jetzt hier im Vordergrund steht, ist vielleicht nicht ganz optimal. Er liegt eher am Rand der Quartiere. Der ursprüngliche Standort, wo jetzt ein Klyck ist, war sicher besser geeignet, aber trotzdem kann man sagen, es ist gut, wenn da etwas passiert. Das Stücki ist mit der ganzen Entwicklung der letzten Jahre inzwischen doch zu einem Treffpunkt geworden, gerade für junge Menschen, nicht nur wegen Kino und anderen Angeboten, sondern einfach, weil es da Platz hat, sie können da sein. Es hat auch gratis Internet, WLAN, usw., also ältere Kinder und Jugendliche sind sowieso schon da, kennen das Gebäude, also ich denke, es würde sich da sehr schnell einrichten. Man muss aber wirklich auch darauf schauen, dass der Zugang gut möglich ist, dass man da gut hinkommt, gerade auch die Strassenquerung über die Hochbergerstrasse, die insbesondere am Samstag nicht ganz einfach ist. Aber das einfach so als Nebenbemerkung, die man dann bei der Konkretisierung vielleicht noch etwas anschauen sollte.

Für uns von BastA ist aber ganz klar, dass wir das als Motion überwiesen haben möchten, weil es nicht irgendwann mal eine Bibliothek braucht, sondern bald.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Nächste Fraktionssprecherin für die SVP ist Laetitia Block.

*Laetitia Block (SVP):* Ich kann mich den Ausführungen meiner Vorrednerin Sasha Mazzotti sehr anschliessen. Das kommt hier nicht allzu oft vor, darum sage ich das jetzt sehr genüsslich. Wir sehen das absolut auch so, dass wir inhaltlich hier zustimmen. Eine Bibliothek in diesen Quartieren ist sicherlich sinnvoll. Man weiss, die Quartiere wachsen, wir haben es gehört, und eine Bibliothek ist ein Ort der Bildung, ein Ort der Begegnung, ein Aufenthaltsort, ein Treffpunkt, auch ein Ort der Integration. Ich denke, das ist sicherlich etwas Sinnvolles. Wir finden das etwas Sinnvolles, aber wir konnten diesen Ausführungen der Regierung absolut folgen und zustimmen, dass es hier die Mitwirkung der GGG braucht und wir verstehen, dass diese Motion deshalb rechtlich nicht zulässig ist, und können diesem folgen. Aber weil wir das Anliegen inhaltlich teilen, sprechen wir uns hier aus für die Überweisung als Anzug.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Die Redner\*innenliste ist erschöpft. Conradin Cramer hat das Wort.

*Regierungspräsident Conradin Cramer:* Vielen Dank für das Wohlwollen, dass der Arbeit der GGG entgegengebracht wird und auch der Anerkennung der legitimen Bedürfnisse des Kleinbasels, vor allem auch im Hinblick auf Leseförderung, auf Treffpunkte für vor allem auch junge Menschen. Dennoch beantragt Ihnen der Regierungsrat, diese Motion als Anzug zu überweisen. Einerseits, es wurde gesagt, Sie konnten es lesen, aus formellen Gründen. Es geht nicht an, dass man zwingend eine private Trägerschaft, und das ist die GGG, zu etwas verpflichtet. Hier hat der Kanton nicht die volle Zuständigkeit, deshalb geht der Weg der Motion rechtlich nicht.

Es gibt aber auch inhaltliche Gründe, die klar für Überweisung als Anzug sprechen, nämlich vor allem auch derjenige, dass wir diese Partnerschaft mit der GGG ernst nehmen sollten. Die GGG leistet eine herausragende integrative Arbeit mit den Staatsbibliotheken. Es geht nicht, hier über den Kopf der GGG hinweg zu bestimmen, an welchem Ort welche konkrete Bibliothek innerhalb eines Jahres zu erstellen ist, sondern wir pflegen solche grundlegenden, auch strategischen Entscheide mit unseren Partnerinnen und Partnern abzusprechen. Das ist die Art, wie im Kanton Basel-Stadt umgegangen wird mit Staatsbeitragsempfängern und da bitte ich wirklich auch dezidiert darum, diese Art der Zusammenarbeit auch in diesem Fall zu respektieren. Dies gesagt, ist der Regierungsrat auf jeden Fall bereit, mit der GGG in eine strategische Diskussion zu treten.

Ich erlaube mir, daran zu erinnern, dass genau dies die Forderung des Grossen Rates war in der Debatte um die letzte Staatsbeitragserneuerung im Januar 2021. Es ging darum, dass der Regierungsrat angehalten wurde, die strategische Entwicklung der Zweigstellen der GGG Stadtbibliotheken enger zu begleiten und ihr mehr Beachtung zu schenken und das betrifft natürlich insbesondere die Anpassungen im Filialnetz der Bibliotheken. Und diesen intensiven Austausch über die Strategie und den Leistungsauftrag der GGG, den haben wir ernst genommen und daraus unter anderem ist der vom Grossen Rat ja einstimmig letzten Herbst beschlossene Investitionsantrag zu Ausbau und Erweiterung einer



Quartierbibliothek im Bläsi entstanden. Und genau so möchten wir auch vorgehen, wenn es jetzt um weitere Ideen geht für neue Bibliotheksfilialen.

Wir sehen natürlich, dass mit den zu erwarteten Bevölkerungsentwicklungen auf dem Areal klybeckplus Bedarf entsteht, gerade in diesem Quartier, gerade auch in Kleinhüningen und entsprechend möchten wir im Dialog mit der GGG den Bedarf nach einem zusätzlichen Standort prüfen. Das soll sorgfältig geschehen, in enger Abstimmung mit der Trägerschaft und dafür haben wir dann auch die nötige Zeit in der kommenden Leistungsperiode.

Ich bitte Sie deshalb, dem Antrag des Regierungsrats auf Überweisung als Anzug zu folgen.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Catherine Alioth beantragt die Überweisung als Motion. Wie kommen zur Abstimmung.

### **Abstimmung**

JA heisst Weiterbehandlung als Anzug, NEIN heisst Weiterbehandlung als Motion

### **Ergebnis der Abstimmung**

**65 Ja, 22 Nein, 2 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0006459, 10.04.25 15:58:40]

### **Der Grosse Rat beschliesst**

die Motion in einen Anzug umzuwandeln und stillschweigend dem Regierungsrat zu überweisen.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Sie haben sich mit 65 Ja-Stimmen gegen 22 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen für die Weiterbehandlung als Anzug entschieden.

Ein Antrag auf Nichtüberweisung wurde nicht gestellt.

### **Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

## **67. Motion Christine Keller und Konsorten betreffend Einführung einer Schlichtung bei Gesuchen gemäss dem Öffentlichkeitsprinzip, Stellungnahme des RR**

[10.04.25 15:58:56, 24.5297.02]

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese nicht zu überweisen. Die Motionäre verlangen die Umsetzung der Motion innert 2 Jahren.

Conradin Cramer verzichtet auf ein Votum. Somit hat Fraktionssprecher Lukas Faesch das Wort.

*Lukas Faesch (LDP):* Die LDP bittet Sie, die Motion nicht zu überweisen. Weil wir gegen unnötige Grossratssitzungen sind, ist die LDP auch gegen unnötiges teures Schaulaufen in Form von Schlichtungsverfahren. Denn bei Fehlverhalten, und das hat der Regierungsrat richtig ausgeführt, steht jederzeit die Ombudsstelle zur Verfügung und auch hier gilt wie überall im öffentlichen Recht das Legalitätsprinzip uneingeschränkt. Ein solches Schlichtungsverfahren hat der Grosse Rat bei der Beratung des IDG klar abgelehnt, weil es zu Inkongruenzen in den baselstädtischen verwaltungsrechtlichen Verfahrenssystemen kommen würde. Und das gilt auch heute noch, es hat sich nichts daran geändert.

Darum bittet die LDP Sie, diese Motion nicht zu überweisen.



*Balz Herter, Grossratspräsident:* Nächster Fraktionssprecher für die SVP ist Stefan Suter.

*Stefan Suter (SVP):* Schlichtungsverfahren sind grundsätzlich etwas Sinnvolles, sie tragen nämlich zu einer Friedensregelung bei. Voraussetzung ist allerdings, dass es eine Schlichtungsmasse gibt, eine Verhandlungsmasse, über die man ein Resultat, ein Friedensresultat finden kann. Das ist in der Regel im zivilrechtlichen Streit, das ist dort die Regel. Der Kläger verlangt 100 Franken, der Beklagte null oder 10, man einigt sich irgendwo bei 60. Der Frieden ist hergestellt, es spielt keine Rolle, ob das Recht jetzt da ganz genau richtig angewendet wurde, wichtig sind andere Dinge, wie zum Beispiel Kostenfragen oder dass man wieder gut schlafen kann. Also wunderbar.

Und jetzt Übertragung hier auf das Öffentlichkeitsprinzip, da funktioniert es eben nicht. Da besteht ein Anspruch oder es besteht eben kein Anspruch und wenn kein Anspruch besteht, kann man nicht in einem Schlichtungsverfahren diskutieren, ob man vielleicht ein bisschen Papier, Seite 9 von diesem Bericht vielleicht doch sehen kann, dafür Seite 19 nicht, das funktioniert nicht. Hier hat das Gemeinwesen nach öffentlich-rechtlichen Prinzipien zu entscheiden und das gilt dann oder ist dann richtig oder falsch und wenn es falsch ist, muss man es oder kann man es anfechten. Es ist vom Regierungsrat auch richtig gesagt worden, das Ganze führt zu einer zeitlichen Verzögerung. Wenn jemand zu seinem Recht kommen will, etwas durchsetzen, so muss er dann noch über eine Schlichtungsverhandlung gehen. Die Zeit kostet.

In diesem Sinne beantragt meine Fraktion Abschreiben.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Nächste Fraktionssprecherin ist Christine Keller für die SP.

*Christine Keller (SP):* Ich bin etwas erstaunt, insbesondere über beide Vorredner, aber vor allem auch, dass Herr Faesch gesagt hat, dass ausgerechnet das Schlichtungsverfahren teuer sei und den Prozess hinauszögern würde. Tatsächlich ist das Gegenteil der Fall. Ein Schlichtungsverfahren ist für die Parteien kostenlos und führt in sehr vielen Fällen zu einer vorzeitigen Beendigung und zu einer Beschleunigung des Verfahrens. Auf Bundesebene, wo es dieses Schlichtungsverfahren ja bewährtermassen gibt, erhalten Zweidrittel der Gesuchstellenden innerhalb von drei Monaten eine Entscheidung. Kein Gericht arbeitet so schnell.

Es wurde vorhin mit Recht gesagt, dass Schlichtungsverfahren im Privatrecht sehr bewährt sind. Ich selbst hatte ja die Ehre, am Zivilgericht zu schlichten, mit hoher Erfolgsquote. Jetzt wird gesagt, ja, das sei nicht möglich oder nicht so sinnvoll beim öffentlichen Recht, weil es da nur richtig oder falsch gebe. Aber mit Verlaub, diese Annahme ist doch etwas abwegig. Es gibt selbstverständlich auch im öffentlichen Recht, und wenn ich sehe, wer sich noch eingetragen hat auf der Rednerliste, haben wir hier einen berufenen Mann, der nicht nur Zivilrechtler, sondern eben auch öffentlich-rechtlich tätig war, der dazu sicher noch etwas sagen kann, zum Ermessensspielraum, der selbstverständlich auch beim öffentlichen Recht und gerade bei diesen Pflichten besteht.

Ich möchte einfach an die Bedeutung des Öffentlichkeitsprinzips erinnern, an diese rechtsstaatliche Bedeutung, die auch indirekt die 4. Gewalt eines Staates, nämlich den Journalismus, stärkt. Auch hier ist dieses Schlichtungsverfahren eben keine paradoxe Erfindung, sondern es hat sich ja in den Kantonen Freiburg, Schwyz, Solothurn, Thurgau, Genf, Waadt wie auch im Bund bewährt und wir beharren auch nicht unbedingt darauf, dass es genau gleich wie der Bund sein muss. Man kann noch eine Zwischenlösung finden, wie es der Kanton Schwyz kennt, wo in aussichtslosen Fällen auch ein direkter Weiterzug möglich sein könnte. Wir lehnen uns zwar an den Bund an, aber wir sagen einfach, wir wollen dieses Schlichtungsverfahren und im Moment gibt es das eben nicht. Zwar ist es möglich, an die Datenschutzbeauftragte ein Schlichtungsgesuch zu stellen, aber die Gegenseite, also der Kanton, muss sich nicht darauf einlassen und lässt sich auch nicht immer darauf ein.

Die Belastung dürfte im Übrigen gering sein. Keine Rede von teurem und aufwändigem Verwaltungsaufwand. In Basel-Stadt waren 50 Gesuche eingereicht, wovon 22 ganz oder teilweise abgelehnt wurden. Basierend auf Erfahrungen auf Bundesebene wären etwa vier Schlichtungsverfahren zu erwarten. Unter dem Strich würde man sogar Ressourcen sparen für das Gerichtsverfahren.

Zusammenfassend stärkt die Schlichtung das Öffentlichkeitsprinzip, erleichtert den Informationszugang, senkt die Kosten und entlastet die Gerichte. Der Mehraufwand bleibt überschaubar und amortisiert sich durch vermiedene Gerichtsverfahren. Erfahrungen zeigen, dass sie zu schnelleren einvernehmlichen Lösungen führt, zum Vorteil der Verwaltung und der Öffentlichkeit. Ich darf Ihnen danken für die Aufmerksamkeit und bitte für die Überweisung natürlich als Motion.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Erster Einzelsprecher ist Bruno Lötscher.



*Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP):* Meine Fraktion beantragt Ihnen Abschreiben dieses Vorstosses, als Einzelsprecher beantrage ich Ihnen aber, dass Sie diesen Vorstoss als Motion überweisen. Ich habe natürlich etwas Mühe, hier jetzt eine juristische Vorlesung zu halten, wenn ich zwei so berufene Vorredner gehabt habe, die aus juristischem Munde gesagt haben, das sei eigentlich eine unnötige Vorlage. Ich muss Ihnen sagen, ich beurteile das völlig anders und sehe es wie Christine Keller.

Warum kann hier eine Schlichtungsstelle wirklich sinnvoll sein? Es geht um das Öffentlichkeitsprinzip. Das Öffentlichkeitsprinzip ist etwas Neues, das kennen wir noch nicht so lange, aber das hat eine wichtige Bedeutung bekommen. Das Öffentlichkeitsprinzip soll ja auch zum Durchbruch kommen, wollen wir, dass es zum Durchbruch verholfen wird, vor allem auch für die Journalistinnen und die Journalisten, für die Medien.

Und jetzt sagen wir, und das hat vor allem mein lieber Kollege Stefan Suter gesagt, die Verwaltung, die muss ja von Amtes wegen das Recht richtig anwenden. Das ist so, das ist richtig, aber in diesen Verfahren ist anders als sonst die Verwaltung selber Partei und sie beurteilt selber ihre Fragestellung. Also normalerweise beurteilt die Verwaltung irgendein Anliegen. Das wird nach Recht und Gesetz beurteilt und dann macht sie das. Da ist sie nicht Partei. Aber hier ist die Verwaltung Partei, denn jemand möchte Einblick nehmen und die Verwaltung überlegt, darf der das jetzt oder darf der das nicht und sagt, nein, das darf er nicht, das sind meine Akten, ich zeige die nicht. Das ist nicht dasselbe, wie die Verwaltung sonst arbeitet und es wäre doch etwas viel verlangt von der Verwaltung, wenn man immer sagen würde, in diesen Fällen, wo man selber Partei ist, steht man auch über der Sache, wie man das sonst zu sein hat. Also hier ist eine andere Ausgangslage.

Wenn man jetzt sagt, die Schlichtung verlängert die Verfahren, muss ich Ihnen sagen, das stimmt gar nicht. Das Gegenteil ist der Fall. Ich habe 2011 die Einführung des Schlichtungsverfahrens in der Zivilprozessordnung erlebt und dort werden rund 80 Prozent der Verfahren niederschwellig, schnell und kostengünstig heute erledigt. Rund 80 Prozent der Verfahren. Wenn es dann einmal tatsächlich weitergeht, dann ist das natürlich eine etwas längere Dauer, aber für die allermeisten Fälle wird es kostengünstiger und schneller. Also ich habe hier keine Angst vor der Schlichtung. Die Schlichtung ist ein sinnvolles, schnelles, bürgerfreundliches und billiges Verfahren. Und wie gesagt, die Verwaltung ist hier selber Partei, deshalb kann man nicht einfach darauf vertrauen, wie das normalerweise ist, dass sie sowieso das Recht völlig vorbehaltlos und unvoreingenommen und richtig anwendet.

Hier eine Hilfestellung zu bieten für die Bürgerinnen und Bürger, für die Journalisten vor allem, wäre sinnvoll und es ist tatsächlich so, der Bund macht das so, andere Kantone machen das auch so, das wäre kein Basler Finish, das wäre eine sinnvolle Ergänzung des IDG, das wir ja noch nicht so lange haben. Und die Ombudsstelle, das nur zum Schluss, die Ombudsstelle und auch die Datenschutzbeauftragte sind nicht die geeigneten Orte, um diese Frage zu prüfen. Deshalb eine eigene Schlichtungsstelle.

Ich beantrage Ihnen also persönlich, nicht für die Fraktion, die Überweisung als Motion.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Das Schlusswort hat Regierungspräsident Conradin Cramer.

*Regierungspräsident Conradin Cramer:* Wenn die weisen Juristen sich uneinig sind, dann empfiehlt es sich, auf die Weisheit des Regierungsrats zu hören, möchte ich Ihnen jedenfalls beliebt machen, und der Regierungsrat bittet Sie, diese Motion nicht zu überweisen.

Die Möglichkeit, dieses Schlichtungsverfahren beim Zugang zu suchen, hat ja eine lange Geschichte. Bei der Behandlung des Ratschlags zum IDG vor rund 16 Jahren wurde darüber ausdrücklich diskutiert. Der Grosse Rat hat damals entsprechende Regelungen auf Antrag seiner JSSK verworfen, und zwar aus Gründen, die heute auch noch gelten. Damals wurde vorgebracht zur Datenschutzbeauftragten als mögliche Schlichtungsstelle, dass sie eben im Bereich des Öffentlichkeitsprinzips eine Kontroll- und Aufsichtsfunktion wahrnimmt. Und Aufsicht und Schlichtung, das sollte man nicht miteinander vermischen. Eine Schlichtungsfunktion bedingt Unabhängigkeit. Deshalb wurde damals die oder der Datenschutzbeauftragte nicht als geeignet erachtet als Schlichtungsstelle. Weiter wurde dann festgestellt, dass die Anrufung einer Schlichtungsstelle, Datenschutzbeauftragte oder Ombudsstelle möglich sein soll, auch ohne ein speziell geregeltes Schlichtungsverfahren auf freiwilliger Basis. Von dieser Möglichkeit übrigens wurde in letzter Zeit auch Gebrauch gemacht.

Und schliesslich erachtete die vorberatende JSSK es damals für erforderlich, eine grundsätzliche Reform des kantonalen Verwaltungsverfahrens durchzuführen, bevor Schlichtungsverfahren im öffentlichen Recht eingeführt werden sollen. Und dieser Standpunkt ist insbesondere deshalb von Bedeutung, weil im öffentlichen Recht, es wurde gesagt, das Legalitätsprinzip gilt, das heisst, die Behörden sind an das Gesetz gebunden und das Legalitätsprinzip, das steht in einem Spannungsverhältnis, um nicht gerade zu sagen, in einem Widerspruch zum Zweck einer Schlichtung. Denn bei der Schlichtung im vom Grossrat Lötscher erwähnten Zivilprozess, dort steht ja die Möglichkeit einer gütlichen Einigung, die



Erzielung einer gütlichen Einigung im Vordergrund und für eine solche Einigung besteht kaum Spielraum im Bereich des IDG, weil dieses das Zugangsrecht eben detailliert regelt. Die Zugangsquerung hat sich nach den gesetzlichen Vorgaben zu richten, sie kann nicht Gegenstand von Verhandlungen oder Vermittlungen sein. Entsprechend muss, wenn die korrekte Rechtsanwendung überprüft werden soll, dies eben im Rechtsmittelverfahren erfolgen, nicht im Rahmen einer Schlichtung.

Der Grosse Rat verzichtete damals dann entsprechend auf die Einführung eines Schlichtungsverfahrens und die vorliegende Motion und die Voten, die ich heute gehört habe, bringen keine neuen Argumente, welche die damals von der JSSK ins Feld geführten Gründe entkräften würden. Und es ist auch nicht ersichtlich, dass heute, 16 Jahre später, bei der Behandlung von Zugangsgesuchen ein Missstand herrschen würde. Im Gegenteil, die grosse Mehrheit von abweisenden Entscheiden der Verwaltung, die weitergezogen wurden, die wurde dann auch vom Verwaltungsgericht entsprechend bestätigt. Weiter ist noch festzuhalten zur Ablehnung von Zugangsgesuchen, das ist ja nicht einfach etwas Böses gegen die Öffentlichkeit, denn das Öffentlichkeitsprinzip, das gilt nicht uneingeschränkt. Die Ablehnung kann aus Gründen des Persönlichkeitsschutzes, aus Gründen von öffentlichen Interessen gerade notwendig sein. Es ist also durchaus möglich, dass die Ablehnung berechtigt ist und in diesem Sinne nichts Negatives.

Ich möchte auch noch zwei weitere Punkte hervorheben. Mit dem obligatorischen Schlichtungsverfahren, obligatorisch, jeder muss, entsteht natürlich ein Zusatzaufwand für Gesuchstellende, Privatpersonen, Medienschaffende, die nicht unendlich Ressourcen haben, und auch für die Verwaltung. Ich frage mich vor allem auch, ob die Verlängerung des Verfahrens im Sinne der Gesuchstellenden wäre, die ein Interesse an schneller Information sehr oft haben, gerade wenn es Medienschaffende sind. Zudem ist es ja unnötig, ein obligatorisches Schlichtungsverfahren einzuführen, wenn das freiwillige Schlichtungsverfahren verlangt werden kann und auch genutzt wird. Ich sehe da kein gesundes Verhältnis von Kosten und Nutzen bei einer obligatorischen Schlichtung.

Schliesslich möchte ich darauf hinweisen, dass der Grosse Rat erst vor kurzem eine umfassende Revision des IDG verabschiedet hat und das vorliegende Anliegen damals aus Gründen, die mir nicht bekannt sind, nicht eingebracht wurde. Das revidierte IDG ist seit gut vier Monaten in Kraft, seit dem 1. Januar 2025, und bevor wir nun dieses IDG wieder doch in einem grundsätzlichen Punkt reformieren, indem wir einen neuen obligatorischen Verfahrensschritt einführen, sollten wir zunächst die Auswirkungen der aktuellen Revision analysieren können.

Deshalb beantragt Ihnen der Regierungsrat, die Motion nicht zu überweisen.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Christine Keller beantragt die Überweisung als Motion. Ein Antrag auf Überweisung als Anzug wurde nicht gestellt. Lukas Faesch und Weitere beantragen Nichtüberweisung der Motion.

Wir kommen zur Abstimmung.

### **Abstimmung**

JA heisst Überweisung als Motion, NEIN heisst Nichtüberweisung.

### **Ergebnis der Abstimmung**

**56 Ja, 29 Nein, 2 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0006462, 10.04.25 16:17:17]

### **Der Grosse Rat beschliesst**

die Motion dem Regierungsrat zur Erfüllung zu Überweisen.

Frist: 2 Jahre

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Sie haben sich mit 56 Ja-Stimmen gegen 29 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen für die Überweisung der Motion entschieden.



**68. Anzug Franz-Xaver Leonhardt und Konsorten betreffend negative CO2-Emissionen  
Zertifikate zur Kompensation von Treibhausgasen, Schreiben des RR**

[10.04.25 16:17:26, 22.5571.02]

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

**Der Grosse Rat beschliesst**

den Anzug als erledigt abzuschreiben

**69. Interpellation Nr. 18 Eric Weber betreffend würde die Basler Regierung den Botschafter  
von Belarus empfangen?, Schreiben des RR**

[10.04.25 16:17:54, 25.5103.01]

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Die Beantwortung der Interpellation wurde schriftlich zugestellt. Der Interpellant ist nicht anwesend, deshalb ist die Interpellation erledigt.

**70. Motion Oliver Thommen und Konsorten für ein Grundrecht der digitalen Integrität,  
Stellungnahme des RR**

[10.04.25 16:18:15, 24.5430.02]

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen.

Stephanie Eymann wünscht das Wort.

*RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD:* Der Regierungsrat teilt das Anliegen der Motion im Grundsatz und ist daher auch bereit, eine Verfassungsvorlage zur Einführung eines kantonalen Grundrechts auf digitale Integrität auszuarbeiten und diese dann auch dem Stimmvolk zur Abstimmung vorzulegen. Der Regierungsrat anerkennt insbesondere die Pflicht des Staates, einen genügenden Rechtsrahmen zu schaffen, um die Integrität der Menschen auch im digitalen Raum in einem sich schnell wandelnden rechtlichen, technologischen und politischen Umfeld sicherzustellen.

Die vorliegende Motion verlangt ein Grundrecht auf digitale Integrität, welches die Motion, was eben eigentlich schon unüblich ist, in vier eng umschriebene Teilaspekte ausformuliert. Für den Regierungsrat sind diese Teilaspekte einerseits zu eng formuliert und andererseits möglicherweise nicht vollständig. Grundrechte sollten auf Dauer angelegt und daher technologieneutral sein. Die Formulierung muss Raum lassen für eine Weiterentwicklung und Anpassung des Grundrechts an künftige technologische und gesellschaftliche Phänomene und Problemfelder. Die Motion statuiert lediglich einen Abwehranspruch gegenüber dem Staat und nimmt namentlich Themen wie staatliche Förderung der digitalen Inklusion und die Datensouveränität nicht auf.

Damit das neue Grundrecht den grösstmöglichen Nutzen bringt, muss die neue Bestimmung sorgfältig ausgearbeitet und auch formuliert werden. Es soll eben nur das Grundrecht selbst und nicht die in den Gesetzen zu konkretisierenden Teilgehalte in die Kantonsverfassung aufgenommen werden. Es soll auch eruiert werden, was in der Verfassung zu verankern ist, was an der Ausgestaltung durch den Gesetzgeber dann noch zu legiferieren ist und welche Hoheit auch den Gerichten in der Rechtsanwendung zugutekommen soll. Es sollen insbesondere auch Vor- und Nachteile der einzelnen Teilgehalte sorgfältig abgewogen werden. Beispielsweise könnte ein Recht auf Online-Leben dazu führen, dass der Kanton



eine aufwändige und kostenintensive parallele Infrastruktur für einen kleinen Teil der Bevölkerung aufrechterhalten müsste. Das muss man gut abwägen. Es soll ausserdem auch vermieden werden, dass die neue Verfassungsbestimmung zu bestehenden Grundrechten in Konkurrenz tritt und deren Anwendungsbereich einschränkt und es soll auch geprüft werden, ob über den in der Motion geforderten Abwehranspruch hinaus auch die digitale Inklusion und Sensibilisierung der Bevölkerung und die Datensouveränität in der Verfassung aufgenommen werden sollte.

Es ist diese Fülle an Fragen, die jetzt noch nicht beantwortet sind, aber ich denke schon in der ersten Überweisung doch sehr ausführlich auch seitens des Regierungsrates angesprochen wurden, die den Regierungsrat dazu führen, zu beantragen, die Motion als Anzug zu überweisen, damit wir eine Verfassungsbestimmung vorbereiten können, die das inhaltliche Anliegen der Motion umsetzt, aber den oben angesprochenen Problematiken auch Rechnung trägt.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Erster Fraktionsprecher ist Oliver Thommen für die Grüne/jgb.

*Oliver Thommen (GRÜNE/jgb):* Normalerweise ist es ja so, wenn man eine Motion einreicht und danach möchte der Regierungsrat naturgemäss einen Anzug machen, dann hat man den Reflex, als Teil der Legislative natürlich nicht einverstanden zu sein mit der Exekutive. Und wenn ich bei diesem Geschäft am Dienstagnachmittag die Medienmitteilung der Regierung gelesen habe und dann auch die Medienmitteilung der Datenschutzbeauftragten, dann wird das Sie vielleicht erstaunen, dass wir hier auf Anzug plädieren. Vielleicht, aber nicht nur, hat es auch den Grund, als ich diesen Bericht gelesen habe, habe ich oben im Geschäftsverzeichnis JSD gelesen und nicht FD, was einem doch Hoffnung lässt, dass hier das wirklich ernsthaft angeschaut wird, auch wenn es ein Anzug ist und nicht eine Motion.

Nun zum inhaltlichen. Grundsätzlich bin ich hier mit der Regierung einig und danke auch der Regierungsrätin für ihre Stellungnahme hier. Ich möchte einfach noch ein paar Punkte einbringen, wo ich mit dem Bericht nicht ganz einig bin. Das ist einerseits die Relativierung, dass gewisse Grundrechte bereits den Gehalt der digitalen Integrität wie beinhalten. Das sehe ich ein bisschen anders, auch weil es den Menschen vielleicht bei anderen Grundrechten mehr bewusst ist als im digitalen Raum. Und andererseits, weil ein Grundrecht immer auch ganz viele Auswirkungen hat auf das Verwaltungshandeln. Also wenn wir nur ein IDG haben, ist das halt schon etwas anderes, als wenn man einen Verfassungsgrundsatz hat.

Dann bin ich mir nicht ganz sicher bei den personenbezogenen Daten, ob wir hier noch ein richtiges Verständnis haben. Ich denke, dass hoffentlich in der baldigen Auseinandersetzung um einen Gesetzestext und auch der angekündigten Vernehmlassung zu einem solchen Verfassungszusatz dann auch mit diesem Teil sich auseinandergesetzt wird. Also wir reden hier wieder über KI und WR, etc., die auch die Begriffe der Persönlichkeit ganz neu definieren.

Dann zum Text an sich, vielleicht würde es sich hier anbieten, dann sich auch Richtung Genf und Neuenburg zu orientieren, wie die das Thema umgesetzt haben. Da gibt es ja bereits Ansätze, wo man sich anschauen kann und nicht alles neu erfinden muss und wo es vielleicht auch gut ist, wenn man in verschiedenen Kantonen ähnliche Rechte hat. Und wenn wir schon beim Beispiel Genf sind, ich mag Genf noch etwas und setze mich auch mit Genf ab und zu auseinander, da gibt es ja dieses Grundrecht. Und vielleicht einfach noch, weil wir die Diskussion heute schon mal im Rahmen einer anderen Motion hatten, die ersten, die sich nach der Einführung dieser digitalen Integrität im Kanton Genf, die es dort schon gibt, damit auseinandersetzen und dieses Grundrecht auch beanspruchen wollten, waren Lehrerinnen und Lehrer, Eltern sowie Jugendliche, die in eine Schule gehen, weil die sich am Zwang zu Microsoft und WhatsApp störten und gerne etwas hätten, das ihre digitale Integrität besser sicherstellt. Wir können schon mal froh sein, wir haben das heute Morgen zumindest als Grosser Rat gelöst, jetzt ist der Regierungsrat dran.

Die Fraktionen Grüne/jgb und SP bitten Sie, als Anzug zu überweisen.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Ein Antrag auf Nichtüberweisung wurde nicht gestellt. Es wurde kein Antrag auf Motion gestellt.

#### **Der Grosse Rat beschliesst**

stillschweigend, die Motion in einen Anzug umzuwandeln und den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

### **71. Motion Heidi Mück und Konsorten betreffend Vision Zero in der Basler Verkehrsplanung, Stellungnahme des RR**

[10.04.25 16:26:42, 24.5464.02]



*Balz Herter, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen.

Frau Eymann verzichtet in der ersten Runde. Somit geht das Wort an den Fraktionssprechenden der SVP, Lorenz Amiet.

*Lorenz Amiet (SVP):* Vision Zero, keine Toten, keine Schwerverletzten im Strassenverkehr, wer wäre da schon dagegen. Ich kann Ihnen versichern, auch die Mitglieder der LDP-Fraktion, für die ich auch spreche, sowie die Mitglieder meiner Fraktion sind selbstverständlich vollkommen hinter diesem Zielbild Vision Zero. Vision Zero als langfristiger Traum, nicht unbedingt als Vision. Sie wissen ja, was Helmut Schmidt zu Visionen gesagt hat.

Fertig mit der Vision und zur Motion. Diese Motion hat leider einen ganz wesentlichen Kunstfehler, indem sie den Fahrradverkehr und den Fussverkehr gemeinsam als schützenswert klassiert. Eines der grössten Probleme, die wir im Verkehr in diesem Kanton haben, ist aber gerade der Konflikt zwischen Fahrradverkehr und Fussverkehr. Sie wissen es, unlängst ist leider ein Fahrradfahrer zu Tode gekommen nach einer Kollision mit einem E-Trottinettfahrer. Ob jetzt der E-Trottinettfahrer als Fussgänger oder auch als Fahrradfahrer klassifiziert würde im Sinn dieser Motion, das entzieht sich meiner Kenntnis, aber beides wäre mit Sicherheit im Rahmen dieser Motion schützenswerte Verkehrsteilnehmer gewesen.

Verkehrsunfälle, Verkehrstote, Schwerverletzte sind immer auch eine Frage der Verhältnismässigkeit. Will man Vision Zero zu 100 Prozent umsetzen, dann könnte man ein allgemeines Fahrverbot kantonsweit einfordern. Nun, diese Motion verlangt das nicht, das ist mir auch klar, ich gehe nicht davon aus, dass irgendjemand in diesem Raum das verlangen würde, aber das wäre die ultimative Lösung. Wo setzt man jetzt die Linie, wo ist die Verhältnismässigkeit eingehalten und da sind wir der Auffassung, dass wir heute in diesem Kanton schon sehr verhältnismässig unterwegs sind. Vielleicht mit einer Einschränkung, was die Geschwindigkeitsbegrenzung von Zweiradfahrzeugen betrifft, Sie kennen die Problematik, dass E-Fahrräder zum Teil noch ohne Tacho ausgerüstet sind und zum Teil in der 30er-Zone mit 60 blochen und man das nicht ahnden kann. Aber auf Bundesebene ist man daran, das zu korrigieren und dann sind wir wahrscheinlich so ziemlich in jedem Bereich verhältnismässig bzw. dort, wo man weiter optimieren muss, wo Schwächen erkannt werden, wird optimiert, wird von der Regierung optimiert, ohne das Zutun des Grossen Rates.

In diesem Sinne, auch das ist Verhältnismässigkeit im Sinne von Beschäftigung der Verwaltung, sind wie der Auffassung, dass man diese Motion komplett abschreiben kann mit dem Vertrauen an die Regierung, dass sie weiterhin dazu schaut, dass Verkehr für alle Teilnehmer ständig sicherer wird.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Nächste Fraktionssprechende für die Grünen/jgb ist Anina Ineichen.

*Anina Ineichen (GRÜNE/jgb):* Noch kurz zu meinem Vorredner. Es geht beim Strassenverkehr immer um Hierarchie. Die schwächsten Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer sind besonders zu schützen. Das sind tatsächlich die Fussgänger\*innen, aber auch die Velofahrer haben einen höheren Schutz verdient als jene, die weniger verletzlich sind im Verkehr. Darum macht es durchaus Sinn, hier auch die Velofahrerinnen und Velofahrer miteinzubeziehen.

Nun zur Motion selbst. In der Beantwortung der Motion wird aufgeführt, dass bereits alles unternommen wird, um die Verkehrssicherheit in Basel zu erhöhen und Unfälle zu reduzieren. Mit Verlaub, es geht genau nicht darum, die Unfälle zu reduzieren, sondern die Motion verlangt einen Paradigmenwechsel. Es geht darum, dass wir keine tödlichen Verkehrsunfälle mehr haben und auch keine Schwerverletzten mehr infolge von Unfällen. Und das ist möglich, es ist eine Frage der Infrastruktur. Dieser Paradigmenwechsel muss vorgenommen werden. Zurzeit habe ich den Eindruck, dass es bei Unfällen oder in der Nachbearbeitung von Unfallschwerpunkten immer darum geht, eine Interessensabwägung zu machen. Das hat ja mein Vorredner auch aufgenommen, aber ich denke, es geht genau nicht um die Verhältnismässigkeit bei Unfällen und auch nicht um eine Interessensabwägung, sondern es geht darum, dass wir die schwächsten Verkehrsteilnehmer schützen und dann spielt das Interesse, und beim Verkehr gibt es ja eigentlich zwei Interessen, für Sicherheit, also Verkehrssicherheit und schnelles Durchkommen im Strassenverkehr, und wenn wir das schnelle Durchkommen oder den flüssigen Verkehrsfluss anschauen, dann muss doch die Sicherheit weiter oben stehen. Ich denke, das will diese Motion, wir müssen eine Infrastruktur haben, wir brauchen eine Verkehrsumgebung, die es uns erlaubt, dass wir keine Verkehrstoten mehr haben.

Da möchte ich nochmal auf die Motion zurückkommen, hier werden punktuell Massnahmen aufgezählt, unter anderem auch Schulungen, Plakate und ich muss wirklich deutlich sagen, es ist immer die Infrastruktur beim Verkehr. Mit guter Infrastruktur können wir Verkehrsunfälle vermeiden, das sehen wir in anderen Ländern ganz deutlich. Länder mit guter Veloinfrastruktur, jetzt nehme ich die Veloinfrastruktur, das hat damit zu tun, dass ich Pro Velo-Präsidentin bin und nicht beim Fussgängerverein, gute Veloinfrastruktur führt dazu, dass es keine Unfälle mehr gibt oder keine schweren Unfälle mehr gibt. Wir sehen das in Amsterdam, wir sehen das in Kopenhagen. Mit guter Veloinfrastruktur können wir Unfälle vermeiden und es



braucht eben gerade nicht, die sind additional schon gut, diese Plakate mit dem Gartenzweig, die uns an ein anständiges Verhalten im Verkehr erinnern oder die Plakate «Achtung Kinder», als ob Kinder etwa sind, die überraschend hierherkommen, das sind Kinder, die im Verkehr teilnehmen und die müssen beachtet werden wie alle anderen auch. Es braucht auch keine Plakate, dass wir uns besonders leuchtend anziehen sollen im Winter, damit wir nicht überfahren werden, weil ich habe den Anspruch an eine Verkehrssicherheit in Basel, dass ich mich nicht als Weihnachtsbaum verkleiden muss, um nicht überfahren zu werden, sondern ich habe den Anspruch, dass es eine Infrastruktur gibt beim Verkehr, die darauf ausgerichtet ist, dass Fussgängerinnen und Fussgänger nicht überfahren werden und das Velofahrer auch nicht überfahren werden.

In der Beantwortung der Motion klingt es ein bisschen so, als sei alles längst umgesetzt und dass wir überall dran seien mit Vision Zero, einfach unter einem anderen Namen. Ich muss hier entschieden widersprechen. Ich war sehr nahe daran bei der Elsässerstrasse. Viele Anwohner\*innen kamen auf mich zu, ich konnte Protokolle lesen, ich konnte Mails lesen, wie die Eltern versuchten Verkehrssicherheit zu erreichen, bevor der Unfall passiert ist. Sie wurden nicht gehört. Der Unfall ist passiert, eine schreckliche Tragödie. Wieder mussten die Anwohnerinnen und Anwohner, die Eltern massiv kämpfen, damit sich etwas ändert und jetzt ändert sich etwas. Aber das ist nicht die Idee, die ich habe von Verkehrssicherheit, dass es einen enormen Druck auf die Verwaltung braucht von der Bevölkerung, dass sich etwas ändert, sondern ich wünsche mir einen Paradigmenwechsel in der Verwaltung, das Commitment, wir wollen Vision Zero und das verlangt die Motion. Das wurde vorliegend nicht erfüllt, darum bitte ich Sie, diese Motion nochmals zu überweisen.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Frau Ineichen, es gibt zwei Zwischenfragen von Lorenz Amiet und Nicole Strahm-Lavanchy. Sie werden entgegengenommen.

*Lorenz Amiet (SVP):* Frau Ineichen, wie sieht ein Paradigmenwechsel aus, welcher einen Unfall zwischen einem E-Trottinett und einem Fahrrad verunmöglicht?

*Anina Ineichen (GRÜNE/jgb):* Die E-Trottis dürfen die Fahrradinfrastruktur mitbenützen. Hier braucht es einfach eine bessere Infrastruktur. Mehr Benutzer auf der Veloinfrastruktur benötigen eine grössere Veloinfrastruktur.

*Nicole Strahm-Lavanchy (LDP):* Anina Ineichen, ist Ihnen nicht bekannt, dass gerade in Amsterdam die Aggressionen unter den Velofahrern und den zu Fuss Gehenden sehr hoch ist?

*Anina Ineichen (GRÜNE/jgb):* Tatsächlich habe ich nur die Statistiken betreffend Todesfälle und schweren Unfallverletzten angeschaut. Da gab es keine, auch nicht zwischen Velofahrern und Fussgänger\*innen zu vermelden.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Nächste Fraktionssprecherin ist Tonja Zürcher für die BastA.

*Tonja Zürcher (BastA):* Vision Zero steht im Mittelpunkt und wir lesen auch das Versprechen, dass der Kanton konsequent an der Verbesserung der Verkehrssicherheit arbeitet. Ich freue mich sehr über diese Aussagen und ich habe das auch schon gesagt im Zusammenhang in meiner Motion der Schulwegsicherheit, ja, ich habe auch das Gefühl, es geht in die richtige Richtung. Aber auch hier zeigt leider die Realität, dass wir noch nicht an dem Ort sind, wo wir sein wollen. Wir haben nicht null Schwerverletzte, nicht null Verkehrstote, wir haben leider im vergangenen Jahr sogar von beidem mehr verzeichnen müssen. Es gab mehr Menschen, die im Verkehr schwer verletzt wurden und es wurden auch mehr getötet als im vorletzten Jahr. Also hier zum Glück sind immer noch Einzelfälle, aber jeder Einzelfall hier ist absolut tragisch und ich denke, es ist unvermeidlich, dass wir uns dieses Ziel von Vision Zero setzen und eben nicht nur irgendein Ziel wie Weltfrieden, das wir dann vielleicht irgendwann mal erreichen, sondern wirklich etwas Konkretes, wo wir auch konkret daran arbeiten.

Die in der Antwort der Regierung aufgeführten Beispiele, wie ein gesicherter Veloweg oder die Überprüfung des Konfliktgrüns, Sicherheitsabstand von Tramschienen, usw., das sind gute Beispiele, von diesen braucht es mehr. Und auch die Meldeplattform für Gefahrenstellen finde ich super. Ich habe, ehrlich gesagt, erst dank dieser Antwort davon erfahren. Vielleicht liegt es an meiner Ignoranz, vielleicht auch daran, dass es einfach nicht sehr bekannt ist. Also ich denke, dass wenn man schon so etwas Gutes macht, dann sollte es auch besser bekannt sein.

Es gibt auch bereits andere Vorstösse, die in diese Richtung gehen. Ich verspreche mir sehr viel, auch von der Tempo 30-Motion von Raphael Fuhrer, weil gerade Tempo 30, das hat jetzt gerade auch kürzlich wieder eine vergleichende Studie von



verschiedenen europäischen Städten gezeigt, führt dazu, dass schwere Unfälle stark abnehmen. Also um mehr als einen Drittel, das ist immer noch nicht null, aber es ist doch eine starke Reduktion, die alleine mit einer etwas geringeren Geschwindigkeit erreicht werden kann. Vielleicht auch noch zu sagen, eine weitere Studie, die auch jetzt letzte Woche herausgekommen ist von der Städtekonferenz, da können wir lesen, dass ein Viertel der Bevölkerung in Basel-Stadt gerne Velofahren würde, es aber nicht macht, weil es ihnen zu gefährlich ist. Ein Viertel, das ist nicht einfach nur Nebensache.

Weil es jetzt vorher ein bisschen vertieft angesprochen wurde, möchte ich auch noch etwas zu diesem Paradigmenwechsel sagen oder was im Fokus steht. Es geht nicht um welches Verkehrsmittel im Fokus steht. Es geht nicht um E-Trottis, Velos oder Fussgänger\*innen, es geht auch nicht um Tram oder Auto. Es geht darum, dass wir eine Infrastruktur haben, die es allen Verkehrsteilnehmenden sicher macht. Das heisst, es ist nicht weniger schlimm, wenn mit einem Velo etwas passiert oder mit einem Auto, wenn die Fussgängerin nachher schwer verletzt ist. Es ist genau gleich schlimm und deshalb muss die Infrastruktur so gemacht werden, dass wir eine Fehler verzeihende Infrastruktur haben, dass es, wenn es aufgrund von Unaufmerksamkeit, usw. trotzdem zu einem Crash kommt, dass es eben nicht zu Schwerverletzten führt und nicht zum Tod führt. Um das geht es und weil es hier wirklich vorwärtsgehen muss, weil wir diesen Wechsel brauchen von, Unfälle passieren einfach, sie sind tragisch, aber wir können nicht wirklich etwas dagegen machen, zu unsere Infrastruktur ist dafür stark mitverantwortlich, dass es einen Unfall gibt, diesen Wechsel müssen wir hinbekommen und ich denke, das bekommen wir nur wirklich hin, wenn wir überzeugt sind, dass wir ihn machen müssen.

Deshalb bittet BastA Sie, diese Motion wirklich als Motion zu überweisen und nicht nur als Anzug. Ich hoffe aber auch, selbst wenn es als Anzug überwiesen wird, dass wir hier wirklich einen grossen Schritt vorwärtskommen, weil die Situation ist wirklich so, dass wir eine Veränderung brauchen.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Nächster Fraktionssprecher für die FDP ist Johannes Barth.

*Johannes Barth (FDP):* Die vorliegende Motion verfolgt ein unbestrittenes, wichtiges Ziel, die Sicherheit der verletzlichsten Verkehrsteilnehmer, insbesondere von Kindern, Fussgänger\*innen und Velofahrer\*innen. Das Anliegen teilen wir alle. Was wir aber nicht teilen können, ist der Eindruck, der hier erweckt wird, nämlich dass der Kanton Basel-Stadt in Sachen Verkehrssicherheit untätig ist. Ganz im Gegenteil, die Regierung hat in den letzten Jahren zahlreiche wirkungsvolle Massnahmen umgesetzt. Ich erinnere an die Einführung der ersten Protected Bike Lane, die Velo-Aufstellflächen, die umfassende Schulwegsicherheitsanalyse, das Verkehrsunfall-Dashboard und auch an die Einrichtung der Plattform zur Meldung von Gefahrenstellen. Und lassen wir auch nicht unerwähnt, dass unser Kanton mit dem BFU-Sicherheitspreis 2023 ausgezeichnet wurde. Das ist kein Zufall, das ist Leistung, die auch die Reduktion von 22 Prozent der Velounfälle im 2024 Kollege Seiler in der letzten Sitzung aufzeigte.

Die Motion fordert kurz und mittelfristige Massnahmen, bleibt dabei aber völlig vage. Es fehlt an konkreten Vorschlägen, an Umsetzbarkeit und an einer Abwägung der Verhältnismässigkeit. So entsteht Symbolpolitik statt echter Fortschritt. Als FDP stehen wir für effiziente und wirksame Politik, nicht für zusätzliche Papiere, wenn die Werkzeuge längst vorhanden sind. Sicherheit, ja, aber nicht um jeden Preis, einer ideologisch motivierten Einschränkung individueller Mobilität oder in einer faktischen Verdrängung des motorisierten Verkehrs.

Darum überweisen wir diese Motion nicht als verbindlicher Auftrag, sondern sollten wir diese abschreiben. Wir setzen viele Zeichen für die Verkehrssicherheit mit Augenmass, aber bitte für eine Politik, die sich an der Realität orientiert und nicht an wohlklingenden Überschriften.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Nächste Fraktionssprecherin ist Salome Bessenich für die SP.

*Salome Bessenich (SP):* Ich möchte kurz begründen, kurz erklären, ich kann nämlich meinen Vorrednerinnen Anina Ineichen und Tonja Zürcher nur zustimmen. Auch für die SP gibt es keinesfalls ein Abwägen der Verhältnismässigkeit, wenn Menschen sterben. Auch wir sehen Handlungsbedarf, wir sehen auch Handlungsmöglichkeiten, auch für uns wäre natürlich die Überweisung als Motion eine Möglichkeit gewesen. Uns hat aber die Antwort des Regierungsrats so weit überzeugt. Wir sehen, dass es in die richtige Richtung geht und für uns ist ganz klar, wenn wir als Anzug überweisen, dann ist es nicht nur als Anzug überwiesen, sondern wir überweisen als Anzug in der Erwartung, dass damit die Forderung des Vorstosses ohne Abstriche umgesetzt wird. Die Forderung nämlich, null Verkehrstote, null Schwerverletzte. Vision Zero. Im Namen der SP danke ich Ihnen, wenn Sie das unterstützen.



*Balz Herter, Grossratspräsident:* Die Redner\*innenliste ist erschöpft. Somit geht das Wort an Regierungsrätin Stephanie Eymann.

*RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD:* Ich bin jetzt dankbar für die am Schluss noch versöhnlichen Worte. Ich habe mich, ehrlich gesagt, schon ein wenig geärgert, weil es wird uns einfach so ein bisschen unterstellt, dass uns Verkehrssicherheit nicht wichtig ist, wir generell zu wenig machen und da möchte ich einfach dezidiert auch widersprechen. Wir hatten die Verkehrssicherheit ganz hoch auch in der Legislaturplanung. Wir haben seither ganz grosse Fortschritte gemacht, wir haben auch den Schritt gemacht, dass wir nicht nur punktuell Massnahmen realisieren, sondern wirklich auch systematisch und gebündelt und fachbereichsübergreifend nach Lösungen suchen und auch Diverses umgesetzt haben. Die Liste wurde vorhin genannt, ich zähle das nicht nochmals alles auf. Aber da zu sagen, es sei uns irgendwie gleichgültig, da möchte ich mich wirklich wehren dagegen. Es ist halt einfach schon so, dass wir die Stadt nicht von heute auf morgen umbauen können. Die Infrastruktur ist gewachsen. Wir müssen da schauen, wo wir können, wo gerade ein Bauprojekt ist oder eine gefährliche Stelle ist, etc., da wird aber auch so zusammengearbeitet, dass das möglich wird.

Ja, und Herr Amiet, es freut mich, dass Sie Vertrauen in die Regierung haben, dass Sie sagen, das könnte man abschreiben. Wir sind kompromissbereit, einen Anzug, und zwar nicht nur einen Anzug. Ich denke einfach, der Pfad, den wir eingeschlagen haben, der führt in die richtige Richtung und da finde ich jetzt auch als Kompromiss richtig, dass wir wieder berichten, aber jetzt daraus eine Motion zu machen, das sieht der Regierungsrat nicht.

Ich möchte auch an dieser Stelle noch Frau Ineichen doch noch widersprechen, weil ihre These oder ihre Gleichung, gute Infrastruktur gleich Zero, Null und keine Verkehrstoten, so haben Sie es gesagt, das stimmt natürlich auch nur bedingt. Weil wenn wir analysieren, weshalb es Verkehrsunfälle gibt, auch im Zweiradbereich, im Fussgängerbereich, in der Kollisionszone, da müssen wir auch über das Verhalten reden der einzelnen Verkehrsteilnehmenden. Und dann reden wir über Verkehrsregeln und wir reden auch über Konsum von Substanzen und wir reden über all diese Dinge. Also diese 1:1-Rechnung, die kann man so nicht unterschreiben.

Und wo ich auch nicht einverstanden bin, also nur bedingt einverstanden bin, ist, wenn die Verkehrspolizei Tipps gibt zur Sichtbarkeit, zur Erkennung im Verkehr, dann hat das nichts damit zu tun, dass wir möchten, dass Fussgänger und Velofahrende sich wie Tannenbäume schmücken. Aber wenn nicht mehr selbstverständlich ist, dass man Licht hat am Velo und dass man schwarz in schwarz irgendwo ohne zu schauen, oder wenn man nur auf dem Handy über den Fussgängerstreifen, wenn überhaupt, geht, dann ist das das Mindeste, was wir noch empfehlen können, einfach auch zum Selbstschutz und da gibt es also Abstufungen zum Weihnachtsbaum-Outfit. Also das möchte ich auch noch dezidiert gesagt haben.

Und ja, Frau Zürcher, ich habe genickt, als Sie gesagt haben, vielleicht war ich auch ignorant und habe das Gefahrentool einfach ignoriert. Wir hatten das sehr gross medial propagiert. Wir haben eine Medienmitteilung, ich war extra schnell schauen, am 12. Juni 2023 haben wir das vorgestellt, haben eine Medienmitteilung gemacht, es wurde gross medial auch aufgenommen und ich kann Ihnen zurückmelden, dass es auch sehr rege genutzt wird. Es gab am Anfang etwas Schwierigkeiten, dass die Leute wussten, wie man was eingeben muss, aber das ist ein sehr gutes Tool, um sehr niederschwellig einzelne Gefahrenstellen schnell zu detektieren und dann auch Lösungen zu finden und da sind wir mit Hochdruck und mit Nachdruck daran. Und ja, das wäre dann schon auch schön, wenn man solche Schritte auch anerkennen würde.

Wir bleiben dran, das versichere ich Ihnen, auch mit Anzug bleiben wir dran, und zwar mit Nachdruck.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Es gibt eine Zwischenfrage von Frau Ineichen. Sie wird entgegengenommen.

*Anina Ineichen (GRÜNE/jgb):* Vielen Dank für die Annahme der Zwischenfrage. Ich hätte eigentlich sogar zwei. Wie erklären Sie sich dann, dass Kopenhagen keine Verkehrstoten hatte im 2023, 2024, weiss ich jetzt nicht, und wieso richtet sich Ihrer Vermutung nach die TCS-Kampagne, wenn ich es richtig im Kopf habe, im Winter jeweils daran, dass die Fussgänger und die Velofahrer Leuchtkleider anziehen sollen und nicht die Autofahrer bessere Beleuchtung haben sollen oder beispielsweise langsamer fahren sollen?

*RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD:* Das waren diverse Zwischenfragen. Kopenhagen müsste ich analysieren, da bin ich jetzt spontan nicht in der Lage, eine Antwort zu geben, und ich bin nicht der TCS.



*Balz Herter, Grossratspräsident:* Anina Ineichen und Weitere beantragen Überweisung als Motion. Wir kommen zur Eventualabstimmung.

#### **Abstimmung**

JA heisst Weiterbehandlung als Anzug, NEIN heisst Weiterbehandlung als Motion

#### **Ergebnis der Abstimmung**

**69 Ja, 15 Nein, 0 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0006467, 10.04.25 16:49:24]

#### **Der Grosse Rat beschliesst**

Weiterbehandlung als Anzug

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Sie haben sich für die Überweisung als Anzug entschieden mit 69 Ja-Stimmen gegen 15 Nein-Stimmen.

Lorenz Amiet und Weitere beantragen Nichtüberweisung.

Wir kommen zur Abstimmung.

#### **Abstimmung**

JA heisst Überweisung als Anzug, NEIN heisst Nichtüberweisung

#### **Ergebnis der Abstimmung**

**56 Ja, 27 Nein, 0 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0006469, 10.04.25 16:50:11]

#### **Der Grosse Rat beschliesst**

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Sie haben sich für die Überweisung des Anzugs entschieden mit 56 Ja-Stimmen gegen 27 Nein-Stimmen.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, da ich vielseitig angesprochen worden bin auf die Medienmitteilung der Staatsanwaltschaft möchte ich Ihnen folgendes mitteilen:

Letzte Woche wurde ich in Kenntnis gesetzt durch ein Ratsmitglied, der auf einer chinesischen Videoplattform eine Zuschrift bekommen hat mit einer Drohung gegen seine Person. Wir waren wegen der Drohung im engen Austausch mit den Sicherheitsbehörden und dies mehrfach. Ich habe meinen ganzen Dienstag damit verbracht, mit diesen zu sitzen. Diese bringen die entsprechenden Erfahrungen im Umgang mit solchen Situationen mit, namentlich auch, wie die Gefährdung einzuschätzen ist. Wir haben der Polizei vertraut, dass sie die oder den Urheber der Drohung verfolgt und die geeigneten Massnahmen trifft, um uns zu schützen. Glauben Sie mir, die Polizei war präsent genug hier. Was die Kommunikation betrifft, haben wir uns bis zur Medienmitteilung der Staatsanwaltschaft bewusst mit Informationen zurückgehalten, weil die entsprechenden Ermittlungen und Sicherheitsvorkehrungen in Gang waren. Hätte es Hinweise auf konkrete Gefährdungen gegeben, hätte die Kommunikation selbstverständlich in anderer Weise stattgefunden.

Es ist selbstverständlich, dass sich Direktbetroffene immer möglichst schnelle und viele Informationen wünschen. Ich verstehe aber auch, dass die Suche nach einer Täterschaft heikel ist, wo Informationen zurückgehalten werden, um keine



unnötige Unruhe oder Gerüchte aufkommen zu lassen. Wir sind nun froh, dass die Polizei und die Staatsanwaltschaft innerhalb von kürzester Zeit eine tatverdächtige Person festnehmen konnten. Die Massnahmen gestern Nachmittag waren primär auch wegen der Störaktion, die angekündigt war. Es waren sehr viele Teilnehmer aus der ganzen Schweiz gemeldet und diese haben sich dann draussen auf dem Marktplatz versammelt. Für weitere Fragen können Sie sehr gerne im persönlichen Gespräch auf mich zukommen. Besten Dank.

## **72. Anzug Melanie Eberhard und Konsorten betreffend kostenlose Betreibungs- und Verlustscheinregistrauszüge für Sozial- und Schuldenberatungsstellen, Schreiben des RR**

[10.04.25 16:52:27, 23.5013.02]

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Stephanie Eymann wünscht das Wort.

*RR Stephanie Eymann, Vorsteherin JSD:* Ich möchte vorab etwas sagen. Dass wir das abschreiben wollen, hat nichts damit zu tun, dass wir das nicht machen wollen, sondern wir haben analysiert, dass wir es nicht machen dürfen, weil das Betreibungs- und Konkursrecht die Gebührenerhebung regelt, die Gebühren höher regelt und wir da kantonal einfach keinen Spielraum haben, wohl wissen, dass das eine Zeitlang so praktiziert wurde, das ist ja dann auch genannt worden, aber das im Wissen, dass es eigentlich nicht geht, wieder einzuführen, das ist doch relativ heikel.

Wir haben ja ausgeführt, was für uns der pragmatische und gute Lösungsansatz wäre. Die Anzugstellerin hat ja auch aufgeführt, die bewährten Institutionen, die schon Staatsbeiträge erhalten und der Vorschlag des Regierungsrates zur Güte, wäre jetzt wirklich, dass man das in die Staatsbeiträge reinnimmt, aufrechnet und dann gezielt praktisch über die Staatsbeitrageempfangenden diesen Kostenerlass machen kann. Damit ritzen wir nicht die Zulässigkeit oder die Bundeszuständigkeit, finden aber einen pragmatischen Weg, weil auch wir sind der Meinung der Anzugstellerin, dass es ein unhaltbarer Zustand ist in der Summe, dass man da noch Gebühren erhebt für eine Situation, die man vielleicht wirklich von Anfang an offenlegen sollte und nicht noch irgendwie belastet wird durch Gebühren.

Inhaltlich, denke ich, sind wir regierungsseitig gleicher Meinung, aber die Umsetzung wäre einfach eine andere. Das wollte ich einfach vorab noch sagen.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Erster Fraktionssprecher ist Oliver Bolliger für die BastA.

*Oliver Bolliger (BastA):* Ich bin jetzt gerade froh über das Votum von Regierungsrätin Eymann, weil es zumindest so tönt, dass gesehen wird, dass das notwendig ist. Trotzdem möchten wir als Fraktion BastA diesen Anzug von Melanie Eberhard stehen lassen.

Hier haben wir leider wieder einmal eine Situation, in der das Bundesrecht eine langjährige, etablierte und gute Praxis aus meiner Sicht zunichte gemacht hat. Die Verwaltung hat vor drei Jahren die bestehende Praxis, dass definierte soziale Organisationen, also nicht jedes, sondern definierte, für ihr Klientel einen kostenlosen Betreibungsregistrauszug bestellen können, abgeschafft und dies ohne eine alternative Lösung, damals zumindest, dann anzubieten. Nun, ich bin Sozialarbeiter und nicht Jurist und habe deswegen vielleicht ein etwas undogmatisches Verständnis zur Gesetzgebung, was Sie ja bereits gestern mit meinem Festhalten an der Motion für ein Verbot der Einweg-E-Zigaretten bemerkt haben.

In der Antwort des Regierungsrats wird dargestellt, dass das Betreibungs- und Konkursamt nicht mehr genau nachvollziehen kann, wie die alte Praxis zustande kam, aber in derselben Antwort werden die Gründe, und es wird jetzt auch so bestätigt, eigentlich sehr gut dargelegt und diese bestehen eben auch heute noch in der Praxis weiterhin. Denn die Auszüge aus dem Betreibungs- und Verlustscheinregister sind für diverse Handlungen der betroffenen sozialen Organisationen unerlässlich. Sei es bei einer Schuldenregulierung, bei der Wohnungssuche oder bei einem Antrag zur Erlangung einer Mietzinsdepotgarantie, also wenn man die Wohnung dann gefunden hat. Ohne Auszug vom Betreibungsamt geht überhaupt nichts. Die Erwähnung, dass planlos diese Auszüge bestellt wurden, ist nicht wirklich belegt und entspricht auch nicht meinen Erfahrungen, auch gar nicht aus sozialarbeiterischer Praxis, nämlich erst Zielsetzungen, etc. zu klären, bevor irgendwelche



Massnahmen definiert werden. Viel eher ist der Anstieg der Bezüge der Tatsache geschuldet, dass mehr Menschen von Wohnungsnot betroffen sind und bei der Wohnungssuche unter Druck stehen oder sich in einer Schuldenberatung befinden.

Der Anzug hat zum Ziel, dass der Regierungsrat prüft, wie sichergestellt werden kann, dass Sozial- und Schuldenberatungsstellen auch zukünftig kostenlos Betriebsregisterauszüge für die Arbeit mit den Menschen in Not bestellen können. Und hier ist, muss ich entgegnen, die Antwort aus meiner Sicht ungenügend. Ich gehe nicht davon aus, dass die betroffenen sozialen Einrichtungen wirklich für eine Erarbeitung einer möglichen Lösung eingebunden wurden. Die Idee, dass die Sozial- und Schuldenberatungsstellen in Basel-Stadt ihr Anliegen in die Finanzverhandlungen zu den Staatsbeiträgen einbringen sollen, um die Ausgaben zu finanzieren, ist meines Erachtens nur so semi-zielführend und schon gar nicht, wie in der Antwort der Regierung geschrieben, gleichgerichtet. Denn die Verhandlungen zu Finanzhilfen sind zwischen den Departementen, und ich spreche aus Erfahrung, sehr unterschiedlich. Zudem besteht auch das Risiko, dass mit Pauschalbeiträgen im Rahmen der Finanzhilfen die effektiven Kosten der kostenfreien Bezüge der Betriebsregisterauszüge entweder zu tief oder vielleicht auch zu hoch sind und nur alle vier Jahre angepasst werden können.

Ich bin davon überzeugt, dass das Betriebs- und Konkursamt gemeinsam mit den Sozial- und Schuldenberatungsstellen eine bessere Lösung erarbeiten kann, damit die langjährige Praxis, die ja auch wirklich vom Regierungsrat bestätigt wird, dass das sinnvoll ist, im Sinne von zielführender sozialer Arbeit fortgesetzt werden kann. Ich bitte Sie daher, den Anzug nochmals stehen zu lassen, damit vielleicht doch eine noch bessere Lösung erarbeitet werden kann.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Nächste Fraktionssprecherin für die SP ist Melanie Eberhard.

*Melanie Eberhard (SP):* Herzlichen Dank für die Ausführungen meines Vorredners Oliver Bolliger, der die Notwendigkeit dieser Betriebs- und Verlustregisterauszüge dargelegt hat, und auch für das Votum von Regierungsrätin Eymann, die dargelegt hat, dass sie die bisherige grundsätzlich kostenlose zur Verfügungstellung durchaus begrüsst hätten, und da anerkennen wir selbstverständlich auch, dass es eine schwierige Ausgangslage ist, wenn da die rechtlichen Grundrahmenbedingungen fehlen.

Auf Basis der Antwort auf den Anzug habe ich mich dann mit verschiedenen Organisationen und auch den weiteren Anzugsstellenden ausgetauscht. Wir haben grundsätzlich sehr begrüsst, wie das ganze Thema erachtet wird, wie das ernst genommen wird, was die Herausforderung da in diesen Situationen ist. Wir haben uns auch damit auseinandergesetzt, dass es durchaus sehr unterschiedliche Organisationen gibt, die unterschiedlich stark auch von diesem Angebot Gebrauch gemacht haben und sind deshalb dann zum Schluss gekommen, dass es vielleicht, auch wenn wir die Lösung grundsätzlich nachvollziehen können, das über die Staatsbeiträge zu regeln, nicht für alle Organisationen gleich sinnvoll ist.

Wir haben auch überlegt, ob es eventuell Möglichkeiten gäbe in Form eines nicht ganz offiziellen Registerauszuges, dass es informelle Möglichkeiten gäbe, die dann rechtlich wieder zulässig wären. Es gab einfach verschiedene Überlegungen, verschiedene Vorbehalte, auch gegenüber dem Vorschlag der Regierung, weshalb ich Ihnen hiermit ein erstes Mal Stehenlassen beantrage zur Weiterprüfung dieses Anliegens, mit der Hoffnung, dass sich da eine gute Lösung findet für die Organisationen, über die es mit den Staatsbeiträgen geregelt werden kann, aber eben auch für die anderen Organisationen.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Wir kommen zur Abstimmung.

### **Abstimmung**

JA heisst Abschreibung gemäss Antrag Regierungsrat, NEIN heisst stehenlassen gemäss Antrag Oliver Bolliger.

### **Ergebnis der Abstimmung**

**34 Ja, 49 Nein, 0 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0006472, 10.04.25 17:01:03]

### **Der Grosse Rat beschliesst**

den Anzug stehen zu lassen



*Balz Herter, Grossratspräsident:* Sie haben sich für Stehenlassen entschieden mit 49 Nein-Stimmen gegen 34 Ja-Stimmen.

### **73. Interpellation Nr. 23 Jessica Brandenburger betreffend Chemische Unterwerfung: Ausprägung, Massnahmen, Sensibilisierung und Opferschutz, Schreiben des RR**

[10.04.25 17:01:08, 25.5131.01]

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Die Interpellantin hat Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

*Jessica Brandenburger (SP):* Vielen Dank für die umfassende Beantwortung der Fragen. Dass es bisher keine statistische Erfassung von Fällen von chemischer Unterwerfung gibt, ist natürlich suboptimal. Ich stecke grosse Hoffnung in das umfassende Gewaltschutzkonzept, das während dem ESC zum Einsatz kommt. Ich glaube, das kann eine tolle Sache werden und ich glaube, dass vor allem auch andere Grossanlässe und andere Kantone etwas lernen können von uns. Ich hoffe, dass es seinen Zweck erfüllen wird, dass die Präsenz der mobilen Awareness-Teams dazu führen wird, dass weniger Übergriffe passieren werden und dass Opfer schnell und umfassend und vor allem professionell geholfen werden kann. Ich glaube, das ist wichtig, dass wir das tun, und ich finde das wirklich extrem toll. Frau Eymann, vielen Dank, dass Ihr Departement dieses Thema so ernst nimmt. Ich sehe, dass Sie viel tun, vielen Dank für Ihre Arbeit. Ich bin mit den Antworten zufrieden.

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Die Interpellantin ist mit der Antwort zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

### **74. Interpellation Nr. 24 Julia Baumgartner betreffend Einführung Lernprogramme für Sexualstraftäter, Schreiben des RR**

[10.04.25 17:02:51, 25.5132.01]

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Die Interpellantin hat nun Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

*Julia Baumgartner (SP):* Zuerst danke ich für die Antworten zu meiner Interpellation. Es stimmt mich grundsätzlich positiv, dass der Regierungsrat der Täterarbeit eine Wichtigkeit beimisst. Ich erlaube mir trotzdem zwei kritische Anmerkungen.

Erstens zur verzögerten Einführung, also Antwort auf Frage 2. Auch wenn ich es begrüsse, dass Ihnen ein Programm von hoher Qualität am Herzen liegt, bedaure ich trotzdem die verzögerte Einführung und die unglückliche mediale Kommunikation, man sei nun halt wie andere Kantone ein bisschen in Verzug. Das Inkrafttreten des Gesetzes wurde extra nicht auf Januar 2024, sondern auf Juli 2024 angesetzt, um den Kantonen genügend Zeit für die Umsetzung zu geben.

Zweitens zur Priorisierung bei der Staatsanwaltschaft nach Schwere der Tat, die Antwort auf Frage 4. Grundsätzlich ist es verständlich, dass nach Schwere der Tat priorisiert wird. Gerne wiederhole ich jedoch das, was meine Fraktionskolleg\*innen hier seit Jahren betonen, Fälle von sexualisierter Gewalt und eben auch sexueller Belästigung müssen bei der Staatsanwaltschaft höher priorisiert werden. Sonst besteht die Gefahr, dass eine der wichtigen Neuerungen des neuen Sexualstrafrechts, die Verpflichtung zu Lernprogrammen, bei sexueller Belästigung kaum Anwendung findet.

Die Sexualstrafrechtsreform ist ein grosser Erfolg, der nur dank dem Zusammenspiel von Politik, Fachpersonen, Betroffenen und tausenden von Aktivist\*innen möglich war. Eine gute Umsetzung ist nun zentral. Wir werden da dranbleiben und ich bin teilweise zufrieden mit den Antworten des Regierungsrats.



*Balz Herter, Grossratspräsident:* Die Interpellantin ist mit der Antwort teilweise zufrieden.

## **75. Interpellation Nr. 16 Lukas Faesch betreffend Schadstoffsanierung Rosental Mitte, Schreiben des RR**

[10.04.25 17:05:12, 25.5101.01]

*Balz Herter, Grossratspräsident:* Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Der Interpellant ist nicht anwesend. Die Interpellation ist erledigt.

Ich bedanke mich für das aktive Mitmachen und Abarbeiten der Traktandenliste und mache noch schnell eine Mitteilung:

Im Mai ist es so, dass es Leute gibt, die Tickets haben für den ESC um 17:30 Uhr. Wir werden die Nachmittagssitzung am ersten Sitzungstag von 14 Uhr bis 17 Uhr durchführen, damit alle rechtzeitig im Joggeli sind. Ich wünsche frohe Ostern.

### **Schluss der 12. Sitzung**

17:06 Uhr



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 1  
23.9050

Abstimmungsdatum

09. April 2025 09:04:03

Geschäft

Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung

## Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nicht anwesend	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nicht anwesend	Gerber Brigitta (BastA)	Nicht abgestimmt
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nicht anwesend
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nicht anwesend
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Nicht anwesend
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	57	27	0	5	12	6	3	0	4	0	0
Nein	30	0	12	7	0	2	2	7	0	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	88	27	12	12	12	8	5	7	4	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	0	0	0	1	0	1
Nicht anwesend	10	4	1	0	0	2	2	0	1	0	0
Stimmberechtigt	90	27	12	12	12	8	5	7	5	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 1  
23.9050

Abstimmungsdatum

09. April 2025 09:06:11

Geschäft

Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung

## Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nicht anwesend	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nicht anwesend
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nicht anwesend
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	59	29	0	4	12	6	3	0	5	0	0
Nein	32	0	12	8	0	3	2	7	0	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	92	29	12	12	12	9	5	7	5	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	7	2	1	0	0	1	2	0	1	0	0
Stimmberechtigt	93	29	12	12	12	9	5	7	5	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 3  
25.5138

Abstimmungsdatum

09. April 2025 09:07:53

Geschäft

Wahl eines Mitglieds der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission (Nachfolge Adrian Iselin, LDP)

## Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nicht anwesend	Gerber Brigitta (BastA)	Nicht abgestimmt
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nicht anwesend
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	91	29	12	12	12	9	6	7	4	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	92	29	12	12	12	9	6	7	4	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	0	0	0	1	0	1
Nicht anwesend	6	2	1	0	0	1	1	0	1	0	0
Stimmberechtigt	94	29	12	12	12	9	6	7	5	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 3  
25.5138

Abstimmungsdatum

09. April 2025 09:08:54

Geschäft

Wahl eines Mitglieds der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission (Nachfolge Adrian Iselin, LDP)

## Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nicht abgestimmt
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nicht anwesend
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ent		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	91	29	11	12	12	9	6	7	5	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	1	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	93	29	12	12	12	9	6	7	5	1	0
Nicht abgestimmt	2	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	5	1	1	0	0	1	1	0	1	0	0
Stimmberechtigt	95	30	12	12	12	9	6	7	5	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 4  
25.0160

Abstimmungsdatum

09. April 2025 09:18:54

Geschäft

Übernahme Wildt'sches Haus am Petersplatz 13 in das Eigentum des Kantons Basel-Stadt unter Weiterführung des Stiftungszwecks, Ratschlag des RR

## Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nicht abgestimmt
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht abgestimmt
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nicht abgestimmt	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	89	27	13	12	10	9	6	7	5	0	0
Nein	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	90	27	13	12	10	9	6	7	5	1	0
Nicht abgestimmt	6	3	0	0	2	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	1	0	0	0	1	1	0	1	0	0
Stimmberechtigt	96	30	13	12	12	9	6	7	5	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 6  
25.5086

Abstimmungsdatum

09. April 2025 09:50:04

Geschäft

Antrag Tobias Christ und Konsorten auf Einreichung einer Standesinitiative betreffend effiziente Gesundheitsversorgung durch überregionale Planungsregionen

## Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nicht anwesend	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	31	0	0	9	11	0	6	5	0	0	0
Nein	61	30	12	3	0	9	0	2	5	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	93	30	12	12	11	9	6	7	5	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	1	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	5	1	1	0	0	1	1	0	1	0	0
Stimmberechtigt	95	30	12	12	12	9	6	7	5	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 9  
25.5089

Abstimmungsdatum

09. April 2025 10:32:16

Geschäft

Motion 3 Ivo Balmer und Konsorten betreffend Rahmenausgabebewilligung für den aktiven Landerwerb

**Individuelle Ergebnisse**

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ent	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ent
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	53	30	0	0	12	6	0	0	5	0	0
Nein	40	0	13	12	0	3	4	7	0	1	0
Ent	2	0	0	0	0	0	2	0	0	0	0
Abgestimmt	95	30	13	12	12	9	6	7	5	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	1	0	0	0	1	1	0	1	0	0
Stimmberechtigt	96	30	13	12	12	9	6	7	5	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 10  
25.5090

Abstimmungsdatum

09. April 2025 11:04:09

Geschäft

Motion 4 Johannes Sieber und Konsorten betreffend Ergänzung des Kulturförderungsgesetzes zwecks Förderung des Kulturjournalismus

## Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ent
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ent	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nicht abgestimmt	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	54	29	0	0	12	2	6	0	5	0	0
Nein	38	0	13	12	0	5	0	7	0	1	0
Ent	2	0	0	0	0	2	0	0	0	0	0
Abgestimmt	94	29	13	12	12	9	6	7	5	1	0
Nicht abgestimmt	2	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	1	0	0	0	1	1	0	1	0	0
Stimmberechtigt	96	30	13	12	12	9	6	7	5	1	1

Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 13  
25.5032

Abstimmungsdatum

09. April 2025 11:14:28

Geschäft

Anzug 2 Raphael Fuhrer und Konsorten betreffend Optimierung des Tramverkehrs durch die Innenstadt

**Individuelle Ergebnisse**

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nicht anwesend	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nicht abgestimmt	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Nicht abgestimmt	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nicht abgestimmt	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nicht abgestimmt	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nicht abgestimmt	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	70	25	0	9	10	9	6	6	5	0	0
Nein	16	0	13	2	0	0	0	1	0	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	87	25	13	11	10	9	6	7	5	1	0
Nicht abgestimmt	8	4	0	1	2	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	5	2	0	0	0	1	1	0	1	0	0
Stimmberechtigt	95	29	13	12	12	9	6	7	5	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 14  
25.5033

Abstimmungsdatum

09. April 2025 11:23:02

Geschäft

Anzug 3 Lukas Bollack und Konsorten betreffend bessere Anbindung des südöstlichen Bruderholzquartiers mit dem Velo

## Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht abgestimmt
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	67	29	0	0	12	9	6	6	5	0	0
Nein	25	0	12	12	0	0	0	1	0	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	93	29	12	12	12	9	6	7	5	1	0
Nicht abgestimmt	3	1	1	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	1	0	0	0	1	1	0	1	0	0
Stimmberechtigt	96	30	13	12	12	9	6	7	5	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 16  
25.5075

Abstimmungsdatum

09. April 2025 11:31:54

Geschäft

Anzug 5 Brigitta Gerber und Konsorten betreffend Soziale Sicherheit für Frauen durch verbesserte Information & Planung - das «cash or crash»-Tool

**Individuelle Ergebnisse**

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ent
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ent	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nein
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	57	30	0	0	11	6	5	0	5	0	0
Nein	35	0	13	12	0	2	0	7	0	1	0
Ent	2	0	0	0	1	0	1	0	0	0	0
Abgestimmt	94	30	13	12	12	8	6	7	5	1	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	1	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	4	1	0	0	0	1	1	0	1	0	0
Stimmberechtigt	96	30	13	12	12	9	6	7	5	1	1

Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 21  
25.5105

Abstimmungsdatum

09. April 2025 11:38:34

Geschäft

Anzug 10 Eric Weber betreffend Steuern senken

**Individuelle Ergebnisse**

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nicht anwesend	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nicht abgestimmt	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht abgestimmt
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nicht abgestimmt
Fischer Patrick (SVP)	Nicht abgestimmt	Keller Christine (SP)	Nicht abgestimmt
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nicht abgestimmt	Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Bucher Erich (FDP)	Nicht abgestimmt	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Zürcher Tonja (BastA)	Nicht abgestimmt
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Goepfert Nicola (BastA)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nicht abgestimmt	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nicht abgestimmt
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nicht abgestimmt
Trevisan Amina (SP)	Nicht abgestimmt	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nicht abgestimmt
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nicht abgestimmt
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nicht abgestimmt	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Nein	67	22	13	7	8	4	4	5	4	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	67	22	13	7	8	4	4	5	4	0	0
Nicht abgestimmt	26	6	0	4	4	5	2	2	1	1	1
Nicht anwesend	7	3	0	1	0	1	1	0	1	0	0
Stimmberechtigt	93	28	13	11	12	9	6	7	5	1	1

Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 22  
25.5106

Abstimmungsdatum

09. April 2025 11:44:24

Geschäft

Anzug 11 Eric Weber betreffend FC Basel soll die Polizei Einsätze selbst bezahlen

**Individuelle Ergebnisse**

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nicht anwesend	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nicht abgestimmt	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Nicht abgestimmt
Eberhard Melanie (SP)	Nicht abgestimmt	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht abgestimmt
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nicht abgestimmt	Keller Christine (SP)	Nicht abgestimmt
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht abgestimmt	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Zürcher Tonja (BastA)	Nicht abgestimmt
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nicht abgestimmt	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nicht abgestimmt
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nicht abgestimmt
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nicht anwesend	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nicht anwesend
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nicht anwesend	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht abgestimmt	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt
Faesch Lukas (LDP)	Nicht anwesend	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nicht abgestimmt		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Nein	65	23	10	7	8	5	3	5	4	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	66	23	10	7	8	5	3	5	4	1	0
Nicht abgestimmt	23	5	2	2	4	4	3	1	1	0	1
Nicht anwesend	11	3	1	3	0	1	1	1	1	0	0
Stimmberechtigt	89	28	12	9	12	9	6	6	5	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 23  
25.5107

Abstimmungsdatum

09. April 2025 11:48:34

Geschäft

Anzug 12 Eric Weber betreffend Schutz dem Basler Wald - das grüne Herz unseres Kantons

**Individuelle Ergebnisse**

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nicht anwesend	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nicht abgestimmt	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht abgestimmt
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Nicht anwesend
Eberhard Melanie (SP)	Nicht abgestimmt	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nicht abgestimmt	Gerber Brigitta (BastA)	Nicht anwesend
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nicht abgestimmt
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht anwesend	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht abgestimmt
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nicht abgestimmt	Keller Christine (SP)	Nicht abgestimmt
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nicht abgestimmt
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nicht abgestimmt
Jenny David (FDP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht abgestimmt	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (BastA)	Nicht abgestimmt
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Zürcher Tonja (BastA)	Nicht abgestimmt
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Goepfert Nicola (BastA)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nicht abgestimmt	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Nicht abgestimmt	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nicht abgestimmt	Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nicht abgestimmt	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nicht abgestimmt
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nicht abgestimmt
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nicht anwesend
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nicht abgestimmt
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nicht anwesend	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt
Faesch Lukas (LDP)	Nicht anwesend	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Nein	53	18	10	8	6	4	2	4	1	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	54	18	10	8	6	4	2	4	1	1	0
Nicht abgestimmt	32	11	1	1	5	5	4	1	3	0	1
Nicht anwesend	14	2	2	3	1	1	1	2	2	0	0
Stimmberechtigt	86	29	11	9	11	9	6	5	4	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 24  
25.5108

Abstimmungsdatum

09. April 2025 11:54:32

Geschäft

Anzug 13 Eric Weber betreffend Behörden sollen Nationalität von Tätern nennen

**Individuelle Ergebnisse**

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nicht abgestimmt
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Nicht anwesend
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nicht anwesend	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nicht abgestimmt	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nicht abgestimmt	Keller Christine (SP)	Nicht abgestimmt
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nicht abgestimmt	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Nicht anwesend
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht abgestimmt
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Nicht abgestimmt
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Zürcher Tonja (BastA)	Nicht abgestimmt
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend
Bay Hanna (SP)	Nicht abgestimmt	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ja
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nicht anwesend
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nicht abgestimmt
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Schweizer Silvia (FDP)	Nicht anwesend
Thüring Joël (SVP)	Nicht anwesend	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nicht abgestimmt	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nicht abgestimmt	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nicht abgestimmt	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nicht anwesend	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Nein	68	28	10	0	9	8	6	3	4	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	69	28	10	0	9	8	6	3	4	1	0
Nicht abgestimmt	18	2	1	9	2	1	0	1	1	0	1
Nicht anwesend	13	1	2	3	1	1	1	3	1	0	0
Stimmberechtigt	87	30	11	9	11	9	6	4	5	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 27  
20.5028

Abstimmungsdatum

09. April 2025 16:11:07

Geschäft

Anzug Balz Herter und Andrea Elisabeth Knellwolf betreffend Kongressstadt Basel, Schreiben des RR

## Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Nicht abgestimmt
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nicht abgestimmt
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nicht abgestimmt	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nicht abgestimmt	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	79	28	13	11	10	0	6	7	4	0	0
Nein	9	0	0	0	1	8	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	88	28	13	11	11	8	6	7	4	0	0
Nicht abgestimmt	8	2	0	1	1	1	0	0	1	1	1
Nicht anwesend	4	1	0	0	0	1	1	0	1	0	0
Stimmberechtigt	96	30	13	12	12	9	6	7	5	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 30  
24.5411

Abstimmungsdatum

09. April 2025 16:25:29

Geschäft

Antrag Tobias Christ und Konsorten auf Einreichung einer Standesinitiative zur Reduktion von unnötigen Kurzstreckenflügen, Stellungnahme des RR

## Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ent
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nicht abgestimmt	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Nicht abgestimmt
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	48	24	0	0	12	1	6	0	5	0	0
Nein	43	3	13	12	0	8	0	7	0	0	0
Ent	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	92	28	13	12	12	9	6	7	5	0	0
Nicht abgestimmt	4	2	0	0	0	0	0	0	0	1	1
Nicht anwesend	4	1	0	0	0	1	1	0	1	0	0
Stimmberechtigt	96	30	13	12	12	9	6	7	5	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 33  
24.5537

Abstimmungsdatum

09. April 2025 16:40:10

Geschäft

Budgetpostulat 2025 Niggi Daniel Rechsteiner betreffend Gesundheitsdepartement, 730 Gesundheitsversorgung, 36 Transferaufwand (Mangellage im psychotherapeutischen Angebot wirkt sich negativ aus – notwendige Massnahmen sind rasch umzusetzen), Schreiben des RR

**Individuelle Ergebnisse**

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nicht anwesend	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nicht abgestimmt
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ent	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ent	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nicht abgestimmt		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	71	29	0	11	12	8	6	0	5	0	0
Nein	18	0	11	1	0	1	0	5	0	0	0
Ent	2	0	0	0	0	0	0	2	0	0	0
Abgestimmt	91	29	11	12	12	9	6	7	5	0	0
Nicht abgestimmt	4	1	1	0	0	0	0	0	0	1	1
Nicht anwesend	5	1	1	0	0	1	1	0	1	0	0
Stimmberechtigt	95	30	12	12	12	9	6	7	5	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 36  
22.5262

Abstimmungsdatum

09. April 2025 16:49:04

Geschäft

Anzug Georg Mattmüller und Konsorten betreffend Psychiatrische Versorgung im Kinder- und Jugendalter, Schreiben des RR

## Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nicht anwesend	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht abgestimmt	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	21	0	0	12	0	9	0	0	0	0	0
Nein	70	30	12	0	11	0	5	7	5	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	91	30	12	12	11	9	5	7	5	0	0
Nicht abgestimmt	4	0	0	0	1	0	1	0	0	1	1
Nicht anwesend	5	1	1	0	0	1	1	0	1	0	0
Stimmberechtigt	95	30	12	12	12	9	6	7	5	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 40  
24.5397

Abstimmungsdatum

09. April 2025 17:10:30

Geschäft

Motion Christoph Hochuli und Konsorten betreffend Verbot von Einweg-E-Zigaretten, Stellungnahme des RR

**Individuelle Ergebnisse**

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nicht anwesend	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nicht abgestimmt	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	79	30	11	12	4	9	6	7	0	0	0
Nein	13	0	0	0	8	0	0	0	5	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	92	30	11	12	12	9	6	7	5	0	0
Nicht abgestimmt	3	0	1	0	0	0	0	0	0	1	1
Nicht anwesend	5	1	1	0	0	1	1	0	1	0	0
Stimmberechtigt	95	30	12	12	12	9	6	7	5	1	1

Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 40  
24.5397

Abstimmungsdatum

09. April 2025 17:11:09

Geschäft

Motion Christoph Hochuli und Konsorten betreffend Verbot von Einweg-E-Zigaretten, Stellungnahme des RR

**Individuelle Ergebnisse**

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ent	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nicht anwesend	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht abgestimmt
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (BastA)	Ja
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nicht abgestimmt	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	62	29	0	0	12	9	6	1	5	0	0
Nein	28	0	10	12	0	0	0	6	0	0	0
Ent	1	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	91	29	11	12	12	9	6	7	5	0	0
Nicht abgestimmt	4	1	1	0	0	0	0	0	0	1	1
Nicht anwesend	5	1	1	0	0	1	1	0	1	0	0
Stimmberechtigt	95	30	12	12	12	9	6	7	5	1	1

Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 41  
24.5395

Abstimmungsdatum

09. April 2025 17:28:41

Geschäft

Motion Amina Trevisan und Konsorten betreffend Förderung von Psychotherapieplätzen durch die Subventionierung der Weiterbildung von psychologischen und ärztlichen Psychotherapeut:innen, Stellungnahme des RR

**Individuelle Ergebnisse**

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ent
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nicht anwesend	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht abgestimmt
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Ent	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nicht abgestimmt	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	36	0	12	12	0	9	1	2	0	0	0
Nein	53	29	0	0	12	0	5	2	5	0	0
Ent	2	0	0	0	0	0	0	2	0	0	0
Abgestimmt	91	29	12	12	12	9	6	6	5	0	0
Nicht abgestimmt	4	1	0	0	0	0	0	1	0	1	1
Nicht anwesend	5	1	1	0	0	1	1	0	1	0	0
Stimmberechtigt	95	30	12	12	12	9	6	7	5	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 42  
24.5303

Abstimmungsdatum

09. April 2025 17:37:47

Geschäft

Motion Beat Braun und Konsorten betreffend Erhöhung der ambulanten psychotherapeutischen Versorgungsplätze, Stellungnahme des RR

**Individuelle Ergebnisse**

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nicht anwesend	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht abgestimmt
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (BastA)	Nein
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nicht abgestimmt	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	33	0	12	12	0	9	0	0	0	0	0
Nein	57	28	0	0	11	0	6	7	5	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	90	28	12	12	11	9	6	7	5	0	0
Nicht abgestimmt	4	2	0	0	0	0	0	0	0	1	1
Nicht anwesend	6	1	1	0	1	1	1	0	1	0	0
Stimmberechtigt	94	30	12	12	11	9	6	7	5	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 47  
24.5396

Abstimmungsdatum

10. April 2025 09:31:16

Geschäft

Motion Daniel Albietz und Michael Hug betreffend Wiedereinführung des Gebietsprinzips im Bau- und Gastgewerbeinspektorat (BGI), Stellungnahme des RR

**Individuelle Ergebnisse**

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Ent	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (BastA)	Nicht anwesend
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	21	0	0	5	4	2	6	0	4	0	0
Nein	70	30	13	7	7	7	0	6	0	0	0
Ent	2	0	0	0	0	0	0	1	0	1	0
Abgestimmt	93	30	13	12	11	9	6	7	4	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	6	1	0	0	1	1	1	0	2	0	0
Stimmberechtigt	94	30	13	12	11	9	6	7	4	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 47  
24.5396

Abstimmungsdatum

10. April 2025 09:32:07

Geschäft

Motion Daniel Albietz und Michael Hug betreffend Wiedereinführung des Gebietsprinzips im Bau- und Gastgewerbeinspektorat (BGI), Stellungnahme des RR

**Individuelle Ergebnisse**

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ent	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (BastA)	Nicht anwesend
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ent	Goepfert Nicola (BastA)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ent	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ent	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ent
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	73	30	13	8	8	7	0	7	0	0	0
Nein	15	0	0	4	0	1	6	0	4	0	0
Ent	6	0	0	0	4	1	0	0	0	1	0
Abgestimmt	94	30	13	12	12	9	6	7	4	1	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	5	1	0	0	0	1	1	0	2	0	0
Stimmberechtigt	95	30	13	12	12	9	6	7	4	1	1

Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 48  
24.5280

Abstimmungsdatum

10. April 2025 09:45:03

Geschäft

Motion Brigitte Kühne und Konsorten betreffend Werkleitungsumlegungen/-bündelungen zugunsten von Bäumen, Stellungnahme des RR

**Individuelle Ergebnisse**

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nicht anwesend	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (BastA)	Nicht anwesend
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	39	0	12	12	0	8	0	7	0	0	0
Nein	52	30	0	0	12	0	6	0	4	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	91	30	12	12	12	8	6	7	4	0	0
Nicht abgestimmt	3	0	0	0	0	1	0	0	0	1	1
Nicht anwesend	6	1	1	0	0	1	1	0	2	0	0
Stimmberechtigt	94	30	12	12	12	9	6	7	4	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 48  
24.5280

Abstimmungsdatum

10. April 2025 09:46:05

Geschäft

Motion Brigitte Kühne und Konsorten betreffend Werkleitungsumlegungen/-bündelungen zugunsten von Bäumen, Stellungnahme des RR

**Individuelle Ergebnisse**

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nicht anwesend	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (BastA)	Nicht anwesend
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	55	30	0	0	12	3	6	0	4	0	0
Nein	36	0	12	12	0	5	0	7	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	91	30	12	12	12	8	6	7	4	0	0
Nicht abgestimmt	3	0	0	0	0	1	0	0	0	1	1
Nicht anwesend	6	1	1	0	0	1	1	0	2	0	0
Stimmberechtigt	94	30	12	12	12	9	6	7	4	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 49  
23.5027

Abstimmungsdatum

10. April 2025 10:04:55

Geschäft

Anzug Ivo Balmer und Konsorten betreffend mehr Transparenz auf dem Grundstücksmarkt, Schreiben des RR

## Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nicht abgestimmt
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (BastA)	Nicht anwesend
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nicht abgestimmt	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	45	0	13	10	0	9	6	7	0	0	0
Nein	46	30	0	0	12	0	0	0	4	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	92	30	13	10	12	9	6	7	4	1	0
Nicht abgestimmt	3	0	0	2	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	5	1	0	0	0	1	1	0	2	0	0
Stimmberechtigt	95	30	13	12	12	9	6	7	4	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 50  
20.5451

Abstimmungsdatum

10. April 2025 10:10:04

Geschäft

Anzug Beat Leuthardt und Konsorten betreffend politische Plakatierung durch die APG, Schreiben des RR

## Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nicht abgestimmt	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nicht abgestimmt	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (BastA)	Nicht anwesend
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nicht abgestimmt	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nicht abgestimmt	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Nicht abgestimmt
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ent	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	72	26	13	1	11	9	5	7	0	0	0
Nein	15	1	0	10	0	0	0	0	4	0	0
Ent	2	0	0	0	1	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	89	27	13	11	12	9	5	7	4	1	0
Nicht abgestimmt	6	3	0	1	0	0	1	0	0	0	1
Nicht anwesend	5	1	0	0	0	1	1	0	2	0	0
Stimmberechtigt	95	30	13	12	12	9	6	7	4	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 51  
23.5234

Abstimmungsdatum

10. April 2025 10:15:02

Geschäft

Anzug Michael Hug und Konsorten betreffend attraktivere Innenstadt in den Sommermonaten durch Sonnensegel, Schreiben des RR

## Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nein	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (BastA)	Nicht anwesend
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nicht abgestimmt
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ent
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	43	0	0	12	9	5	6	7	4	0	0
Nein	47	29	13	0	2	3	0	0	0	0	0
Ent	1	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	91	29	13	12	12	8	6	7	4	0	0
Nicht abgestimmt	4	1	0	0	0	1	0	0	0	1	1
Nicht anwesend	5	1	0	0	0	1	1	0	2	0	0
Stimmberechtigt	95	30	13	12	12	9	6	7	4	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 53  
24.5465

Abstimmungsdatum

10. April 2025 10:30:08

Geschäft

Motion Tonja Zürcher und Konsorten betreffend Schulwegsicherheit rasch und konkret umsetzen,  
Stellungnahme des RR

## Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nicht abgestimmt	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (BastA)	Nicht anwesend
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nicht abgestimmt
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	39	0	12	12	0	7	1	7	0	0	0
Nein	51	29	0	0	11	2	5	0	4	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	90	29	12	12	11	9	6	7	4	0	0
Nicht abgestimmt	5	1	1	0	1	0	0	0	0	1	1
Nicht anwesend	5	1	0	0	0	1	1	0	2	0	0
Stimmberechtigt	95	30	13	12	12	9	6	7	4	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 54  
24.5463

Abstimmungsdatum

10. April 2025 10:54:15

Geschäft

Motion Michael Hug und Konsorten betreffend 10-Minuten-Nachbarschaften für Basel, Stellungnahme des RR

## Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ent	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Ja	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (BastA)	Nicht anwesend
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nicht anwesend	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ent	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Nein
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ent	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	44	10	13	0	8	7	6	0	0	0	0
Nein	45	17	0	12	3	1	0	7	4	0	1
Ent	4	2	0	0	1	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	93	29	13	12	12	8	6	7	4	1	1
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0
Nicht anwesend	6	2	0	0	0	1	1	0	2	0	0
Stimmberechtigt	94	29	13	12	12	9	6	7	4	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 56  
24.5540

Abstimmungsdatum

10. April 2025 11:04:48

Geschäft

Budgetpostulat 2025 Sasha Mazzotti betreffend Erziehungsdepartement, 265 Leitung Mittelschulen und Berufsbildung, 30 Personalaufwand (Pilotprojekt Schulsozialarbeit an der Fachmaturitätsschule (FMS), Schreiben des RR

## Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nicht anwesend	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (BastA)	Nicht anwesend
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nicht anwesend	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	72	29	0	11	12	8	6	2	4	0	0
Nein	19	0	12	1	0	1	0	5	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	91	29	12	12	12	9	6	7	4	0	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	0	0	0	0	0	1	1
Nicht anwesend	7	2	1	0	0	1	1	0	2	0	0
Stimmberechtigt	93	29	12	12	12	9	6	7	4	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 57  
24.5423

Abstimmungsdatum

10. April 2025 11:23:45

Geschäft

Motion Oliver Thommen und Sandra Bothe betreffend Messenger Dienst für die Basler Volksschulen,  
Stellungnahme des RR

## Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Nicht abgestimmt	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nicht abgestimmt	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nicht anwesend	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nicht abgestimmt
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (BastA)	Nicht anwesend
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nicht anwesend	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Nicht abgestimmt
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	19	0	0	11	0	4	0	4	0	0	0
Nein	68	26	11	1	12	5	6	3	4	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	87	26	11	12	12	9	6	7	4	0	0
Nicht abgestimmt	6	3	1	0	0	0	0	0	0	1	1
Nicht anwesend	7	2	1	0	0	1	1	0	2	0	0
Stimmberechtigt	93	29	12	12	12	9	6	7	4	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 57  
24.5423

Abstimmungsdatum

10. April 2025 11:24:24

Geschäft

Motion Oliver Thommen und Sandra Bothe betreffend Messenger Dienst für die Basler Volksschulen,  
Stellungnahme des RR

## Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nicht anwesend	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Nicht abgestimmt
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (BastA)	Nicht anwesend
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ent	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nicht anwesend	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	80	28	12	3	12	8	6	7	4	0	0
Nein	9	0	0	9	0	0	0	0	0	0	0
Ent	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0
Abgestimmt	90	28	12	12	12	9	6	7	4	0	0
Nicht abgestimmt	3	1	0	0	0	0	0	0	0	1	1
Nicht anwesend	7	2	1	0	0	1	1	0	2	0	0
Stimmberechtigt	93	29	12	12	12	9	6	7	4	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 58  
24.5367

Abstimmungsdatum

10. April 2025 11:36:43

Geschäft

Motion Laurin Hoppler und Konsorten betreffend gezielte Unterstützungsmassnahmen für Junge Lehrpersonen während des Studiums, Stellungnahme des RR

**Individuelle Ergebnisse**

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nicht anwesend	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nicht abgestimmt	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (BastA)	Nicht anwesend
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Nicht anwesend	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	45	29	0	0	12	0	0	0	4	0	0
Nein	44	0	11	12	0	8	6	7	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	89	29	11	12	12	8	6	7	4	0	0
Nicht abgestimmt	3	0	1	0	0	1	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	8	2	1	0	0	1	1	0	2	1	0
Stimmberechtigt	92	29	12	12	12	9	6	7	4	0	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 59  
24.5333

Abstimmungsdatum

10. April 2025 11:56:50

Geschäft

Motion Joël Thüring betreffend Ausbildungsobligatorium – zur Erhöhung der Abschlussquote im Kanton Basel-Stadt, Stellungnahme des RR

## Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nicht anwesend	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Ja	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (BastA)	Nicht anwesend
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	79	30	10	3	11	9	6	6	4	0	0
Nein	13	0	2	9	1	0	0	1	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	92	30	12	12	12	9	6	7	4	0	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	7	1	1	0	0	1	1	0	2	1	0
Stimmberechtigt	93	30	12	12	12	9	6	7	4	0	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 59  
24.5333

Abstimmungsdatum

10. April 2025 11:57:32

Geschäft

Motion Joël Thüring betreffend Ausbildungsobligatorium – zur Erhöhung der Abschlussquote im Kanton Basel-Stadt, Stellungnahme des RR

## Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nicht anwesend	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Ja
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (BastA)	Nicht anwesend
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nicht abgestimmt	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nein	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	64	30	1	10	2	9	6	6	0	0	0
Nein	27	0	11	2	9	0	0	1	4	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	91	30	12	12	11	9	6	7	4	0	0
Nicht abgestimmt	2	0	0	0	1	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	7	1	1	0	0	1	1	0	2	1	0
Stimmberechtigt	93	30	12	12	12	9	6	7	4	0	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 59  
24.5333

Abstimmungsdatum

10. April 2025 11:59:29

Geschäft

Motion Joël Thüring betreffend Ausbildungsobligatorium – zur Erhöhung der Abschlussquote im Kanton Basel-Stadt, Stellungnahme des RR

## Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ent	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ent
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
von Falkenstein Annina (LDP)	Nicht anwesend	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ent
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nein
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nein
Jenny David (FDP)	Nein	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (BastA)	Nicht anwesend
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Nicht anwesend	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ent
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Ent
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ent
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Ja	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ent
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	53	25	3	1	12	1	5	2	4	0	0
Nein	30	2	7	11	0	5	0	5	0	0	0
Ent	7	2	2	0	0	2	1	0	0	0	0
Abgestimmt	90	29	12	12	12	8	6	7	4	0	0
Nicht abgestimmt	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	9	2	1	0	0	2	1	0	2	1	0
Stimmberechtigt	91	29	12	12	12	8	6	7	4	0	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 60  
24.5398

Abstimmungsdatum

10. April 2025 15:15:57

Geschäft

Motion Nicole Kuster und Konsorten betreffend Unterstützung der Schulen und der Lehrpersonen bei der Anwendung von KI-Systemen in der Bildung, Stellungnahme des RR

**Individuelle Ergebnisse**

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nicht anwesend	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht abgestimmt
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nicht anwesend
Jenny David (FDP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (BastA)	Nicht anwesend
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nicht anwesend	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nicht anwesend
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nicht abgestimmt		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	73	27	0	12	11	9	5	6	3	0	0
Nein	12	1	11	0	0	0	0	0	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	85	28	11	12	11	9	5	6	3	0	0
Nicht abgestimmt	4	1	1	0	0	0	0	0	0	1	1
Nicht anwesend	11	2	1	0	1	1	2	1	3	0	0
Stimmberechtigt	89	29	12	12	11	9	5	6	3	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 63  
24.5065

Abstimmungsdatum

10. April 2025 15:28:14

Geschäft

Anzug Christine Keller und Konsorten betreffend Lehrstuhl für Palliative Care an der Medizinischen Fakultät der Universität Basel

## Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nicht abgestimmt	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nicht anwesend	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht abgestimmt
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nicht anwesend
Jenny David (FDP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (BastA)	Nicht anwesend
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nicht abgestimmt	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nicht abgestimmt	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Ja
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ent	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Ja	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	45	0	12	11	1	9	6	6	0	0	0
Nein	39	26	0	1	9	0	0	0	3	0	0
Ent	2	0	0	0	1	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	86	26	12	12	11	9	6	6	3	1	0
Nicht abgestimmt	5	3	0	0	0	0	0	0	1	0	1
Nicht anwesend	9	2	1	0	1	1	1	1	2	0	0
Stimmberechtigt	91	29	12	12	11	9	6	6	4	1	1

Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 65  
24.5539

Abstimmungsdatum

10. April 2025 15:37:41

Geschäft

Budgetpostulat 2025 Tonja Zürcher betreffend Präsidialdepartement, 3500 Kantons- und Stadtentwicklung, 36 Transferaufwand (plankton), Schreiben des RR

**Individuelle Ergebnisse**

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nein
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nicht anwesend	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht abgestimmt
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nicht anwesend
Jenny David (FDP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (BastA)	Nicht anwesend
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nein	Goepfert Nicola (BastA)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Nein
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nicht abgestimmt
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	51	28	0	0	11	2	6	0	4	0	0
Nein	36	0	12	12	0	7	0	5	0	0	0
Ent	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	88	28	12	12	11	9	6	5	4	1	0
Nicht abgestimmt	3	1	0	0	0	0	0	1	0	0	1
Nicht anwesend	9	2	1	0	1	1	1	1	2	0	0
Stimmberechtigt	91	29	12	12	11	9	6	6	4	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 66  
24.5350

Abstimmungsdatum

10. April 2025 15:58:17

Geschäft

Motion Catherine Alioth und Konsorten betreffend Einrichtung einer öffentlichen Bibliothek für die Quartiere Kleinhüningen und Klybeck, Stellungnahme des RR

**Individuelle Ergebnisse**

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Ja
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nicht anwesend	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nicht anwesend
Jenny David (FDP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (BastA)	Nicht anwesend
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ent
Pfister Pascal (SP)	Nicht abgestimmt	Iselin Adrian (LDP)	Nein
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Ent
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Ja	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	65	28	0	12	10	9	0	6	0	0	0
Nein	22	0	11	0	1	0	6	0	4	0	0
Ent	2	0	1	0	0	0	0	0	0	1	0
Abgestimmt	89	28	12	12	11	9	6	6	4	1	0
Nicht abgestimmt	2	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	9	2	1	0	1	1	1	1	2	0	0
Stimmberechtigt	91	29	12	12	11	9	6	6	4	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 67  
24.5297

Abstimmungsdatum

10. April 2025 16:16:55

Geschäft

Motion Christine Keller und Konsorten betreffend Einführung einer Schlichtung bei Gesuchen gemäss dem Öffentlichkeitsprinzip, Stellungnahme des RR

**Individuelle Ergebnisse**

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Furlano Raoul I. (LDP)	Ent	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Nein
von Falkenstein Annina (LDP)	Nicht anwesend	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Nein
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Ja
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nein	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nicht anwesend
Jenny David (FDP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (BastA)	Nicht anwesend
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Nein	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Nein	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ent
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nicht abgestimmt
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht abgestimmt
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Nein
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nein	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nein	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	56	29	0	0	11	1	6	5	4	0	0
Nein	29	0	9	12	0	7	0	1	0	0	0
Ent	2	0	2	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	87	29	11	12	11	8	6	6	4	0	0
Nicht abgestimmt	3	0	1	0	0	0	0	0	0	1	1
Nicht anwesend	10	2	1	0	1	2	1	1	2	0	0
Stimmberechtigt	90	29	12	12	11	8	6	6	4	1	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 71  
24.5464

Abstimmungsdatum

10. April 2025 16:49:02

Geschäft

Motion Heidi Mück und Konsorten betreffend Vision Zero in der Basler Verkehrsplanung, Stellungnahme des RR

**Individuelle Ergebnisse**

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nicht anwesend	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nicht anwesend
Jenny David (FDP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (BastA)	Nicht anwesend
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nicht abgestimmt
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nicht anwesend	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nicht anwesend	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	69	28	10	11	0	8	6	6	0	0	0
Nein	15	0	0	0	11	0	0	0	4	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	84	28	10	11	11	8	6	6	4	0	0
Nicht abgestimmt	2	0	1	0	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	14	3	2	1	1	2	1	1	2	1	0
Stimmberechtigt	86	28	11	11	11	8	6	6	4	0	1

Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 71  
24.5464

Abstimmungsdatum

10. April 2025 16:49:49

Geschäft

Motion Heidi Mück und Konsorten betreffend Vision Zero in der Basler Verkehrsplanung, Stellungnahme des RR

**Individuelle Ergebnisse**

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Ja	Urgese Luca (FDP)	Nein
Nussbaumer Melanie (SP)	Ja	Moesch Christian C. (FDP)	Nein
Esposito Zaira (SP)	Ja	Barth Johannes (FDP)	Nein
Eberhard Melanie (SP)	Ja	Bolliger Oliver (BastA)	Ja
Cuénod Tim (SP)	Ja	Gerber Brigitta (BastA)	Ja
Heer Barbara (SP)	Ja	Kühne Brigitte (GLP)	Ja
Baumgartner Julia (SP)	Ja	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Ja
Gmür Daniel (SP)	Ja	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Furlano Raoul I. (LDP)	Nein	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nicht anwesend	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Nein	Kabakci Mahir (SP)	Ja
Isler-Christ Lydia (LDP)	Nein	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Nein	Brandenburger Jessica (SP)	Ja
Messerli Pascal (SVP)	Nein	Bessenich Salome (SP)	Ja
Fischer Patrick (SVP)	Nicht abgestimmt	Keller Christine (SP)	Ja
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Nein	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Ja	Balmer Ivo (SP)	Ja
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Ja	Seggiani Michela (SP)	Ja
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Ja	Mattmüller Georg (SP)	Nicht anwesend
Jenny David (FDP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Nein
Bucher Erich (FDP)	Nein	Amiet Lorenz (SVP)	Nein
Baumgartner Claudia (GLP)	Ja	Block Laetitia (SVP)	Nein
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (BastA)	Nicht anwesend
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Ja
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Ja	Goepfert Nicola (BastA)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (BastA)	Ja	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Ja
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Ja
Bay Hanna (SP)	Ja	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Ja
Amacher Nicole (SP)	Ja	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Ja	Iselin Adrian (LDP)	Nicht abgestimmt
Dill Alexandra (SP)	Ja	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Ja	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Perret Jean-Luc (SP)	Ja	Pekerman Bülent (GLP)	Ja
Miozzari Claudio (SP)	Ja	Sieber Johannes (GLP)	Ja
Trevisan Amina (SP)	Ja	Seiler Daniel (FDP)	Nein
Erdogan Seyit (SP)	Ja	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Ja	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Ja	Wehrli Felix (SVP)	Nein
Mahmoud Ismail (SP)	Ja	Schweizer Jenny (SVP)	Nein
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Ja	Mazzotti Sasha (SP)	Ja
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Ja	Roth Franziska (SP)	Ja
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Ja	Hettich Daniel (LDP)	Nein
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Ja	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Nein
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Schweizer Silvia (FDP)	Nein
Thüring Joël (SVP)	Nicht anwesend	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Nein
Stalder Roger (SVP)	Nein	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Nein
Schaller Beat K. (SVP)	Nein	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Ja
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Nein	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Ja
Faesch Lukas (LDP)	Nicht anwesend	Battaglia Olivier (LDP)	Nein
Karger Philip (LDP)	Nein		
Nigon Gabriel (LDP)	Nein		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	56	28	1	0	11	6	6	0	4	0	0
Nein	27	0	9	10	0	2	0	6	0	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	83	28	10	10	11	8	6	6	4	0	0
Nicht abgestimmt	3	0	1	1	0	0	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	14	3	2	1	1	2	1	1	2	1	0
Stimmberechtigt	86	28	11	11	11	8	6	6	4	0	1



Trakt Nr. / Gesch. Nr

Traktandum 72  
23.5013

Abstimmungsdatum

10. April 2025 17:00:41

Geschäft

Anzug Melanie Eberhard und Konsorten betreffend kostenlose Betriebs- und Verlustscheinregistrauszüge für Sozial- und Schuldenberatungsstellen, Schreiben des RR

**Individuelle Ergebnisse**

Name	Ergebnis	Name	Ergebnis
Mathys Lisa (SP)	Nein	Urgese Luca (FDP)	Ja
Nussbaumer Melanie (SP)	Nein	Moesch Christian C. (FDP)	Ja
Esposito Zaira (SP)	Nein	Barth Johannes (FDP)	Ja
Eberhard Melanie (SP)	Nein	Bolliger Oliver (BastA)	Nein
Cuénod Tim (SP)	Nein	Gerber Brigitta (BastA)	Nein
Heer Barbara (SP)	Nein	Kühne Brigitte (GLP)	Nein
Baumgartner Julia (SP)	Nein	Rechsteiner Niggi Daniel (GLP)	Nein
Gmür Daniel (SP)	Nein	Strahm Andrea (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Furlano Raoul I. (LDP)	Ja	Knellwolf Andrea Elisabeth (Mitte-EVP)	Ja
von Falkenstein Annina (LDP)	Nicht anwesend	Gysin Brigitte (Mitte-EVP)	Ja
Hug Michael (LDP)	Ja	Kabakci Mahir (SP)	Nein
Isler-Christ Lydia (LDP)	Ja	Gölgeli Edibe (SP)	Nicht anwesend
Alioth Catherine (LDP)	Ja	Brandenburger Jessica (SP)	Nein
Messerli Pascal (SVP)	Ja	Bessenich Salome (SP)	Nein
Fischer Patrick (SVP)	Ja	Keller Christine (SP)	Nein
Hablützel-Bürki Gianna (SVP)	Ja	Baumgartner Beda (SP)	Nicht anwesend
Vergeat Jo (GRÜNE/jgb)	Nein	Balmer Ivo (SP)	Nein
Thiriet Jérôme (GRÜNE/jgb)	Nein	Seggiani Michela (SP)	Nein
Thommen Oliver (GRÜNE/jgb)	Nein	Mattmüller Georg (SP)	Nicht anwesend
Jenny David (FDP)	Nicht anwesend	Suter Stefan (SVP)	Ja
Bucher Erich (FDP)	Ja	Amiet Lorenz (SVP)	Ja
Baumgartner Claudia (GLP)	Nein	Block Laetitia (SVP)	Ja
Christ Tobias (GLP)	Nicht anwesend	Mück Heidi (BastA)	Nicht anwesend
Leonhardt Franz-Xaver (Mitte-EVP)	Ja	Zürcher Tonja (BastA)	Nein
Lötscher-Steiger Bruno (Mitte-EVP)	Nicht abgestimmt	Goepfert Nicola (BastA)	Nicht anwesend
Bernasconi Patrizia (BastA)	Nein	Weibel Fleur (GRÜNE/jgb)	Nein
Hochuli Christoph (Mitte-EVP)	Ja	Feurer Anouk (GRÜNE/jgb)	Nein
Bay Hanna (SP)	Nein	Friedl Harald (GRÜNE/jgb)	Nein
Amacher Nicole (SP)	Nein	Ebi Alex (LDP)	Ja
Pfister Pascal (SP)	Nein	Iselin Adrian (LDP)	Nicht abgestimmt
Dill Alexandra (SP)	Nein	Herter Balz (Mitte-EVP, P)	Präsident
Bolz Leoni (SP)	Nein	Gallacchi Remo (Mitte-EVP)	Nicht anwesend
Perret Jean-Luc (SP)	Nein	Pekerman Bülent (GLP)	Nein
Miozzari Claudio (SP)	Nein	Sieber Johannes (GLP)	Nein
Trevisan Amina (SP)	Nein	Seiler Daniel (FDP)	Ja
Erdogan Seyit (SP)	Nein	Weber Eric (Fraktionslos)	Nicht anwesend
Wittlin Stefan (SP)	Nein	Graber Michael (Mitte-EVP)	Ja
Schäfer Maria Ioana (SP)	Nein	Wehrli Felix (SVP)	Ja
Mahmoud Ismail (SP)	Nein	Schweizer Jenny (SVP)	Ja
Ineichen Anina (GRÜNE/jgb)	Nein	Mazzotti Sasha (SP)	Nein
Girard Fina (GRÜNE/jgb)	Nein	Roth Franziska (SP)	Nein
Hoppler Laurin (GRÜNE/jgb)	Nein	Hettich Daniel (LDP)	Ja
Hanauer Raffaella (GRÜNE/jgb)	Nein	Strahm-Lavanchy Nicole (LDP)	Ja
Wirz Lea (GRÜNE/jgb)	Nicht anwesend	Schweizer Silvia (FDP)	Ja
Thüring Joël (SVP)	Nicht anwesend	Albietz Daniel (Mitte-EVP)	Ja
Stalder Roger (SVP)	Ja	Widmer-Huber Thomas (Mitte-EVP)	Ja
Schaller Beat K. (SVP)	Ja	Bothe-Wenk Sandra (GLP)	Nein
Stumpf Rutschmann Daniela (SVP)	Ja	Bartha Béla (GRÜNE/jgb)	Nein
Faesch Lukas (LDP)	Nicht anwesend	Battaglia Olivier (LDP)	Ja
Karger Philip (LDP)	Ja		
Nigon Gabriel (LDP)	Ja		

Ergebnis	Total	SP	LDP	SVP	GRÜNE/jgb	Mitte-EVP	GLP	FDP	BastA	Fraktionslos	Präsidium
Ja	34	0	10	11	0	7	0	6	0	0	0
Nein	49	28	0	0	11	0	6	0	4	0	0
Ent	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgestimmt	83	28	10	11	11	7	6	6	4	0	0
Nicht abgestimmt	3	0	1	0	0	1	0	0	0	0	1
Nicht anwesend	14	3	2	1	1	2	1	1	2	1	0
Stimmberechtigt	86	28	11	11	11	8	6	6	4	0	1

# Anhang B

## Neue Ratschläge, Berichte und Vorstösse

### Überweisung an Kommissionen

1.	Kantonale Volksinitiative "für gute und stabile Beziehungen der Schweiz mit der Europäischen Union und den Nachbarländern (Zämme in Europa)", Bericht des RR	RegioKo	PD	24.0496.02
2.	Kantonales Aktionsprogramm Ernährung, Bewegung und psychische Gesundheit für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene sowie ältere Personen für die Jahre 2025 – 2028, Ratschlag des RR	GSK	GD	25.0227.01
3.	Pilotprojekt «Kantonales Aktionsprogramm gegen Einsamkeit bei jungen Erwachsenen für die Jahre 2025 - 2028», Ausgabenbericht des RR	GSK	GD	25.0226.01
4.	Ausgabenbewilligung für eine Finanzhilfe in Form eines Investitionsbeitrags zum Umbau und Sanierung unter Erhalt des historischen Charakters der Liegenschaft Gerbergasse 13, Freie Strasse 12 (ehemalige Hauptpost), Ausgabenbericht des RR	BRK	BVD	25.0183.01
5.	Ausgabenbewilligung für die Umgestaltung des Riehenrings von der Drahtzugstrasse bis zur Brombacherstrasse (Umgestaltung Riehenring) im Rahmen der Erhaltung	UVEK	BVD	25.0159.01
6.	Petition P497 "Vision Zero - für null Verkehrstote in Basel"	PetKo		25.5172.01
7.	Petition P498 "Kein Spielplatzverbot für asylsuchende Kinder und Jugendliche in Basel"	PetKo		25.5173.01

### An den Parlamentsdienst zur späteren Traktandierung

8.	Massnahmenpaket gegen Littering und Bericht zur Motion Joël Thüring und Konsorten betreffend neues Massnahmenpaket Sauberkeit für ein sauberes Basel - die Zweite, Bericht des RR	WSU		24.1602.01 21.5645.03
9.	Anzug Christine Keller und Konsorten betreffend Freilaufareale für Hunde, Schreiben des RR		GD	23.5091.02
10.	Motion Aeneas Wanner und Konsorten betreffend Durchsetzung von Geschwindigkeitsbegrenzungen Tempo 30 im Bereich von Schulhäusern und Kindergärten sowie Motion Christian C. Moesch und Konsorten betreffend Sicherheit für die Kindergarten-Kinder, Verkehrssignalisation/-markierung auf öffentlichen Strassen im Umkreis von Kindergärten, Bericht des RR		BVD	17.5144.06 18.5351.06
11.	Motionen:			
1.	Sandra Bothe und Konsorten betreffend ein lernfreundliches Klima: Gesundheitsschutz an Schulen vor Hitzebelastung nachhaltig gewährleisten			25.5145.01
2.	Heidi Mück und Konsorten betreffend Umsetzung der geplanten Verbesserungsmassnahmen für das Gebiet rund um die Dreirosenanlage			25.5146.01
12.	Anzüge:			
1.	Joël Thüring und Konsorten betreffend Herzl-Gedenktafel beim Stadtcasino			25.5142.01
2.	Oliver Bolliger und Konsorten betreffend einer zukunftsfähigen und nachhaltigen subjektbezogenen Finanzierung der Transportkosten in der Behindertenhilfe			25.5143.01
3.	Raoul I. Furlano und Konsorten betreffend Schaffung einer Task-Force zur Bekämpfung von Antisemitismus			25.5147.01
4.	Remo Gallacchi und Konsorten betreffend Regelung der Bespielungspläne			25.5148.01

5.	Claudio Miozzari und Konsorten betreffend aktive Sammlungspflege der Museen		25.5149.01
6.	Sandra Bothe und Konsorten betreffend Sofortmassnahmen zum Gesundheitsschutz an Schulen vor Hitzebelastung		25.5150.01
7.	Eric Weber betreffend Mittelstand stärken, Wettbewerb fördern		25.5151.01
8.	Eric Weber betreffend Bürokratieabbau		25.5152.01

### **Kenntnisnahme**

13.	Anzug Pascal Messerli und Konsorten betreffend mehr Entsorgungsmöglichkeiten für ein sauberes Basel, Schreiben des RR	BVD	20.5271.04
14.	Anzug Claudia Baumgartner und Brigitte Kühne betreffend "Runder Tisch Stadtbienen", Schreiben des RR	BVD	23.5086.02
15.	Anzug Peter Bochsler und Konsorten betreffend Fernbuslinien in Basel, Schreiben des RR	BVD	14.5510.06
16.	Anzug Heiner Vischer und Konsorten betreffend Kunst im Öffentlichen Raum und Anzug Martin Lüchinger und Konsorten betreffend "Kunst am Bau"	PD	14.5447.05 15.5160.05
17.	Schriftliche Anfrage Beat K. Schaller betreffend Gendersprache in Verwaltung und Schulen des Kantons Basel-Stadt, Schreiben des RR	PD	24.5519.02
18.	Schriftliche Anfrage Amina Trevisan betreffend Gymnasialreform, Schreiben des RR	ED	24.5548.02
19.	Schriftliche Anfrage Béla Bartha betreffend Vorverlegung der Eintrittsprüfung zur Zulassung von Sekundarschüler:innen aus dem E-Zug an die FMS, Schreiben des RR	ED	24.5549.02